Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3934

17 s 1/65 (RSHA)

LEITZ

Leitz-Ordner R 80

Sachordner XIII

Ereignismeldungen UdSSR

Nr. 134-149

(d' blau)

61 h

Bundesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 1442

I U / 20

B I b - 134 -

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 14. Nov. 1941. 55

Geheime Reichssache!

60 Ausfertigungen
57 Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 133.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 132 vom 12.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Auszug aus der Losung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der SU zum 26. Jahrestag der Oktober-Revolution.

Russland weiss, dass es in diesem Krieg keinen Mittelweg geben kann. Sieg oder Tod, etwas anderes gibt es nicht. Der Feind ist grausam und unbarmherzig. Endgültig sind vor der ganzen Welt die Treubrüchigkeit und die Niederträchtigkeit der imperialistischen Naziräuber bloßgestellt, die den Frieden zwischen den Völkern der ganzen Welt zerstört und Millionen Menschen in den Brand des Krieges gestürzt haben. Der Anstifter der blutigen Schlächterei ist entlarvt und an den Pranger gestellt. Nieder mit den Naziräubern, die den Frieden zwischen den Völkern der Welt zerstören und Deutschland, Europa, die SU in den Abgrund des Krieges gestürzt haben.

In ihrem Kampf gegen die Hitlerbanden stehen die Völker der SU nicht allein. Mit ihnen sind die Völker mächtiger Staaten und die Völker der von den Nazi-Unterdrückern eroberten Länder. Angesichts der Gefahr, mit der die Nazi-Imperialisten die ganze Welt bedrohen, erstarkt und wächst die Front gegen Hitler. Es kommt die Zeit, und diese Zeit ist nicht mehr fern, und diese Kräfte geraten in Bewegung und brausen über Hitler-Deutschland herein. Gemeinsam mit dem Sowjetvolk, im gleichen Schritt mit ihm marschiert das englische Volk, das dem Andrängen der Nazi-Räuber kühn und mutig seinen Siegeswillen und seine Bereitschaft entgegensetzt, gemeinsam mit den Völkern der SU die Hitler-Tyrannei zu vernichten. Ebenso wie die Völker der SU führt das englische Volk einen gerechten Befreiungskrieg gegen die Nazi-Barbaren. Es lebe das Bündnis der Armeen und Waffen der SU, Grossbritanniens und der anderen freiheitliebenden Völker. Es leben die Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien, die SU

57

und die anderen freiheitsliebenden Völker in ihrem gerechten Krieg.

III. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k .

Partisanenorganisation in Riga.

In den letzten Tagen gelang Aufrollung von 3 Partisanengruppen in Riga. Bisher 56 Festnahmen. Weitere stehen bevor. Bisher 1 Granatwerfer mit 15 Granaten, Pistolen, Munition und 1 Rundfunksender sichergestellt. Mitglieder einer Gruppe haben u.a. in Wehrmachtsuniform von desertierten Wehrmachtsangehörigen auf der Strasse Riga - Madohn Überfall auf LKW der Wehrmacht verübt. Mit grösster Wahrscheinlichkeit unterhalten Partisanen Beziehungen zum Ghetto und zu deutschen desertierten Soldaten. V-Männerverbindungen zu den einzelnen Gruppen sind gewährleistet. Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Sie versprechen weiteren Erfolg.

Ereignisse am Jahrestag der russischen Revolution.

Nach Meldungen aus der Provinz sind heute in Kegewald Flößer in den Streik getreten. Sie versuchten zu demonstrieren und eine rote Fahne mitzuführen. Im Gefängnis in Ludsen (174 Insassen) war Revolte beabsichtigt. Zwischen Rossitten und Abrene sind 25 russische Partisanen mit Fallschirm abgesprungen. In Riga selbst keine besonderen Ereignisse. Die erforderlichen Gegenmassnahmen sind in allen Fällen getroffen.

Einsatzgruppe B.
Standort S m o l e n s k .

Nachrichtendienstliche Tätigkeit.

1.) Lage im neubesetzten Gebiet.

Im Zuge des Vormarsches der Heeresgruppe Mitte wurden durch die Kommandos der Einsatzgruppe eine Reihe neubesetzter Städte auch SD-mässig bearbeitet wie Brjansk, Ordhonedikagrad, Uritzkij, Gsthatsk, Rshew. Wieder konnte einheitlich festgestellt werden, dass die Zivilbevölkerung der jetzt von unseren Truppen besetzten Städte seit längerer Zeit schon planmässig evakuiert worden ist und sich z.Zt. vielfach nur noch ein Bruchteil der früheren Bevölkerung in den Städten aufhält. Meist sind es solche Menschen, denen es durch die Flucht in die umliegenden Dörfer gelang, sich der Evakuierung zu entziehen. Die jüdische Bevölkerung dagegen ist, soweit bisher festgestellt, restlos geflohen, desgleichen die kommunistischen Parteimitglieder und die Facharbeiter. Nach den vorliegenden Berichten wurde die Bevölkerung durch fortgesetzte Propaganda aufgefordert, sich nach Möglichkeit in die Gebiete der Wolga und des Ural zu begeben. Transportzüge wurden zur Verfügung gestellt und so tatsächlich ein grosser Teil der Bevölkerung nach und nach in diese Richtung evakuiert. Aus Brjansk wird berichtet, dass man dort die Bevölkerung aufgefordert hatte, in das Gebiet der Wolgadeutschen umzusiedeln, da die letzteren nach Sibirien evakuiert würden. Die Umzusiedelnden sollten nur Handgepäck mitnehmen, da sie im deutschen Wolgagebiet alles zum Leben Notwendige vorfänden - Häuser, Vieh, landwirtschaftliche Geräte usw.

Der Umfang der Zerstörungen in den einzelnen Städten ist sehr unterschiedlich, je nachdem sie von

Kampfhandlungen betroffen wurden bezw. die Vernichtungsbataillone Zeit und Gelegenheit hatten, ihrerseits die Zerstörung der Städte durchzuführen. In den Städten Brjansk, Uritzkij und Ordhonekidsegrad waren die grossen Industriebetriebe zwar nicht zerstört, dafür aber planmässig abmontiert und bis auf das letzte Werkzeug evakuiert. Mit der Abmontierung und Evakuierung der Fabriken war angeblich schon im Juli dieses Jahres begonnen worden. In Brjansk befand sich u.a. das Kirow-Werk mit ca. 5 000 Arbeitern, das weittragende Geschütze (3 Zoll), Bestandteile für Flak, Minenwerfer, Munitionskästen usw. herstellte und mit den gesamten Maschinen und ca. 80% der Belegschaft - angeblich nach Ust-Kadowsk/Ural - evakuiert worden ist. In Ordhonekidsegrad befand sich das Profintern-Werk mit mehreren Nebenbetrieben als zweitgrösste Lokomotiv- und Waggonfabrik Russlands mit 25 000 Arbeitern. Angeblich hat das Werk pro Monat erzeugt: 25 bis 28 Lokomotiven, 300 Güterwagen, 400 Tankwagen, sowie Munition für schwere Artillerie. Der grösste Teil der Maschinen und Arbeiter wurde nach Krasnojarsk, Simbirsk und Swerdlowsk evakuiert. Die Gebäude sind zum grossen Teil nachträglich von den abziehenden roten Truppen und von Vernichtungsbataillonen zerstört und in Brand gesetzt worden. In Ordhenekidsegrad haben die Roten auch die grossen Arbeiterwohnblocks in Brand gesetzt und völlig ausbrennen lassen.

Da aus den von den Russen evakuierten Städten neuerdings auch sämtliche Lebensmittelvorräte fortgeschafft oder vernichtet worden sind, ist die Ernährungslage in den neubesetzten Städten naturgemäss ausserordentlich schwierig. In Brjansk und Ordhenekidsegrad war übrigens auch von den Sowjets bereits die Brotkarte eingeführt, wobei die Zuteilung in den beiden benachbarten Städten unterschiedlich war. In Ordhonekidsegrad erhielt die arbeitende Bevölkerung

800 Gramm, die nichtarbeitende Bevölkerung 400 Gramm pro Kopf täglich. Diese schwierige Ernährungslage hat denn auch dazu geführt, dass die in den neubesetzten Gebieten noch verbliebene Bevölkerung die Besetzung des Gebietes durch die Deutsche Wehrmacht vor allem in der Erwartung begrüsst, dass nunmehr eine Besserung ihrer Ernährungslage schnellstens erfolgen werde.

In volkstumsmässiger Hinsicht handelt es sich bei der Bevölkerung des neubesetzten Gebietes fast durchweg um Russen. Angehörige anderen Volkstums treten in völlig unbedeutender Anzahl in Erscheinung. Auch Juden lebten immer verhältnismässig wenige hier, doch sassen sie fast durchweg in leitenden Stellungen.

2.) Stimmung und allgemeines Verhalten der Bevölkerung.

Im rückwärtigen Heeresgebiet konnten wir nach übereinstimmenden Meldungen auch weiterhin eine Besserung in der Stimmung der Bevölkerung feststellen. Sie ist vor allem durch den siegreichen Vormarsch auf dem mittleren Frontabschnitt ausgelöst worden. Insbesondere haben die endlosen Züge der russischen Kriegsgefangenen der Zivilbevölkerung darüber keinen Zweifel gelassen, dass die Rote Armee wieder gewaltige Niederlagen erlitten hat. Dort, wo die Zivilbevölkerung am öffentlichen Lautsprecher oder an ausgehängten Frontkarten die Entwicklung der militärischen Operationen verfolgen kann, muss immer wieder festgestellt werden, welch grosses Interesse die Zivilbevölkerung hierfür aufbringt und welche Genugtuung der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung über die Niederlagen der Roten empfindet. Das lange Zeit hindurch vorherrschend gewesene Angstgefühl vor einer möglichen Rückkehr der Roten ist weitgehend gewichen, und diejenigen Zivilbewohner, die in die Dienste deutscher Dienststellen getreten sind, haben die Furcht vor einer späteren Rache durch die Bolschewisten gänzlich verloren. Eine

vorübergehende Trübung entstand lediglich dadurch, dass gefangene Rotarmisten, die dem Transport körperlich nicht gewachsen waren, von den Begleitmannschaften erschossen und an der Marschstrasse liegen gelassen wurden.

Immer noch ist allerdings eine rege Gerüchtebildung in der Bevölkerung feststellbar, die aber eine andere Tendenz wie früher hat und den deutschen Interessen nicht gerade abträglich ist. So besagt z.B. ein in der Bevölkerung umlaufendes Gerücht, der sowjetrussische Marschall Blücher habe sich gegen die Sowjetregierung aufgelehnt und sei auf dem Marsch nach Westen. In den Diskussionen der Zivilbevölkerung spielt die demnächst allgemein erwartete Einnahme Moskau's eine erhebliche Rolle. Verschiedentlich tauchten Gerüchte auf, Moskau sei bereits gefallen, die Einnahme Moskau's würde jedoch von den Deutschen aus taktischen Gründen z.Zt. noch nicht bekannt gegeben. Jedenfalls ist festzustellen, dass man seitens der Bevölkerung einer Einnahme Moskau's eine ganz entscheidende, wenn nicht entscheidenste Bedeutung für den Verlauf des Krieges beizumessen geneigt ist.

Beruhigende Wirkung auf die Zivilbevölkerung erzielte in Mogilew die öffentliche Hinrichtung eines Partisanenhäuptlings und dreier bolschewistischer Terroristen. Der Hinrichtung durch den Strang wohnten zahlreiche Zivilbewohner bei und zeigten sich stark beeindruckt, dass deutscherseits jetzt auch in einer für sie sichtbaren Form gegen Partisanen und bolschewistische Funktionäre durchgegriffen wird. Jedenfalls hat sich diese Aktion als viel eindrucksvoller für die Zivilbevölkerung erwiesen als etwa durch öffentlichen Anschlag bekannt gegebene Hinrichtungen. Demgegenüber hat sich die Bevölkerung der restlosen Liquidierung sämtlicher Juden, z.B. des Witebsker Ghettos, gegenüber viel teilnahmsloser gezeigt. Man fand sich

sehr schnell mit dem Verschwinden der Juden ab, ohne sich in positiver oder negativer Hinsicht besonders beeindrucken zu lassen.

Aus der Gegend Witebsk wird berichtet, dass auf dem flachen Lande das Schwarzbrennen in letzter Zeit stark zugenommen habe und insbesondere die männliche Bevölkerung unter dem häufigen Genuss eines aus Kartoffeln und Roggen selbstgebrannten Fusels die Landarbeit vernachlässige. Das Schwarzbrennen erfolgt vor allem in den Badestuben der Dörfer. Stellenweise soll sogar aus Sägespänen eine Art Brennspiritus gewonnen werden sein, der dann verdünnt getrunken wird.

In der propagandistischen Betreuung der Zivilbevölkerung ist auch weiterhin ein Fortschritt festzustellen, wenn sie auch, vor allem auf dem flachen Lande, noch keineswegs ausreichend dem Nachrichtenhunger der Bevölkerung und dem Umfang der früheren bolschewistischen Propaganda entspricht. Wo die - allerdings noch in ihren technischen Hilfsmitteln beschränkte - deutsche Propaganda nun stärker eingesetzt hat, konnte überall eine sehr dankbare und wirkungsvolle Aufnahme durch die Zivilbevölkerung festgestellt werden. Mittel der deutschen Propaganda sind in erster Linie illustrierte Wandzeitungen, Flugblätter, Bekanntgabe des Wehrmachtsberichtes durch öffentlichen Anschlag oder Lautsprecheranlage, Aushang von Frontkarten sowie in einigen grösseren Städten ein- bis zweimal wöchentlich erscheinende Zeitungen für die Zivilbevölkerung. Auch der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes hat in seinen Verwaltungsanordnungen Nr.9, Ziff. XVI verfügt, dass die Feld- und Ortskommandanturen zur Unterrichtung der Zivilbevölkerung über die Kriegslage Frontkarten zum Aushang zu bringen haben. Dazu kommt noch gelegentlich der Einsatz von Filmwagen und die Eröffnung von Kinos für die Zivilbevölkerung.

Wenn auch heute noch die deutsche Propaganda nicht den wünschenswerten Umfang erreicht hat, so liegt das jetzt wohl vorwiegend in den technischen Unzulänglichkeiten. Am Nachteiligsten wirkt sich wohl aus, dass infolge der Transportschwierigkeiten das flache Land und auch die kleineren, abseits gelegenen Ortschaften von der Propaganda nur ungenügend und demgemäss unregelmässig betreut werden können. Auch andere technische Mängel - Zustand und beschränkte Verwendungsfähigkeit der örtlichen Druckereien, Papiermangel usw. - lassen auch heute die deutsche Propaganda noch nicht zur genügenden Entfaltung kommen. Mit dem Eintreffen der Propaganda-Abteilung W in Smolensk ist aber jedenfalls eine planmässige Leitung und ein erheblicher Fortschritt in der deutschen Propaganda erzielt worden.

Die bisher sehr rege Flugblattpropaganda der Bolschewisten im besetzten Hinterland hat stark nachgelassen, was einmal auf die Wucht der seit dem 2.10. im mittleren Frontabschnitt laufenden Operationen zurückzuführen ist, die einen Einsatz der sowjetrussischen Luftwaffe für einen umfassenden und regelmässigen Abwurf von Flugblättern nicht mehr zulassen. Weiter aber dürften auch hier vor allem der schon eingetretene Winter und das ausserordentlich schlechte Wetter die Wirksamkeit einer solchen Flugblattpropaganda erheblich herabmindern, so dass sich die deutsche Propaganda heute in einer günstigeren Situation befindet als etwa Ende September. Die bolschewistischen Versuche, durch Flugblattabwurf über den deutschen Frontlinien innerhalb der Deutschen Wehrmacht zersetzend zu wirken, dauern zwar noch an, haben jedoch auch nicht mehr den Umfang wie z.Zt. des Stillstandes der Operationen am hiesigen Frontabschnitt.

3.) Volkstumsfragen.

a) Volksdeutsche.

Bei der Besetzung von Brjansk konnte festgestellt werden, dass dort etwa 10 - 15 volksdeutsche Familien ansässig waren, die in den Jahren 1928 bis 1930 aus dem Wolgagebiet infolge der damals dort herrschenden Hungersnot nach Brjansk kamen. Da sie in Brjansk keine Unterkunft fanden, bauten sie sich in dem Dorfe Gorodischze unweit von Brjansk Erdhütten aus, in denen sie bis zum September d.J. hausten. Mitte September sind sie nach Aussagen der Bevölkerung auf Lastwagen verladen und zwangsweise mit unbekanntem Ziele evakuiert worden. Auch in Ordhonekidsegrad waren ca. 15 wolgadeutsche Familien wohnhaft, denen es angeblich infolge der dort günstigeren Arbeitsbedingungen besser gegangen sein soll. Sie sind natürlich ebenfalls zwangsweise evakuiert worden, ohne dass über ihren Verbleib etwas zu erfahren war. In Wjasma konnten bisher lediglich zwei ältere volksdeutsche Frauen festgestellt werden. Es hat demnach den Anschein, dass die Bolschewisten neuerdings auch aus dem derzeitigen Gebiet jeden einzelnen Volksdeutschen evakuieren.

Im gegenwärtigen rückwärtigen Heeresgebiet kommt nach wie vor der volksdeutschen Gruppe in Witebsk die grösste Bedeutung zu, deren Kopfzahl jetzt 167 beträgt. Um die Betreuung dieser Volksdeutschen hat sich insbesondere das dortige Einsatzkommando bemüht. Für das volksdeutsche Heim werden von der Stadtverwaltung Witebsk monatlich 5 000 Rubel und für die Errichtung einer volksdeutschen Konsumgenossenschaft einmalig 15 000 Rubel zur Verfügung gestellt. Eine endgültige Regelung in der Frage der Volksdeutschen des hiesigen Gebietes, insbesondere auch die Klärung der Frage, wer endgültig als Volksdeutscher

anerkannt wird, muss zweckmässigerweise bis zur jeweiligen Einbeziehung eines Gebietes in den Politischen Raum zurückgestellt werden. Jedenfalls ist es durchaus richtig , sich im Augenblick nur zu beschränken auf eine Besserung der Lebensverhältnisse, insbesondere Zuteilung von genügend Lebensmitteln und Zuweisung menschenwürdiger Unterkünfte an diejenigen Personen, die glaubhaft geltend machen, dass sie Volksdeutsche sind. Im rückwärtigen Armee- und Heeresgebiet will sich auch die soeben in Smolensk eingetroffene Propagandaabteilung W um etwaige Volksdeutsche bemühen. Da eine ausreichende Betreuung der vereinzelt lebenden Volksdeutschen in den verschiedenen Städten durch die örtlich zuständigen Ortskommandanturen auf gewisse Schwierigkeiten stösst, wäre zu erwägen, bei längerem Stillstand der Front und damit des rückwärtigen Armee- und Heeresgebietes während der Wintermonate die wenigen bisher erfassten Volksdeutschen dieses Gebietes in einigen grösseren Städten zu konzentrieren. Hier könnte ihre ausreichende Betreuung wesentlich erleichtert und gleichzeitig auch eine volkspolitische Überprüfung ermöglicht werden.

b) <u>Weissruthenen.</u>

Im gegenwärtigen Tätigkeitsbereich der Einsatzgruppe oder vielmehr nur noch des Einsatzkommandos 8 konzentriert sich das kulturelle Leben der Weissruthenen in Witebsk, das sich neben dem schon zum Politischen Raum gehörenden Minsk zum zweiten Mittelpunkt des völkischen Lebens der Weissruthenen entwickelt hat. Neben verschiedenen kulturellen Veranstaltungen war seitens des sehr aktiven weissruthenischen kommissarischen Bürgermeisters beabsichtigt, auch schon ein weissruthenisches Museum für Heimatkunde und Geschichte einzurichten, was durch Eingreifen des örtlich zuständigen Einsatzkommandos

66

zunächst hinausgeschoben wurde mit dem Hinweis, dass erst die vordringlichsten Aufgaben der Wohnungsbeschaffung für den Winter, ferner die Sicherstellung der Ernährung und die Arbeitsbeschaffung erledigt werden müssten. Dieser Auffassung hat sich auch der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes angeschlossen.

Durch einen Erlass des Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte ist nunmehr auch der gesetzliche Rahmen für ein weissruthenisches völkisches Eigenleben auf vereinsmässiger Basis geschaffen worden. Diese örtlich zu bildenden Vereine, deren Tätigkeitsbereich über den Umfang eines Rayons (Kreis) nicht hinausgehen darf, dürfen sich unter Fortfall jeder politischen Zielsetzung nur mit Pflege weissruthenischen Brauchtums, Musik- und Gesangstätigkeit, in erster Linie aber der zur Unterstützung der Front wichtigen Heimstättenarbeit in Nähstuben beschäftigen. Es ist mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes vereinbart, dass sich die Beteiligung der Sicherheitspolizei und des SD dabei nicht nur, wie es im Erlass heisst, auf die politische Überprüfung der Vorstandsmitglieder beschränkt, sondern bei der gesamten Behandlung der Weissruthenenfrage, insbesondere auch bei der Überwachung der Organisationen, gewährleistet ist. Das noch im weissruthenischen Siedlungsgebiet tätige Einsatzkommando ist besonders angewiesen worden, sich nach wie vor weitgehend in die Behandlung der Weissruthenenfrage einzuschalten, jede über das erforderliche Mass hinausgehende, ins Politische übergreifende weissruthenische Volkstumsarbeit sofort zu unterbinden, andererseits aber die sich über die neu zu schaffenden weissruthenischen Organisationen bietenden sicherheitspolizeilichen und nachrichtendienstlichen Möglichkeiten und Verbindungen weiter auszubauen.

62

Von seiten der zuständigen Feldkommandantur wer nach Zustimmung der Heeresgruppe der Stadtverwaltung Smolensk die Genehmigung erteilt worden, eine zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung in russischer Sprache herauszugeben. Da jedoch Smolensk zukünftig zum Generalkommissariat Weissruthenien gehören wird, hat der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes auf hiesige Veranlassung hin sofort angeordnet, dass im Hinblick auf die künftige Einbeziehung Smolensk's zu Weissruthenien die Zeitung zweisprachig, und zwar weissruthenisch und russisch, erscheint.

Es wäre jedenfalls im Interesse der volksmässigen Absetzung des Weissruthenentums vom Russentum falsch, wollte man das in Smolensk an sich schon zahlenmässig überwiegende russische Element noch durch das Erscheinen einer nur russischsprachigen Zeitung unterstützen.

4.) Verwaltungswesen.

Während im rückwärtigen Heeresgebiet der unter Leitung der Kriegsverwaltung stehende einheimische Verwaltungsapparat weiterhin ausgebaut wird, stösst die Errichtung eines provisorischen Verwaltungsapparates in den seit dem 2.10. neubesetzten Gebieten auf erhebliche Schwierigkeiten. Infolge der umfassenden Evakuierung der Zivilbevölkerung war es in vielen Städten - Wjasma, Brjansk, Uritzkij, Ordhoneskidsegrad, Juchnow u.a. - noch nicht möglich, einen geeigneten Bürgermeister zu finden und einen Ordnungsdienst aufzustellen. Es besteht allerdings noch die Möglichkeit, dass, nachdem ein Teil der Zivilbevölkerung sich der Zwangsevakuierung durch Flucht in die umliegenden Dörfer entzogen hat und nun nach Abschluss der Kampfhandlungen allmählich wieder in die Städte zurückkehrt, sich unter diesen vielleicht geeignete Personen finden, die entsprechend zum Einsatz gebracht werden können.

5.) Wirtschaft.

Die Ernährungslage der Zivilbevölkerung in den Städten ist noch wie vor sehr unterschiedlich und meist davon abhängig, ob zufällig in der Nähe grössere Bestände von Lebensmitteln zur Verfügung stehen oder nicht. Der grösste Teil der Stadtbevölkerung klagt jedoch über unzureichende Zuteilung von Lebensmitteln. Immer wieder wird seitens der Stadtbevölkerung der Vorwurf erhoben, dass die Landbevölkerung über reichlich Lebensmittel verfüge und sich wesentlich besser stehe als früher, dennoch aber nicht geneigt sei, Lebensmittel der Stadtbevölkerung anders als auf dem Tauschwege anzubieten. So würde angeblich dem hungrigen Städter das letzte Kleidungsstück durch die Landbevölkerung weggenommen und ausserdem eine Entwertung des Geldes gefördert. Aus Kreisen der Stadtbevölkerung wird behauptet, dass sich die Steuerfreiheit für das dem Bauer zur Eigenbewirtschaftung überlassene Land zum Nachteil der Stadtbevölkerung auswirke. Denn da der Bauer keine Steuern zu zahlen brauche, ist er auch nicht darauf angewiesen, sich durch den Verkauf seiner Erzeugnisse in den Besitz von Geld zu setzen und kann sich unbesorgt ausschliesslich auf einen Tauschhandel einlassen.

Die Frage der Versorgung der Zivilbevölkerung in den Städten ist immer noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes und der zuständigen Wirtschaftsinspektion Mitte. Bekanntlich ist von letzterer bisher der Standpunkt vertreten worden, dass sie ausschliesslich für die Versorgung der Truppe, der Heimat und der in deutschen Diensten stehenden Zivilbewohner zu sorgen habe, während sie an der Versorgung der übrigen Zivilbevölkerung, dh. der überwiegenden Mehrheit, uninteressiert sei. Neuerdings scheint man jedoch auch seitens der Wirtschaftsinspektion geneigt zu sein, in beschränktem Umfang für die Versorgung der Zivilbevölkerung

sorgen zu wollen, indem man Getreide und Kartoffeln für diesen Zweck zur Verfügung stellen will, während eine Ausgabe von Fleisch und Fett in keinem Fall in Betracht kommt. Da Getreide und Kartoffeln in genügender Menge zur Verfügung stehen sollen, ist die Frage der Versorgung der Zivilbevölkerung in erster Linie von der Lösung der Transportfrage abhängig. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes hält es im Interesse der allgemeinen Sicherheit als auch mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Interesse der zukünftigen deutschen Ernährungslage für notwendig, dass man deutscherseits, wenn auch nur in beschränktem Umfange, die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherstellt.

Aus der Gegend von Mogilew wird berichtet, dass infolge der schwierigen Ernährungslage in den Städten bereits ein starkes Abwandern der Stadtbevölkerung auf das Land und in die Dörfer festgestellt werden kann, wo insbesondere die Handwerker sehr schnell Arbeit und damit auch Brot finden. Diese Abwanderung von Handwerkern und anderen Fachkräften hat in den letzten Wochen bereits derartige Ausmasse angenommen, dass in den Städten vielfach schon ein Mangel an Fachkräften zu beobachten ist.

So zeigt sich, dass zu der Frage der Ernährung der Stadtbevölkerung, in erster Linie Weissruthenians, - für die Landbevölkerung ist und bleibt die Ernährung kein Problem - nach der einen oder anderen Seite Stellung genommen werden muss. Die entscheidende Klärung kann aber nicht bei der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD liegen, sondern allein bei der politischen und wirtschaftlichen Führung.

70

Vollzugstätigkeit.

1.) Allgemeine Lage.

Im wesentlichen konnte diesmal hier nur Material des EK. 8 ausgewertet werden. Die SK. 7a und 7b, das VKH und das EK. 9 befinden sich auf dem Vormarsch. Eine eingehende Berichterstattung setzt eine Kurierverbindung mit diesen Kommandos voraus. Doch das schlechte Wetter der letzten Zeit schloss auf den langen grundlosen und verstopften "Strassen" den Einsatz der ohnehin sehr überanspruchten Fahrzeuge zu dem in Smolensk befindlichen Arbeitsstab der Gruppe aus.

Abgesehen von den allgemeinen exekutiven Aufgaben gegen Juden, Kommunisten usw. lag das Schwergewicht der Tätigkeit im rückwärtigen Heeresgebiet noch bei der Bekämpfung der Partisanen.

Dieser Kampf wird nach wie vor rücksichtslos durchgeführt, wobei es naturgemäss oft zu Feuergefechten kommen muss. So konnte in der Berichtszeit allein das EK. 8 wieder 79 Partisanen unschädlich machen. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass von der Einsatzgruppe B bisher insgesamt über 1300 bewaffnete Partisanen, also mehr als ein kriegsstarkes Bataillon, vernichtet worden sind, ein Erfolg, der von der Wehrmacht hier rückhaltlos anerkannt wird.

Die im Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. bis 15.10.1941 erwähnte Feststellung, dass die Tätigkeit der Partisanen sich mehr und mehr auf die Verübung von Sabotageakten verlagert, hat sich auch in der Berichtszeit erneut bestätigt. Sie versuchen, die für unsere rückwärtigen Verbindungen wichtigen Verkehrseinrichtungen, wie Eisenbahnlinien, Telefonleitungen und Brücken, zu zerstören, und zwar die Telefonleitungen durch Absägen der Masten und die Brücken und Eisenbahnanlagen durch Sprengungen, ohne dass aller-

dings grösserer Schaden verursacht wird.

Der erforderliche Sprengstoff wird den Partisanenabteilungen immer noch unter Verwendung von Fallschirmen zugeführt, wie im Anschluss an eine Aktion im Orte Esmonj, etwa 40 km nordwestlich Mogilew, erneut festgestellt werden konnte. In einem bewaldeten Sumpfgebiet in der Nähe des Dorfes Uschlowa wurde eine mittels Fallschirm abgeworfene leichte, mit verstärkter Zeltleinwand abgedichtete Holzkiste von etwa 2 m Länge und etwa 50 cm Durchmesser gefunden. Ihr Inhalt bestand aus Sprengmunition, Tabakwaren, Proviant und 4 russischen Stahlhelmen. Diese Sachen waren für die in der Nähe von Esmonj vereinzelt auftretenden Partisanen bestimmt.

Selbstverständlich werden auch nach wie vor noch Fallschirmspringer, insbesondere Spezialisten, hinter den deutschen Linien abgesetzt mit dem Auftrage, heereswichtige Anlagen usw. zu zerstören und sofort Verbindung mit den örtlichen Partisanengruppen aufzunehmen. Bei der Suche nach derartigen Fallschirmspringern hatte das EK. 8 einen schönen Erfolg. Es konnte die russischen Fallschirmspringer Iwan Timosenko und Nikolai Prishow, beide Mechaniker, die in unmittelbarer Nähe von Mogilew abgesprungen waren, festnehmen.

Die Aussagen gefangener Partisanen und die festgestellten organisatorischen Versuche zeigen deutlich das ernsthafte Bestreben der Sowjetregierung, die Partisanengruppen hinter der deutschen Front mit allen Mitteln zu unterstützen und so eine erfolgreiche Störung der rückwärtigen deutschen Verbindungen zu erreichen. In der Gesamtwirkung ist diese Mühe der Sowjets aber vergebens. Daran ändert auch nichts der wiederholt berichtete Versuch, zur einheitlichen Ausrichtung der Partisanenabteilungen sowjetrussische Offiziere einzusetzen, die sich z.T. als Versprengte hinter der deutschen Front verborgen halten. Hier kann die Sicher..

heitspolizei mit ihren guten V-Männernetz wertvolle Hilfe leisten und die sowjetischen Versuche im Keime ersticken. Das E.K.9 z.B. hat in Mogilew rechtzeitig eine Organisation aufgedeckt, die es sich zur Aufgabe gestellt hatte, Partisanenabteilungen aufzustellen und die bereits vorhandenen Gruppen mit Nachrichten zu versehen oder nach vorgesehenen Einsatzstellen zwecks Ausführung von Sabotageakten zu leiten. Leiter dieser Organisation war ein ehemaliger sowjetrussischer Leutnant. Auch in der Ortschaft Wzeyna, etwa 13 km von Mogilew in Richtung Tschauzy entfernt, hat sich ein ehemaliger sowjetrussischer Unterleutnant als Werber für Partisanenabteilungen betätigt.

Als Ausgangspunkt für Unternehmungen der Partisanenabteilungen sind in letzter Zeit abseits gelegene, bei schlechtem Wetter fast unerreichbare Kolchose festgestellt worden, die auch für die wirtschaftliche Betreuung der Partisanen in Anspruch genommen wurden.

Andere organisierte Widerstandsbewegungen waren nicht festzustellen. Der Oppositionswille der breiten Masse der Bevölkerung hat seit den deutschen Waffenerfolgen der jüngsten Zeit merklich nachgelassen, und zwar besonders in den Gebieten, in denen das Judentum, das in der Organisation von Widerstandsbewegungen ja immer führend tätig ist, restlos beseitigt worden ist. Soweit ein russischer Bevölkerungsteil überhaupt zu Widerstand neigte, haben unsere sehr schweren und strengen Massnahmen (Exekutionen durch Erhängen und Erschiessen) ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Fluchtbewegung der Juden nach Osten hat, wie auch in dieser Berichtszeit festgestellt werden konnte, ihren Fortgang genommen. So meldete das auf dem Vormarsch in Richtung Moskau befindliche PK. 9, dass in der Stadt Jarzewo, in der früher etwa 5 000 Juden gelebt hätten, nicht einer mehr vorhanden war. Ähnlich war es in Wjasma, Gshatsk, Moshaisk, Juchnow und

Brjansk.

Auf dem Gebiete der Kriminalität haben die Eigentumsdelikte anscheinend zugenommen. An erster Stelle stehen teilweise unter Gewaltanwendung begangene Plünderungen, vor allem auf dem flachen Lande, wo es zuweilen noch an dem notwendigen polizeilichen Schutz fehlt. Auffällig ist der hohe Prozentsatz Jugendlicher im Alter von 12 bis 18 Jahren, die teilweise unter Zusammenschluss zu Banden planmässig vorgehen. Um einer weiteren ungünstigen Entwicklung auf diesem Gebiete Einhalt zu gebieten sind mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes wichtige Massnahmen besprochen worden, wie z.B. die Errichtung von Lagern arbeitsloser Jugendlicher, denn die Sicherheitspolizei, die in ihr bekannt werdenden Fällen hart zuschlägt, kann allein wegen der Wichtigkeit anderer ihr obliegender Aufgaben die Vielzahl der Fälle von sich aus nicht ahnden.

Im grossen und ganzen ist eine fühlbare Mitarbeit der friedliebenden Bevölkerung, insbesondere der weissruthenischen Kreise, festzustellen. Besonderes Verständnis wird der Behandlung der Judenfrage entgegen gebracht, besonders auf dem flachen Lande wird das Judentum als Plage betrachtet und die Bevölkerung hat oft schon bei einzelnen Ortskommandanturen um Durchführung von Massnahmen gegen die Juden gebeten. Leider aber bringt es die Bevölkerung immer noch nicht fertig, zu Selbsthilfemassnahmen gegen die Juden zu greifen. Auf die - wohl rein psychologischen - Gründe ist bereits früher hingewiesen worden.

2.) Bekämpfung von Partisanen.

Bei der Aufdeckung der Partisanenorganisation in Mogilew wurde festgestellt, dass der ehemalige sowjetrussische Leutnant Mokeews, der Leiter dieser Organisation, es verstanden hatte, bereits 39 Mann und daneben 16 Frauen, vorwiegend Jugendliche, die Mund-

schafterdienste leisten und Nachrichten übermitteln sollten, zu verpflichten. Unter den 55 Personen befanden sich allein 22 Juden, die mit einem geradezu fanatischen Eifer an dem Weiterausbau der Organisation gearbeitet hatten. Mokeews fand weitestgehende Unterstützung durch einen Gemüsehändler, der ihm seinen Geschäftsraum zur Durchführung seiner Arbeit zur Verfügung stellte. Die 55 Personen wurden liquidiert, darüberhinaus Kollektivmassnahmen gegen Juden durchgeführt.

Nach der Meldung eines V-Mannes befand sich in einem Walde etwa 20 km ostwärts von Mogilew eine etwa 20 Mann starke Partisanenabteilung auf dem Marsche nach Brjansk und weiter ostwärts in der Nähe von Kritschew eine Abteilung in Stärke von etwa 114 Mann. Der V-Mann gesellte sich zu Erkundungszwecken zeitweise zu den Partisanen und nahm, wie mit ihm vereinbart, Gelegenheit, dem in Kritschew liegende Wehrmachtseinheit hiervon zu verständigen, die u.a. einen Panzerzug in Richtung Brjansk zur Bekämpfung dieser Partisanenabteilungen einsetzte.

Am 11.10.1941 wurde durch einen Teiltrupp des EK. 8 eine Aktion in der Ortschaft Wzeyna, in der ein ehemaliger sowjetrussischer Leutnant als Werber für Partisanenabteilungen sich betätigen sollte, mit dem Erfolg durchgeführt, dass 2 Werber, die Russen Jordanow und Jlinski, festgenommen wurden. Jlinski war in der sowjetrussischen Armee Unterleutnant und ferner Sekretär des Komsomols. Beide wurden liquidiert.

Am 29.10.1941 wurden in der Ortschaft Gaji, etwa 10 km von Mogilew in Richtung Schklow, der Kolchosleiter, der Partisanen unterstützt haben sollte, und weitere 6 Personen, darunter 2 Asiaten, festgenommen. Auf der Kolchose wurden mehrere russische Uniformen gefunden. Das Ermittlungsergebnis steht noch aus.

Am 19.10.1941 wurden auf dem Kommandanturplatz in Mogilew 3 sowjetrussische Kriegsärzte vom Kriegsgefangenenlazarett Mogilew, unter Bekanntgabe des Exekutionsgrundes an die Bevölkerung mittels Lautsprecher, erhängt, da sie in ihr Lazarett eingelieferte deutsche verwundete Soldaten ermordet bezw. an das NKWD zur Ermordung ausgeliefert hatten.

Am gleichen Tage wurde der im Bericht vom 14.9.1941 erwähnte Hauptmann der Roten Armee, der den Bürgermeister in Mogilew zur Mitwirkung auf Seiten der Partisanen hatte bewegen wollen, ebenfalls auf dem Kommandanturplatz in Mogilew gehängt und der Exekutionsgrund an die Bevölkerung mittels Lautsprecher bekannt gegeben.

Der in Bobruisk eingesetzt gewesene Trupp hat im Stadtgebiet 20 Mann festgenommen, die als Angehörige von Partisanenabteilungen das Stadtgebiet zu Kundschafterzwecken aufgesucht hatten. Sie wurden liquidiert.

Dem Trupp in Bobruisk wurde das Auftreten einer Partisanenabteilung in Stärke von 30 bis 40 Mann bei der Ortschaft Myschkowitsch, Bezirk Bobruisk, gemeldet. Die zuständige Wehrmachtsdienststelle wurde in Kenntnis gesetzt und gemeinsam eine Aktion durchgeführt.

Nach einer Meldung von V-Personen sollen sich in einem Waldgelände westlich der Strasse von Mogilew nach Orscha, etwa 20 km von Mogilew, Partisanen aufhalten, die entlassene russische Kriegsgefangene ermordet und deren Entlassungsscheine an sich genommen haben sollen. 8 ehemalige Kriegsgefangene sollen bereits ermordet worden sein. In Diwnowo, 2 bis 3 km von Sajmiszcze, seien kleinere Partisanengruppen in Stärke bis zu 5 Mann beobachtet worden. Die notwendigen Massnahmen sind sofort eingeleitet worden, das Ergebnis liegt im Augenblick noch nicht vor.

3.) Aktionen gegen Funktionäre, Agenten, Saboteure und Juden

In Mogilew wurde die Arbeiterin Nina Lissunowa festgenommen. Sie hat 4-klassige Volksschulbildung und arbeitete in einer Seidenfabrik in Mogilew. Sie war Deputierte des Obersten Rates der Sowjets und hat an 6 Sitzungen des Rates der Sowjets in Moskau teilgenommen.

Am 11.10.1941 wurden der Russe Feodor Karjago aus Schklow und 3 weitere Russen erschossen, da sie im kommunistischen Sinne agitiert hatten.

Am gleichen Tage wurden die Russen Wassilie Bertjew, Wladimir Berendowski und Andrey Sinjakow erschossen, die versucht hatten, eine Organisation zwecks kommunistischer Betätigung aufzubauen, und die sich bereits in den Besitz von Pistolen gesetzt hatten.

Am 14.10.1941 wurden die Russen Michael Sokischewski, Wassilie Terisow, Maxim Rudakow, Georgi Charsewu und Markar Amsalowitsch erschossen, die sich während der Sowjetzeit als Parteifunktionäre betätigt und in erheblichen Umfange Personen dem NKWD ausgeliefert, sowie bei Deportierungen mitgewirkt hatten.

Am 16.10.1941 wurde die Russin Anna Garbusow erschossen, da sie im NKWD in besonders hetzerischer Weise gegen Deutschland gewirkt hatte.

Am gleichen Tage wurden die Juden Stanislaus Bonski und Tolja Ahonin als frühere NKWD-Agenten und die Juden Simon Alexandrowitsch, Schuster Peiser und Michael Sakei wegen Besitzes von Sprengmunition liquidiert.

Am gleichen Tage wurde die Jüdin Cadine Orlow exekutiert, da sie ohne Judenkennzeichen betroffen wurde und den Zuzug in das Ghetto verweigerte.

Am 18.10.1941 wurden die Juden Lowa Wasmann, Ferne Birkmann, Jakob Sarawo, Abraham Linden, Abraham Baranitsche, Salomon Katzmann und Behr Katzmann, sowie die Jüdin Fenia Loikina liquidiert, da sie es ablehnten, das Judenkennzeichen zu tragen und Hetzpropaganda gegen

Deutschland betrieben hatten.

Am 20.10.1941 wurde der Jude Stanilow Naum, sowie das jüdische Ehepaar Altär liquidiert. Sie hielten sich in Mogilew ausserhalb des Ghettos verborgen.

Am 14.10.1941 wurde vom Vorkommando des EK. 9 der Jude Isaak Pjaskin erschossen, der politischer Mitarbeiter der Roten Armee gewesen war und sich unter verdächtigen Umständen auf der Vormarschstrasse nach Wjasma herumtrieb.

Am 17.10.1941 wurde vom Vorkommando des EK. 9 die Maria Spirina erschossen, da sie sich als Flintenweib betätigt hatte.

Am 21.10.1941 wurde der Jude Joel Ljubawin erschossen, der unweit Wjasma in einem russischen Bunker im Besitze einer Schusswaffe angetroffen wurde.

4.) Massnahmen gegen Kriminelle und Plünderer.

Am 17.10.1941 wurde der Jude Samuel Goffmann erschossen, da ihm eine Passfälschung zwecks Verschleierung seiner Zugehörigkeit zum Judentum nachgewiesen werden konnte. Am gleichen Tage wurde der Russe Emil Stubin aus Schklow erschossen, da er mehrfacher Brandstiftungen überführt worden war.

Am 20.10.1941 wurden 6 Russen in Mogilew erschossen, da sie sich vagabundierend im Stadtgebiet herumgetrieben und ihren Lebensunterhalt aus der Begehung strafbarer Handlungen, u.a. durch räuberische Erpressung, bestritten hatten.

Am 21.10.1941 wurden 12 Personen, die des schweren Diebstahls überführt waren, erschossen.

2 Jüdinnen, die bei dem Fliegerangriff in der Nacht zum 13.10.1941 zwei Häuser in Bobruisk in Brand gesetzt hatten, wurden liquidiert.

Eine grössere Anzahl Personen wurden in Bobruisk erschossen, da sie Plündereien und andere kriminelle Verfehlungen begangen hatten.

78

5.) Sonderaktionen.

Von mehreren Hundert Insassen des Zwangsarbeitslagers in Mogilew wurden 83 am 15.10.1941 liquidiert, da es sich bei ihnen um rassisch minderwertige Elemente mit asiatischem Einschlag handelte, deren weitere Belassung im rückwärtigen Heeresgebiet nicht zu verantworten war.

Nach einer Meldung des Inf.Reg. 691 liessen die Juden in Asmonj den in der näheren Umgebung sich aufhaltenden Partisanen in jeder Art und Weise Unterstützung zukommen. Am 9.10.1941 wurden bei der Überholung des Ortes 81 Juden erschossen, die gegen die Anordnungen der deutschen Besatzungsbehörden verstossen hatten. In einigen Judenwohnungen wurden russische Uniformen gefunden.

Auf Grund zahlreicher Beschwerden wegen des aufreizenden Benehmens der Juden in Gorki (Nordöstlich Mogilew) und Umgebung wurden bei einer Überholung von 8 Ortschaften insgesamt 2 200 Juden aller Altersklassen liquidiert. Es handelte sich bei ihnen in der Hauptsache um aus der Gegend von Minsk zugewanderte Juden, die wie auch die übrigen gegen die Anordnungen der deutschen Behörden verstossen hatten. Die Aktion wurde in engster Zusammenarbeit mit der Feldgendarmerie durchgeführt.

In Mistislawl, etwa 80 km ostwärts Mogilew, wurden 900 Juden liquidiert, die gegen die Anordnungen der deutschen Behörden verstossen, durchziehenden Partisanen Unterkunft gewährt und sie mit Nahrungsmitteln und Bekleidung versehen hatten.

Am 19.10.1941 wurde mit Unterstützung durch das Pol.-Regt. Mitte in Mogilew eine Judenaktion grösseren Ausmasses durchgeführt, bei der 3 726 Juden beiderlei Geschlechts und jeden Alters liquidiert wurden. Diese Massnahme war erforderlich, weil die Juden seit Besetzung der Stadt Mogilew durch deutsche Truppen die Belange der Besatzungsbehörden und trotz der gegen sie bereits durchgeführten Massnahmen von diesem Treiben nicht nur

Abstand nahmen, sondern ihre deutschfeindliche Betätigung (Sabotage, Unterstützung von Partisanen, Arbeitsverweigerung usw.) in einem Umfange und mit einer Beharrlichkeit fortsetzten, dass es im Interesse der Befriedung der rückwärtigen Gebiete nicht länger geduldet werden konnte.

Am 23.10.1941 wurden in Bekämpfung der Partisanen und zwecks weiterer Verhinderung von Sabotageakten weitere 279 Juden beiderlei Geschlechts aus Mogilew und Umgebung liquidert.

Das SK. 7a hat in der Berichtszeit 173 Liquidierungen durchgeführt.

6.) Beschlagnahme von Material.

Das in den vom EK. 8 auf dem Gelände des ehem. Kriegskommissariats in Mogilew gefundenen Kisten enthaltene Material ist inzwischen durch Sonderkurier der Wehrmacht gesichtet. Die Schriftstücke und Bücher stellen hochwichtige militärische Dokumente der 8. Abtlg. des Generalstabes der Roten Armee dar. Unter ihnen befinden sich u.a. "Allgemeiner Militär-Kode der Kommandeure - SOKK - 40", "Regeln und Handhabung des Chiffre-Systems a.Ausgabe". Unter Material, das Partisanen abgenommen war, befanden sich namentliche Aufzeichnungen über ausgebildete Kommandeure und Partisanen von Tschernikow und Umgebung, sowie verschiedene Karten mit Einzeichnungen und sonstige Bescheinigungen. Die in den Karten eingetragenen Einzeichnungen sind ausgewertet, Fahndungsmassnahmen auf Grund der Listen eingeleitet.

Der Gruppenstab hat in Gshatsk im NKWD- und im Parteigebäude wichtige politische Akten und Karteien vorgefunden und sichergestellt.

In Wjasma wurden vom EK. 9 im Parteigebäude die namentliche Aufstellung eines Kommandos für Sprengungen und Sabotageakte im Raume um Smolensk, sowie eine Liste von NKWD-Angehörigen, die nach Beendigung von Sprengkursen

für die gleichen Zwecke eingesetzt werden sollen, aufgefunden. Das Erforderliche ist veranlasst und eingehende Falmdungen sind eingeleitet.

Unter Beutepapieren wurden schliesslich auch noch Schriftstücke, die die Mitarbeiter des NKWD des Kreises s'chod betreffen, aufgefunden. Das Erforderlich ist veranlasst.

7.) Beschlagnahme von Geldern und anderen Gegenständen.

Das EK. 8 beschlagnahmte während der Berichtszeit weitere 491 705 Rubel, sowie 15 Goldrubel. Sie wurden buchmässig erfasst und an die Verwaltung des EK. 8 abgeführt. Die Gesamtsumme der vom EK. 8 bisher sichergestellten Rubel beläuft sich damit auf 2 511 226 Rubel.

8.) Organisatorische Massnahmen.

Das von EK. 8 in Mogilew eingerichtete Ghetto konnte zum grössten Teil der Stadtverwaltung wieder zur Verfügung gestellt werden, da Mogilew nach den letzten Aktionen als fast judenfrei bezeichnet werden kann. Die wenigen noch vorhandenen Juden sind in einem Zwangslager untergebracht und stehen dort als gelernte Handwerker zum Arbeitseinsatz zurVerfügung.

Das SK. 7a hat in Rshew einen Ordnungsdienst und einen Judenrat eingesetzt.

9.) Liquidierungen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen - es stehen noch die Berichte des SK. 7b und des EK. 9 sowie des VKM aus - erreichten die in der Berichtszeit erfolgten Liquidierungen folgende Höhe:

a)	Stab und VKM	2 457,
b)	S.K. 7a	1 517,
c)	S.K. 7b	1 322,
d)	E.K. 8	28 219,
e)	E.K. 9	11 452
		45 467 Gesamtzahl

der bisher von der Einsatzgruppe B liquidierten Personen.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Aufbau eines Geheimen-Stadt-Komitees der KP in Kiew.

Wie aus den bisherigen Vernehmungen kommunistischer Funktionäre zu entnehmen ist, wurde in Kiew kurz nach Ausbruch des deutsch-sowjetrussischen Krieges ein geheimer Partei-Apparat der Kommunistischen Partei organisiert. Ähnlich wie in Kiew wird in der gesamten Ukraine bezw. in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten der UdSSR die sogenannte geheime KP-Organisation aufgezogen worden sein.

Organisation:

In seiner organisatorischen Gliederung stimmt das "Geheime-Stadt-Partei-Komitee" in Kiew mit den alten Partei-Organisationen überein.

Für seine geheime, gegen die deutsche Besatzung gerichtete Parteiarbeit bedient sich der Sekretär des "Geheimen-Stadt-Partei-Komitees" der 9 Sekretäre des Geheimen-Rayon-Komitees in Kiew, die in dieser äusseren Form auch in der Vorkriegszeit bestanden.

Die Verbindung vom Stadt-Partei-Komitee zu den einzelnen Sekretären der Rayon-Partei-Komitees läuft über etwa 5 - 6 Verbindungspersonen, die organisatorisch zum Stadt-Partei-Komitee gehören.

Jedem Sekretär eines Geheimen-Rayon-Partei-Komitees wurden zuverlässige, in der Regel langjährige Parteimitglieder zur Durchführung ihrer Parteiaufgaben beigegeben.

Diese Parteimitglieder wiederum waren gehalten, sich zur Mitarbeit überzeugte und einsatzbereite Kommunisten, die sich gegenseitig nicht kennen sollen, zu beschaffen.

Für den Fall der Festnahme eines Sekretärs eines Geheimen-Rayon-Partei-Komitees wurden vom Stadt-Partei-Komitee von vornherein sogenannte Ersatzmänner bestimmt, die dann automatisch in diese Funktion treten sollen.

Geldbeträge (auch Reichsmark) zur Finanzierung dieser Parteiarbeit wurde den Funktionären in Aussicht gestellt.

Aufgaben:

Als besondere Aufgabe wurde den Funktionären des geheimen Parteiapparates neben der allgemeinen bolschewistischen Propaganda

die Verteilung von Flugblättern,
Verbreitung von Gerüchten,
Aufwiegelung der Bevölkerung,
Weitergabe von Parteiliteratur,
Abgabe von Stimmungsberichten,
Auskunftserteilung,
Erfassung der Massnahmen der Besatzungs-behörden

übertragen, mit der erst nach Eingang der bestimmten Aufträge vorgesetzter Parteidienststellen etwa 4 - 6 Wochen nach der Besetzung Kiews begonnen werden sollte.

Die zunächst zur Aufbewahrung vor der Einnahme Kiews ausgegebenen, sich gegen die deutsche Besatzung richtenden Flugblätter sind von den eingesetzten Funktionären angeblich inzwischen vernichtet worden.

Personelle Besetzung:

Der gesamte geheime Apparat der KP. baut sich auf dem Prinzip der grössten Geheimhaltung der Funktionäre untereinander und nach aussen auf.

Zur Erschwerung der Aufrollung des Apparates kennen in der Regel die eingesetzten Funktionäre nur die unmittelbar vorgesetzten bezw. unterstellten Funktionäre.

Bei den für die geheime Parteiarbeit herangezogenen Funktionären wurde, soweit bisher ermittelt werden konnte, auf einfache Parteimitglieder, die weiterhin ihre berufliche Tätigkeit ausüben sollen, zurückgegriffen. Von der Einsetzung von Juden wurde Abstand genommen.

Die früheren Funktionäre der hiesigen Parteiorganisation haben am 18.9. - ein Grossteil bereits früher - gemäss der Anordnung Stalins Kiew in Richtung Borisspol verlassen.

Die mit der geheimen Parteiarbeit beauftragten Funktionäre wurden weitgehend durch Decknamen, Pässe mit falschen Namen und durch Übersiedlung in andere Stadtbezirke vor Auffindung geschützt.

Für persönliche Zwecke wurden den herangezogenen Funktionären vor der Einnahme Kiews Geldbeträge in Höhe von je 2.000 bis 3.000 Rubel ausgehändigt, ferner erhielten sie teilweise Stoffe und fast ausnahmslos eine Pistole mit Munition.

Lage und Stimmung in Wolhynien.

Aus jetzt vorliegenden verschiedenen Berichten des Aussenpostens Rowno lässt sich ein verhältnismässig umfassendes Bild über die Lage und Stimmung der Bevölkerung in Wolhynien machen.

I. Politische Lage.

1) K o m m u n i s t e n.

Eine ganze Reihe kommunistischer Funktionäre, NKWD-Agenten und Mitarbeiter sowie andere Parteikommunisten und Elemente, welche mit ihnen sympathisieren befindet sich noch in Wolhynien und entwickeln eine rege Propagandatätigkeit zu Gunsten der Bolschewiken. Es handelt sich hierbei in den meisten Fällen um von Juden getragene Flüsterpropaganda, die ihre Nachrichten, wie festgestellt werden konnte, über den

Rundfunk beziehen.

Bestimmte Personen haben ihre Rundfunkgeräte nicht abgeliefert und benutzen diese zum Abhören russischer Sender, z.T. sogar werden Geheimversammlungen zu diesem Zwecke abgehalten.

In den bewaldeten Sumpfgebieten befinden sich noch immer Partisanengruppen, die immerhin so stark zu sein scheinen, dass sie für kleinere Einheiten gefährlich werden können. In der Gegend von Olesk, (ca. 32 km nördlich Wladimir - Wolynsk) ist der Ordensjunker S a b l a t n i g im Kampfe gegen eine Partisanengruppe gefallen.

Gegen die sowjetische Propaganda und ihre Träger wird seitens des Aussenpostens Rowno eingeschritten. Zur erfolgreichen Bekämpfung der Partisanen muss der Winter abgewartet werden, da vor Gefrieren der Sümpfe eine umfassende Aktion nicht durchgeführt werden kann.

2) B a n d e r a und andere ukrainische politische Strömungen.

Unter den ukrainischen politischen Strömungen entwickelt wie üblich die Bandera-Richtung der OUN die grösste Aktivität. Die Miliz im Kreise Rowno scheint sehr stark unter den Einfluss dieser Bewegung geraten zu sein. Die Symptome sind die üblichen: Eigenmächtigkeit, wo die Anordnungen deutscher Stellen sich nicht mit den Interessen der OUN decken, in einzelnen Fällen bewusste Sabotage deutscher Massnahmen.

Weiter müssen als politische Strömungen innerhalb des Ukrainertums erwähnt werden: die Melnik-Gruppe der OUN, welche in weniger krasser Form die gleichen Ziele wie die Bandera-Gruppe verfolgt, nämlich die Schaffung einer unabhängigen souveränen Ukraine. Infolge des für diese Richtung der

OUN-charakteristischen Mangels an Initiative bedeutet das Bestehen der Melnik - OUN z.Z. noch keine akute Gefahr.

Die OUN unter Lewitzkyj ist tätig, hat aber Anklang nur bei den wenigen überlebenden Offizieren und Mitkämpfern Petljuras und bei einem Teil der Geistlichkeit. Wenn man die Offizierskreise als unwesentlich auch ausser Acht lassen kann, so erfordert die Sympathie in Kreisen der Geistlichkeit doch einige Aufmerksamkeit. In der Bevölkerung verhält man sich der OUN gegenüber zunächst noch gleichgültig.

Skoropadskyj geniesst eine gewisse Beliebtheit bei den älteren Leuten und in den Kreisen der ortsansässigen Intelligenz. Da Sympathien unter der Jugend nur in ganz unwesentlichen Masse festgestellt werden konnten, erscheint diese politische Strömung mit dem Aussterben der älteren Generation zum Verlöschen verurteilt.

Zusammenfassend kann über die ukrainischen politischen Strömungen in Wolhynien gesagt werden, dass eine akute Gefahr nur die unter dem Einfluss Banderas stehende OUN darstellt. Melnik könnte einmal gefährlich werden, wenn man über dem Kampfe gegen Bandera seinen Zweig der OUN zu sehr ausser Acht lässt. Die übrigen Parteien könnten sogar unauffällig gefördert werden, da sie - ohne selbst begründete Aussicht auf dauernden Erfolg zu haben - ein wesentliches Element zur Aufspaltung der politischen Meinung unter den Ukrainern darstellen.

II. Volkstumsfragen.

1) P o l e n .

Die Polen haben sofort nachdem die Bolschewiken vertrieben worden sind, Beziehungen zur polnischen Widerstandsbewegung in Warschau aufgenommen. Nach

Erschiessung von etwa 100 Polen ist es in dieser Beziehung ruhiger geworden, jedoch sind die Fäden nach Warschau nicht abgerissen.

Unter den wolhynischen Ukrainern besteht die Ansicht, dass deutscherseits die Polen den Ukrainern vorgezogen werden. Als Begründung wird auf die Besetzung von verschiedenen Verwaltungsposten mit Polen hingewiesen. Tatsache ist, dass in besseren Stellungen mehr Polen als Ukrainer arbeiten. Es ist dies jedoch nicht auf eine Vorzugsstellung der Polen zurückzuführen, sondern darauf, dass die Polen unter der städtischen Bevölkerung Wolhyniens die Mehrheit bilden und fachlich geeigneter sind.

2) U n g a r n .

Die Stimmung inbezug auf die Ungarn ist als ausgesprochen schlecht zu bezeichnen. Die von ungarischen Truppen verübten Plünderungen haben die Bevölkerung schwer verbittert. Besonders stark fielen die ungarischen Ausschreitungen auf, weil die deutschen Truppen ganz besonders zurückhaltend inbezug auf Beschlagnahmen und Requirierungen gewesen sind.

3) R u m ä n e n .

Ebenso wie gegenüber den Ungarn ist die Stimmung den Rumänen gegenüber schlecht. Die Angliederung Galiziens an das Generalgouvernement hat nicht entfernt die Entrüstung hervorgerufen, welche die Nachricht von der Abtretung Odessas mit dem zugehörigen Gebietsstreifen an Rumänien auslöste. Die Erbitterung ist umso grösser, als die Ukrainer glauben, dass nunmehr in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung eine Quergrenze durch die Ukraine gezogen würde.

4) J u d e n .

Dass die kommunistischen Umtriebe bei den Juden wärmstens unterstützt werden, braucht nicht besonders

87

betont zu werden. Die unter den obwaltenden Umständen einzige Möglichkeit, dem Treiben der Juden in Wolhynien ein Ende zu machen und damit dem Bolschewismus seinen fruchtbarsten Nährboden zu entziehen, ist die vollständige Ausrottung der Juden, die als Arbeitskräfte fraglos weniger Nutzen bringen, als sie als "Bakterienträger" des Kommunismus Schaden anrichten.

III. Kirchenfragen.

Die griechisch-orthodoxe Kirche in Wolhynien unterstand während der Zeit der Polenherrschaft dem Metropoliten in Warschau. Die Geistlichen waren durchweg Ukrainer, zu einem erheblichen Teil auch Russen.

Durch die Bolschewiken wurden nach dem Einmarsch 1939 die Kirchen nicht sogleich geschlossen, sondern durch sehr hohe Steuern in eine schwierige materielle Lage versetzt, die zur Selbstschliessung führen sollte. Diese Methode führte nicht zum erwünschten Resultat, weil die Gemeinden die Abgaben aufbrachten. Nunmehr wurde versucht, die Kirche unter bolschewistischen Einfluss zu bringen, indem man sie dem Moskauer Metropoliten unterstellte. Die Moskauer Geistlichkeit soll, wie behauptet wird, nur zum Schein amtiert haben. Ein Teil der Moskauer Geistlichen soll im Dienste des NKWD gestanden haben. Der Weisung zur Unterstellung unter die Moskauer Kirchenbehörde, leistete ein Teil der wolhynischen Geistlichen sofort Folge, während ein anderer, geringer Teil sich dieser Weisung widersetzte. Die erstgenannten Geistlichen wurden von Moskau im Amte beschäftigt, während letztere ihrer Posten enthoben wurden, unter ihnen der Bischof von Luck. Z.Zt. ist die Frage, wem nun die griechisch-orthodoxe Kirche in Wolhynien unterstellt ist, ungeklärt. Mit der Lösung dieses Problems soll sich ein in nächster Zeit nach Chelm

einberufenes Konzil befassen. Es dürfte aber dieses Konzil auf grosse Schwierigkeiten stossen, da die Geistlichkeit ukrainischer Nationalität für eine autokephale ukrainische Kirche ist, während die anderen z.T. Anschluss an eine der übrigen orthodoxen Kirchen suchen. Die politische Ausrichtung der Geistlichkeit ist auch nicht einheitlich. Anscheinend sind die Sympathien für Polowitzkyj - OUR überwiegend, jedoch haben sich die Geistlichen bisher einer politischen Propaganda in dieser oder einer anderen Richtung enthalten. Allem Anschein nach will die griechisch-orthodoxe Kirche in der Westukraine ihren Einfluss auf die Gesamtukraine ausdehnen. Ob diese Bestrebungen sich auf das rein kirchliche Gebiet beschränken werden, muss heute noch dahingestellt bleiben.

IV. Wirtschaftliche Lage.

Die wirtschaftliche Lage der Ukrainer in Wolhynien hat sich wesentlich verschlechtert. Die Hauptursache hierfür ist wohl darin zu suchen, dass ausserordentlich niedrige Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft eingesetzt worden sind und ebenso ausserordentlich niedrige Tariflöhne. Die niedrigen Aufkaufspreise haben dazu geführt, dass z.B. die begründete Befürchtung besteht, dass die Zuckerrübenernte zu einem bedeutenden Teil nicht der Zuckerfabrikation zugeführt werden wird, sondern als Viehfutter auf den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben Verwendung findet, weil ein Verkauf an die Fabriken sich einfach nicht bezahlt macht. Weiter sind Fälle bekannt geworden, wo seitens der Bauern heimlich Getreide ausgedroschen worden ist und die Scheune mit dem leeren Stroh niedergebrannt und danach der Verlust des gesamten Getreides gemeldet wurde. Da es sich hierbei nicht um Einzelfälle von Hamsterei handelt, sondern die Ursache in dem schwindenden Vertrauen den deutschen Methoden gegenüber gesucht werden muss, er-

scheint eine genaue Prüfung der Preis- und Lohnfrage angebracht.

V. Stimmung der Bevölkerung.

Nachdem bei Einmarsch der deutschen Truppen die Bevölkerung unter dem Eindruck der Befreiung vom bolschewistischen Blutterror durchaus hoffnungsvoll gestimmt war, ist jetzt infolge der geschilderten Umstände eine fühlbare Mißstimmung zu verzeichnen. Wenn auch die bolschewistische Propaganda in breiteren Kreisen als erfolglos angesprochen werden kann, so trägt die Werbetätigkeit der ukrainischen politischen Parteien nicht zu einer Besserung des Vertrauens zu der deutschen Verwaltung bei. Insbesondere gilt dies für Banderas Propaganda, jedoch auch für Melnik. Es ist anscheinend noch nicht gelungen, in der deutschen Verwaltung die überparteiliche, für das Wohl der Ukrainer besorgte Macht richtig herauszustellen. Weitere Nahrung erhält die Misstimmung einmal durch das Wirken der Juden, deren wirtschaftlicher Einfluss noch keineswegs als gebrochen angesehen werden kann, zum anderen durch die Ereignisse und Massnahmen, welche unter II. Volkstumsfragen erwähnt wurden. Dass die Kirchenfrage noch ungelöst ist, erscheint in Bezug auf die Meinungsbildung innerhalb des Ukrainertums nicht von grosser Bedeutung. Dieses Problem wird wohl erst akut werden, wenn hier eine Entscheidung gefallen ist.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l .

Verhalten der Rumänen im Gebiet Transnistrien.

Nach Mitteilung SS-Oberführer Hoffmeyer haben Verhandlungen des Auswärtigen Amtes mit der rumänischen Regierung über eine Sonderstellung der Volksdeutschen im Raum Transnistrien begonnen. Danach soll durch die

Verhandlungen erreicht werden:

1.) Politische und kulturelle Selbständigkeit der deutschen Volksgruppe,
2.) Wahrung der wirtschaftlichen Belange durch eigene deutsche Organisationen,
3.) Zusammensiedlung der Volksdeutschen in geschlossene Ortschaften,
4.) Aufstellung eines volksdeutschen bewaffneten Selbstschutzes.

Diese Zugeständnisse müssen von der rumänischen Regierung verlangt werden, falls die deutsche Volksgruppe in Transnistrien auch unter rumänischer Verwaltung verbleiben soll. Dass diese Ansprüche berechtigt sind, geht aus dem Verhalten der rumänischen Verwaltungsbehörden und militärischen Dienststellen klar hervor.

In welchem Umfange Übergriffe seitens des rumänischen Militärs seit Besetzung des Raumes Transnistrien an der Tagesordnung sind, ist bereits mehrfach berichtet und bekannt. Nach Einführung der rumänischen Verwaltung kann aber nunmehr von einer systematischen Ausplünderung des Landes ohne Übertreibung gesprochen werden. Hierbei muss aber bedauerlicherweise festgestellt werden, dass für eine derartige Ausplünderung des Landes und besonders der deutschen Gemeinden durch die zwischen der deutschen Heeresmission und der zuständigen rumänischen Armeedienststelle am 30. August 1941 zu Tighina getroffene Vereinbarung über die Sicherung der Verwaltungs- und Wirtschaftsauswertung der Gebiete zwischen Dnjestr und Bug Vorschub geleistet wird. Bei diesen getroffenen Vereinbarungen müssen zwei Gesichtspunkte besonders beanstandet werden. Einmal wurde dem Vorhandensein einer deutschen Volksgruppe von annähernd 175.000 Menschen keinerlei Erwägung getan und diese daher der Willkür des neuen Machthabers in diesen Gebiet preisgegeben, zum anderen wurden dem rumänischen Staat generell 50% der gesamten Ernte und des gesamten

Viehbestandes überlassen. Während zum ersten Punkt sich jeder Kommentar erübrigt, führt die vereinbarte Abgabe von Getreide und Vieh zwangsläufig zum wirtschaftlichen Ruin des Landes und zu einer Hungerkatastrophe im kommenden Winter. Die Abgabe des Getreides hat sich bis jetzt so abgespielt, dass diese 50% der Ernte ohne Berücksichtigung des für die kommende Aussaat erforderlichen Saatgetreides vier-, fünf- auch sechsmal in einer Gemeinde durch die verschiedensten rumänischen Stellen abgezogen wurden, so dass den betroffenen Gemeinden nur ein Bruchteil des erforderlichen Brotgetreidebedarfs verblieb. Diese Methode wird dort angewandt, wo die Ernte noch leidlich ordnungsgemäss eingebracht wurde. Anders sieht es in den Gebieten aus, wo von Anfang der Besetzung des Raumes Transnistrien an rumänische Truppen liegen. Hier wurde das Getreide zum grössten Teil bereits vom Felde weg verfüttert und gelangte erst garnicht zum Drusch. Dass die rumänischen Truppen zu dieser Art von Proviantierung gezwungen sind, ist verständlich, wenn man weiss, dass das rumänische Militär über keinerlei organisierte Verproviantierungs- und Nachschubmöglichkeiten verfügt.

In der deutsch-rumänischen Vereinbarung wurde unter anderem auch die Hilfe der Rumänen an der Ernteeinbringung festgelegt. Diese Hilfe wurde in der Weise gehandhabt, dass die Bauern, ob deutsche oder ukrainische, unter Aufsicht einer Horde rumänischer Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett zur Arbeit geführt wurden. Dasselbe Bild fand man auch auf allen Dreschplätzen der Ortschaften. Hier bestand die Hilfe darin, dass die besagten 50% Getreide sofort von der Dreschmaschine von den Rumänen verladen und abgeführt wurden.

Die Zugeständnisse über die Erfassung der 50% des gesamten Viehbestandes wurde ohne Rücksicht auf notwendiges Zuchtvieh gehandhabt. Wahllos wurden trächtige Kühe

Jungvieh usw. ebenso wie ausgesprochenes Schlachtvieh von den Rumänen fortgetrieben oder ausgeschlachtet. Die Folge dieser Massnahme ist kaum abzusehen. Bei geringstem wirtschaftlichen Verständnis seitens der deutschen Heeresmission hätte hier zumindest die Vereinbarung nur auf ausgesprochenes Schlachtvieh Anwendung finden dürfen.

Gerade die deutschen Gemeinden wurden besonders hart von den rumänischen Massnahmen betroffen, da es allen rumänischen Stellen bekannt ist, dass in diesen Gemeinden noch ein gewisser Wohlstand herrscht. Neben diesen angeblich berechtigten rumänischen Massnahmen wurden aber hunderte von Fällen bekannt, in denen rumänische Soldaten und Offiziere sich an dem Privateigentum der Bauern vergriffen. Hierbei wurde zwischen Geflügel, Bekleidungsstücken oder Wein kein Unterschied gemacht. Es bedurfte des energischen Eingreifens der Kommandos der Volksdeutschen Mittelstelle, die deutschen Gemeinden soweit wie möglich vor diesen masslosen Übergriffen zu schützen.

Zwangsläufig kam es dabei naturgemäss zu Reibungen mit den rumänischen zivilen und militärischen Dienststellen, besonders dann, wenn die Abgabe von Getreide bis zur Sicherung der Ernährung und des Saatgutbedarfs verweigert wurde. Bezeichnend ist das einmütige Urteil der deutschen wie der ukrainischen Bevölkerungsteile, dass die Herrschaft der Bolschewisten immer noch erträglicher war als die der Rumänen. Es besteht die Gefahr, dass beim Fortdauern dieser Verhältnisse und Duldung durch das Deutsche Reich das Vertrauen zu diesem bis zu einem gewissen Grad erschüttert wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die rumänische Verwaltung kaum in der Lage sein wird, den Raum zu verwalten oder sogar einen Wirtschaftsaufbau

zu betreiben. Im Gegenteil ergeben die bisherigen Feststellungen, dass es den rumänischen Dienststellen in erster Linie um ein Herausziehen von Werten aus dem Lande zu tun ist. Das Abtreiben von Vieh und Pferden in grossem Ausmaß über den Bug nach Bessarabien spricht dafür.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- B.Nr. IV A1 - 1 B/41 - gRs.-

Berlin, den 17. Nov. 1941.

60 Ausfertigungen.
57 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 134.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 132 vom 12.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Meldungen der Einsatzgruppen A, B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l.

Allgemeine Lage und Stimmung im Raum Nikolajew.

Wirtschaftliche Lage.

Nachdem bis zum Jahre 1925 der Wiederaufbau des Landes aus den Zerstörungen des Bürgerkrieges durch hohe Steuerzahlungen bis zu einem gewissen Abschluß gekommen war, hatte sich das Bauerntum soweit erholt, daß seine Existenzgrundlagen gesichert schienen. Mit der dann einsetzenden Kollektivierung brach der Bauernstand endgültig und restlos zusammen und sank zu einem Landproletariat herab, das sein Leben unter schwierigsten Bedingungen mit Mühe fristete und darin dem Stadtproletariat durchaus gleichgestellt war.

Die Kollektiv-Familie durfte eine Kuh, Schweine und Hühner halten und 1/2 ha Eigenland bebauen. Die hierfür zu entrichtenden Abgaben waren jedoch so hoch, daß Besitzlosigkeit vorteilhafter erschien. Für den Besitz einer Kuh mußten 180 Ltr. Milch, für Hühner, unabhängig von der Zahl, 180 Eier abgeliefert werden, auch Fleischgeld mußte entrichtet werden. Dazu drohte bei Arbeitsversäumnis oder Nichtarbeit an Sonntagen Ausschluß aus dem Kollektiv. Wer ausgeschlossen wurde, wurde in ein anderes Kollektiv nicht wieder aufgenommen und war damit der Verelendung preisgegeben.

Diese Arbeitsbedingungen veranlaßten zahlreiche Landbewohner in die Stadt abzuwandern, da sie hofften, hier bessere Arbeits- und Lohnbedingungen vorzufinden. Die Arbeitsbedingungen waren jedoch in der Stadt nicht vorteilhafter, eher noch ungünstiger. Der freie Wechsel der Arbeitsstätte war grundsätzlich verboten. Die Löhne und Gehälter waren niedrig (Arbeitslöhne zwischen 100 und 300 Rubel, Spezialisten 1 500 und 1 800 Rubel), dafür die Strafbestimmungen sehr scharf. Nach der

Einführung des Gesetzes über Arbeitsverspätung im Jahre 1939 gab es bei Verspätungen von 5 Minuten einen Verweis, beim 2. Mal einen strengen Verweis, beim 3. Mal gerichtliche Bestrafung mit Abzug von 25 - 50 % des monatlichen Arbeitslohnes oder mit Gefängnis. Neben zahlreichen Abzügen für soziale Einrichtungen wurde auch die Beteiligung an der Staatsanleihe, obwohl sie freiwillig war, vom Lohne abgezogen. Unter diesen Umständen war die Kaufkraft der Bevölkerung gering, zumal Lohn und Verdienst großen Schwankungen unterworfen waren. War in einem Jahr der Verdienst etwas besser, so reichte er im nächsten Jahr nur für das tägliche Brot. Trat eine gute Ernte ein oder ein Wirtschaftsaufschwung wie im Jahre 1940 durch die Gewinnung neuer Gebietsteile, so daß die Lebensmittel durchschnittlich etwas billiger wurden, so wurden Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten bis zu 50 % gekürzt. Über die Wirtschaftsverhältnisse durfte ab 1939 im allgemeinen in der Presse nicht mehr geschrieben werden, zumal die Empörung in der Bevölkerung über Zeitungsartikel, die der Wirklichkeit Hohn sprachen, nicht übersehen werden konnte. Während die Zeitungen z.B. von der Überschreitung der Arbeitspläne schrieben, Artikel und Bilder über die Arbeitslosigkeit und das Hungerleben in Deutschland brachten, demonstrierten die riesenhaften Schlangen vor den Läden, daß dem Staate das Recht der Kritik an Maßnahmen anderer Länder abgesprochen werden mußte.

Propaganda.

Von dem Recht der "freien Meinungsäußerung" machte man auch in diesen Fällen keinen Gebrauch, da sich jeder von einem Kreis von Spitzeln umgeben fühlte.

Überhaupt war das Thema "Freiheit" sowohl in der Presse als auch im Film sehr beliebt. Fast jeder Film z.B. behandelte in irgendeiner Form das "freie Leben der Sowjetvölker". Sie waren eintönig und behandelten aus propagandistischen Gründen vorwiegend Spionagestoffe, Kriegs- und Wehrfragen, das Leben in der Kollektive, in den Fabriken, jüdische Tendenz- und Hetzfilme.

Die Bevölkerung, die Masse, wie es vor allem in Schulungsschriften immer wieder heißt, stand unter dem ständigen Einfluss der Propaganda auf jedem Gebiet. Die Organisation des Drahtfunkes leistete hier besonders gute Dienste. Da die Lautsprecher auch in den Wohnungen nur auf "laut" oder "leise", nicht aber völlig abgestellt werden konnten, konnte der einzelne sich dieser Propaganda auch im eigenen Hause nicht entziehen.

Erziehung:

Mit der Propaganda war eine Massen-Erziehungsarbeit verbunden, die sowohl die Jugend- als auch die Erwachsenen-Erziehung umfaßte. Von ihr wurde auch das gesellschaftliche Leben bestimmt. Träger dieser Erziehungsarbeit waren einerseits Schule, andererseits die kommunistischen Organisationen.

Die Organisationen bedienten sich bei ihrer Arbeit einer großen Zahl von Klubs und Zirkeln, die häufig Bühnenstücke darboten, Vorträge, "Meetings" und Versammlungen durchführten. Vorbild für die "übrige Masse" sollten auf allen Gebieten die Komsomolisten sein. Sie organisierten Vorlesungen aus Zeitschriften, gaben selbst solche heraus, behandelten die Konstitution der UdSSR, die landwirtschaftlichen Statuten, die Wahlgesetze, die Beschlüsse der Parteitage und der Regierung usw. In der Schule unterstützten sie die Arbeit der Pioniergruppen und der Lehrer, organisierten antireligiöse Abende, Versammlungen und "Kulturabende" und vermittelten den

Kindern die Parteigeschichte. Mit dem Versuch der breiten Massen-Erziehung war der Kampf gegen das Analphabetentum verbunden.

Gesundheitswesen.

Nach der Oktober-Revolution bildeten die "Verwahrlosten", die elternlosen Kinder, nicht nur eine kriminelle, sondern auch eine Gefahr für den Gesundheitszustand der Bevölkerung allgemein, da sich diese Kinderhorden als Träger von Seuchenherden erwiesen. Nach Anwendung des Radikal-mittels der Liquidierung wurden für den Rest Kinderheime geschaffen, die vom Staat unterhalten wurden. Während anfangs alle Kinder aufgenommen wurden, wurden zu Beginn des Jahres 1939 diejenigen Kinder, von denen noch ein Elternteil lebte, wieder ausgeschieden. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung war ungenügend (ein großer Prozentsatz der Studenten war tuberkulös). Zur Hebung des Gesundheitszustandes gab es zahlreiche Krankenhäuser, Erholungsheime und Sanatorien, die jedoch nur einem kleinen Teil der Bevölkerung, vorwiegend Partei-Angehörigen, zur Verfügung standen, da die Masse nicht in der Lage war, die Kosten für einen Aufenthalt in diesen Anstalten aufzubringen.

Volksdeutsches Siedlungsgebiet nordostwärts Melitopol, insbesondere im Raum von Halbstadt.

Der steppenähnliche ostwärtige Teil des Arbeitsbereich nordostwärts Melitopol weist bei einer verhältnismäßig geringen Zahl von Ortschaften eine ebensolche Bevölkerungsdichte auf. In Ermangelung einer besonderen wirtschaftlichen Bedeutung sind Ortschaften mit wirtschaftswichtigen Betrieben nirgends angetroffen worden.
Bei der Bevölkerung, die einen außerordentlich niedrigen Lebensstandard hat, hat sich ein politisches Interesse nicht erkennbar feststellen lassen. Aus diesen Gründen ist dieses Gebiet von jeher fast judenfrei gewesen.

99

Das deutsche Siedlungsgebiet westlich Halbstadt umfaßt 24 fast reindeutsche Ortschaften. Die Seelenzahl dieses Siedlungsgebietes wird vor Kriegsbeginn auf rund 15 000 geschätzt.

Nach Halbstadt mit nahezu 3 000 Einwohnern sind Friedrichsfeld, Tiefenbrunn und Heidelberg die größten Ortschaften, die eine Seelenzahl an Volksdeutschen von mehr als 1 000 hatten. Der fragliche volksdeutsche Siedlungsraum ist ein ausgesprochenes Schwarzerd-Gebiet mit einer ertragreichen Landwirtschaft. Die Dörfer fallen vorteilhaft durch ihre Anlage und Bauweise auf. Etwa Mitte August wurden die leistungsfähigsten Arbeitskräfte - etwa 10 bis 15 % der Gesamtbevölkerung - vorwiegend bestehend aus Männern bis zum 40. und Mädchen bis zum 23. Lebensjahr, herausgezogen und im Bogen westwärts des Dnjepr zu Erdarbeiten (Tankgräbenbau) eingesetzt. An die gesamte restliche volksdeutsche Bevölkerung erging am 1.10.1941 der Befehl, sich binnen 2 Stunden zur Abschiebung zu rüsten und zu sammeln. Es wurde ihr gestattet, Kleidungsstücke und Lebensmittel in ausreichendem Maße mitzuführen. Die Volksdeutschen wurden zunächst an verschiedenen Sammelpunkten konzentriert und von dort zur nächstgelegenen Bahnstation Prischib gebracht, von wo aus sie am 3.10.1941 in offene Waggons verladen wurden.

Von diesem Zeitpunkt ab waren sämtliche Dörfer menschenleer. Nur in 2 Ortschaften konnte bisher festgestellt werden, daß der eine oder andere zurückgelassen wurde. So in Rosenthal, wo noch eine betagte erblindete Frau mit ihrer Tochter angetroffen wurde, die sich der Verschickung widersetzt hatten, und bei denen die angedrohte Erschießung nicht durchgeführt wurde. In einigen anderen Orten hatten sich einzelne Personen wochenlang versteckt gehalten und waren dadurch der Verschickung entgangen. Ihre Zahl beträgt nicht mehr als 10.

Nach und nach sind einige Volksdeutsche in ihre Dörfer zurückgekehrt. Ausser einigen Flüchtlingen, denen es gelang, während des Transportes zu entkommen, handelt es sich ausnahmslos um die Volksdeutschen, die westlich des Dnjepr zu Erdarbeiten eingesetzt worden waren, wegen des Vordringens der deutschen Truppen aber zusammen mit russischen Truppenteilen von der rückwärtigen Verbindung nach dem Innern Russlands abgeschnitten wurden. Diese Volksdeutschen mit einer Gesamtzahl von etwa 1 400 stellen den einzigen Bevölkerungsrest dieses Siedlungsraumes dar. So weist z.B. Friedrichsfeld von früher 1100 nur noch 80 und Rosenthal von früher 400 nur noch 48 Einwohner auf. Diese Volksdeutschen haben sich zu Hausgemeinschaften zusammengeschlossen, so daß jeweils nur ganz wenige Häuser bewohnt sind. Bei dieser Restbevölkerungszahl erscheint die wirtschaftliche Lage einigermaßen erträglich. Das fast ausnahmslos fortgetriebene Vieh findet sich z.T. wieder ein. Teils weidete es herrenlos auf den Feldern, ein anderer Teil konnte in weiter östlich gelegenen Gebietsteilen festgestellt und zurückgeführt werden. Hier bedarf es noch einer gerechten Aufteilung, damit die völlig von Vieh entblößten Ortschaften mit einem entsprechenden Anteil bedacht werden. Die Zahl der Pferde ist außerordentlich gering, ihre Erhöhung darf ohne zusätzliche Hilfe nicht erwartet werden. Bis zum Beginn der Kampfhandlungen in diesem Gebiet war die diesjährige Ernte restlos eingebracht worden. Ein Teil der Erntevorräte, insbes. des Getreides, ist von den Bolschewiken vor ihrem Abzug durch Feuer vernichtet worden. Lediglich die Hackfruchternte ist noch nicht eingebracht. Zu deren Einbringung reicht die verbliebene Bevölkerung nicht entfernt aus. Die fast restlose Zerstörung oder Fortführung der landwirtschaftlichen Maschinen wirkt sich für die Herbstbestellung deshalb kaum nachteilig aus, weil sie bereits vor Beginn der Kampfhandlungen im wesentlichen durchgeführt worden war. Nach den Berichten des

einen oder anderen Flüchtlings, dem es gelungen war, entweder während des Transportes oder aus den einzelnen Sammellagern zu entweichen, ist die Verschleppung der volksdeutschen Bevölkerung in Richtung über Stalino hinaus erfolgt. Bei Vergleichung des Zeitpunktes des Abtransportes mit den Daten über das Vorrücken der deutschen Truppen kann kaum damit gerechnet werden, daß Volksdeutsche noch aufgefunden werden. Es ist den Bolschewiken offenbar gelungen, die Transporte weit in das östliche Russland zu führen. Organisatoren und Antreiber der Verschickungsaktion sind nach Angaben der Flüchtlinge, die im übrigen über verschiedentliche Erschießungen bei Fluchtversuchen anderer zu berichten wissen, überwiegend Juden gewesen. Bei diesen Juden habe es sich durchweg um Gebietsfremde gehandelt, zumal bis auf geringfügige Ausnahmen das volksdeutsche Siedlungsgebiet judenfrei gewesen ist.

Bericht
über die Arbeit des Zentralkomitees der KP (b).

(Nach Unterlagen aus geheimen, nicht veröffentlichten Dokumenten, mitgeteilt von einem ehem. Parteisekretär).

Ende des Jahres 1940 trat in Moskau das Plenum des Zentralkomitees der KP (b) zusammen, wobei folgende Fragen behandelt wurden:

1. die Bevorratung der landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1940;
2. die Erfüllung der Regierungsanweisungen zur Hebung der Arbeitsdisziplin.

I. Aufgabe des Plenums war, neue Mittel und Wege zu finden, um die Bevorratung der landwirtschaftlichen Produkte sicherzustellen. Die Berichterstatter sowie die Korreferenten mußten zugeben, daß sich die Brotbeschaffung von Jahr zu Jahr verminderte. Insbesondere hat sie sich im Jahre 1939 erheblich erniedrigt. Das Plenum stellte daher die Aufgabe, alle Produkte an Brot, Fleisch und Milch aus den

Kollektivwirtschaften herauszuziehen. Als Grund für die Verminderung der Brotbeschaffung wurde folgendes angegeben:
Einmal wurde festgestellt, daß die Kollektivwirtschaften in jedem Jahre geringere Flächen mit Getreide, dafür aber größere Flächen mit anderen Kulturen bebauten. Zum anderen bestand eine Lücke in den Anweisungen über die Ablieferung auf Grund folgender Vorschriften:

Während (und zwar bis zum Jahre 1940) die Ablieferungspflicht für Getreide nur für diejenigen Flächen bestand, die als Getreideland anzusprechen waren, blieben diejenigen Flächen, die als Sumpfland kultiviert wurden, ohne Besteuerung. Die Kollektivwirtschaften gingen daher immer mehr dazu über, die fruchtbaren Saatflächen brach liegen zu lassen und dafür Sumpfland zu bebauen. Dieses Verhalten der Kollektivwirtschaften beweist, daß die Kollektiven der Sowjetregierung keinerlei Zuneigung entgegenbrachten und Mittel und Wege suchten, um die Brot- und Getreideabgabe an den Staat zu verringern. Das Plenum beschloß daher, sämtliche bebauten und unbebauten Flächen zu besteuern. Diese Maßnahme bedeutete eine weitere fast unerträgliche Belastung der Kollektive. Für diejenigen Kollektiven, in denen trotz der getroffenen Maßnahmen noch Getreide und Brot übrig blieben, wurde der freie Ankauf von Brot durch den Staat angeordnet. Diese Maßnahme war im wesentlichen auf den Einspruch des Sekretärs des Zentralkomitees der KP (b) der Ukraine, W. Chruschaw, zurückzuführen. Chruschaw erklärte, daß nach seinen Feststellungen zahlreiche Kollektivwirtschaften zuviel Getreide pro Arbeitstag an die Kollektivisten auszahlten, und daß eine größere Menge als 8 kg pro Arbeitstag nicht ausgegeben werden dürfte. Diese Kollektivwirtschaften wurden in der Sowjetpresse schwer angegriffen. Daraufhin beschloß das Plenum, im folgenden Jahre noch weniger Getreide pro Arbeitstag zu bewilligen. Die Folge dieser

Maßnahme war, daß in den betreffenden Kollektiven überhaupt nichts mehr übrig blieb.

II. Aus den Berichten während der Tagung des Plenums geht hervor, daß die Regierungsanweisungen zur Hebung der Arbeitsdisziplin in den meisten Fällen nicht durchgeführt wurden. Den Gerichten und Staatsanwälten wurde vorgehalten, daß sie, obwohl Strafgelder zwischen 25 und 50% des Arbeitslohnes bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin auferlegt wurden, noch nicht scharf genug durchgegriffen hätten, obwohl auch Gefängnisstrafen, und zwar für Ukrainer und Russen, dagegen nicht für Juden, ausgesprochen wurden. Der Kommissar für Äussere Angelegenheiten, Mikojan, bestand darauf, daß die Kollektivisten mit Gefängnis bis zu 7 Jahren zu bestrafen seien, da sie in den Gefängnissen nützlichere Arbeiten leisten könnten als in den Kollektiven. Diese Forderung wurde anerkannt und hatte zur Folge, daß immer neue Befehle und Vorschriften für die Kollektiven herausgegeben wurden, die das Leben der Kollektivisten unerträglich machten. Um die Arbeitsdisziplin unter diesen Umständen aufrecht erhalten zu können, wurden immer schärfere Strafen ausgesprochen. Die Staatsanwälte, die nach Meinung der Partei nicht scharf genug durchgriffen, wurden zur Rechenschaft gezogen. In den Kollektiven gab es bald kaum noch eine Familie, von der nicht mindestens ein Angehöriger im Gefängnis oder in der Verbannung war.

Während die Presse Artikel über die Freiheit des Volkes, die unbegrenzte Volksdemokratie und das freie Wahlrecht schrieb, nahm die Erbitterung unter der Bevölkerung gegen dieses System immer mehr zu. Unter diesen Umständen wurde die freie Wahl der Regierungskandidaten unmöglich. Die Kandidaten für die einzelnen Gebiete und Rayons wurden praktisch nicht durch das Volk gewählt, sondern von der Regierung bestimmt. Durch ein besonderes Dekret Stalins wurden die Regierungskandidaten nominiert

und durch das NKWD sorgfältig überprüft. Etwa 2 Monate vor der Wahl setzte die Einteilung der Wahlkreise und die Propaganda ein. Ein Einspruch gegen die Aufstellung der Wahlkandidaten oder gar eine Ablehnung durch freie Wahl war unmöglich. Die Kandidaten kamen daher regelmäßig durch. Die Presse hatte dann Gelegenheit, von dem unerhörten Wahlerfolg und der Zufriedenheit der Sowjetbürger zu schreiben. Hieraus dürfte sich der immer wieder deutlich bemerkbare Gleichmut gegenüber den Bolschewisten, ihren früheren Vertretern und insbesondere gegen die Juden getroffenen Maßnahmen erklären.

Militär-Gerichtsbarkeit in der UdSSR.

Einen Einblick in die Militär-Strafprozessordnung der UdSSR gibt die Niederschrift eines gefangenen Militär-Justizkapitäns, der sich, ohne juristische Ausbildung genossen zu haben, vom Kurier (Amtsboten an einem Gericht) zum Militär-Justizbeamten hinaufgearbeitet hatte.

Die Strafen, die in der Prozessordnung vorgesehen sind, sind selbst für kleine Vergehen streng und werden im Kriegsfalle meist in Todesstrafe umgewandelt. Die Tätigkeit der politischen Kommissare und die ungemein harte Bestrafung der Soldaten durch die Militärgerichte dürften für die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Roten Armee allein entscheidend gewesen sein.

Die Prozessordnung wurde von einem Hauptgesetz bestimmt, das von der Regierung der UdSSR erlassen wurde und aus etwa 32 Artikeln besteht. Daneben hat ein besonderer Kriminalkodex der jeweiligen Republik, der nach der besonderen Eigenart des Landes zusammengestellt ist, Gültigkeit.

Der Prozess an einem sowjetischen Militärgericht besteht aus 3 Teilen, und zwar:

a) Ermittlung,
b) gerichtliche Untersuchung und
c) Hauptverhandlung.

Die Ermittlung wird vom Regimentskommandeur bezw. von seinem Vertreter geführt und das Ergebnis dem Untersuchungsrichter vorgelegt, zuvor jedoch die Entscheidung des Divisionskommandeurs eingeholt. Kleinere Vergehen können von dem Regiments- bezw. Divisionskommandeur abgeurteilt werden. Diese sind befugt, Strafen bis zu 10 Tagen schweren und 20 Tagen leichten Arrestes zu verhängen. Vom Untersuchungsrichter wird die Akte an den Staatsanwalt weitergeleitet, dessen Begründung für die Einleitung oder Einstellung des Verfahrens maßgebend ist.

Die personelle Besetzung eines Militärgerichts in der UdSSR ist folgende:

1. Vorsitzender (Volljurist),
2. 2 Beisitzer (Soldaten oder Offiziere),
3. 1 Schriftführer (Sekretär),
4. 1 Staatsanwalt (Prokuror - Jurist) und
5. Verteidiger (Jurist).

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung, verliest die Anklageschrift, führt das Verhör der Beschuldigten durch und vernimmt die Zeugen. Je nach Lage der Dinge dauert eine derartige Verhandlung etwa 2 - 3 Stunden. Nach Abschluß des Zeugenverhörs ergreift der Staatsanwalt das Wort und beantragt die Bestrafung oder die Freisprechung. Als letzter erhält der Verteidiger das Wort, der beim Militärgericht genau wie beim Zivilgericht ein Privat-Rechtsanwalt sein kann. Ist der Angeklagte nicht in der Lage, einen solchen stellen zu können, so wird ihm ein Pflichtverteidiger beigegeben. Großen Einfluss üben jedoch die Verteidiger auf das Strafmaß nicht aus, denn dieses steht erfahrungsgemäß bei Beginn der Verhandlung schon fest.

Im Kriegsfalle tritt an Stelle des Militärgerichts ein sogenanntes Kriegs-Tribunal, bestehend aus:

1 Vorsitzenden,
2 Beisitzern und
1 Sekretär.

Der Vorsitzende vertritt die Anklage, verhört den Beschuldigten und die Zeugen und fällt mit den Beisitzern das Urteil. Eine solche Verhandlung beansprucht im Höchstfalle 30 bis 40 Minuten. Anstelle einer Freiheitsstrafe tritt im Kriegsfalle meist die Todesstrafe. Die politischen Kommissare erstatten ihre Anzeige bei Gericht, haben jedoch keinen Sitz im Kriegstribunal. Dagegen sind sie wohl in der Lage, das Urteil weitgehend zu beeinflussen, und die Furcht vor diesen Kommissaren ist beim Kriegstribunal ebenso groß wie beim einfachen Soldaten. Jeder Richter in der UdSSR ist Parteimitglied und somit gehalten, im Sinne der Partei zu handeln, d.h. den Willen der politischen Kommissare zu vollstrecken.

Eine zeitlang gab es in der Roten Armee keine Kommissare. Die gesamte Macht lag bei den Kommandeuren, denen ein Vertreter für politische Angelegenheiten beigeordnet war (den heutigen Kommissaren ähnlich, aber mit weniger Rechten). Im zweiten Monat des Krieges wurde das Institut der Kommissare erneut dekrediert.

Nach dem Gesetz ist das Institut der Kommissare folgendermaßen gegliedert:

Der Polit-Führer ist dem Kommissar des Bataillons untergeordnet, der letztere dem Regimentskommissar, dieser dem Divisionskommissar, der dem Kriegsrat der Armee unterstellt ist.

Aktion gegen Partisanen in den Dün-en bei Tschelbasy.

Beim Einrücken des Kommandos in den neuen Standort Skadowsk fiel gleich die ersten Tage auf, daß die überwiegend aus Ukrainern bestehende Bevölkerung in einer ständigen Angst vor Partisanen lebte, und das in einem Ausmaß, wie es das Kommando in dem bisher bearbeiteten Gebiet nicht feststellte. Die Bevölkerung erklärte immer

wieder, daß sich in den Dünen, die sich zwischen Tscholbasy und Alesschki befinden, bewaffnete Partisanen aufhalten. Dazu muß bemerkt werden, daß die Dünen ein Gelände bilden, das für Versteck von Partisanen wie eigens dazu geschaffen erscheint. Es handelt sich um ein unwegsames Gelände, gebildet von lauter Sandhügeln in Ausmaß von 30 km Länge und 20 km Breite. Nach Besichtigung dieser Dünen wurde klar, daß eine Streife nur auf Vermutung ergebnislos verlaufen müßte. Von der Wehrmacht wurden bereits zweimal Durchkämmungen des Geländes von Streifen in Gesamtstärke von 400 Mann unternommen, die ergebnislos verliefen. Der Gerücht zufolge sollte sich in den Dünen auch der ehemalige Bürgermeister von Cherson aufhalten. Die Erhebungen, die von seiten des Kommandos in dieser Richtung unternommen wurden, ergaben, daß sich der Schwiegervater des ehemaligen Bürgermeisters von Cherson in Mario-Antonowka, in der Nähe von Bandowsk, befand. Nach einigen Verhören gab der Schwiegervater zu, daß sein Schwiegersohn mit noch einigen Führern der Partisanenbewegung sich tatsächlich in den Dünen aufhalte. Er gab auch an, das Versteck zu wissen und erklärte sich bereit, das Kommando zu führen. Da es sich um ein unwegsames Gelände handelt, und um ein Entkommen der Partisanen zu verhindern, wurde zur Unterstützung auch noch das Teilkommando 12 herangezogen. Es wurden 4 Züge gebildet, die als große Zange beim Morgengrauen des 18.10.1941 auf das angebliche Versteck konzentrisch losmarschierten. Nach etwa einstündigem Vormarsch in dem sehr unübersichtlichen Gelände erhielt der mittlere Zug plötzlich starkes MG- und Gewehrfeuer. Um ein Entkommen des Gegners zu verhindern, wurde der Einschließungsgürtel zunächst enger gezogen. Ein gegen die Mitte eingesetzter Stoßtrupp erstickte das gegnerische Feuer, drang in die Verteidigungsstellung des Gegners ein und brachte durch Vernichtung der Bedienung 2 Maschinengewehre zum Schweigen. 2 gut ausgebaute Erdbunker wurden mit Handgranaten genommen. Bei diesem Kampf wurden folgende Partisanen getötet bezw. verwundet.

1.) der frühere I. Sekretär der Gebietsführung der KP., zuletzt Kommissar der Partisanenabteilung für das Gebiet Nikolajew bis zur Krim,

2.) der Wirtschaftsdirektor des Technikums Cherson,

3.) der Direktor des Steueramtes Cherson und

4.) ein russischer Soldat.

Ein Partisan wurde lebend gefangen.

An Waffen wurden erbeutet:

6 M.G., über 100 Handgranaten, 30 Karabiner, 5 Schnellfeuergewehre, bei jedem Mann eine Pistole und 12000 Schuß Munition.

An Lebensmitteln wurden sichergestellt:

160 Konserven, einige Zentner Mehl und anderes.

Nach Vernehmung des Gefangenen stellte sich heraus, daß 3 der wichtigsten Partisanen entkommen waren. Die vom Kdo daraufhin eingeleiteten Maßnahmen (es wurde sämtliche Miliz in der Umgebung aufmerksam gemacht und Anweisung gegeben, bei Auftauchen der Partisanen dem Kdo Meldung zu machen) hatten vollen Erfolg. Am 21.10. erschien beim Kommando der Bürgermeister von Alexandrowka und teilte mit, daß in der Nacht drei Partisanen bei einem Ortseinwohner übernachtet hätten. Nach der Beschreibung des Bürgermeisters konnte es sich nur um die aus dem Dünengebiet geflüchteten Partisanen handeln. Es wurde sofort eine Gruppe nach Alexandrowka in Marsch gesetzt. Dort stellte das Kdo. fest, daß die drei die Ortschaft bereits verlassen hatten. Ortseinwohner erklärten, daß die drei in Richtung der Dünen geflüchtet seien. Das Kdo. nahm in der bezeichneten Richtung die Verfolgung auf und ging dann zum Absuchen des Geländes in Schützenkette vor. Nach etwa zweistündigem Marsch stieß man plötzlich auf die drei gesuchten Partisanen, die sich im hohen Steppengras versteckt hielten und die Angehörigen des Kdos. unter heftiges Feuer nahmen. Da sich die Partisanen bis zum Aussersten verteidigten, war eine Gefangennahme ohne Verluste nicht möglich, und sie mußten bis zur Vernichtung niedergekämpft werden.

Bei den drei Getöteten handelt es sich um folgende Personen:

1) Blenow, Paul, Kapitän des NKWD und Offizier im russischen I.R. Nr. 369, Inhaber der Erinnerungsmedaille des 20-jährigen Bestehens der Roten Armee,

2) Gerskej, Emil, Sekretär der KP. in Cherson und Leiter der Partisanengruppe im Gebiet Nikolajew,

3) Ladetschuk, Alexander, Bürgermeister von Cherson und Leiter des Stabes der Partisanenbewegung für das Gebiet Nikolajew.

Neben verschiedenen Handfeuerwaffen und Munition sowie Handgranaten, wobei sich auch eine Mauserpistole, silberbeschlagen und versehen mit einer Widmung "für besonders gewalttätigen Kampf gegen die Gegner der Sowjetunion", befand, wurde umfangreiches Adressenmaterial sowie ein Organisationsplan der Partisanen im Gebiet Nikolajew erbeutet, so daß eine restlose Aufrollung der Partisanenbewegung im Gebiet Nikolajew - Cherson gewährleistet ist.

Die Vernehmung des Gefangenen, der nach dem Organisationsplan der Leiter der Spähtätigkeit war, ergab, daß die Partisanen über eine Funkanlage in den Dünen verfügten. Die Funkanlage wurde auch gefunden. Sie befand sich gut getarnt in einem Gehöft in Lenindorf. Die Anlage wurde nach Besichtigung durch einen Fachmann zerstört.

Weiter gab der Gefangene an, daß sich in Cherson eine illegale Druckerei befinden soll, die den Auftrag hat, eine deutschfeindliche Zeitung herauszugeben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Partisanenbekämpfung im Dnjeprbogen

im Raum von Popowo - Balki.

Die gegen die Partisanenbewegung im Dnjeprbogen im Raum von Popowo - Balki eingeleitete Aktion ist noch im Gange. Das weite, undurchdringliche, von Flußläufen durchzogene Sumpfgebiet des Dnjepr hatte den dort gebildeten Partisanengruppen besonders günstige Voraussetzungen geboten. Nach den Aussagen der ersten Überläufer sind die für diesen Raum bestimmt gewesenen Partisanen in 4 Abteilungen zu je 44 Mann aufgestellt worden. Jede Abteilung gliederte sich wiederum in 4 Gruppen zu je 11 Mann. Die Aufstellung erfolgte unter Leitung von aus Moskau stammenden und eigens hierzu bestimmten Partisanenführern. Das Hauptkontingent der Partisanen wurde aus zuverlässig erscheinenden Soldaten verschiedener Regimenter entnommen, denen eine entsprechende Anzahl ortskundiger Personen zugeteilt wurde. Die Ausrüstung erfolgte aus sowjetrussischen Armeebeständen und umfasste alles, was zu einer Partisanenkriegsführung erforderlich erscheint. Neben einer weitgehenden Ausrüstung mit Maschinenwaffen, auch schweren, befanden sich in den Händen der Partisanen erhebliche Mengen an Handgranaten und insbesondere auch Minen. Die bisher in Erscheinung getretene Arbeit hatte sich auf das Legen von Minen beschränkt, den leider noch in der letzten Zeit auf gesäubert gewesenen Strassen einige Fahrzeuge zum Opfer gefallen sind. Einige Fahrstrecken in dem an den Dnjepr angrenzenden Gebiet sind auch heute noch nur unter Anwendung aller möglichen Vorsichtsmassnahmen befahrbar.

Das Angehen der Partisanengruppen wurde dadurch ungemein erleichtert, da sich unter den ortskundigen Partisanenzugehörigen viele befanden, die gegen ihren Willen zum Partisanenkrieg bestimmt worden waren. Diese zur Erkundung über das Vorhandensein deutscher Truppen aus

ihren Schlupfwinkeln im Sumpfgebiet in die angrenzenden Ortschaften vorgeschickt, meldeten sich vielfach bei den neu eingesetzten Starosten oder wurden von den Angehörigen der ukrainischen Miliz festgenommen. Von der Aussichtslosigkeit überzeugt, auf die Dauer einen Partisanenkrieg durchzuhalten und in der Hoffnung, durch freiwillige Stellung einem unvermeidlichen Schicksal zu entgehen, fanden sie sich bereit, die Verstecke ihrer Waffen anzugeben oder selbst ihre Waffen abzuliefern. Die Häufung derartiger Fälle und die für sie damit verbundene Furcht eines Verrats liess nur wenige hartnäckige Partisanen in ihrer Zielsetzung beharren. Soweit es sich um die drei festgestellten Gruppen handelt, die sich im Sumpfgebiet nordwestlich Popowo aufhielten, wurde durch das Eingreifen eines Teilkommandos von EK. 12 die völlige Auflösung erreicht. Die von den Überläufern geforderte Waffenablieferung wurde restlos durchgeführt. Die Zahl der dort sichergestellten Waffen übertrifft sogar erheblich die Anzahl der Angehörigen der dort vorhanden gewesenen Partisanengruppen. Die Zahl der sichergestellten Minen beträgt in diesem Abschnitt allein 220. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, dass weitere Waffen und Sprengmittel nicht vorhanden sind. Die Partisanenteilnehmer, die offenbar hierzu gezwungen worden waren, und denen auch irgend - eine aktive Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, wurden nach der Durchkämmung des Gebietes wegen ihres wirksamen Beitrages bei der Ausräumung der Partisanennester unter der Auflageerteilung einer regelmässigen Meldepflicht bei der ukrainischen Miliz ihres Heimatortes auf freien Fuss gesetzt.

9 gebietsfremde Partisanenangehörige bezw. Führer - 2 davon aus Moskau stammend - wurden nach ihrer Festnahme erschossen. Ein kleinerer Teil der dortigen Partisanen ist in den Dnjeprniederungen waffenlos noch

Norden zu geflüchtet.

Bei der Durchkämmung des Sumpfgebietes nordwestlich Wassiljewka wurden 6 weitere Partisanen, die sich nicht freiwillig gestellt hatten, überrascht und festgenommen. Ihre Erschiessung erfolgt nach Abschluss der notwendigen Vernehmungen über ihre etwaige Verbindung mit anderen Partisanengruppen. 2 weiteren Partisanen dieser aufgerollten Gruppe gelang es, sich trotz Beschuss durch die Wirrnis des Sumpfgeländes durch einen Wasserarm schwimmend, vor der Verfolgung zu retten.

Gegenwärtig befindet sich noch im Sumpfgelände nördlich Balki eine vierte Partisanengruppe, die unter Führung eines Moskauer Rechtsanwalts steht, durch Überläufer aber bereits stark dezimiert ist. Nach den bisherigen Feststellungen arbeitete diese Gruppe selbständig und stand jedenfalls mit den drei ostwärts aufgeriebenen Gruppen in keiner Verbindung. Anzeichen deuten darauf hin, dass diese letzte Gruppe in Verbindung mit Partisanen steht, die sich westlich des Dnjepr nördlich Nikopol nach befinden sollen. Über deren tatsächliches Vorhandensein konnten sichere Anhaltspunkte noch nicht gewonnen werden. Die derzeit noch minenverseuchten Stellen sind abgesteckt und zum Teil kenntlich gemacht. Ihre Ausräumung durch Pioniere ist von den in Kenntnis gesetzten Wehrmachtsstellen zugesagt worden.

Aufbau und Tätigkeit eines Vernichtungsbataillons.

In Ssiwashkoje wurde etwa ein Monat nach Ausbruch des deutschrussischen Krieges von der kommunistischen Partei in Ausführung eines allgemeinen Befehls aus Moskau ein sogenanntes Vernichtungsbataillon (Istribiteljne-bataillon) errichtet. Die Durchführung der Aufstellung des Bataillons lag in den Händen des hiesigen Milizinspektors M a i s k i und des 2. Sekretärs des Rayon-Partei-Komitees B e l i a n s k i . Maiski übernahm in der Folge auch die Führung des Bataillons, während

Belianski als sein Stabschef fungierte. Das Bataillon bestand aus etwa 100 Mann aus allen Schichten der Bevölkerung. Politische Vertrauenswürdigkeit war anscheinend nicht unbedingte Voraussetzung für die Aufnahme. Diese ging vielmehr so vor sich, dass Maiski fast alle noch nicht zum Militär einberufenen jüngeren Manner des Ortes zusammenrufen liess und ihnen eröffnete, dass sie sich als dienstverpflichtet zu betrachten und während ihrer Freizeit im neu aufgestellten Vernichtungsbataillon Dienst zu machen hätten.

Organisation:

Das Bataillon bestand aus 3 Zügen mit je 30 - 40 Mann, die von einem Zugführer kommandiert wurden und abwechslungsweise jeden dritten Tag im Dienst standen. Bezahlung erfolgte nicht.

Aufgaben:

Unterstützung der örtlichen Miliz, Wachdienst zur Verhütung von Sabotageakten, Bekämpfung feindlicher Fallschirmspringer, Vernichtung von Getreide, Lebensmittel, Maschinen, Industrieanlagen usw. nach Abzug der roten Truppen. Aufforderung zur Betätigung als Partisane im Falle des Zurückbleibens schien nur an einzelne Angehörige des Bataillons ergangen zu sein. Dienst wurde in der Regel nach der Tagesarbeit und in der Nacht in Form von Wachen und Streifen durchgeführt.

Ausrüstung:

Polnische Gewehre und pro Mann 100 Schuss Munition. Die Gewehre befanden sich im Wachlokal in der Schule und wurden bei Antritt des Dienstes ausgegeben und nach Beendigung wieder eingezogen. Dienst wurde in Zivil und ohne besondere Kennzeichen versehen.

Ausbildung:

Zwei- und dreimalige Anweisung über den Gebrauch des Gewehres, ein- bis zweimaliges Scharfschiessen und Unterricht über die Bekämpfung von Fallschirmjägern.

Anweisung über Kampftatik der Partisanen wurde nicht gegeben.

Bei Abzug der roten Truppen sowie der Partei- und Milizfunktionäre sind auch die Kommandanten und ein Teil der Angehörigen des Vernichtungsbataillons geflohen. Die Waffen wurden auf einem LKW. verladen und mitgenommen.

Unter den zurückgebliebenen und vernommenen Angehörigen des Vernichtungsbataillons befanden sich keine bolschewistischen Aktivisten. Die befohlene Vernichtungsaktion wurde in Ssiwashkoje nicht durchgeführt.

Organisation und Aufgaben der Maschinen- und Traktorenstationen.

Mit der Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe entstand für das bolschewistische System das Problem der einheitlichen und rationellen Bewirtschaftung der Riesenflächen, die so entstanden waren. Man löste es in der Weise, dass man die Landwirtschaft zu mechanisieren begann, d.h. die menschliche Arbeitskraft weitgehend durch die Maschine ersetzte. Die Mechanisierung der Landwirtschaft kam neben der politischen Zielsetzung des Bolschewismus, der Proletarisierung der Bevölkerung, insbesondere der Landbevölkerung, entgegen.

So entstanden von staatlicher Seite organisiert und finanziert die Maschinen-Traktoren-Stationen, die MTS, als ein Netz von Maschinenstationen, das sich über das ganze Land spannte.

Eine MTS verfügt über eine Anzahl Traktoren, landwirtschaftlicher Maschinen aller Art (nebst dazugehörenden Werkstätten), die den Kollektiven, die dieser MTS zugeteilt sind, zur Arbeit gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden. Der Maschinenpark einer

solchen MTS setzt sich beispielsweise wie folgt zusammen:

52 Mähdrescher,
104 Traktoren,
2 3-to Tankwagen,
1 3-to Lastwagen,
2 1,5-to Lastwagen,
2 Personenkraftwagen.

Weiter verfügt dieselbe MTS über je ein Werkstätten- und Treibstofflager.

Die Leitung der MTS hat ein Direktor, dem ein stellvertretender Direktor, dem vorwiegend die wirtschaftlichen Fragen unterstehen, zur Seite steht. Ein dritter Direktor, der politische, betreut die MTS-Gefolgschaft in politisch-propagandistischer Hinsicht. Für die wirtschaftliche Planung und Durchführung der Arbeiten standen eine Anzahl "Agronomen" zur Verfügung.

Die Leitung der MTM, der Werkstätten, unterstand einem Werkstättenleiter und einem "Ältesten Mechaniker", zu denen technisches Personal gehörte.

Die leitenden Posten einer MTS waren meist mit Parteimitgliedern besetzt, d.h. also die Posten des Direktors, seines Stellvertreters, des politischen Direktors, des Ältesten Agronomen und in der Regel des Ältesten Mechanikers.

Die restliche Gefolgschaft sollte planmässig ebenfalls der Partei angehören, da man sie als "Spezialisten" zur bolschewistischen führenden Schicht rechnete, jedoch war dies meist nicht der Fall, da der allgemeine Mangel an Fachkräften in der Sowjetunion eine Auslese in politischer Hinsicht nicht zuliess. Vielmehr stand das fachliche Können durchaus im Vordergrund und eine Auswahl erfolgte allein danach.

Aufgabe des Politischen Direktors der MTS war in erster Linie die politische Ausrichtung der MTS-Ge-

folgschaft, der man ursprünglich besonderen Wert insofern beimass, als man sie, wie erwähnt, zur geistigen führenden Schicht rechnete. Diese Ausrichtung erfolgte gelegentlich von Versammlungen, die in unregelmässigen Abständen einberufen und abgehalten wurden. Darüberhinaus erstattete er in regelmässigen Mitteilungen Bericht über die Stimmung und Lage der Gefolgschaft an die übergeordnete Aufsichtsbehörde. Der politische Direktor unterstand dem Parteikomitee unmittelbar (beispielsweise hielt er dreimal im Jahre grosse Versammlungen ab, an denen die gesamte Gefolgschaft teilzunehmen hatte. Darüber hinaus versammelte er in den letzten Wochen und Monaten vor dem Einrücken der deutschen Truppen alle fünf Tage die einzelnen Traktorenbrigaden getrennt von einander und hielt dabei parteipolitische Vorträge und berichtete über die Lage an der Front und die Kriegslage allgemein).

Der zweite Aufgabenbereich des politischen Direktors war, ebenfalls in propagandistischer Hinsicht, der sozialpolitische Sektor. Das heisst, ihm oblag, neue Tarifordnungen den Arbeitern mundgerecht zu machen, die Notwendigkeit der Produktionssteigerung klarzumachen, die Arbeitsdisziplin zu stärken und zu vermehren. Gerade diese Probleme waren von besonderer Wichtigkeit, da von ihrer Regelung die Erfüllung der Wirtschaftspläne weitgehend abhing. So war der politische Direktor neben dem leitenden Direktor die wichtigste Person einer MTS.

Jede MTS. versorgte eine bestimmte Anzahl von Kollektiven mit Maschinen und Traktoren; beispielsweise unterstanden im vorliegenden Falle der MTS in Siwaschkoje fünfzehn umliegende Kollektive.

Traktoren- und Kombinen-(Mähdrescher)-Führer gehörten zu den Kollektiven, unterstanden aber in fachlicher Hinsicht der MTS. Sie erhielten ihre technische Ausbildung in sechs- bis neunmonatigen Kursen, zu denen sie

durch die Kollektive bezw. MTS geschickt wurden, und die meist in der Rayonhauptstadt abgehalten wurden. Die Teilnehmer waren dort kaserniert untergebracht und erhielten nach einem genau festgelegten Arbeitsplan eine technische, arbeitsmässige und politische Unterweisung, wobei aber das Praktisch-Technische gegenüber dem Politischen durchaus im Vordergrund stand.

Mechaniker, Schlosser und sonstige Handwerker erhielten ihre Ausbildung bei den MTS selbst durch Unterweisung durch die älteren Handwerker. Daneben wurden sie zu mehrmonatigen Spezialkursen geschickt, die ebenfalls das Praktische gegenüber dem Theoretischen und Politischen betonten.

In einer MTS, der 15 Kollektive zugeteilt waren, gehörten z.B. 320 ausgebildete Traktorenführer, die in 22 Traktorenbrigaden eingeteilt waren.

Zu den Spezialisten der MTS, wie auch der Kollektive, gehörten die sogenannten "Agronomen". Dies waren landwirtschaftliche Fachkräfte, deren Arbeit die Nutzung und Bewirtschaftung der Kollektive, der Einsatz der Maschinen usw. war. Auch die Kollektiv-Agronomen unterstanden den MTS. und zwar in fachlicher und arbeitsmässiger Hinsicht. Sie erhielten ihren Lohn aber von der Kollektivgemeinschaft. Die Agronomen wurden nach der Absolvierung einer zehnklassigen Schule in einem vierjährigen Lehrgang auf einem Technikum ausgebildet.

Daneben gab es die sogenannten "Agronom-Techniker", von denen nur eine 6 -7-jährige Schulzeit gefordert wurde, und die dann nach Anlernung auf den MTS.bezw. den Kollektiven in Monatskursen weitergebildet wurden. Neben den Direktoren stellten die Agronomen die wichtigsten Personen der MTS (und auch der Kollektive) dar.

In der Praxis scheinen die Agronomen ausschliesslich nur in fachlicher Hinsicht eingesetzt, dagegen nicht mit politischen Aufgaben betraut gewesen zu sein. Jedenfalls traten sie in politisch-propagandistischer

Beziehung nicht hervor.

Wie bereits erwähnt, betreute und versorgte jede MTS. eine bestimmte Anzahl von Kollektiven, deren Zahl nach den örtlichen Verhältnissen verschieden war. Die Maschinen und Traktoren wurden den Kollektiven nach gesetzlich festgelegten Richtlinien zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellt. Zwischen MTS und Kollektivgemeinschaft wurde ein Vertrag abgeschlossen, der in einer Versammlung aller Mitglieder besprochen und festgelegt wurde, und der genau Arbeitsleistung und -einteilung und den an die MTS zu zahlenden Entgelt regelte. Die Bezahlung der vom Kollektiv angeforderten Maschinen erfolgte meist in Naturalien.

Die Arbeit und Tätigkeit der MTS. wurde von staatlicher Seite ständig kontrolliert. Die MTS. hatte laufend Bericht über die Arbeitsleistungen und die allgemeine Lage in wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Beziehung zu erstatten und empfing andererseits genaue Arbeitspläne und Anweisungen. Der Direktor einer MTS. war u.a. nicht befugt, einen seiner Gefolgschaft angehörenden Spezialisten von sich aus zu entlassen, sondern musste hierzu die Genehmigung der vorgesetzten Behörde einholen, die jeden Fall überprüft haben soll.

In der Zeit der Frühjahrs- und Herbstbestellung und der Ernte arbeitete die MTS-Gefolgschaft auf den Maschinen bei den Kollektiven. In den Sommermonaten, in denen Maschinenkraft nicht benötigt wurde, wurden Traktoristen, Kombinenführer und Nichtspezialarbeiter den Kollektiven zur Handarbeit zugeteilt. Während des Winters, wo alle landwirtschaftliche Arbeit ruhte, waren die Gefolgschaft und die Traktorenführer der Kollektive in den MTS zur Reparatur der Maschinen und Beschaffung von Ersatzteilen usw. zusammengezogen.

Es ist festzustellen, dass die Bedeutung der MTS in erster Linie auf rein wirtschaftlichem Gebiet gelegen, und dass ihr politischer Einfluss auf die Landbevölkerung

gering geblieben zu sein scheint. Die ursprüngliche Zielsetzung, jede MTS. neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als besonders aktive bolschewistische propagandistische Zelle auf Grund der Zusammensetzung der Gefolgschaft anzusehen und einzusetzen, scheint in der Praxis nicht erreicht worden zu sein. Wohl war ein relativ hoher Prozentsatz der Spezialisten und leitenden Personen Mitglieder der Partei, der grösste Teil aber stand der Partei fern und war politisch indifferent. Als Hauptgrund, dass das ursprüngliche Ziel nicht erreicht wurde, ist wohl der allgemein in der Sowjetunion in Erscheinung getretene Mangel an fähigen Facharbeitern anzusprechen, der es verbot, unter den vorhandenen Fachkräften eine besonders politische Auslese zu halten.

Analphabetentum in der UdSSR.

Laut Beschluss des 17. Parteitages und des Zentralkomitees der kommunistischen Partei vom 16.1.1936 wurde in der UdSSR der Kampf gegen das Analphabetentum aufgenommen. Aus vorgefundenen Revisionsberichten der Stadtabteilung für Bildungswesen Nikolajew der Jahre 1939 und 1940 wurden nachstehende Auszüge gefertigt:

In den Vorrevolutionsjahren waren im Priwilnjansky Rayon fast alle Einwohner noch Analphabeten und gleich nach der grossen Oktober-Revolution soll der Kampf gegen das Analphabetentum begonnen haben. Den Auftakt bildeten Betriebs- und Dorfversammlungen, in denen die Fragen der Schulung des Analphabetentums besprochen wurden. Die Anwesenheit aller Analphabeten und ihre Bereitwilligkeit, die Schulen regelmässig zu besuchen, wird in diesen Berichten ausdrücklich betont. Mit Hilfe der Parteifunktionäre wurden auf diesen Versammlungen die Arbeitslinie aufgestellt, die Lehrkräfte und Kulturarbeiter (ehrenamtliche Hilfslehrkräfte) bestimmt und zugleich die Räume festgelegt, in denen die Schulungen durchgeführt werden sollten.

Die Partei beschloss folgende Punkte:

1.) Stadt- und Rayonkommissionen zu bilden.
2.) speziell für die Erwachsenen eigene Inspektoren aufzustellen und
3.) für die Pädagogen und Kulturarbeiter eigene Seminare zu organisieren.

Das Zentralvollzugskomitee verpflichtete sich, die Arbeit bis zum 1.5.1941 zu vollenden.

Um sich die Mithilfe der Parteistellen und Parteiorganisationen und anderer Stellen zu sichern, richteten die Lehrer des Gebietes von Nikolajew einen Aufruf an die Öffentlichkeit, der nachstehend auszugsweise wiedergegeben wird:

"Teuere Genossen!

Im vergangenen Jahre feierten wir den 20. Jahrestag des Lenin-Dekrets über die Liquidierung des Analphabetentums. Tausende, Millionen haben schon seit 20 Jahren das Lesen und Schreiben gelernt. Der Sowjetstaat ist einer der kulturellsten Staaten der Welt. Der Führer, Genosse Stalin, hat vor dem Tribunal erklärt, dass alle Werktätigen des Schreibens kundig sein müssen. Um diese geschichtliche Aufgabe lösen zu können, muss mit dem Analphabetentum Schluss gemacht werden. Ungeachtet der grossen Aufgabe nimmt das Analphabetentum nicht ab, und wir rufen deshalb alle Obengenannten auf zum Kampfe gegen das Analphabetentum.

Wir verpflichten uns, zum 1. Mai das Analphabetentum zu beseitigen und organisieren in unserem Gebiete einen sozialistischen Wettbewerb. Deshalb, Genossen, nehmt Eure Kräfte zusammen und helft mit, unsere Bauern, Werktätige und Arbeiter in gebildete Menschen umzuwandeln."

Die besten Schulen, Lehrer und Schüler wurden entsprechend in der Presse gefeiert und es kamen Prämien zur Verteilung.,

Der Schulbesuch wird in einem Bericht mit 80% angegeben. Aus einem anderen Revisionsbericht kann jedoch entnommen werden, dass der Besuch sehr zu wünschen übrig liess und einige Schulen aufgelöst werden mussten, da überhaupt kein Schüler mehr zum Unterricht erschien. Einerseits wird den Betrieben und Organisationen die Schuld an dem schlechten Schulbetrieb beigemessen, da diese die Schüler weder von der Arbeit, noch von der Schichtarbeit befreiten. Andererseits wird behauptet, dass die Rayon-Komitees sowie der Inspektor bei der Stadtabteilung für Bildungswesen der Schularbeit vollkommen gleichgültig gegenüber-standen.

Bericht über das religiöse Leben.

Vermerk: Der Bericht wurde nach Unterlagen des Oberpriesters G a l i t z k y erstellt.

Der zaristische Staat basierte auf der Grundlage der Christlich-Orthodoxen Kirche und unterstützte ihre Einrichtungen und Anstalten in grossztigiger Weise. Die kirchlichen Beziehungen übten einen grossen Einfluss auf Staat und Gesellschaft aus.

I. Das Recht auf freies Glaubensbekenntnis hatten auch andere christliche Religionen, die katholische sowie auch die lutherische Kirche, ebenfalls die Mennoniten. Nicht anerkannt wurden die Sekten wie Baptisten, Adventisten, Geissler und Gottesleugner.

Das Judentum und andere nicht christliche Glaubensbekenntnisse wurden geduldet und hatten ebenfalls das Recht der freien Ausübung ihres Glaubens.

Nach der Machtübernahme durch die Bolschewisten wurden sämtliche Glaubensbekenntnisse unterdrückt. Der Bolschewismus verkündete die Gottlosigkeit als Grundlage seiner Weltanschauung, kein Kommunist konnte daher einem Glaubensbekenntnis angehören. Den Parteilosen wurde erklärt, dass die Religion Sache der persönlichen In-

122

schauung sei, obwohl immer schärfer werdende Massnahmen gegen jede Religionsübung getroffen wurden.

Im Verlaufe des Kampfes der Bolschewiken gegen die Religionsgemeinschaften wurde in den Jahren 1920 - 23 unter Mitwirkung der Sowjetregierung die sog. "Lebendige Kirche" gebildet. Diejenigen Geistlichen, die diese Kirche nicht anerkannten, wurden konterrevolutionärer und antisowjetischer Gesinnung beschuldigt. In der Ukraine entstand mit Unterstützung der Regierung die sog. "Selbstheilige Kirche". Beide Einrichtungen wurden jedoch später, besonders in den Jahren 1928-29, als konterrevolutionär wieder liquidiert. Die noch im Dienste der Kirchen stehenden Bischöfe und Geistlichen wurden in jeder Weise verfolgt, vertrieben, ihre Wohnungen wurden beschlagnahmt, sie selbst wie auch die kirchlichen Einrichtungen mit unerträglichen Steuern belegt. So wurde z.B. der Pfarrer einer Kirche in Cherson im Jahre 1940/41 mit 35 000 Rubel im Jahre besteuert. Den Geistlichen blieb daher nichts anders übrig, als den Dienst zu quittieren oder als Nichtzahler in die Gefängnisse zu wandern.

Bis zum Jahre 1936, d.h. bis zur Herausgabe der neuen Verfassung waren die Geistlichen, ihre Eltern und Kinder ohne jeden Rechtsschutz. Die im Jahre 1936 herausgegebene Verfassung erkannte das Wahlrecht für alle Bürger wie auch für die Geistlichkeit an. Dies ermöglichte der Geistlichkeit den Antritt einer staatlichen Anstellung und die Weiterführung ihres Berufes als Geistliche. Praktisch trat dieser Punkt der Verfassung jedoch nicht in Kraft, da unmittelbar nach ihrer Verkündung die Massenverhaftungen der Geistlichen und die Schliessung der offen gebliebenen Kirchen und Klöster erfolgte.

Bis zum Jahre 1937 waren fast alle Geistlichen verhaftet oder verbannt und die Kirchen und Klöster geschlossen. Eine Ausnahme bildete eine einzige Kirche

in Cherson, die auf Drängen der Arbeiterschaft für die "Alten und Rückständigen" geöffnet blieb und wo auch regelmässig Gottesdienst stattfand.

Die Masse der Bevölkerung blieb jedoch ohne religiöse Erziehung.

In der Ukraine (wahrscheinlich auch im übrigen Russland) waren die Volkskommissariate für Kultur vornehmlich durch Juden besetzt. Hieraus erklärt sich, dass, obwohl auch die Synagogen mit hohen Steuern belegt und geschlossen wurden, kein Rabbiner verhaftet oder verschleppt wurde. Ausserdem gab es in jeder Stadt normalerweise 1 - 2 Synagogen, die nicht geschlossen wurden.

II. Das Verhältnis der orthodoxen zur katholischen und lutherischen Kirche war gut. Es besserte sich erheblich während der Zeit der Unterdrückung. Während es in früheren Zeiten oft vorkam, dass sich die Gläubigen der katholischen Kirche bei Abwesenheit ihres Pfarrers an den Orthodoxen wandten, so wurde dieses Verfahren nach der Revolution üblich. In gleicher Weise verfuhr die lutherische Kirche.

Seitens der orthodoxen Kirchen wurden die Ehehindernisse zwischen Orthodoxen, Katholiken und Lutheranern beseitigt, allerdings mit der Einschränkung, dass die Nachkommenschaft aus diesen Ehen im orthodoxen Glauben erzogen werden mussten. Ehen zwischen Ariern und Juden wurden dagegen nicht zugelassen, desgleichen nicht Ehen zwischen Angehörigen von Kirchen und Sekten.

Übertritte von einem Glaubensbekenntnis zu einem anderen wurden stark erleichtert. Die Katholiken vollzogen den Übertritt zum orthodoxen Glauben durch die Beichte, Lutheraner durch Beichte und hl. Abendmahl. Bei Übertritt von Angehörigen von Sekten musste die Taufe vorangehen. Waren die Angehörigen von Sekten bereits einmal getauft, so erfolgte der Übertritt durch

Lossagung vom Glaubens-Irrtum durch Beichte und Abendmahl.

Den Juden gegenüber war die orthodoxe Kirche vorsichtiger. Der Wunsch zum Übertritt musste dem Gebietsbischof zur Kenntnis gebracht, seine Entscheidung musste eingeholt werden. Der Jude wurde im Verlauf von 6 Monaten zur Annahme des orthodoxen Glaubens vorbereitet. Die Absicht des Übertrittes wurde der Kirchengemeinde mitgeteilt, dann erst wurde die Taufe vorgenommen.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
= B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - Rs =

Berlin, den 19. Nov. 1941.

Geheime Reichssache!

60 Ausfertigungen.
60. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 135.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 19.11.1941

Höh. SS- und Pol.-Führer Nord 101
(Prützmann)
Standort: Riga,

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker)

Standort: Krasnogvardeisk
N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga,

Sonderkommando 1a:
(Sandberger)
Standort: Reval, Narwa, Dorpat, Pernau und Ahrensburg (Ösel)
N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa,
Fernschreibverbindung Reval
Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1b:
(Ehrlinger)
Standort: Tossno, Mjedwjed, Nestonja, Staraje-Russka,
N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno,
Feldpost-Nr. 15 119.

Einsatzkommando 2:
(Strauch)
Standort: Teile in Riga, Schaulen und Libau,
N-Verbindungen: Funkverbindung Riga,
Fernschreibverbindung Riga u.Libau
Feldpost-Nr. 15 447.

Einsatzgruppe 3:
(Jäger)
Standort: Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowice, Minsk,
N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Wilna und Kowno.
Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. SS- u.Polizei-Führer Mitte (102)
(von dem Bach)
Standort: Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann)
Standort: Smolensk, Vorkom. in Moshaisk,
Funkverbindung, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über V.D. Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7a:
(Steimle)
Standort: Rshew und Kalinin,
N-Verbindungen: Funkverbindung Rshew,
Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:
(Rausch)
Standort: Nachkom. in Brjansk, Vorkom Tula,
N-Verbindungen: Funkverbindung Orel,
Feldpost-Nr. 10 555.

Einsatzkommando 8:
(Bradfisch)
Standort: Mogilew mit Trupps in Witebsk, Gomel, Arscha und Mitschew,
Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9:
(Schäfer)
Standort: Wjasma mit Trupps in Gshatsk und Smolensk
N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau":
Standort: Malojaroslawez,
N-Verbindungen: Funkverbindung Malojaroslawez,

Höh. S-u.Pol.-Führer Süd (103):
(Jeckeln)
Standort: Kriwoj-Rog
N-Verbindungen: Fernschreibverbindung Lemberg

Einsatzgruppe C (Dr.Dr.Rasch):
Standort: K i e w
N-Verbindungen: Fernschreibverbindung über Lemberg, von dort aus Kurier,
Funkverbindung Kiew
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4a:
(Blobel)
Standort: Kiew, Vorkom. Charkow,
N-Verbindungen: Funkverbindung Dnjepropetrowsk,
Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4b:
(Braune)
Standort: Poltawa, Trupps auf dem Wege nach Stalinsk bezw. Kramatorskaja,
N-Verbindungen: Funkverbindung Poltawa,
Feldpost-Nr. 34 310.

Einsatzkommando 5:
(Meyer)
Standort: Kiew, Trupps in Shitomir, Rowno, Winniza,
N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew,
Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:
(Kröger)
Standort: Dnjepropetrowsk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Dnjepropetrowsk,
Feldpost-Nr. 35 979.

Höh. SS-u.Pol.-Führer z.b.V.:
(Korsemann)
Standort: R o w n e .

Einsatzgruppe D (Ohlendorf):

Standort: Simferopol.
N-Verbindungen: Funkverbindung
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:
(Seetzen)
Standort: Taganrog, Nachk. in Mariapol, Melitopol und Berdjansk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Taganrog,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10b:
(Persterer)
Standort: Feodosia, Vork. in Kertsch, Teilk. in Aluschta u.Jalta,
N-Verbindungen: Funkverbindung a.d.Marsch,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:
(Zapp)
Standort: Jalta, Teilk. vor Sewastopol und Bachtschisaraj und Jewpatorija,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:
Standort: Marsch auf Simferopol,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:
(Noske)
Standort: Stalino, Teilk. in Nowotscherkewsk
N-Verbindungen: Funkverbindung Michailowka,
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen- und Kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k .

Der rassische Bestand des estnischen Volkes.

1. Über den rassischen Bestand des estnischen Volkes liegen erstaunlich gründliche, auf exakten anthropologischen Messungen von rd. 15 110 erwachsenen männlichen Personen beruhende Forschungsergebnisse vor, in erster Linie von dem Dorpater wissenschaftlichen Assistenten Johann A u l. Die vorliegende Literatur ist in ziemlich wissenschaftlich trockenem Stil gehalten und durch viele wissenschaftliche Einzelheiten untermauert. Sie wird nachfolgend, soweit es sich um exaktes Tatsachenmaterial handelt, kurz zusammengefasst.
2. Anthropologische Untersuchungen beruhen im allgemeinen auf Einzelforschungen über Wuchs (Körperhöhe), Haarfarbe, Augenfarbe, Längen- Breitenindex des Kopfes. Eine Zusammenfassung dieser Gesichtspunkte ergibt sodann bestimmte Rassenmerkmale (wobei sich die Güntherschen Rassebezeichnungen im allgemeinen durchgesetzt haben).
3. Der Körperbeschaffenheit nach sind die Esten ein lang- und schlankwüchsiges Volk mit vollem, kräftigem Körperbau. Der mittlere Wuchs der Männer beträgt nach neuesten Feststellungen 173.03 cm (160.1 bei den Frauen). Dieser Wuchs ist für europäische Verhältnisse als hoch anzusehen; die Esten werden hierin nur noch von den Schweden, Norwegern, Iren und Liven übertroffen.
4. Der Längen-Breitenindex des Kopfes beträgt bei den Esten 80,7. Der Durchschnittseste ist also mittelköpfig mit einer geringen Neigung zur Schmal- bezw. Langköpfigkeit. Die Esten sind breitköpfiger als die skandinavischen Völker (Schwede: 77,7 - Norweger: 69,0),

schmalköpfiger als ihre unmittelbaren Nachbarn (Finnen: 81,0 - Letten: 80,9 - Russen des Gouv. Pleskau: 82,5).

5. Färbung:
Die vorherrschende Haarfarbe ist dunkelblond bis hellbraun (40,8 %), ganz dunklem Haar (dunkles Braun bis schwarz) begegnet man verhältnismässig wenig (26,7%). Die Augen sind weit überwiegend hell (89,3%), braune wurden mit 6,8%, dunkel melierte mit 4,1% festgestellt. Die Hautfärbung schwankt im allgemeinen zwischen rosaweiss und blassweiss.

6. In rassischer Hinsicht gehören die Esten fast ausnahmslos zu der europiden Rassengruppe, und zwar zur nordischen und ostbaltischen Rasse.

7. Unter Auswertung aller Einzelfeststellungen ist ermittelt worden, dass die Typen der nordischen Rasse überwiegend in West-Estland vertreten sind in einem Maße, das dieses Gebiet zu einem ziemlich reinen Verbreitungsgebiet der nordischen Rasse stempelt.

Die politischen Voraussetzungen der Eindeutschungsfähigkeit.

1. In politischer Hinsicht war zunächst bei Beginn des Feldzuges in Estland festzustellen, dass ein Eindeutschungswille keineswegs vorhanden war. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Frage einer Eindeutschung in absehbarer geschichtlicher Zeit für das estnische Volk garnicht akut war. Auf Grund der gesamten geschichtlichen Entwicklung war das estnische Volk zunächst nicht einmal auf eine protektoratsähnliche oder sonstige Angliederung Estlands an das Grossdeutsche Reich vorbereitet, geschweige denn auf mehr. Trotz des klar vorhandenen estnischen Ehrgefühls und Selbstbewusstseins, vor allem in kultureller und folkloristischer Hinsicht bestand jedoch von vornherein keinerlei feindliche Stimmung gegen das

Deutschtum (wie z.B. bei Tschechen und Polen), sondern im Gegenteil eine durch die bolschewistische Herrschaft bedingte begeisterte Aufnahme des deutschen Soldaten, der als Befreier und Retter empfunden wurde. Die Esten begegneten auch von vornherein dem deutschen Soldaten offener, ehrlicher und anständiger als z.B. die Letten, die, auch soweit sie sich positiv verhalten, doch immer einen etwas unehrlichen, z.T. verschlagenen Eindruck machen. Hinzu kommt, dass die Esten auch durch den Verlauf des Feldzuges in ein anderes Verhältnis zum deutschen Soldaten und damit auch zum deutschen Volk gekommen sind als die Letten. Über Lettland ist der Feldzug rasch vorübergegangen, die Sowjets haben nur an wenigen Stellen Widerstand geleistet. Der grösste Teil Lettlands hat unter dem Krieg kaum gelitten (der Südostzipfel um Dünaburg, wo es anders war, spielt im lettischen Gesamtbewusstsein eine ziemlich geringe Rolle). In Estland dagegen wurde (wenn man von Dagö und Südwest-Ösel absieht) rund 3 Monate gekämpft. Weite Teile des Landes haben stark gelitten, die Sowjets haben vielfach Zeit zu gründlichen Zerstörungen, Verschleppungen usw. gehabt. Der Deutsche erschien daher in Estland noch in stärkerem Masse als Befreier vom roten Terror als in Lettland (überwiegend landwirtschaftlicher Charakter des Landes, Landverbundenheit einer nichtproletarisierten und zahlenmässig geringen Arbeiterschaft).

2. Unter dem Einfluss dieser Umstände hat sich in der Zwischenzeit im estnischen Volk mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Eingliederung Estlands in das durch Deutschland geführte neue europäische System die gegebene und selbstverständliche Lösung ist, wobei man sich über Einzelheiten natürlich unklar ist. Kreise, die andere Auffassungen vertreten (staatliche Selbständigkeit oder finnisch-estnische Union), sind schon heute überaus gering. Hierzu haben vor allem wirtschaftliche Erwägungen beigetragen. Die Mehrzahl des estnischen

Volkes ist sich darüber klar, dass die durch Bolschewismus und Krieg eingetretenen wirtschaftlichen Zerstörungen und Zerrüttungen aus eigener Kraft des estnischen Volkes nicht mehr behoben werden können, sondern dass materielle und personelle Hilfe aus dem von Deutschland geführten grossgermanischen Lebensraum kommen muss. Die ständig positiver werdende Einstellung des estnischen Volkes gegenüber dem Reich äussert sich auch in dem relativ starken Zustrom zu den 4 Freiwilligenbataillonen des AOK. und den z.Z. im Einvernehmen mit dem AOK. von der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei aufgestellten 3 Freiwilligen-Bataillonen; ein grosser Teil der jüngeren Generation des estnischen Volkes betrachtet es als seine selbstverständliche Aufgabe, aktiv gegen den Bolschewismus zu kämpfen und mindestens Kriegshilfsdienste zu leisten. Das AOK. betrachtet den bisherigen Einsatz seiner estnischen Freiwilligenbataillone als so erfolgreich, dass es die ursprünglich für Bewachungs- und Sicherungsaufgaben im rückwärtigen Armeegebiet gedachten Einheiten nunmehr auch in vorderster Linie bezw. zu Sicherungsaufgaben unmittelbar hinter der vordersten Linie verwendet. Estnische Offiziere, die schon seit Monaten bei besonderen Gruppen und Wehrmachtsdienststellen Dienst tun, sind von diesen Stellen wegen hervorragender Tapferkeit zum Eisernen Kreuz eingereicht.

Die ständig zu beobachtende positive Entwicklung in der Stimmung des estnischen Volkes gegenüber dem Deutschtum ist auch auf folgende Umstände zurückzuführen:

a) Aktive Mitwirkung des estnischen Selbstschutzes an der Bekämpfung von Partisanen und versprengten Teilen der Roten Armee in Estland,
b) aktive Einschaltung des estnischen Selbstschutzes und der estnischen Polizeibehörden in die Bekämpfung des Bolschewismus und des Judentums,
c) Einsetzung estnischer Amtsträger in Städten und Landgemeinden durch die Feld- und Ortskommandanturen,

d) rasches Wiederaufleben kultureller Arbeit in den Städten, z.T. auch gefördert, mindestens aber nicht behindert durch deutsche Stellen,

e) Einsetzung einer zentralen estnischen Selbstverwaltung; vorsichtige und zurückhaltende, aber doch erfolgreiche Propagandatätigkeit dieser Selbstverwaltung im Sinne einer scharfen antibolschewistischen, die deutsche Wehrmacht im Kampf gegen den Bolschewismus mit allen Mitteln unterstützende Gesamtlinie.

3. Wenn auch das estnische Volk in manchen Teilen schon jetzt für eine Eingliederung in den von Deutschland geführten grossgermanischen Lebensraum stimmungsmässig reif ist und wenn auch damit zu rechnen ist, dass diese Stimmung ständig zunimmt, so ist doch eindeutig festzustellen, dass ein Eindeutschungswille, dh. ein aktiver Wille, volkstumsmässig Deutscher zu sein, nicht vorhanden ist. Es konnte aber beobachtet werden, dass führende estnische Persönlichkeiten, denen der Leiter der estnischen Selbstverwaltung, Dr. M ä ä , sein auf rund 20 Jahre berechnetes Eindeutschungsprogramm streng vertraulich mitgeteilt hatte, diesem Gedanken einer planmässigen, langsamen und organischen Eindeutschung durchaus positiv gegenüberstanden. Der Kreis dieser"eingeweihten" Männer ist natürlich sehr gering, die grosse Masse des estnischen Volkes, vollends der estnischen Intelligenz, würde einen solchen offen geäusserten Gedanken heute nicht nur nicht verstehen, sondern ablehnen. Dazu sind die hiesigen Restbestände der Eigenstaatlichkeit z.Zt. noch viel zu gross. Andererseits ist aber in der praktischen Zusammenarbeit mit Esten zu beobachten, dass sie der Eingliederung in deutsche Dienststellen und dem aktiven Einsatz für die Interessen des Krieges weit positiver gegenüberstehen als etwa Norweger, Dänen, Holländer usw. Sie erkennen auch die leistungsmässige organisatorische und erzieherische Überlegenheit des Reichsdeutschen voll an, - während sie gegenüber dem

Baltendeutschtum weitgehende, sozialgeschichtlich bedingte Vorhalte machen.

Lagebericht in Estland.

Partisanen:

Das Partisanenunwesen tritt im eigentlichen Estland nur noch sporadisch auf, z.B. zuletzt in der Gegend nördlich des Peipus-Sees und im Kreise Pellin. Im Raum ostwärts Peipus-See, vor allem im Raum ostwärts und südostwärts und beiderseits der Rollbahn Pleskau-Luga, stellt es aber noch eine der Hauptschwierigkeiten für die Sicherung des Landes dar. Es kann angenommen werden, dass die inzwischen eingetretenen Fröste und die Verschlechterung der Verpflegungsverhältnisse in diesen Gebieten die Tätigkeit der Partisanen erschwerdn werden.

Funktionäre

Die rechtzeitige Aufdeckung einer estnischen kommunistischen Widerstandsorganisation und die Verhaftung namhafter Anführer (Säre-Organisation) hat offensichtlich den Erfolg gehabt, dass in der letzten Zeit eine aktive Tätigkeit von Kommunisten, abgesehen von einzelnen Partisanen und Sabotageakten, nicht festzustellen gewesen ist. Die Fahndung nach den Kommunisten wird durch die Mithilfe der Bevölkerung gefördert. Es mehren sich jedoch in letzter Zeit die Fälle unbegründeter Denunzierungen, so dass zur Abschreckung scharfe Strafen (KZ) eingeführt werden mussten.

Nationale Opposition und sonstige Gegner.

Von einer nationalen Opposition kann in Estland nicht gesprochen werden. Der durch den Sowjetterror erlebte Schock ist zu stark, um auch in den Kreisen, die früher als antideutsch bekannt waren, die einstigen Gefühle aktiv zu Geltung kommen zu lassen. Viele früher Deutschfeindliche sind durch die Entwicklung zweifellos belehrt worden.

Lebensgebiete:

1. Beherrschende Grundsätze über Stimmung/Lage auf den Lebensgebieten:

Das öffentliche Leben des Landes befindet sich nach wie vor in einem Zustand des Abwartens und des Überganges. Da das Eintreffen der Zivilverwaltung noch nicht abzusehen ist, sind grössere Entscheidungen nicht möglich. Dem passt sich auch die Einstellung der Bevölkerung an, die bei einem spürbaren Aufbauwillen und lebhafter Anteilnahme an allen notwendigen Massnahmen sich von selbst über die Lösung der dringendsten Probleme des Alltags nicht vorwagt.

Das Vertrauen in die Arbeit der deutschen Stellen ist nach wie vor gross. Es zeigt sich darin, dass die vorliegenden Schwierigkeiten, die z.T. - wie die Transport- und Rohstoff-Frage, recht beträchtlich sind, mit Verständnis getragen werden. Auf politischem Gebiet bestehen keine Ambi -tionen auf staatliche Selbständigkeit mehr, obwohl die freundliche Erinnerung an die zwanzig Jahre eigener Selbständigkeit noch lebendig ist. Die breiten Massen zeigen sich verhältnismässig unpolitisch und hauptsächlich daran interessiert, möglichst bald eine Grundlage zur Einordnung des persönlichen Lebensbereiches in die künftige Entwicklung zu finden, deren Bestimmung durch deutsche Kräfte vorbehaltlos anerkannt wird.

2. Gemeinschaftsleben.
Recht und Verfassung.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung herrscht noch völliger Übergangszustand. Das öffentliche Leben wird teils durch Anordnungen der Wehrmachtsstellen, teils durch gesetzkräftige Verordnungen der vom Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebietes Nord eingesetzten Estnischen Selbstverwaltung, des sog. "Direktoriums", geregelt.

In der Rechtspflege sind bisher nur Strafgerichte mit einer Instanz eingeführt, die ihre Tätigkeit auf

Grund des estnischen Strafgesetzbuches und der estnischen Strafprozessordnung, wie sie vor dem 21.6.40 gültig waren, aufnehmen. Ferner sind nach Sichtung durch den Direktor für das Gerichtswesen unter der Kontrolle des SD wieder Rechtsanwälte und Notare eingesetzt worden.

Die Einführung von Zivilgerichten, die gleichfalls das vor dem 21.6.40 gültige estnische Gesetz anwenden werden, wird vorbereitet. An sonstigen Organen der Justiz haben Gerichtsvollzieher und Grundbuchämter ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen.

Volkstum.

Nach dem Abflauen der ersten Begeisterung über die Befreiung durch die deutschen Truppen macht sich nun ein allmähliches Anwachsen des estnischen nationalen Selbstgefühls bemerkbar, das sich, ohne zur Deutschfeindlichkeit zu neigen, in einer steigenden Betonung des Eigenen, besonders wo Esten unter sich zusammen sind, äussert. Andererseits zeigt es sich jetzt, dass sich die feindliche Einstellung dem Bolschewismus gegenüber auch auf diejenigen Russen ausdehnt, die schon lange im Lande wohnen und selbst nicht als Kommunisten anzusprechen sind.

Diese Entwicklung des estnischen Nationalgefühls in kultureller und folkloristischer Hinsicht steht am Anfange und äussert sich häufig nur im Unbewussten. Fest steht, dass in dieser Beziehung ein starkes Eigenständigkeitsgefühl vorhanden ist. Die Bereitschaft, vor allem bei allen z.Zt. irgend führend tätigen Esten, - sich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eng in den grossgermanischen Lebensraum unter deutscher Führung einzufügen, wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Gleichzeitig sind aber die Esten geneigt, auch auf kulturellem Gebiet Schöpfungen des deutschen Volkes zu pflegen und aufzunehmen. Sie betonen aber

dabei, mindestens unausgesprochen, dass sie "auch etwas zu bieten haben".

Völkische Minderheiten.

Die stärkste völkische Minderheit in Estland ist die russische. In der kleinbäuerlichen russischen Bevölkerung in den Grenzgebieten ist die Sympathie für den Kommunismus noch unverändert. Von der städtischen Intelligenz, die sich vorwiegend aus "weissrussischen" Emigranten rekrutiert, lässt sich dies nicht sagen, jedoch tritt nun zu-tage, dass in diesen Kreisen unter der Bolschewistenherrschaft die Auffassung stark verbreitet gewesen ist, der Bolschewismus habe im Laufe der Zeit sein Gesicht gewandelt, und es habe eine revolutionäre Entwicklung eingesetzt, an deren Ende man ein wiedergenesenes "Mütterchen Russland" erhoffte. Besonders die Person von Molotov ist in diesem Zusammenhang oft und gern als die eines innerlich nationalen Russen genannt worden.

Über die örtlichen Schweden liegen noch keine ins einzelne gehende Meldungen vor. Ihr Eigenleben konzentriert sich z.Zt. fast ausschliesslich auf das kirchliche Gebiet. Durch Umsiedlungen hat die in dem von den Sowjets zum Festungsbezirk erklärten Gebiet ansässige Volksgruppe stark gelitten.

Rassenpolitik.

Weniger von rassenpolitischen Gesichtspunkten ausgehend, als aus der Erinnerung an eine in der Bolschewistenzeit - - - noch jetzt bewiesene Haltung zeigt sich die estnische Bevölkerung in den Grenzgebieten äusserst ablehnend dem örtlichen Russentum gegenüber. Immer wieder wird seine Umsiedlung nach Osten verlangt. Vom Rassenpolitischen her gesehen, ist dieses Verlangen insoweit bedeutsam, als es sich hier um einen rassisch den Esten unterlegenen Bevölkerungsteil handelt, der durch seinen beachtlichen

Geburtenüberschuss starke Ausdehnungstendenzen in den rein estnischen Teil zeigt.

Meldungen der Einsatzgruppe B liegen nicht vor.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Stimmung und Lage in K i e w .

Allgemein wurde eine merkliche Besserung der zeitweilig infolge der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage unsicher gewordenen Stimmung in der Bevölkerung festgestellt. Die Hauptsorge der Bewohner Kiews hat sich sichtlich vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet verlagert.

Nach übereinstimmenden Berichten von V-Männern ist die Marktlage nach wie vor ausserordentlich schlecht. Die Preise sind bedeutend gestiegen und die schon früher verschwindend geringe Kaufkraft des Rubels ist weiter zurückgegangen, während sich der Kaufwert der Mark ungefähr gehalten hat. Hierbei muss ferner berücksichtigt werden, dass die Zufuhr langsam nachlässt, so dass es gegen Ende des Monats Oktober bereits sehr schwer war, Lebensmittel zu erhalten, zumindest für Geld. Lediglich für Tauschware glückte es dem einen oder dem anderen, etwas Butter, Eier, Milch zu bekommen. Die Rubelverdienste ist zu niedrig, um mit der Preisentwicklung auch nur einigermassen Schritt halten zu können.

Die Bevölkerung verfolgt diese Entwicklung mit wachsender Sorge, jedoch richten sich ihre Vorwürfe nicht, wie man annehmen sollte, gegen die deutsche Verwaltung, sondern gegen die Elemente, die sich die nun einmal herrschende Lage zunutze machen, um sich auf Kosten der notleidenden Bevölkerung zu bereichern. Gelegentliche Zwangsmassnahmen deutscher Wehrmachtsangehöriger gegen Händler, die nur tauschen, aber nicht verkaufen wollten, haben sich schnell in der Bevölkerung herumgesprochen und sind wohl der Grund dafür, dass man nicht den Deut-

schen die Schuld zuschiebt. Von ausserordentlich beruhigender Wirkung ist auch die Einrichtung von Brotverkaufsstellen gewesen. Wenn auch die Versorgung mit Brot in den verschiedenen Bezirken der Stadt unterschiedlich ist, so wird doch die Tatsache, dass sich die deutsche Verwaltung mit dieser Frage beschäftigt, sehr günstig aufgenommen. Die Bevölkerung hat den Eindruck, dass sich die Deutschen nach Massgabe der Möglichkeit mit den Nöten auseinandersetzen. Unter diesem Eindruck ist auch das Anwachsen einer Eigeninitiative in der Bevölkerung eine natürliche Erscheinung. Man versucht bereits, verschiedene Betriebe wieder in Gang zu bringen und diskutiert eifrig die Frage, ob es zweckmässig sei, neu zu gründenden Korporativen beizutreten. Letzteres wird zumeist positiv entschieden, da man sich von der Vereinigung der geringen privaten Mittel zu Konsum- und Einkaufsgenossenschaften eine schnellere Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten verspricht. Es herrscht die Überzeugung, dass die Bevölkerung über den bevorstehenden Winter hinweghommen werde, falls sich die Versorgungslage nicht mehr wesentlich verschlechtert.

Die Inbetriebnahme der Strassenbahn und das Aufleben des Verkehrs überhaupt wird als günstiges Zeichen für die Winterversorgung gewertet. Das Vertrauen in die deutsche Organisationsfähigkeit ist noch nicht erschüttert. Bezeichnend für die hoffnungsvolle Stimmung in der Bevölkerung ist ferner die Tatsache, dass seitens der Arbeitslosen eine starke Tendenz zur Wiederaufnahme der Arbeit festgestellt werden konnte. Man verlässt sich nicht allein auf die ukrainischen Arbeitsvermittlungsstellen, sondern sucht auf eigene Faust irgend ie Arbeit zu erhalten. Besonders bevorzugt sind hierbei selbstverständlich die Arbeitsstellen, in denen auch Verpflegung verabfolgt wird.

Die ukrainischen Arbeits- und Wohnungsvermittlungsstellen haben unter der Bevölkerung einen sehr

schlechten Ruf. Vetterwirtschaft, Korruption und Bestechlichkeit sind hier an der Tagesordnung. Diese Mißwirtschaft ist wohl auch die eigentliche Veranlassung dazu, dass der Gedanke eines selbständigen ukrainischen Staates wenig Anklang findet. Gleich nach Einmarsch der deutschen Truppen in Kiew wurde sehr oft die Frage nach der urkainischen Selbstverwaltung gestellt. Jetzt wird immer mehr dem Wunsche Ausdruck gegeben, eine ukrainische Selbstverwaltung unter keinen Umständen einzuführen, da die Ukrainer keineswegs in der Lage seien, sich selbst zu regieren.

Die Bevölkerung würde es kaum wagen, ihrer Bewunderung für die Deutschen Ausdruck zu geben, wenn sie nicht allmählich überzeugt wäre, dass die Bolschewisten niemals zurückkehren werden. Ausserordentlich günstig auf die Stimmung hat sich der Fall Charkows ausgewirkt. Gleichzeitig hiermit vollzog sich aber auch eine langsame Umstellung der Bevölkerung den Bolschewisten gegenüber. Die Feindschaft gegen Kommunisten und Juden äussert sich nicht nur in einem starken Anschwellen der Anzeigen, sondern auch in Gesprächen der Bevölkerung. Träger von Nachridhten gegen den Bolschewismus sind einmal die rückkehrenden Verschleppten und Kriegsgefangenen, zum anderen und noch weit wirksamer diejenigen, die Gelegenheit hatten, die Massnahmen in den bisher besetzten Gebieten zu erkennen.

Allgemein ist auch die ungeduldige Hoffnung auf den Fall von Moskau und Leningrad. Hiervon verspricht sich die Bevölkerung eine ausserordentliche Beschleunigung des Krieges und einen baldigen Frieden. Dabei kann von einer eigentlichen Kriegsmüdigkeit nicht gesprochen werden. Massgeblich für die Wünsche bezüglich des baldigen Endes des Krieges sind in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen und zum anderen die Hoffnung auf die Rückkehr der Verschleppten und Einberufenen. Bemerkenswert ist ferner der überall geäusserte Wunsch nach Wiedereröffnung der Kulturinstitutionen. Dabei wird viel weniger Wert auf die Eröffnung von höheren Lehranstalten ge-

legt als gerade auf die Inbetriebsetzung von Lichtspielhäusern, Theatern usw. Tatsache ist, dass überall der Wunsch laut wird, deutsche Verhältnisse kennenzulernen.

Die sich in letzter Zeit häufenden Brandstiftungen und andere Sabotagefälle, die als Beweis einer unterirdischen organisierten Tätigkeit bolschewistischer Agenten dienen, haben die Bevölkerung in grosse Unruhe versetzt. Vielfach haben die Bewohner Kiews ihre gepackten Koffer bereitstehen und schlafen in den Kleidern, um im gegebenen Falle wenigstens das Leben und die notwendigste Habe retten zu können. Es besteht ohne Zweifel der Eindruck, dass die Bekämpfung von Brandstiftungen und Bränden seitens der deutschen Stellen sehr oberflächlich gehandhabt wird. Allgemein wird daher zur Selbsthilfe aufgefordert, die einmal in regelmässigen, von den Bewohnern der einzelnen Häuser selbst organisierten Wachen besteht, zum anderen aber in der Entschlossenheit, durch Anzeigen bei der deutschen und ukrainischen Polizei möglichst viele der Unruhestifter unschädlich zu machen. Es herrscht Unzufriedenheit über das Fehlen jeglicher wirksamen schutzpolizeilichen Massnahmen wie Nachtstreifen, Posten, Überfallkommandos und Ausweiskontrollen.

Bezüglich der deutschen Gegenmassnahmen (Geiselerschiessungen) herrscht in der Bevölkerung die Ansicht, dass diese Methode verfehlt ist, da es den Drahtziehern der Sabotageaktionen durchaus gleichgültig sei, ob 300 oder 3000 unbeteiligte Bürger erschossen würden.

Vollzugstätigkeit.

Im Zuge der systematischen Überholung und der restlosen Erfassung aller Juden und Kommunisten in den umliegenden Ortschaften von Kiew entsandte das Sonderkommando 4a laufend Teilkommandos, die ihre Aufgaben

in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Ortskommandanten der deutschen Wehrmacht reibungslos erledigen konnten. So wurden am 22.10.41 in Koselez ausser 11 von der Wehrmacht übergebenen Kommunisten und Partisanen 125 Juden exekutiert, die den übriggebliebenen Rest einer vor dem Kriege mehr als 2 000 zählenden Menge darstellten. Hierbei machte sich die in Koselez aufgestellte ukrainische Miliz durch das Zusammentreiben und durch die Beschaffung von Arbeitskräften für die Herrichtung der Gruben nützlich.

Am 23.10.41 suchte ein Teilkommando des Sonderkommandos 4a die Stadt Tschernigow auf, die vor dem Kriege rd. 70 000 Einwohner zählte, von denen jetzt nur noch 40 000 verhanden sind. Von über 10 000 Juden sind nicht mehr als 260 zurückgeblieben. Die Stadt selbst bot ein fast gänzlich zerstörtes Bild; die Innenstadt soll vor dem Einzug der deutschen Truppen von Juden in Brand gesteckt worden sein. Das Kommando erschoss neben 8 Kommunisten und Partisanen, die wiederum von dem Ortskommandanten übergeben worden waren, am 23.10.1941 eine Anzahl von 116 und am folgenden Tage 144 Juden. Als dasselbe Kommando am 28.10.41 Tschernigow erneut berührte, konnten 49 Juden erfasst werden, die nach der Aktion vom 24.10.41 die Gefahr beseitigt glaubten und hier nach ihrer Flucht wiederaufgetaucht waren. An diesem Tage wurde auch der Bitte des Leiters der Irrenanstalt in Tschernigow entsprochen, 270 unheilbare Geisteskranke zu liquidieren.

In Oster wurden am 29.10.41 215 Juden, Partisanen sowie einige Funktionäre der K.P. festgenommen und exekutiert.

Der Versuch des Sonderkommandos 4a, eine Aktion in Njeschin durchzuführen, wo etwa 325 Juden ansässig sind, scheiterte dreimal daran, dass es unmöglich war, diesen Ort auf den vom Regen aufgeweichten und für Kraftwagen unbenutzbaren Strassen zu erreichen.

Aus dem gleichen Grunde musste auch die Absicht des Sonderkommandos 4a, dem bereits nach Charkow entsandten Vorkommando eine stärkere Einheit folgen zu lassen, vorläufig zurückgestellt werden.

Im Verlauf der im Zusammenhang mit der Aufrollung des illegalen Parteiapparates der K.P. in Kiew angestellten Ermittlungen konnten durch das Sonderkommando 4a weitere Festnahmen vorgenommen werden. Durch die Festnahme des Ukrainers Michael T s c h e r n i s c h , Mitglied des Geheimen Kyrow-Rayon-Partei-Komitees, konnten etwa 50 kg Streuzettel und Propagandaschriften ermittelt und sichergestellt werden, die für die illegale Tätigkeit der K.P. in der Ukraine bestimmt waren.

Das Sonderkommando 4b führte in der Zeit vom 11. bis zum 24.10.1941 205 Exekutionen durch. Davon waren:

11 politische Funktionäre,
13 Saboteure und Plünderer und
181 Juden.

In der Zeit vom 25.10. bis zum 30.10.1941 exekutierte das Sonderkommando 4b

7 politische Funktionäre,
2 Saboteure und Plünderer und
381 Juden.

Nach einer Meldung des Sonderkommandos 4b befindet sich in Poltawa eine 865 Insassen umfassende Irrenanstalt, der ein 1 200 Morgen grosser landwirtschaftlicher Betrieb angegliedert ist, dessen Erträge zur Ernährung der Geisteskranken und des Stammpersonals dienen. Im Hinblick auf die ausserordentlich kritische Ernährungslage der Stadt Poltawa - für die drei grossen Kriegslazarette steht beispielsweise keine Vollmilch zur Verfügung - trat der Kommandoführer des Sonderkommandos 4b im Einvernehmen mit dem AOK 6 und dem Ortskommandanten mit der leitenden Ärztin der Irrenanstalt Verbindung mit dem Ziele, eine Einigung über die Liquidierung wenigstens eines Teiles der Geisteskranken herbeizuführen.

Die leitende Ärztin brachte der Lösung dieses Problems in dem vorgeschlagenen Sinne volles Verständnis entgegen, machte jedoch den Einwand, dass eine derartige Massnahme in der Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Unruhe hervorzurufen imstande wäre, zumal die Sowjets - natürlich aus propagandistischen Gründen - der Anstalt jede erdenkliche Förderung hatten zuteil werden lassen. Es wurde ein Ausweg in der Weise gefunden, dass die Liquidierung von 565 unheilbar Geisteskranken, die in diesen Tagen durchgeführt wird, unter dem Vorwand der Überführung der Kranken in eine andere, bessere Anstalt in Charkow erfolgt. Mit der Entlassung der restlichen 300 Leichtkranken aus der Anstalt kann in Kürze gerechnet werden. Die freiwerdenden Gebäudeteile, die Einrichtungsgegenstände, die Wäsche- und Kleidungsstücke werden von einem vom Ortskommandanten zu bestimmenden Beauftragten, derlandwirtschaftliche Betrieb von einem Kreislandwirtschaftsführer betreut werden.

Die Arbeit des Sonderkommandos 4b in Poltawa litt insofern stark unter den äusserst ungünstigen Witterungs- und Wegeverhältnissen, als eine Reihe von umliegenden Ortschaften, aus denen zahlreiche Meldungen über das Auftauchen von Partisanen und kommunistischen Elementen vorliegen, durchweg mit dem vorhandenen Kraftwagenmaterial nicht erreicht werden konnten. Die Tätigkeit erstreckte sich daher immer noch zwangsläufig auf den engeren Bezirk von Poltawa selbst. Die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und auch mit dem ukrainischen Ordnungsdienst gestaltete sich reibungslos.

Bezüglich der Tätigkeit der Banderagruppe konnten im Bereich des Sonderkommandos 4b keine nennenswerten Beobachtungen gemacht werden. Dagegen beginnt die Melnikgruppe verhältnismässig aktiv zu werden. Hier werden Bestrebungen deutlich, die unter Ausschluss des deutschen Einflusses auf eine freie, selbständige Ukraine hinzielen. Konkrete Meldungen können jedoch zur Zeit

noch nicht gemacht werden.

Die Gesamtzahl der vom Einsatzkommando 5 vorgenommenen Exekutionen betrug am 2.11.41

21 258.

Davon sind in der Zeit vom 20.10. bis 26.10.41 einschl.

36 politische Funktionäre,
32 Saboteure und Plünderer und
4372 Juden

erschossen worden. In der Woche vom 26.10. bis 1.11.41 einschl. wurden vom Einsatzkommando 5

40 politische Funktionäre,
16 Saboteure und Hinderer und
2658 Juden

exekutiert. In dieser Zahl sind eingeschlossen:

1.) 414 als Vergeltung für verschiedene Brandstiftungen erschossene Geiseln,

2.) 1 391 Exekutionen von einem aus dem Raum Skwira-Pogrebischtsche-Plyskiw zurückgekehrten Teilkommando des Einsatzkommandos 5.

Das Einsatzkommando 6 ist seit dem 5.10.41 in dem Gebiet des Dnjeprbogens tätig. Erfasst wurden neben ausgedehnten Landgebieten die Städte Dnjepropetrowsk, Dnjeprodershinsk (150 000 Einw.), Werchnedneprowsk (30 000 Einw.), Nowo-Moskowsk (30 000 Einwohner), Saproshje (350 000 Einw.) und Nikopol (60 000 Einw.), die alle ausgesprochene Industriestädte und dichtbesiedelt sind. Im Bereich des Einsatzkommandos 6 befinden sich z.Zt. allein an Stadtbevölkerung in den grösseren Städten abgesehen von kleineren Ortschaften rund 1,2 Mill. Einwohner. Natürlich ist der Arbeitsanfall dementsprechend gross und mit den vorhandenen Kräften kaum zu bewältigen. Neben die eindeutig sicherheitspolizeilich interessierenden Vorgänge tritt die leider nicht zu umgehende Bearbeitung einer Unmenge von Denunziationen, mit denen das Einsatzkommando geradezu überschwemmt wird. Hier wird allzu deutlich der moralische

Tiefstand der Bevölkerung sichtbar: fast jeder der Einwohner hält es für notwendig und verdienstvoll, wenn er in eigennütziger Weise seine Verwandten, Freunde usw. der deutschen Polizei gegenüber beschuldigt, Kommunist gewesen zu sein.

Das Einsatzkommando 6 konnte in der Berichtszeit eine grosse Anzahl von Funktionären ermitteln, wobei es sich jedoch immer wieder zeigte, dass auch hier die grössten Aktivisten sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht hatten. Ein NKWD-Mörder übelsten Ausmasses konnte nach längerer Fahndung am 26.10. festgenommen werden. Partisanen und Saboteure haben dem Einsatzkommando 6 in der letzten Zeit viel mehr Arbeit gemacht als früher. Fünf verschiedene Waffenlager, darunter zwei grössere, konnten entdeckt und ausgehoben werden. Eine Grossaktion gegen Partisanen am 22.10.41 in einem Waldgebiet jenseits des Dnjepr endete mit der Festnahme von 9 Partisanen, die teils bewaffnet waren und teils ihre Waffen vergraben hatten. Die Erschiessung dieser Partisanen trug zur Beruhigung dieses Gebietes wesentlich bei.

Eine am 24.10.41 durch das Einsatzkommando 6 gemeinsam mit der Feldgendarmerie in einem grossen Waldgebiet vorgenommene ähnliche Aktion hatte lediglich die Entdeckung einiger Waffen und sonstiger Partisanenvorräte zum Ergebnis.

Von den ursprünglich in Dnjepropetrowsk vorhandenen etwa 100 000 Juden sind rund 70 000 vor dem Einmarsch unserer Truppen geflüchtet. Von den etwa 30 000 übrigen sind ungefähr 10 000 am 13.10.41 von einem Kommando des Höheren SS- und Polizeiführers erschossen worden.

Bis zum Berichtstage sind durch das Einsatzkommando 6 weitere 1 000 Juden erschossen worden, wobei es sich nicht vermeiden liess, aus Gründen des erheblichen Facharbeitermangels jüdische Handwerker, die zur Vornahme dringender Instandsetzungsarbeiten usw. gebraucht

werden, vorerst noch am Leben zu lassen. Massnahmen zur Beseitigung von etwa 1 500 Insassen der Provinzial-irrenanstalt sind in die Wege geleitet.

Zum Schluss sei eine Meldung des Kommandoführers des Einsatzkommandos 6 weitergegeben, wonach das Verhalten der italienischen und ungarischen Truppen oft Anlass zur Verärgerung der deutschen Dienststellen gibt. So wurde z.B. beobachtet, dass die Italiener und die Ungarn mit deutschen Zigaretten im Überfluss versehen sind, die sie an unsere Soldaten für Wucherpreise weiterverkaufen. Italiener verlangen z.B. für 6 Zigaretten im Strassenhandel 2.-- RM.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l .

Die Polit-Arbeit auf dem Lande.

(Nach Aussagen eines ehemaligen Partei-Sekretärs)

I. Zur Polit- und Agitations-Arbeit wurden sowohl Parteiangehörige wie auch Parteilose herangezogen. Allerdings wurde nur auf solche Parteilose zurückgegriffen, die politisch zuverlässig erschienen mit Ausnahme der einfachen Propagandatätigkeit, zu der jeder herangezogen werden konnte, der des Lesens oder Schreibens mächtig war.

Propaganda und Agitation wurden mit Hilfe von Zirkeln, Klubs, Schulungsunterricht, Kollektiv-Unterhaltungen in Kinos und Theatern durchgeführt.

In jedem Rayon-Parteikomitee bestanden Abteilungen für Agitation und Propaganda, deren spezielle Aufgaben der Unterricht und die Schulung der Bevölkerung waren. Das Komitee setzte sich zusammen aus den Leitern der Abteilung für Agitation und Propaganda, 2 hauptamtlichen Propagandisten und Bibliothekaren und dem Verwalter des Parteikomitees.

Die grösste Bedeutung in der Politarbeit nahmen die Zirkel ein. Sie waren nach folgenden Organisationsschema aufgegliedert:

a) Die Unterstufe.

In dieser Stufe wurden die noch völlig ungeschulten Bevölkerungsschichten mit geringer Allgemeinbildung nach dem Buch: "Geschichte der bolschewistischen Partei" geschult. Das Schulungsbuch ist in 12 Abschnitte unterteilt, die des geringen Auffassungsvermögens der Schulungsteilnehmer wegen in kleineren Abschnitten vorgetragen wurden. Der Lehrstoff erstreckte sich hauptsächlich auf die Revolutionsperiode von 1917. Dies war erforderlich, da die Bedeutung der verschiedenen Oppositions-Strömungen während des Bürgerkrieges erläutert werden musste. Die Kursusteilnehmer mussten den vorgetragenen Stoff auswendig lernen. Als Kennzeichnung des Inhaltes des Buches wird ein Zitat aus der Geschichte der Partei angeführt:

> "Unter der kühnen Führung Lenins und Stalins, die es verstanden, die Arbeiterklassen im Kampfe gegen Bourgeoisie zu organisieren, wurde der Sieg der Revolution errungen."

Da die Mehrzahl der Teilnehmer durch eigene Erfahrungen wusste, dass die in den Tagen des Bürgerkrieges gemachten Versprechungen auf ein glückliches, freies und unbekümmertes Leben, Freigabe des Landes an die Bauern, Herabsetzung der Steuern usw. nach Beendigung der Revolution nicht eingehalten worden waren, setzte sich in der Arbeiterklasse, insbesondere unter den Kollektivisten die Meinung durch, dass sie von der Partei und den Juden betrogen worden seien. Infolgedessen liess das Interesse an diesen Schulungszirkeln immer mehr nach. Infolge der gerin-

gen Auffassungsgabe und der Interesselosigkeit der Schulungsteilnehmer dauerte ein derartiger Kursus 6 - 8 Monate.

b) Die mittlere Stufe.

In dieser Stufe wurden diejenigen erfasst, die schon eine allgemein politische Schulung hinter sich hatten, Voraussetzung zur Teilnah e war eine Schulbildung der 4. - 10. Klasse der Volksschule. Als Lehrstoff wurde der gleiche wie in der Unterstufe verwandt, die Kursusdauer war jedoch dem Bildungsgrad der Teilnehmer entsprechend kürzer.

c) Die Oberstufe.

Die Oberstufe diente zur Schulung von Parteiführern und Archivaren. Als Schulungsstoff diente nicht nur die "Geschichte der bolschewistischen Partei", sondern auch die Werke der sog. "Klassiker des Marxismus" - Lenismus". Angehörige des kommunistischen Jugendverbandes (Komsomolisten) und Parteilose, die den Schulungsunterricht in der oberen Stufe genossen hatten, wurden als Propagandisten und Sekretäre der unteren Parteiorganisationen eingesetzt.

d) Kollektivistenzirkel.

Diese Zirkel wurden hauptsächlich für Kollektivisten eingerichtet. Sie waren gewöhnlich dem Dorfrat oder den einzelnen Kollektiven angegliedert. Bei dem ausgesprochenen Mangel an Propagandisten war es jedoch nicht möglich, in jedem Dorf bezw. in jeder Kollektive einen solchen Zirkel aufzustellen.

Wie gering das Interesse der Bevölkerung für die politische Schulung, die Politarbeit und die Erläuterungen der von der Sowjetregierung erlassenen Gesetze und Richtlinien war, zeigt die geringe Teilnahme an den Schulungsabenden. So kam es häufig vor,

dass in den ersten Abenden bis über 100 Teilnehmer erschienen, dass sich jedoch die Teilnehmerzahl in den darauffolgenden Unterrichtsstunden auf knapp die Hälfte reduzierte. Ausserdem waren zahlreiche Kollektivisten infolge Mangelsan Zeit und Bekleidung an der Teilnahme verhindert. Der in den Schulungsstunden vermittelte Stoff wurde innerhalb der Bevölkerung keineswegs so verbreitet, wie es von der Propagandaleitung gewünscht war.

Neben der allgemeinen Schulung gab es die sog. Konferenzen und Kollektiv-Unterhaltungen, die in den Klubs oder "Roten Ecken" durchgeführt wurden. Hierbei war es üblich, an 4 - 5 Teilnehmer Fragen zu verteilen, insbesondere Fragen aus der Geschichte der Partei, die bei den Konferenzen oder Lektionen im Zusammenhang vorgetragen werden mussten. Hieran schlossen sich Fragen der Teilnehmer und deren Beantwortung durch Referanten. Dem Plan entsprechend sollte diese Lektion in 2 - 3 Stunden durchgeführt werden. Die tatsächliche Dauer belief sich infolge Interesselosigkeit der Teilnehmer meist auf 5 - 6 Stunden, da ständige Wiederholungen notwendig wurden.

Auf dem Lande waren die Klubgebäude und die "Roten Ecken" meist in einem mehr oder weniger zerfallenen Zustande. Die Landbevölkerung zeigte auch keinerlei Interesse, die Räume in einem wohnlichen Zustande zu erhalten. Die Fussböden waren verschmutzt, die Wände nicht getüncht. In den Klubräumen des Kollektivs "Neues Leben" im Nikolajewer Rayon fehlten zum Teil nach die Fensterscheiben und die Fensterläden, die Türen fehlten oder waren nicht verschliessbar, Schweine, Ziegen und Federvieh trieben sich in den Räumen umher. Die Kollektivisten benutzten diese Räume nur, wenn sie durch Zwang zur Teilnahme zu einer Veranstaltung veranlasst wurden. Die Tätigkeit in den Klubs und Zirkeln

lebte gewöhnlich erst bei den Vorbereitungen zu den Wahlen auf. Zur Wahlagitation wurden Parteiangehörige, Komsomolisten, aber auch parteilose Lehrer herangezogen. Nach Abschluss der Wahl trat der vorher beschriebene Zustand wieder ein.

e) Ausser den bisher beschriebenen Einrichtungen gab es noch eine besondere Schulungsgruppe, zu der, ausser Parteimitgliedern und Komsomolisten, die parteilose Intelligenz auf dem Lande, meist die Lehrerschaft, herangezogen wurde, die durch Selbstschulung das Niveau der politischen Kenntnisse und Fähigkeiten heben sollte. Diese Gruppen umfassten gewöhnlich 25 - 30 Personen und traten monatlich einmal zusammen. Die Selbstschulung wurde jedoch nur sehr mangelhaft durchgeführt. Bei Prüfungen durch Gebiets-Politarbeiter zeigte sich, dass die Angehörigen dieser Gruppen oft nicht einmal die vorgeschriebene politische Literatur besassen oder gar beherrschten.

II.) Die Agitationsarbeit, die sich insbesondere auf die Steigerung der Arbeitsintensität in den Kollektiven erstreckte, wurde im wesentlichen in der Kollektivisten-Versammlung durchgeführt. Bei den Versammlungen wurden Regierungsverordnungen und Beschlüsse des Zentralkomitees erläutert. Der Redner musste grundsätzlich nach Konzept sprechen, wodurch die Agitationsarbeit stark schablonisiert wurde und dadurch immer stärker an Interesse verlor.

Die Kinderolympiade.

Nach dem Beschluss des X. Plenums des Zentralkomitees des Jugendverbandes wurde in Moskau jährlich die "Staatsolympiade" durchgeführt. Es handelte sich dabei um den Abschluss eines Wettbewerbes aller Erziehungsinstitute in der Auswahl von begabten Kindern zum Zwecke der Förderung ihrer Talente, d.h. zur Heran-

bildung einer neuen "Sowjet-Intelligenz".

Die Staatsolympiade wurde vorbereitet durch die Schul-, Rayon-, Stadt-, Gebiets- und Republik-Olympiaden, die die Aufgabe hatten, "neue Massen der Kinder an die Kunst heranzuführen, die Sowjetgesellschaft mit den Erzeugnissen der Kinderkunst bekannt-zu-machen und die besten Talente herauszustellen". "Die Olympiade soll ein Feiertag der glücklichen Kinder der Sowjetunion sein."

Die Vorbereitung und Organisation lag in den Händen der Lehrer und der Leiter der sogenannten "Kunstzirkel". Allerdings liess diese Organisation, wie aus Berichten hervorgeht, sehr zu wünschen übrig. Die Leiter der Zirkel waren häufig überhaupt unfähig, eine solche Aufgabe zu lösen. Es gelang ihnen daher weder die wirklich talentierten Kinder herauszufinden, noch den Unterrichtsstoff der Schulungsabende interessant genug zu gestalten, um auch weniger talentierte Kinder "an die Kunst heranzuführen". Infolgedessen betrieben die Kinder die Vorbereitung zur Olympiade meist selbst, hin und wieder auch mit Unterstützung von erwachsenen Künstlern.

Das Programm einer Olympiade setzte sich zusammen aus revolutionären Liedern, Gedichten auf die bolschewistischen Führer und die Rote Armee, auf das Vaterland, aus Vorträgen aus der klassischen Literatur und Musik und aus Darstellungen der Volkskunst der Völker der UdSSR. Nicht nur die gute Wiedergabe künstlerischer Werke, sondern auch die Veröffentlichung eigener Neuschöpfungen der Kinder sollten gepflegt werden. Eine künstlerische Linie und Niveau waren daher von den Olympiaden nicht zu erwarten.

Wie bei allen Anlässen kam es auch bei der Kinderolympiade auf Massenproduktion an. Obwohl infolge mangelnder Organisation von den 39 Schulen der Stadt Nikolajew nur 32 an der Schulolympiade teilnahmen, wurden 3 500 "Kindernummern" geprüft, von denen 847 zur Rayon-, 167 zur Stadt- und 55 zur Gebiets-Olympiade zugelassen

wurden. Mit der Olympiade war eine Ausstellung der Schülerarbeiten verbunden. Interessant ist, dass es die Jury bemängelt, dass von den 32 beteiligten Schulen nur eine einzige eine technische Arbeit ausgestellt habe. Die Bilder, Stickereien, Plastiken usw. stellten durchweg Gestalten aus der Roten Armee und Flotte und aus der Oktober-Revolution dar, vereinzelt auch Gestalten aus der Märchenwelt. Diese wurden jedoch nicht gewertet.

Die besten Arbeiten und Darbietungen wurden prämiert, auch die Leiter einiger Kunstzirkel, z.B. die "Ballettmeisterin" des Kinderheimes wurde ausgezeichnet. Als Prämien wurden Fotoapparate, Musikinstrumente u.a. ausgehändigt.

612

-d-

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin, den 21.Nov.1941.

IV A 1 - B.Nr. 1 B/41 gRs.

Geheime Reichssache!

60 Ausfertigungen.

51. Ausfertigung

Ereignismeldung UdSSR Nr. 136.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 135 vom 19.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k.

Spanische "Blaue Division" im Osten.

Bereits beim Einrücken in die zugewiesenen Stellungen am Wolchow zwischen Nowgorod und Tschudowo ist die Blaue Division stark aufgefallen. Die Stellungen wurden erst 14 Tage nach der befohlenen Frist erreicht. Die Truppe machte in ihrem äusseren Auftreten einen ausgesprochen verwilderten und abenteuerlichen Eindruck, noch ehe sie in den Kampf eingegriffen hatte. Dies fiel umso mehr auf, als die Spanier durchweg in deutsche Uniformen eingekleidet sind und nur auf dem Ärmel die spanischen Nationalfarben tragen. Einen Teil ihrer Ausrüstungsgegenstände haben die Spanier bereits bei ihrer Aufstellung wieder verkauft. Die Pferde machen einen derart heruntergekommenen Eindruck, daß in deutschen Offizierskreisen geäussert wird, die Spanier hätten ihre guten Truppenpferde gegen schlechte ausgetauscht, um zu Geld oder zu Genussmitteln zu kommen. Es gibt Pferdegespanne, die zwei Wagen ziehen müssen. Vielfach sind die Pferde derart geschwächt, daß sie auf der Strasse zusammenbrechen.

Es werden immer wieder Plünderungen gemeldet. In mehreren Fällen sind Frauen aus der Bevölkerung vergewaltigt worden, darunter auch Jüdinnen.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten haben sich die Spanier jedoch im eigentlichen Kampfeinsatz sehr gut geschlagen.

Allgemeine Lage.

Die militärische Lage an der Einschliessungsfront um Leningrad hat sich in der letzten Zeit nicht geändert.

157

Fast täglich vorgetragene Angriffe der Russen in Kompanie- oder Bataillonsstärke wurden meist schon in der Bereitstellung zerschlagen. Sämtliche Ausbruchsversuche brachen unter schweren Verlusten des Gegners zusammen. Die eingesetzten Truppen bestehen überwiegend aus kurzfristig ausgebildeten Leuten oder aus Resten angeschlagener Verbände. Verschiedentlich wurden Leute an der Front festgestellt, die nur eine eintägige Ausbildung mit der Waffe erhalten hatten. Um den Anschein zu erwecken, daß neue Einheiten herangezogen worden sind, führen die Russen eine Umbenennung ihrer Divisionen und Regimenter durch.

Obgleich der russische Soldat bei Leningrad die Erfolglosigkeit seines Kämpfens einsieht, ist es zu Überläufen großen Stils bisher nicht gekommen. Eine raffinierte Überwachungstechnik verhindert größere Ausbruchsversuche aus der gemeinsamen russischen Front. Es geht daraus hervor, daß die Kommissare die Widerstandskraft der Roten Armee nicht geschwächt sondern verstärkt haben. Ohne Kommissare wäre die russische Armee längst zertrümmert.

Ein Angriff zur Zerschlagung der westlich von Leningrad stehenden 8. Armee der Russen ist bisher nicht erfolgt. Die Versorgungslage dieser Armee ist nicht genau bekannt. Bei einem deutschen Angriff werden starke Verluste dadurch befürchtet, daß die russischen Minen infolge der Schneedecke nicht erkannt werden können. Vereinzelt sind kleinere Einheiten der 8. Armee, vor allem Stäbe, mittels Kähnen über den Finnischen Meerbusen nach Leningrad abtransportiert und südostwärts Leningrad am Wolchow neu eingesetzt worden.

Die Lage am Wolchow hat sich wie folgt entwickelt: Das 39. Korps stößt in Richtung Ladogasee vor, um sich südlich des Swir-Flusses mit den Finnen zu vereinen. Der ostwärts Nowgorod im Ansatz befindliche Kessel wird im Norden von der Gruppe Roques gebildet.

158

Die Blaue Division, die dieser Gruppe zugeteilt ist, hat sich auch hier gut geschlagen.

Tätigkeit der Einsatzgruppe A.

Die sicherheitspolizeiliche und sicherheitsdienstliche Tätigkeit der vorderen Teile der Einsatzgruppe A wurde fortgesetzt.

1. Bei einer vom 18. - 23.10.41 im Raum um Krasnoje Selo durchgeführten Überprüfung wurden 70 verdächtige Personen festgesetzt und eingehend vernommen. 7 Personen wurden der Zugehörigkeit zu Partisanengruppen, der Mitgliedschaft zur Kommunistischen Partei und der Mitwirkung bei Sabotageakten überführt und nach Geständnis exekutiert. Der Rest der festgesetzten Personen wurde entlassen. Der von der Ortskommandantur in Krasnoje Selo eingesetzte kommissarische Bürgermeister und einige seiner Gehilfen waren politisch nicht einwandfrei. Im Einvernehmen mit dem Ortskommandanten wurden diese abberufen und 2 von ihnen wegen früherer aktiver Tätigkeit in der Kommunistischen Partei exekutiert. Insgesamt wurden in der Zeit vom 24.10. - 5.11.41 118 Personen exekutiert, davon wegen Agententätigkeit 31 Personen.

2. In einigen Fällen von Meuterei, Arbeitsverweigerung und Sabotage wurden weitere Exekutionen vorgenommen. In einem Falle handelt es sich um Arbeitsverweigerung bei Aufträgen der Ortskommandantur Volodarsky. Ein 2. großer Sabotagefall kam in Tossno vor, wo am 25.10.41 ein Sägewerk ausbrannte, in dem Baumaterial für 5 deutsche Divisionen vorbereitet wurde. Der Schaden beträgt etwa RM 100 000.--. Die Ermittlungen erbrachten den Beweis für das Vorliegen von Brandstiftung, die durch die unzulängliche Bewachung möglich gewesen war. Als Vergeltungsmaßnahme wurden in Gegenwart von Gemeindevertretern 13 Geiseln erschossen, die schon vorher für den Fall von

Sabotageakten namentlich festgelegt waren. Die Exekution erfolgte am Tatort der Sabotage.

3. Die nachrichtendienstliche Erkundung von Leningrad erbrachte weiterhin umfangreiches Material, das der 16. und 18. Armee sowie den unterstellten Korps zur Kenntnis gebracht wurde. Diese Lageberichte finden bei der Wehrmacht großes Interesse, wie überhaupt die Arbeit und die Berichte der Einsatzgruppe und der Kommandos bei den Dienststellen der Wehrmacht allgemein Anerkennung finden und oft Grundlage eigener Maßnahmen abgeben. Bezeichnend ist das Beispiel des kommandierenden Generals des 50. Korps. Er hat im Laufe von 14 Tagen den örtlichen Kommandoführer dreimal zum Bericht über Agentenwesen, Erkundungsergebnisse über Leningrad usw. zu sich gebeten.

4. Im Zuge des weiteren Aufbaues eines Nachrichtendienstes im rückwärtigen Armeegebiet wurden drei weitere Blockstellen in Wolossowo, Kingisepp und Kotly errichtet. Die Arbeit dieser Blockstellen ist gut angelaufen. Überall ist eine zufriedenstellende Zahl von V-Personen geworben. Leider stößt die Erfassung von V-Männern ausserhalb des Bereichs der Blockstellen infolge mangelnder Motorisierung auf Schwierigkeiten.

5. Die wachsende nachrichtendienstliche Arbeit der Russen fand wiederum erhebliche Beachtung. Nach einwandfreien Feststellungen in der Zeit von Ende September bis Ende Oktober 1941 sind von sowjetischer Seite insgesamt 116 männliche und weibliche Personen als Agenten angesetzt worden. Bestimmte Zentralen wurden ausgemacht, die Agenten und Agentinnen planmäßig aussuchten, warben, unterrichteten und mit Ausspähungsaufträgen versehen durch die Linien schleusten. Es ist auch gelungen, die

von den Agenten bevorzugten Wege und Wechsel festzustellen.

Die von der Einsatzgruppe A gemachten umfangreichen Erfahrungen auf dem Gebiet des Agentenwesens werden von der Wehrmacht als grundlegend für die Abwehr feindlicher Agenten und Agentinnen im Raum um Leningrad anerkannt.

6. Anläßlich eines Besuches beim Stab der Einsatzgruppe A bat der Stabschef des 50. Korps um Überreichung einiger Flugblattentwürfe zur propagandistischen Zersetzung der Roten Truppen vor Leningrad sowie der Zivilbevölkerung in der Stadt. Die Entwürfe wurden unter Zuziehung von Gewährspersonen aus der eingesessenen Bevölkerung gefertigt.

Künftige Arbeit der Einsatzgruppe A.

Die Arbeiten zur Überwinterung der Kommandos vor Leningrad sind entsprechend den Vorbereitungen der Truppe in vollem Gange und teilweise bereits abgeschlossen. Da keinerlei Vorhersage über den Fortgang der militärischen Operationen gemacht werden können, sind Prognosen über die künftige Arbeit der vorderen Teile der Einsatzgruppe A ausgeschlossen. Es hat den Anschein, daß in absehbarer Zeit entscheidende militärische Operationen von deutscher Seite nicht zu erwarten sind.

Meldungen der Einsatzgruppen B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l.

Allgemeines.

Die Kommandos der Einsatzgruppe D gehen in 2 Hauptrichtungen vor. Zwei Kommandos gehen über Taganrog, Rostow und Stalino in Richtung Nordkaukasus vor. 2 Kommandos sind für die Krim angesetzt. Im Bereiche

der in Richtung Nordkaukasus vorgehenden Kommandos ist die Judenfrage gelöst. Die Städte Mariopol und Taganrog sind judenfrei. In den Städten auf der Krim werden Aktionen vorbereitet.

In Mariopol konnten 60 kommunistische Aktivisten liquidiert werden. 26 Leichen von Männern, die vom NKWD erschossen worden waren, wurden ausgegraben, zur Besichtigung freigegeben und öffentlich beigesetzt.

In Taganrog wurde festgestellt, daß durch Brieftauben Verbindung zu den Roten hergestellt werden sollte.

In Taganrog wurden 20 kommunistische Funktionäre liquidiert, 10 davon öffentlich standrechtlich erschossen. Die Haupttätigkeit der Kommandos besteht in der Abwehr und Aushebung der Partisanengruppen. Im Dnjepr-Bogen wurde die in der Ereignismeldung Nr. 134, Seite 19, erwähnte 4. Partisanengruppe erledigt. 39 Partisanen, zum größten Teil Führer, wurden erschossen, der Rest nach Verwarnung entlassen. Große Mengen an Waffen, Munition und Sprengmitteln wurden sichergestellt. In Cherson wurden die auf Grund der Aktionen auf der Halbinsel südlich Aleschki ermittelten Partisanen ausgehoben. Die bisherige Tätigkeit auf der Krim ergab, daß sich im Südteil, besonders im Gebirge, eine große Anzahl von Partisanen aufhält. Die Zahlenangaben schwanken zwischen 6 000 und 14 000 Mann. Die auf der Krim tätigen Kommandos wurden zur Fahndung nach Partisanenführern und kleineren Gruppen angesetzt; mit der Wehrmacht wurde die Erfassung größerer Trupps vereinbart. Die bisherige Tätigkeit erstreckt sich auf die Räume um Simferopol, Jewpatoria, Bachtschisarai, Jalta, Aluschta und Feodosia. Besondere Erfolge wurden bei Jewpatoria erzielt.
Am Tage des Einrückens eines Teilkommandos am 3.11. konnte eine Gruppe von 10 Partisanen gefaßt werden, die mit Handgranaten, 7 000 Schuß Munition, 120 kg Sprengstoff, Zündschnur, Sprengkapseln und Signalraketen ausgerüstet waren. Die Gewehre waren japanischer Herkunft.

Ferner wurde Material über Bildung, Aufgaben und Ziel der Partisanengruppen erfaßt. Lange vor Einzug der deutschen Truppen ist mit der Bildung solcher Gruppen begonnen worden. Aufgabe war Vernichtung lebenswichtiger deutscher Läger, Überfall von Transportzügen usw. Bei roten Fliegerangriffen sollten Truppenunterkünfte und andere militärische Ziele durch Raketen bezeichnet werden. Weitere Aufgaben sollten die Partisanen von übergeordneten Gruppen der Divisionaja erhalten. Nach vorgeschriebenen Instruktionen sind diese zur Überwachung der Partisanengruppen und zur Vernichtung des deutschen Offizierskorps angesetzt.

Die Volksdeutschen sind aus den bearbeiteten Gebieten fast ausnahmslos verschleppt worden. Unter Vorwand der Mobilisierung wurden alle Männer über 17 Jahren herausgezogen und einige Tage später die Frauen und Kinder verschleppt. Nach Aussagen von Flüchtlingen sind alle nach Sibirien verschleppt worden.

Aushebung einer Partisanengruppe vor Odessa.

Nach längeren Ermittlungen und Beobachtungen konnte am 28.9. in Alexandrowka der russische Staatsangehörige Grigori Kutzow in der Wohnung seiner Geliebten von einer Streife des EK. 11 b überrascht und nach heftigem Widerstand überwältigt werden. Kutzow gab zu, Anführer einer fünfköpfigen Partisanengruppe zu sein, die vor dem Fall Odessas die Aufgabe hatte, im Bezirk Groß-Lilienthal vorhandene Artilleriestellungen zu ermitteln und einer sowjetischen Befehlsstelle zu melden, ferner Überfälle auf einzelne rumänische und deutsche Soldaten durchzuführen und Fernsprechleitungen zu zerstören. Zu diesem Zwecke war die Partisanengruppe durch 2 Offiziere des sowjetischen Jägerbataillons im Bezirk Ovidiopol, Iwan Nasarow, Politruk, und Sergej Benerski, Starschi-Leutenant, besonders geschult. Kutzow sagte aus, den Standort rumänischer

Batterien zweimal den Roten mitgeteilt zu haben. Mit seinen Leuten habe er nördlich von R.Obssolani einemehrdrahtige rumänische Heeresfernsprechleitung zerstört und bei Alexandrowka einen Feuerüberfall auf eine rumänische Patrouille durchgeführt. Da mehrere weitere Unternehmungen der Partisanengruppen fehlschlugen, sind 3 Mitglieder der Gruppe, und zwar der Jude Isaak Lichtenhaus, der Volksdeutsche Albert Georg Diehl und ein Russe mit Spitznamen "Pius"am Vortage der Festnahme Kutzows mit einem Teil ihrer Ausrüstung geflohen. Das 5. Mitglied der Gruppe K. Nikolai Dimitri Kretzenko aus Dalnik war Unterführer des Jägerbataillons Ovidiopol und war der Gruppe Kutzow als militärischer Berater beigegeben worden. Er konnte am 29. 9. in seinem Schlupfwinkel festgenommen werden. Die Durchsuchung dieses Schlupfwinkels förderte 2 russische Militärgewehre, 2 Patronentaschen, 2 Kavalleriesäbel, 1 Meldetasche, 1 russische Militäruniform, 1 Brotbeutel, 330 Schuß Gewehrmunition, 3 gebrauchsfähige und 8 verdorbene russische Handgranaten zutage.

Bemerkenswert ist, daß die Partisanengruppe durch die Ortsbevölkerung keinerlei Unterstützung erhalten haben will, was angeblich zum Mißlingen ihrer Anschläge beigetragen habe.

Erziehungswesen im bolschewistischen Russland.

Das bolschewistische Erziehungsprinzip liegt auf der Ebene der marxistischen Ideologie. Freiheit und Gleichheit sind seine Hauptwerte. Aus ihnen erwuchs das Schlagwort von der "Erziehung durch Wort und Propaganda". Dieser Grundsatz gilt für alle Erziehungsgebiete, für das Schulleben wie auch für die häusliche Erziehung, und war gesetzlich verankert.

Die Stellung der Familie als Erziehungsfaktor war nur von geringer Bedeutung. Hauptträger der Erziehung war der Staat und die Partei, die mit ihren

Organen den Totalanspruch auf die Jugenderziehung erhoben. Die Familie war daher nur eine Summe einzelner Individuen ohne sippenmäßige Bindungen. Den Eltern kam lediglich die Aufgabe der materiellen Versorgung der Kinder zu. Eine geistige Einflussnahme von seiten der Eltern war zumeist schon aus äusseren Gründen nicht möglich. Sie arbeiteten von morgens früh bis abends spät in den Geschäften und Kollektiven und konnten sich daher nur in geringem Maße ihren Kindern widmen, wenn sie hierauf überhaupt Wert legten.

Der stärkste Einfluss im kommunistisch-politischen und weltanschaulichem Sinne ging daher von der Schule aus, nach-dem die Kirchen allen Konfessionen in den Jahren 1928 bis 1932 als Erziehungsfaktoren ausgeschaltet worden waren.

Die weltanschaulich-politische Beeinflussung der Schuljugend begann bereits im 1. Schuljahr.

Die Lehrbücher enthielten eine Vielzahl kommunistischer Begriffe, die den Kindern nahegebracht werden sollten. Begriffe wie Genosse, Pionier, Oktoberkinder usw., Namen der bolschewistischen Führer und "Arbeiterhelden" wurden so unbewußt der kindlichen Vorstellungswelt nach diesem Prinzip eingeimpft. In geschickter Form wurden auf das kindliche Gemüt abgestimmte Erzählungen mit kommunistischen Gedanken durchsetzt. Diese Erzählungen wurden mit Vorliebe von der Jugend aufgenommen und haben bis zu einem gewissen Grade ihre Wirkung nicht verfehlt.

Auf dieser Grundlage baute sich in den höheren Klassen das Lehrgebäude unter kommunistischem Vorzeichen auf. Mit Ausnahme der Realfächer Mathematik, Physik, Chemie und Sport wurden der Geschichts-, Biologie-, Literatur- und Sprachenunterricht betont in den Dienst der kommunistischen Propaganda gestellt.

Der Geschichtsunterricht war im Sinne der marxistischen Auffassung ausgerichtet. In den höheren Klassen der Mittel- und Höheren Schulen wurden die historischen Betrachtungen mit philosophischen Erörterungen verbunden. In der 9. Klasse der 10-stufigen Höheren Schule wurde der Zeitraum von 1812 bis 1861 und in der 10. Klasse der Abschnitt von 1861 bis zur Gegenwart behandelt. In den Mittelpunkt wurden Betrachtungen gestellt über die Bauernreform von 1861, die "negativen" politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erscheinungen der zaristischen Zeit und die Vorläufer des Kommunismus. Als Krönung des Geschichtsunterrichts wurde der Bolschewismus von allen Seiten aus beleuchtet unter Einflechtung philosophischer Ideen von Häckel, Marx, Engels, Feuerbach usw. Die Geschichte der kapitalistischen Länder wird nicht behandelt. Nur wird ihre Wirtschaftsgeschichte mit der sowjetrussischen verglichen, unter Hervorhebung der bolschewistischen "Vorteile". Kirchengeschichtliche Fragen werden nur im Rahmen antireligiöser Propaganda behandelt.

Alles Göttliche im Kosmos wird abgelehnt nach der kommunistischen Auffassung "Gott hat nicht die Menschen geschaffen, sondern die Menschen Gott". Der Mensch ist der Mittelpunkt allen Geschehens. Die Götter und Nebengötter sind erst von ihm geschaffen worden. Auf dieses Fundament stützt sich die antireligiöse Propaganda an den Schulen.

Auch die Literatur wurde in den Dienst der Propaganda gestellt, wobei im Gegensatz zu den sonstigen Kampfmethoden des Bolschewismus eine gewisse Objektivität gewahrt wurde. In der 10. Klasse wurde vornehmlich die westeuropäische Literatur behandelt, und zwar Göthe, Schiller, Shakespeare, Biron, Molière usw. Die Werke dieser Dichter wurden besprochen und positiv bewertet. Man wies darauf hin, daß in jener Zeit in den

westeuropäischen Ländern ein hochentwickeltes Kulturleben bestand, während das damalige Russland diesen Leistungen nichts Gleichwertiges gegenüberstellen konnte. Erst der Bolschewismus habe die geistigen Kräfte auch auf dem Gebiete der Literatur geweckt und ihnen einen starken Auftrieb verliehen.

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung war die Stellung in und zum Volkstum. In den ersten Jahren war auch die Schule in die Bestrebungen zur Förderung der im russischen Raum lebenden Volkstümer einbezogen. Um das Jahr 1938 wurden diese Schulen mit Volkstumscharakter geschlossen oder in ukrainische und russische umgewandelt.

Die Mangelerscheinungen im sowjetrussischen Schulwesen waren mannigfacher Art. Die Lehrmittel und Lehrbücher waren z.B. völlig unzureichend. Anschauungsmaterial war wenig oder überhaupt nicht vorhanden, es mußte von Lehrern und Schülern selbst hergestellt werden.

Darüber hinaus war die Ausbildung des bolschewistischen Lehrernachwuchses unzulänglich. Da die Sowjet-Regierung sich seit Jahren bemühte, das noch stark verbreitete Analphabetentum abzuschaffen, war sie gezwungen, neue Schulen zu errichten. Abgesehen davon, daß durch überstürzte Maßnahmen eine organische Entwicklung des gesamten Schulwesens unmöglich war, trat ein starker Mangel an Lehrkräften ein. Die Ausbildung sollte so schnell wie möglich erfolgen, so daß die jungen Lehrer gewöhnlich nach Absolvierung einer 10-klassigen Schule und anschließendem Besuch eines dreimonatigen Kurses an einem pädagogischen Institut angestellt wurden. Bei der Anstellung spielte die politische Gesinnung und Betätigung eine besondere Rolle. Parteimitglieder erhielten die bestbezahlten Stellungen in den Städten. Auf diese Tatsache ist die verhältnismäßig geringe Anzahl von

-165-

Parteimitgliedern unter der Lehrerschaft auf dem Lande zurückzuführen. Die Besetzung der leitenden Stellen im Schulwesen geschah auf Grund einer sorgfältigen politischen Auslese.

Die Befolgung der kommunistischen Erziehungsprinzipien hatte erhebliche negative Auswirkungen auf die Jugend. Sie führten zu einer inneren und äusseren Verrohung. Für alle Erziehungsberechtigten galt das Verbot der körperlichen Züchtigung. Der Lehrer hatte also nur die Möglichkeit der mündlichen Zurechtweisung, die aber zum überwiegenden Teil keinen Eindruck auf die Schüler machte. Diese Zurechtweisungen wurden nicht ernst genommen und mit Drohungen beantwortet, wie z.B. "Im modernen Sowjetstaat gibt es so etwas nicht" oder "Ich werde mich an den Prokurator wenden". Die Kinder der Kommunisten und Parteifunktionäre pflegten gewöhnlich mit einer Anzeige beim NKWD zu drohen. Ließ sich ein Lehrer einmal zur körperlichen Züchtigung eines Schülers hinreißen, so hatte er gegebenenfalls mit 5 - 6 Jahren Gefängnis zu rechnen. Da die Undiszipliniertheit in den letzten Jahren untragbare Formen annahm, gingen die Lehrpersonen dazu über, die Schüler in besonders krassen Fällen dieselbe Klasse wiederholen zu lassen. Diese Maßnahme legte aber der Staat als Sabotage an der kommunistischen Erziehungspolitik aus mit dem Vorwurf, daß dem Staate die Wiederholung eines Schuljahres zuviel Kosten verursache und die Lehrpersonen sich nicht in dem erforderlichen Maße der "Erziehung durch Wort und Propaganda" angenommen haben.

614

BIb- 138-

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- IV A 1 - B.Nr. 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 24. Nov. 1941.

Geheime Reichssache!

60 Ausfertigungen.
51. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 137.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 135 vom 19.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k .

Sowjetische Agententätigkeit im Raume um Leningrad.

1. Zentralen des sowjetischen Nachrichtendienstes in Leningrad und Agentenwege durch die Front.

Es gibt auf sowjetischer Seite mehrere Zentralen, von denen Agenten und Agentinnen planmässig ausgesucht, angeworben, unterrichtet und mit Ausspähaufträgen versehen über die Linien geschleust werden. Wie aus der Organisation des NKWD bekannt und durch Agentenvernehmungen bestätigt ist, stehen diese Zentralen untereinander in Verbindung und gehören praktisch zur NKWD-Gebietsverwaltung. Es wurden bisher folgende Zentralen festgestellt:

a) Besondere Abteilung der 55. Armee.
Die Besondere Abteilung befindet sich im Sowjethaus des Moskauer Bezirks an der Moskauer Chaussee mit Agentenwohnung, in der die Agenten leben und Aufträge erhalten. Diese Zentrale ist ganz besonders rührig.

b) Besondere Abteilung der Kirow-Werke.
Diese Abteilung befindet sich in der Verwaltung der Kirow-Werke (Partisanenabteilung).

c) Besondere Abteilung des Baltischen Eisenbahnknotens.
Baltischer Bahnhof,

d) Besondere Abteilung der 42. Armee.

e) Nachrichtenabteilung Westfront.
Leningrad, Leutnant-Schmidtbrücke.

In letzter Zeit scheint die Besondere Abteilung der 55. Armee den Versuch zu machen, auf deutschem Gebiet eine Nachrichten- und Anlaufstelle zu organisieren. Zu diesem Zweck erhielt die Agentin Oleschko (von der Einsatzgruppe überführt) den Auftrag, in Uritzk einen

von früher her bekannten Radiotechniker ausfindig zu machen, dem sie späterhin auch ein Gerät bezw. Teile davon überbringen sollte.

Um seine Agenten über die deutschen Linien zu bringen, benützt der sowjetische Nachrichtendienst ganz bestimmte Wege, die der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD genauestens bekannt sind.

Bei der Vernehmung nach dem Ort des Überquerens der deutschen Linien befragt, behaupten die Agenten zumeist, ostwärts an Pulkowo vorbeigegangen zu sein. Wie durch Geständnisse erwiesen, wurde dieser Weg den Agenten von russischer Seite genannt, um die wirklichen Übergänge zu verschleiern. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass eine Vielzahl von Agenten überführt werden konnte. Überhaupt hat sich herausgestellt, dass bei geschickter Vernehmungstechnik unter Anpassung an die Eigenheiten und Persönlichkeiten der Agenten eine Überführung durchaus möglich ist, obwohl anfangs hartnäckig gelogen wird. Grundsatz muss dabei sein, kein abstraktes Fragenschema ablaufen zu lassen, sondern vielmehr sowohl in der Fragestellung als auch in der psychischen und physischen Behandlung individuelle Maßstäbe anzulegen. Mit entscheidend ist dabei Kenntnis der Örtlichkeiten sowie der augenblicklichen Lage in Leningrad.

2. Intensität und Art des sowjetischen Nachrichtendienstes.

Nach einwandfreien Feststellungen der Einsatzgruppe A sind vom roten ND. in der Zeit von Ende September bis Anfang November 1941 insgesamt 129 männliche und weibliche Personen nachrichtendienstlich eingesetzt worden. Wenn auch angenommen werden muss, dass ein Teil dieser Agenten beim Versuch durch die Front zu gehen, durch Waffeneinwirkung zu Grunde ging und andererseits die

deutsche Sp.-Abwehr erhebliche Teile der Agenten vernichtet hat, so ist doch sicher, dass immerhin noch eine grosse Anzahl sowjetischer Agenten zum praktischen Arbeiten gelangt ist. Diese Annahme ist umso begründeter, als die 129 festgestellten Agenten nur einen Teil der überhaupt angesetzten Agenten darstellen.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann festgestellt werden, dass die Sowjets nicht ausschliesslich rein nachrichtendienstlich arbeitende Agenten entsenden, sondern den Agenten häufig auch Sabotage- und Propagandaaufträge geben und versuchen, mit hinter den deutschen Truppen stehenden Partisanen in Verbindung zu gelangen. Augenscheinlich ist man über Kampfkraft, Stimmung/Lage der Partisanen zu einer noch grösseren Aktivität anzuspornen. Dabei spielt die Ankündigung eines grossen Vorstosses aus Leningrad zur Aufmunterung der Partisanen stets eine grosse Rolle.

3. Bezeichnendes Einzelbeispiel.

Um ein instruktives Bild sowjetischer Agentenarbeit im Raume um Leningrad zu geben, wird im folgenden ein Einzelvorgang zur Kenntnis gebracht, der die Verschiedenartigkeit des roten Nachrichtendienstes klar erkennen lässt.

Am 25.10.1941 wurden der Politruk B o w a c h u r i n, der Leutnant F i e d r o w, der Leutnant P o n a d a und der Rotarmist J e l a n s k i gefangengenommen.

Der Politruk Bowachurin wurde im Jahre 1929 Kandidat und im Jahre 1930 Mitglied der Partei. Im November 1931 nahm er an einem sechsmonatigen Kursus in Moskau, einem Gewerkschaftslehrgang, teil. Später besuchte er das landwirtschaftliche Institut in Leningrad. Am 2.9.41 wurde er als jüngerer Politruk einberufen, wurde aber bereits nach 8 Tagen aus der Schulung herausgenommen und zur politischen Frontabteilung in Leningrad kommandiert. Die Leitung der politischen Schulung lag in den Händen einer Frau namens Nikolajewa.

Bei der politischen Frontabteilung waren 20 jüngere

Politruks versammelt, die durch den Bataillons-Kommissar K a l n i k o w auf ihre kommenden Aufgaben vorbereitet wurden. Alle Politruks wurden zur Durchführung folgender Aufgaben eingesetzt, die im Rücken der deutschen Front durchzuführen waren:

a) Wie ist die Einstellung der russischen Bevölkerung gegenüber der deutschen Besatzung?

b) Wie ist die Einstellung der deutschen Besatzung gegenüber der russischen Bevölkerung?

c) Wie ist die Ernährungslage?

d) Es ist eine starke Propaganda innerhalb der Bevölkerung für den Sieg der Sowjetrussen zu treiben:

1) durch Verteilen von Zeitungen und Zeitungsauszügen. Es wurden ihnen Auszüge aus der Leningrader Prawda vom 3.9.41 übergeben, die von Jaroslawski, dem Chef der Propaganda-Abteilung der Prawda verfasst waren. Der Inhalt befasste sich mit dem Kräfteverhältnis der russischen und deutschen Armee. Es wurde darin der Untergang Deutschlands prophezeit und die Bevölkerung zur Ausführung von Sabotageakten und Partisanentätigkeit aufgefordert. Ferner erhielten sie Broschüren, betitelt: "Deutschland im Weltkriege" und "Partisanin Wassilisa". Diese Broschüren sollten verteilt werden mit der Anweisung, dass sie innerhalb der Bevölkerung von Hand zu Hand weitergereicht werden sollten.

2) Direkte Propaganda unter der Bevölkerung, durch Herausstellen der amerikanischen Hilfe für Sowjetrussland und England, durch die der sowjetische Sieg unbedingt sicher sei. Hierbei sollte besonders betont werden, dass Deutschland Sowjetrussland überfallen hat.

e) Sollte die Einstellung der von den Deutschen eingesetzten Starosten festgestellt werden:

1) arbeitet der Starost im bolschewistischen Sinne, so ist seine Arbeit restlos zu unterstützen,

2) arbeitet er dem bolschewistischen Ziele entgegen, so ist die Bevölkerung anzuweisen, durch Vorbringung von Beschwerden bei den deutschen Ortskommandanten die Absetzung des Starosten zu erreichen und zu versuchen, einen Starosten wie zu 1) einsetzen zu lassen.

f) Beobachtung aller Truppenbewegungen, Truppenstärke und Verlauf der Front.

Nach dieser Auftragserteilung wurden die Politruks in Gruppen von je 2 Mann eingeteilt und in die Gebiete um Leningrad in den Rücken der deutschen Front entsandt. Bowucharin und ein anderer Politruk Schawarenko erhielten den Wolosowski-Rayon als Arbeitsgebiet zugewiesen. Am 15.9.1941 wurden Bowucharin und Schawarenko zusammen mit einer Gruppe von 50 Soldaten über Puschkin und Pawlowsk in Marsch gesetzt. Sie drangen in südlicher Richtung über Pjeri bis Kudrowa vor und begaben sich dann in westlicher Richtung nach Masana Gorka. Dort trennten sich die Politruks von den Rotarmisten, um selbständig ihre Aufgaben durchzuführen.

Der Führer der Rotarmistengruppe hiess Krisanow, der folgende Aufgaben durchzuführen hatte:

1) Zerstörung aller deutschen militärischen wichtigen Betriebe und Einrichtungen,
2) Sprengung der Brücken,
3) Vernichtung von Verpflegungslagern usw.,
4) Überfall auf kleinere Einheiten.

Die beiden Politruks B. und Sch. begaben sich zur Durchführung ihrer nachrichtendienstlichen Aufgaben nach den Ortschaften Alexandrowka, Usstje und Orwka. In diesen Ortschaften nahmen sie die Verbindung mit den Starosten auf, denen sie Broschüren und Zeitungsmaterial zur Weiterverbreitung übergaben. Der Starost versprach, für die Weiterverbreitung des Materials Sorge zu tragen. Sie wurden auch durch den Starost mit Lebensmitteln versorgt.

In Orowka wurde der Starost Sergelew angelaufen. Hier wurde der Rest des Materials abgegeben. Sergelew versprach, für die Verbreitung des Materials zu sorgen. Er wurde weiter aufgefordert, die Aufbauarbeit der Deutschen zu stören. Nach hiermit erklärt sich S. einverstanden und äusserte, dass er halbautom. Gewehre und Munition besitze und tun werde, was in seinen Kräften steht.

Von Orowka aus begaben sich die beiden Politruks auf den Rückweg nach Leningrad. In der Nähe von Rakowa stiessen sie auf eine Gruppe Rotarmisten, mit denen sie gemeinsam ihren Marsch in Richtung Leningrad fortsetzten. Zwischen Szablino und Popowka überquerten sie die Rollbahn und Eisenbahnlinie nach Leningrad. In der Gegend von Nikolskoje hatten sie Feindberührung und wurden versprengt.

Die 4 Festgenommenen verschwanden in den Wäldern westlich der Rollbahn nach Leningrad und wurden in Uljanowska festgenommen, als sie im Begriff waren, sich Zivilkleidung zu beschaffen.

Nach Aussagen des Politruks B. wurden im Kingisepp-Rayon die Politruks Wesselow und Grassikow und im Osminski-Rayon die Politruks Schirokow und Ossipow mit den gleichen Aufträgen angesetzt.

Der festgenommene L o n a d a wurde als Leutnant am 14.8.1941 zur Roten Armee einberufen. Er diente in der Oktober-Division. Am 23.8.41 wurde er zur Nachrichtenabteilung"Westfront" befohlen. Diese Nachrichtenabteilung entsendet laufend 3 Arten von Gruppen von Rotarmisten in den Rücken der deutschen Front mit folgenden Aufträgen:

1) Rein militärische Ausspähaufträge,
2) Durchführung von Sprengungen und Zerstörungen,
3) Propagandatätigkeit hinter den deutschen Linien.

Ende August erhielt Ponada von der Nachrichtenabteilung folgenden militärischen Ausspähauftrag:

1) Auf dem Flugplatz in der Nähe von Siwerskaja ist festzustellen, ob dort Luftlandetruppen und Fallschirmjäger gelandet werden können.
2) Wird dieser Flugplatz von den Deutschen benutzt?
Ausserdem sollte er über alle militärischen Beobachtungen auf dem Hin- und Rückweg berichten.

Zur Durchführung dieses Auftrages wurden ihm 5 Rotarmisten zugeteilt. Die Ausrüstung bestand aus halbautom. Gewehren, Gewehren und Handgranaten. An Verpflegung hatten sie pro Mann 2 Büchsen Fleischkonserven, 1 Büchse Sprotten, getrocknetes Brot, Salz und Zucker bei sich. Für die Durchführung der Aufgabe standen ihm 10 Tage zur Verfügung. Im Waldgebiet um Pjeri, wo s.Zt. noch die russischen Linien verliefen, ging er mit seiner Gruppe durch die deutsche Front. Seinen Auftrag führte er durch Befragung von Bauern und teilweise auch durch eigene Beobachtungen durch. Er kehrte am 7.9.41 nach Leningrad zurück.

Ponada meldete, dass sich auf dem genannten Flugplatz eine starke Bewachung befindet und reger Flugbetrieb herrscht. Eine Landung von Luftlandetruppen bezw. Absetzung von Fallschirmjägern verspricht keinen Erfolg.

Nach Ausführung dieses Auftrages erhielt P. bis zum 15.9.41 Urlaub und wurde dann mit dem festgenommenen Fiedrow zu einem neuen Auftrag eingesetzt.

Im Rayon Siwerska ist folgendes festzustellen:
1) Welche Wege werden für den Nachschub benutzt?
2) Wie stark ist der Nachschub?
3) Wie stark ist der Zugverkehr auf dem Bahnhof Siwerskaja?
4) Ist die Bahnstrecke bereits ungespurt?
5) Wie ist die Brückenbewachung und -befestigung in der Nähe des Bahnhofs?
6) Wie tief ist die Front?
7) Wie stark ist die Truppe?
8) Welche Reserven werden herangeschafft?

9) Aus welchen Personen besteht das Personal auf dem Bahnhof Siwerskaja?

10) Steht die Brücke über die Luga bei Kingisepp noch und rollen über diese Brücke noch Truppentransporte?

Zur Durchführung dieses Auftrages bekamen sie 1 Monat Zeit.

Ponada und Fiodrow mussten eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, wonach es ihnen verboten war, bei einer evtl. Gefangennahme Aussagen über Auftrag und Tätigkeit zu machen oder sonst mit dritten Personen darüber zu sprechen.

Die Gruppe setzte sich am 15.9. über Puschkin, Pawlowsk in Richtung Pjerie, Kudrow in Marsch und marschierte von dort aus in westlicher Richtung bis Slabsk. Die Aufträge wurden in der Weise durchgeführt, dass jeweils kleinere Gruppen mit Teilaufträgen entsandt wurden. Eine dieser Gruppen hatte in der Gegend des Ortes Schumlowka Feindberührung und verlor 2 Mann. Bei einem kurzen Feuergefecht soll 1 deutscher Soldat erschossen worden sein. Diesem entwendete man das Koppel, Rasierklingen, die Feldflasche und Taschentücher.

Die Erkundung des Bahnhofs Siwerskaja führte der festgenommene Leutnant Fiodrow mit 4 Mann durch. Er stellte fest, dass die Bahnlinie bereits umgespurt war und die Brücke in der Nähe des Bahnhofes gut bewacht war.

Ungefähr am 10.10.41 trat die Gruppe von Slabsk den Rückmarsch an und benutzte im wesentlichen die gleiche Strecke wie zum Anmarsch. Sie erreichte den nördlichen Waldrand westlich der Rollbahn nach Leningrad, erkannte dort deutsche Stellungen und zog sich daraufhin wieder zurück. Sie überquerte dann die Rollbahn nach Leningrad sowie die Eisenbahnlinie. In der Gegend von Nikolskoje wurde sie beschossen und versprengt. Die 4 Festgenommenen zogen sich dann in die Wälder westlich der Rollbahn zurück und wurden in Uljanowka gestellt.

Petersburg.

1. Bevölkerung.

Die starke Fliegertätigkeit und der Artilleriebeschuss der letzten Wochen hat auch innerhalb der Zivilbevölkerung erhebliche Opfer gekostet, konkrete Zahlen liegen jedoch nicht vor. Da die Luftschutzkeller vielfach unzulänglich sind, sind Verluste durch Verschüttung der geflüchteten Hauseinwohner eine häufige Erscheinung. Ferner beginnen Krankheiten um sich zu greifen, besonders die Frauen sollen für bösartige Erkältungskrankheiten anfällig sein, die durch die mangelhaft oder gar nicht geheizten Wohnungen und die ausgeschlagenen Fensterscheiben entstehen. Relativ zahlreich sollen die Sterbefälle unter den Kindern sein. Typhus tritt auf, und zwar sowohl Unterleibs- wie Flecktyphus, doch kann von einer Epidemie noch nicht gesprochen werden. Auch Ruhrfälle werden zahlreich gemeldet.

Die Entlassungen aus den verschiedenen zerstörten oder stillgelegten Betrieben haben so großen Umfang angenommen, daß z.Zt. etwa ein Drittel der Bevölkerung beschäftigungslos sein soll. Dies bezieht sich vorwiegend auf Frauen, da die Männer ohnehin größtenteils eingezogen sind. Trotz der Evakuierung zahlreicher Juden zu Beginn des Krieges, die übrigens nach Schätzung eines Gewährsmannes nicht mehr als 15 000 bis 20 000 Juden erfaßt haben soll, wird der Einfluss des Judentums in den verschiedensten Behörden und Institutionen als stärker denn je bezeichnet. Fälle, daß auf verantwortlichen Posten, so etwa im Eisenbahnwesen, Russen durch Juden ersetzt wurden, wurden noch aus jüngster Zeit bekannt.

2. Stimmung der Bevölkerung.

In der allgemeinen Stimmungslage sind kaum wesentliche Veränderungen eingetreten. Leidenschaftliche Gegner des Widerstandes sind vor allem noch

wie vor die Frauen. Die "km-langen" Reihen vor den Lebensmittelhandlungen sind vor allem die Hauptherde der verschiedensten Gerüchte. Lautes Geschimpf über die Sowjetmachthaber ist hier an der Tagesordnung, ohne daß seitens der Miliz für gewöhnlich eingegriffen wird. Lärmszenen und Prügeleien sind nichts Seltenes. Besonders löst die Tatsache Erbitterung aus, daß die führenden Parteifunktionäre auch weiterhin noch uneingeschränkt mit Lebensmitteln aus Spezialläden versorgt werden. Hohnrufe und Hetzreden gegen Rotarmisten, sie sollten ihre Waffen lieber gegen ihre Führung benutzen als sich an der Front schlachten zu lassen, sind aus solchen Anstehereien laut geworden.

Es werden weitere Fälle bekannt, wonach innerhalb der Arbeiterschaft mehrerer Werke Abstimmungen veranstaltet wurden, wobei etwa 50 % offen für die Übergabe der Stadt eingetreten sein sollen. Die Belegschaft eines Instandsetzungszuges auf dem Witebsker Bahnhof reichte während einer Pause deutsche Flugblätter herum und besprach sie offen. Als einer der anwesenden Beamten mit Anzeige drohte, wurde er angepöbelt und ausgelacht. Äußerungen, daß die Arbeiter die Sprengung ihrer Betriebe nicht zulassen wollten, werden wiederholt gemeldet. - Im ganzen gesehen ergibt sich das Bild einer hochgradigen Nervosität und einer gewissen Gärung, die etwa in Redensarten "wenn die Behörden mit den Verpflegungsschwierigkeiten nicht fertig werden können, müsse man sich selbst helfen und die Lager stürmen", zum Ausdruck kommt. Tatsächlich sollen sich in der Innenstadt Banden aus Deserteuren und lichtscheuem Gesindel gebildet haben, die sich verschiedener Plünderungen schuldig machten. Im Falle der Festnahme werden derartige Personen auf der Stelle erschossen.

Die sowjetische Propaganda wertet die Tatsache, dass viele Zivilpersonen dem Beschuss zum Opfer fallen, mit Erfolg aus, so vor allem den Fall einer durch Bombenabwurf getroffenen Schule, in der angeblich viele Kinder umgekommen seien. Eine grosse Propagandawelle mit dem Motto "Leningrad bleibt russisch" setzte Mitte Oktober ein. Im Zentrum der Stadt sind verschiedene Kinos noch im Betrieb. Wochenschauen, in denen Partisanentätigkeit in Norwegen und Jugoslawien gezeigt wurde und u.a. die Tötung eines deutschen Soldaten zu sehen war, blieben nicht ohne Wirkung auf das Publikum. Auch deutsche Gefangene werden regelmässig in den Wochenschauen gezeigt, sind jedoch nie auf der Strasse zu sehen, worüber die Bevölkerung ihre Glossen macht.

Gross ist das Bedürfnis nach deutschen Flugblättern und Propagandamaterial. Der Abwurf nach-gedruckter Lebensmittelkarten am 25. oder 26. Oktober löste grosse Begeisterung aus und führte in den Bezirken Wassiljewski Ostrow und Szmolny zu einem "run" auf die Lebensmittelläden. Von Verhaftungen, die aus diesem Anlass vorgenommen wurden, ist nichts bekannt geworden, doch verfügten die Sowjetbehörden eine allgemeine Neuregistrierung der Lebensmittelkarten.

3. Versorgungslage.

Die Versorgungslage zeigt kein einheitliches Bild. Trotz verschiedener Abweichungen in den Nachrichten über die Ernährungslage ergibt sich zusammenfassend etwa folgendes Bild: Kartoffeln und Gemüse sind überhaupt nicht mehr zu haben. Die Brotration ist in der 2. Hälfte des Oktober herabgesetzt worden. Zeitweise erhielten Arbeiter 300 g und alle übrigen 150 g (auch die Angestellten, die bisher die Arbeiterration erhielten). Jetzt scheint der Arbeiter im allgemeinen nur noch 200 g Brot zu erhalten. Grütze wird noch ausgegeben und bildet neben dem Brot das Hauptnahrungsmittel.

Fleisch wird 300 g im Monat ausgegeben, Zucker 150 g, Pflanzenöl 300 g, pro Person wird ein halber Liter Petroleum im Monat ausgeteilt. Dem-gegenüber liegen aus dem Szmolenky-Stadtbezirk übereinstimmend Meldungen über eine günstigere Versorgungslage vor, wonach Arbeiter noch 400 g Brot am Tage erhalten.

In der Ausgabe der Lebensmittel herrscht viel Unordnung, so dass manche Zuteilung von einer Dekade auf die andere verschoben wird. Da die Karten nach der 3. Dekade ihre Gültigkeit verlieren, hat die Bevölkerung oft das Nachsehen. In manchen Rüstungsbetrieben ist man dazu übergegangen, der Arbeiterschaft anstelle von Lebensmittelkarten Marken für Werkkantinen zu geben. In diesen wird morgens Tee und eine Scheibe Brot, mittags Grütze, Graupen oder Kohlsuppe sowie eine Scheibe Brot und abends Grütze sowie alle 5 Tage etwas Wurst ausgegeben. Dieses Essen wird jedoch von den Arbeitern als unzureichend abgelehnt. Überhaupt löst die stellenweise auf 12, ja angeblich auf 15 Stunden verlängerte Arbeitszeit in manchen Rüstungswerken angesichts der dürftigen Ernährungslage viel Erbitterung aus.

An der Versorgungslage bezüglich Strom und Wasser hat sich gegenüber dem letzten Lagebericht nichts wesentliches geändert. Nur im Samolny-Bezirk ist anscheinend durch Kabelzerstörungen stellenweise die Elektrizitätsversorgung unterbrochen. Schlecht steht es mit der Beheizungslage. Kohlen sind überhaupt nicht vorhanden. Holz wurde Mitte Oktober an Zivilpersonen nicht ausgegeben, in den Behörden waren Sparöfen aufgestellt worden. Ende des Monats ist dann im begrenzten Umfange Heizmaterial aus dem Bauholz zerstörter Gebäude freigegeben worden. Praktisch ist jedoch nach wie vor ein grosser Teil der Leningrader Wohnung unbeheizt, was vor allem von zentral-beheizten Gebäuden gilt.

Familien von eingezogenen Männern sollen nur dann eine Unterstützung erhalten, wenn mindestens 2 Kinder

vorhanden sind. Für 2 Kinder werden 100 Rubel monatlich gezahlt, für 3 und mehr Kinder 150 Rubel.

4. Tätigkeit der Partei und ihrer Organe.

Die rechte Hand Schdanows in der Verteidigung Leningrads soll der Chef des Kreisvollzugs-Komitees Popkow sein. Leiter des NKWD ist G e r a s s i m o w. Ein Anwachsen bezw. eine planmässigere Lenkung der Propaganda-Aktion im Laufe des Oktober war festzustellen. Ihre Kennzeichen sind: 1) Umstellung der Presse auf eine wahrheitsnähere Frontberichterstattung. Misserfolge werden unter der Notierung zugegeben, dass die Rote Armee eine Reihe von Positionen aufgegeben habe bezw. aufgebe, um eine Sammlung und Schonung der hart mitgenommenen Fronttruppe durchzuführen. Die Bedrohung Moskaus wird zugegeben. 2) Die mündliche Propaganda durch Entsendung von Rednern in die Luftschutzkeller ist intensiviert worden. Es wird von deutschen Zerstörungen an Lazaretten und Schulen, von Grausamkeiten an Überläufern, von schlechter Behandlung in den Gefangenenlagern gesprochen. Ferner wird die deutsche Belagerungsarmee als zahlenmässig schwach bezeichnet."Die Deutschen fürchteten den Frost und seien ausserstande, im Winter zu kämpfen," ist eine beliebte Parole. Zum 7.11. war ein Ausbruchsversuch von 100 000 Mann aus Leningrad sowie ein gleichzeitiger Mann Entlastungsangriff einer 25 000 starken "Armee" von Nordosten her angekündigt worden. Nach dem Sieg über die Deutschen sollte ein Strafgericht über die umliegenden Ortschaften, welche dem Befehl zuwider nicht niedergebrannt worden waren, ergehen. Der Grosseinsatz von Agenten und Nachrichtenträgern, die durch die verschiedenen besonderen Abteilungen des NKWD der Roten Armee zur Verfügung gestellt worden waren, ist anscheinend zum Ende des Oktober gebremst worden. Der Grund kann zum Teil in einer ungenügenden Auswahl des Materials gesucht werden, da sogar 12- und 13-jährige Kinder durch die Front geschickt worden waren und viele

Agenten einer sorgfältigen Vernehmung nicht Stand zu halten vermochten und durch ihre Aussagen zur Festnahme weiterer nachrichtendienstlich tätiger Personen führten. Insgesamt sind der Sicherheitspolizei bis Anfang November 129 Personen bekannt geworden, die im Rahmen dieses nachrichtendienstlichen Einsatzes die Linien durchschritten und zum Teil bereits dingfest gemacht werden konnten. Bezeichnend für die Lage in P. ist, dass sich die Agenten hauptsächlich aus Obdachlosen und Arbeitssuchenden rekrutieren, deren Notlage von dem NKWD ausgenutzt wird, um sie zur Spionagetätigkeit zu pressen.

5. Zerstörungen.

Das "Molotow-Werk" am Ogorodny-Prospekt hat gebrannt. Es wird von einer Reihe von Einschlägen und vielen Verwundeten berichtet. Die "Stalin-Werke" haben durch schwere Brände gelitten. Die 11. Brotfabrik ist mit allen Vorräten ausgebrannt. Die Versorgung der Bevölkerung erfolgt jetzt hauptsächlich von der "Lenin-Mühle" aus. Das Rüstungswerk "Progress" am finnischen Bahnhof erhielt zahlreiche Treffer. Ein Lebensmittelgrosslager am Witebsker Bahnhof ist ausgebrannt. Die Gleisanlagen am Warschauer Bahnhof sind weiterhin zerstört, das Bahnhofsgebäude selbst unbeschädigt, jedoch eine nahe gelegene Konservenfabrik vernichtet und der Hochbau des früheren Warschauer Hotels zerstört. Auch der Baltische Bahnhof selbst hatte keine Treffer, die zerstörten Gleisanlagen sind wieder hergestellt worden. Der Finnische Bahnhof ist beschädigt. Insgesamt sind nur noch 2 Linien in Betrieb und zwar in Richtung zum Hafen und nach Urizk. Hier werden Arbeiter und Munitionstransporte befördert. Andere Gleise wurden auseinandergenommen und zum Bau von Barrikaden verwendet.

Das "Kressty-Gefängnis" ist durch Treffer beschädigt. Die als beschädigt gemeldete Litainy-Brücke war am 15.10.

bereits wieder hergestellt.

In Bezirk Smolny und auf dem Wassiljewski-Ostrow sind die Zerstörungen besonders augenfällig. Am Ssamo-Newski-Prosp. und an der Mytninskaja-Strasse soll nahezu jedes vierte Haus Zerstörungen aufweisen.

6. Verteidigungsmassnahmen.

Nach entschiedenen Aussagen mehrerer Gewährsleute soll Molotow am 12. Oktober nach Petersburg gekommen sein und war auch am 18.10. dort. Er soll erklärt haben, dass er Stalins Zerstörungsbefehl nicht anerkenne und eine Zerstörung der Stadt nicht zulassen werde, da diese ihm ans Herz gewachsen sei. Die Erklärung, welche durch Flüsterpropaganda verbreitet wurde, kann als geschickte Beruhigungsmassnahme angesprochen werden und ist jedenfalls als Zeichen dafür zu werten, dass die Durchführung des Stalinschen Zerstörungsbefehls im Ernstfalle sich nur auf eine geringe Zahl von Aktivisten beziffern könnte. Die Errichtung einer inneren Verteidigungslinie längst des "Obwodny"Kanals wird bestätigt. Die Ausfallstrassen sind in Verfolg dieser Linien durch Barrikaden von 2 m Höhe und 1,5 m Stärke mit Durchlass auf den Gehsteigen gesperrt. Der Prospekt "Krassnych Kommandirov" ist ebenfalls nördlich des Obwodny-Kanals gesperrt, weist jedoch in der Mitte eine Durchfahrt für Fahrzeuge auf.

Die Verteidigung Leningrads soll im wesentlichen von "Opoltschentzy-Bataillonen" durchgeführt werden, die den Rückzug der Truppen und die Flucht der Parteifunktionäre zu decken haben. Die Äusserung eines Politruks in Kolpino, die Barrikaden könnten natürlich den deutschen Angriff nicht aufhalten und hätten nur den Zweck, Zeit für den Abzug zu gewinnen, deutet darauf, dass die Stadt nicht als vollkommen eingeschlossen betrachtet wird. Die Ausbildung der "Opoltschentzy" im Waffengebrauch und in der Strassenkampftechnik findet abends nach Arbeitsschluss statt. Nichtvollbeschäftigte Be-

triebe stellen ihre Arbeiter jeden 2. Tag zu Schanzarbeiten bezw. zur kriegsmässigen Ausbildung zur Verfügung. Sämtliche Nichtmilitärdienstpflichtigenim Alter von 16 bis 50 Jahren sind heute durch militärische Kurzkurse erfasst. Da alle Kriegstauglichen bereits eingezogen sind, ist das in den Arbeiterwehren zusammengefasste Material durchweg schlecht. Innerhalb der zum Kriegsdienst gepressten Arbeiterschaft wird der Ernstfall einer Verteidigung der Stadt auf den Barrikaden als Wahnsinn bezeichnet, und die ganze militärische Ausbildung, die überhaupt nur mit Klein-Kaliber-Gewehren erfolgt, als sinnlose Beanspruchung empfunden.

7. Rote Armee.

Für die Stimmung innerhalb der Roten Armee und zwar gleichmässig an verschiedenen Abschnitten der Front vor Leningrad kann als bezeichnend festgestellt werden, dass die Frage: "Überlaufen oder nicht überlaufen" zum offenen Diskussionsthema der Mannschaften geworden ist. Als Gegenargumente werden meist nur Gründe für die scharfe Bewachung und das Feuer deutscher Posten genannt. Erschiessungen von Deserteuren, angehaltenen Überläufern oder Defaitisten sind in den verschiedensten Truppenteilen an der Tagesordnung und werden teilweise vor angetretener Front durchgeführt. Die Rotarmisten haben den Befehl, von sich aus auf Kameraden, die sich zum Überlaufen anschicken, zu schiessen, jedoch ist kein Fall bekannt geworden, dass aus der Mannschaft heraus diesem Befehl nachgekommen wurde. In der Artillerie-Offiziersschule "Wsewoloshskaja", wo in kurzfristigen Kursen ein Offiziersersatz aus älteren Angehörigen der Leningrader Intelligenz ausgebildet wird, wurde die Fortsetzung des Kampfes ganz allgemein als zwecklos bezeichnet. Die Versorgung ist schlecht. Besonders fühlbar ist der Mangel an Benzin und Artilleriemunition. Nur in seltenen Fällen wird der Ersatz auf LKW's an die Front gebracht. Eine Feldküche musste mit Menschenkraft von Leningrad an die Frontstellung vor Uritzk

geschafft werden, da trotz wiederholter Bemühungen weder ein Kraftfahrzeug noch ein Pferdegespann zu beschaffen war. Da keine Munitionsreserven vorhanden sind, fahren die Artillerie-Offiziere persönlich mit dem EKW direkt zur Fabrik und warten u.U., bis eine bestimmte Menge von Geschossen, etwa 150 Stück, fertiggestellt sind, die sofort aufgeladen und zur Front gebracht werden. - Ausserordentlich fühlbar ist auch der Mangel an Sanitätsmaterial. Es fehlt vor allem an Jod, Calcium, Sulo (ein Magenmittel), aber auch an Soda und Spiritus. Ferner fehlt in manchen Sanitätsabteilungen auch bereits Verbandsmaterial. Auffallende Massenerkrankungen sind jedoch nicht festzustellen. Die bei Schuschri stehende 139.Division hat teilweise neue Winterausstattung empfangen. Woher diese Bestände stammten, ist nicht bekannt. Die Verpflegung ist hier Anfang November noch befriedigend gewesen (500 g Brot, 100 g Zwieback, 2 mal täglich eine Fleischsuppe sowie wöchentlich eine Fischkonserve). Die 5. Kompanie des 664. Infanterie-Bataillons war am 14.Oktober aus Trossperonal (Bäcker, Köche, Pferdeknechten usw.) ohne Waffenausbildung neu-formiert worden. Sie wurde unter dem Vorwand, es ginge zur Arbeit in Kolchosen, an die Front geschickt. Da innerhalb dieser Kompanie sich sofort defaitistische Gruppen zu bilden begannen, wurde der Mannschaftsbestand der Züge mehrfach gewechselt. Die Ausrüstung war schlecht. Vor allem konnten nur Stiefel in der Grösse von 39 bis 41 gefasst werden. Ein Bataillon des 3. Schützen-Regiments, das aus ungedienten Männern zusammengestellt war, wurde einen Monat lang in einer behelfsmässigen Kaserne auf dem Ogorodny Perculok ausgebildet. Jeder Gruppe standen 1 - 2 Kleinkaliber-Gewehre zur Verfügung. Beim Durchmarsch durch die Strassen passierte es wiederholt, dass die Einheiten von Frauen wegen ihrer Kindergewehre verhöhnt wurden. Nach Abschluss der Ausbildung wurde das

Bataillon bei Uritzk eingesetzt. Die 9. Kompanie des 3. Schützen-Regiments rückte mit 4 Offizieren und 155 Mann am 14.Oktober ein. Am 23.Oktober betrugen ihre Verluste bereits 2 Offiziere und 75 Mann. Die Verluste entstanden hauptsächlich durch Granatwerferbeschuss. Den Mannschaften wurde bei Einrücken von den Politruks mitgeteilt, dass der 56.(früher 7.) sowjetischen Division nur die schwer angeschlagene deutsche 52. Division gegenüber läge, der Abschnitt gegenüber dem 3. Regiment werde nur noch von 45 Mann gehalten. Der deutsche Ring um Petersburg wäre ausserordentlich schwach. Den Mannschaften des 173. Infanterie-Regiments wurde vom Regiments-Kommissar eröffnet, sie hätten die Aufgabe, den Weg nach Moskau frei zu machen und sollten sich mit einem sibirischen Regiment vereinigen, das bereits im Anmarsch sei. Auch von einem beabsichtigten Ausbruch aus Leningrad mit grösseren Kräften in Richtung Tichwin ist wiederholt seitens der Politruks gesprochen worden. Auch wurde von Partisanengruppen gesprochen, die den Auftrag hätten, über Schlüsselburg nach Tichwin zu gehen und von dort aus versprengte Teile der Roten Armee, die sich 20 km von Tossno am Tossno-Fluss verborgen hielten, zu erreichen und nach Polpino zurückzuführen.

Innerhalb der 55. Armee soll die Stimmung sehr schlecht sein. Mindestens 50% hätten die Absicht überzulaufen. Die Mannschaften werden aber nicht so sehr durch den Terror der Politruks als vor allem durch die vollständige Verminung des Vorgeländes am Überlaufen gehindert. In einer Gruppe waren 6 Mann gleich bereit überzulaufen, als sich ein Mann fand, der sie führen wollte. Die übrigen 3 waren auch grundsätzlich bereit, wollten aber bloss einen günstigeren Moment abwarten. Auch von Politruks hört man bereits Äusserungen wie:"Die russischen Truppen könnten sich nur noch 14 Tage halten" u.ä. In den vordersten Linien sind Offiziere kaum zu finden. Diese ziehen sich weiter zurück und überlassen

das Kommando Unteroffizieren und Mannschaften. Ein höherer sowjetischer Offizier, der Schwager eines Gewährsmannes, erzählte diesem, dass innerhalb des Offizierskorps jede Unterhaltung über die Kriegslage strengstens verboten sei, da die Stimmung und die Spannungen derartig seien, dass jede Unterhaltung zu den schärfsten Auseinandersetzungen führe.

Die Bewaffnung einer Kompanie des 173. Infanterieregiments bestand aus 2 SMG und einem MG. Der Nachschub war zum Teil bereits mit völlig unbrauchbaren Gewehren versehen. Ein Regiment musste in kurzer Zeit drei-mal aufgefüllt werden, da es bei Ausbruchsversuchen grössere Verluste hatte. Die Kompanie bestand durchschnittlich aus 30 - 35 Mann. Von Namen höherer Offiziere wurden genannt: Kommandeur der 80. Division Oberst Ugrjumov (mit den Titel Volksheld), Kommandeur der 11. Division Generalmajor Sokolov. Der Chef des Heeresverwaltungslagersist ein Oberst Kondrschov.

Einsatzgruppe B.
Standort: Smolensk.

Verhalten russischer Agenten.

In einer grundsätzlichen Anweisung für den Geheimen Nachrichtendienst der Geheimen Nachrichtenabteilung des Stabes der 21. sowjetrussischen Armee sind u.a. folgende Ausführungen, die für die sicherheitspolizeiliche Arbeit von Bedeutung sind, enthalten:
"Einen Agenten kann man sowohl mit Sowjetgeld wie auch - zum Zeichen dafür, dass er aus dem rückwärtigen Gebiet kommt - mit deutscher Mark ausstatten.

Leicht ist im Rücken des Feindes die Tätigkeit für Frauen jeden Alters, Männer über 50 Jahre und unter 18 Jahren, da diese keine Ausweispapiere benötigen. Diese Gruppe lassen die Deutschen fast immer in Ruhe, abge-

sehen davon, dass sie zur Arbeit herangezogen werden.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass weitaus die Mehrzahl der deutschen Soldaten und Unteroffiziere, die Streifendienste in den Ortschaften und Städten versehen, nichts von unseren Ausweispapieren verstehen und bei der Prüfung den Ausweis in der Hand drehen wie ein Bär die Bibel. Es genügt ihnen in der Hauptsache das auf den Ausweis aufgeklebte Lichtbild.

Die beste Ausrüstung ist ein getragener Zivilanzug. Wenn man einen solchen hat, kann man sich immer als Ortseinwohner tarnen, besonders, wenn man über einen Ausweis verfügt.

Wenn der Agent sich als Rotarmist ausgibt, ist es für ihn besser, in Uniform zu gehen und zu sagen, dass er übergelaufen sei, da die Deutschen z.Zt. in ihren Bekanntmachungen die Rotarmisten auffordern, in Uniform überzulaufen und sich nicht umzukleiden.

Das Aussehen des Mannes muss einem gewöhnlichen Bauern gleichen. Erwünscht sind Bart, lange Haare und schmutziges Äusseres. Er muss unbedingt Wäsche ohne jeden Stempel, vor allem ohne Militärstempel tragen, da es vorgekommen ist, dass die Deutschen auf der Suche nach militärischen Stempeln in der Kleidung sogar die Unterhosen durchgesehen haben.

Militärisches Schuhzeug ist zu vermeiden, da es vorgekommen ist, dass ein Agent, lediglich weil er Stiefel militärischen Musters anhatte, mehrfach angehalten wurde.

Schlussfolgerung: Die derzeitige Lage ist für die Arbeit unserer Agenten durchaus günstig. Ein Abwehrdienst ist im unmittelbaren Gebiet der Deutschen nicht eingerichtet. Die in den Städten und Ortschaften diensttuenden Truppen verstehen nichts von der Spionageabwehr und überprüfen Ausweise und Menschen oberflächlich.

Bei der Arbeit der Agenten weit hinter der deutschen Front ist im Auge zu behalten, dass dort ein Abwehrdienst eingerichtet ist und Agenten der deutschen Gestapo eingesetzt werden, über die die dorthin gehenden Agenten unterrichtet sein müssen, damit sie sich vor Spitzeln unter der Bevölkerung in acht nehmen."

Meldungen der Einsatzgruppen C und D liegen nicht vor.

BIb- 139-

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 26. Nov. 1941.

65 Ausfertigungen.
8 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 138.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 26.11.1941.

Höh. SS- und Pol.-Führer Nord 101
(Prützmann)
Standort: Riga,

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker)

Standort: Krasnowardeisk,
N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga,

Sonderkommando 1a:
(Sandberger)
Standort: Reval, Narwa, Dorpat, Pernau und Ihrensburg (Ösel),
N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa,
Fernschreibverbindung Reval,
Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1b:
(Ehrlinger)
Standort: Tossno, Mjedwjed, Mestonja, Staraje-Ruska,
N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno,
Feldpost-Nr. 15 119.

Einsatzkommando 2:
(Strauch)
Standort: Teile in Riga, Schaulen u. Libau,
N-Verbindungen: Funkverbindung Riga,
Fernschreibverbindung Riga u. Libau,
Feldpost-Nr. 15 447.

Einsatzkommando 3:
(Jäger)
Standort: Düneburg, Kowno, Wilna, Baranowice, Minsk,
N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Kowno, Wilna u. Minsk
Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. SS- u. Polizei-Führer Mitte (102)
(von dem Bach)
Standort: Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann)
Standort: Smolensk, Vorkom. in Moshaisk,
Funkverbindung, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über V.D. Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7 a: (Steimle)
Standort: Rshew und Kalinin,
N-Verbindungen: Funkverbindung Rshew,
Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:
(Rausch)
Standort: Nachkom. in Brjansk, Vorkom. Tula,
N-Verbindungen: Funkverbindung Orel,
Feldpost-Nr. 18 555.

25

Einsatzkommando 8:
(Bradfisch)
Standort: Mogilew mit Trupps in Witebsk, Gomel, Arscha und Kritschew,
Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9:
(Schäfer)
Standort: Wjasma mit Trupps in Gshatsk und Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau"
Standort: Malojaroslawez,
N-Verbindungen: Funkverbindung Malojaroslawez.

HSSPF u. Pol.-Führer Süd (103)
(Jeckeln)
Standort: Kriwoj-Rog,
N-Verbindungen: Fernschreibverbindung Lemberg.

Einsatzgruppe C (Dr.Thomas)
Standort: K i e w,
N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew
Fernschreibverbindung über Lemberg, von dort aus Kurier,
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4a:
(Blobel)
Standort: Charkow,
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Dnjepropetrowsk~~ a.d. Mark,
Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4b:
(Braune)
Standort: Sachnowschina,
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Poltawa~~, a.d. Mark
Feldpost-Nr. 34 310.

26

Einsatzkommando 5:
(Meyer)
Standort: Kiew, Trupps in Shitomir, Rowno, Winniza,
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Dnjepropetrowsk~~ Nikolajew,
Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:
(Krüger)
Standort: Stalino,
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Dnjepropetrowsk~~ Stalino,
Feldpost-Nr. 35 979.

Höh. SS-u.Pol.-Führer z.b.V.:
(Korsemann)
Standort: R o w n o .

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol,
N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:
(Seetzen)
Standort: Taganrog, Nachk. in Mariupol, Melitopol und Berdjansk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Taganrog,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 b:
(Persterer)
Standort: Feodosia, Vork. in Kertsch, Teilk. in Aluschta u.Sudak,
N-Verbindungen: Funkverbindung a.d.Marsch nach ~~Sewastopol~~ Stadowsk,
Feldpost-Nr. 47 540.

-192-

Einsatzkommando 11 a:
(Zapp)
Standort: Jalta, Teilk. vor Sewastopol und Bachtschisaraj und Jewpatorija,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:
(Zapp)
Standort: Marsch auf Simferopol,
Funkverbindung Odessa
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:
(Noske)
Standort: Stalino, Teilk. in Nowotscherkowsk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Michailowka,
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe ...

Standort: K r a s n o w a r d e i s k .

Sowjetische Agententätigkeit.

Allgemeines.

Bereits in jahrzehntelanger illegaler Arbeit hat der Kommunismus in Russland grundlegende Erfahrungen auf nachrichtendienstlichem Gebiet sammeln können. Diese Erfahrungen machte der Kommunismus zunächst als Objekt des zaristischen Nachrichtendienstes, der alle Mittel und Methoden praktischer Nachrichtenarbeit mit Agenten, Lockspitzeln usw. gegen ihn zum Einsatz brachte. Darüber hinaus war der Kommunismus als illegale Bewegung auch auf einen rein offensiv betriebenen Nachrichtendienst angewiesen.

Im Gefüge der UdSSR fand der rote Nachrichtendienst seine erste feste organisatorische Ausprägung in der Tscheka (20.12.1917), die im Februar 1922 in OGPU umbenannt wurde. Eine erneute Umbenennung fand Ende 1934 in Volkskommisariat für innere Angelegenheiten (NKWD) statt. Als Volkskommissariat gehört das NKWD theoretisch zum Staatsapparat, praktisch untersteht es jedoch direkt der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die wesentlichste Abteilung des NKWD, die Hauptverwaltung für staatliche Sicherheit (Polizeiwesen und Nachrichtendienst, "Gugobes") wurde Anfang 1941 zu einem eigenen Volkskommissariat für Staatsicherheit erhoben, das allerdings dem Innenkommissariat untergeordnet ist. Alle Formen nachrichtendienstlicher Arbeit nehmen im Volkskommissariat für Staatssicherheit eine bevorzugte Stellung ein.

Aus der Bedeutung, welche das sowjetische System dem Nachrichtendienst im Frieden beimass, konnte ge-

schlossen werden, dass auch im Kriege eine breite nachrichtendienstliche Arbeit entfaltet werden würde. In den ersten 5 Monaten des Russlandfeldzuges hat sich der rote Nachrichtendienst im Nordabschnitt der Ostfront verhältnismässig wenig bemerkbar gemacht, da der Bewegungskrieg mit seinen täglich wechselnden Geschehnissen einer grossen nachrichtendienstlichen Planung und Durchführung im Wege stand. Dies änderte sich schlagartig, als der Bewegungskrieg vorübergehend zum Stillstand kam und später als die Einschliessungsfront um Leningrad erstarrte und der Nachrichtenhunger der eingeschlossenen Stadt täglich grösser wurde.

Festung Kronstadt und Oranienbaumer Kessel.

Auf Grund von Vernehmungen eines russischen Marineleutnants konnten eine Reihe militärisch wichtiger Objekte in den Plan von Kronstadt eingezeichnet werden, darunter einige Lebensmittel- und Munitionslager, Marinewerkstätten, Verwaltungsgebäude u.ä.

Durch weitere Aussagen von Gewährspersonen ergibt sich folgendes Bild der Zustände in Kronstadt in den ersten Tagen des November 1941:

Durch Abtransport fast aller Wehrpflichtigen nach Leningrad ist die Einwohnerzahl Kronstadts erheblich gesunken und soll z.Zt. nicht mehr als 500 Personen, zumeist Frauen und Kinder, betragen. Es arbeiten lediglich die Hafenwerkstätten (Schlossereien, Schmieden usw.) zur Ausbesserung der in Kronstadt liegenden beschädigten Schiffe. Die Trocken- und Schwimmdockanlagen sind nicht mehr in Betrieb. Das Schlachtschiff "Marat" liegt im Dock, ohne dass an ihm gearbeitet wird. Ein Geschützturm ist noch feuerbereit.

Zwischen Kronstadt und Leningrad besteht Dampferverkehr.

Die Ausmasse der Beschädigungen in Kronstadt sind

relativ gering. Das Marinelazarett hat schwere Treffer erhalten, wobei es viele Tote gegeben haben soll. Die Kronstädter Schulen sind in Lazarette umgewandelt, jedoch werden nur Soldaten aufgenommen. Zivilkranke werden nach Leningrad evakuiert. Die Wladimir-Kathedrale wurde als Gas- und Luftschutzkeller ausgebaut.

In Kronstadt scheint es grössere Lebensmittelreserven zu geben, da von hier aus Transporte nach Leningrad abgefertigt werden.

Die Normen der Lebensmittelzuweisung für die Zivilbevölkerung betragen täglich 200 gr. Brot sowie alle 10 Tage 50 gr Grütze und 50 gr Zucker. An Kartoffeln und Gemüse herrscht fühlbarer Mangel.

Es bestätigt sich, dass über Kronstadt Militärtransporte kleineren Umfanges aus dem Oranienbaumer Kessel nach Leningrad stattfinden. Wie weit es sich hier um Verwundetentransporte handelt, konnte nicht genau geklärt werden, da in umgekehrter Richtung jedenfalls noch Ende Oktober Verstärkungen aus Leningrad in Oranienbaum eintrafen. Die Versorgungslage im Kessel ist schlecht. Für die stark gesunkene Stimmung innerhalb der Armee spricht die ausserordentlich strenge Handhabung der Militärdisziplin. Erschiessungen auf Grund einer unvorsichtigen kritischen oder defaitistischen Bemerkung sind nicht selten.

Im Kessel gibt es unverhältnismässig viel Artillerie, jedoch ist die Munitionsversorgung sehr schlecht. Die tägliche Schusszahl ist beschränkt. Einer Batterie standen nur 15 Schuss täglich zur Verfügung, von einer anderen ist allerdings bekannt, dass pro Geschütz 10 Schuss täglich bewilligt wurden. Sehr viel fühlbarer ist noch der Benzinmangel. Die Artilleriemunition musste zum Teil auf der Schulter nach vorne getragen werden, da keine Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

Partisanen.

Eine bemerkenswerte Partisanentätigkeit entwickelt sich immer noch in den Gebieten östlich des Peipus-Sees. Auf dem Illmen-See besteht ein geheimer Bootsverkehr vom deutschen zum sowjetischen Ufer, dessen man sich bedient, um Flüchtende in Sicherheit zu bringen bezw. ..genten im Gebiet der deutschen Truppen abzusetzen. In Dno machen sich Banden bemerkbar, die Überfälle auf die Landbevölkerung ausführen.

Im eigentlichen Estland lässt die Partisanentätigkeit nach. Auf dem zuletzt besetzten Dagö ist das Vorhandensein von geheimen, mit allem Nötigen ausgestatteten Stützpunkten festgestellt worden, von denen aus sich die umherstreifenden Partisanen versorgen können.

Funktionäre.

Dieleichteste Angriffsbasis für etwaige Störungsversuche von innen heraus bieten die infolge der unklaren Lage weitgehenden Möglichkeiten für die Verbreitung von Gerüchten. Seitens der estnischen Polizei werden in steigender Zahl Personen festgenommen, die sich bewusst in diesem Sinne betätigten. Die Gerüchte sind meistens plump, aber wirksam und können nur durch aktive Gegenpropaganda entscheidend bekämpft werden.

In Bezug auf den 7. November, den Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution sind in der Bevölkerung Befürchtungen über eventuelle bolschewistische Ausschreitungen bezw. Sabotageakte laut geworden. Ausgenommen einer Schiesserei zwischen Selbstschutz und Bolschewisten in Narva ist der Tag jedoch im ganzen Lande ruhig verlaufen.

Eine nationale Opposition ist in der Berichtszeit nicht festzustellen gewesen.

Meldungen der Einsatzgruppen B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D :

Standort: S i m f e r o p o l .

Erkundung von Partisanen im Raum von Bachtschisaraij.

Durch bisherige Erkundungsarbeit hat Teilkommando festgestellt, dass im Raum vor Bachtschisaraij drei Gruppen von Partisanen tätig sind:

1.) Eine Gruppe in Stärke von etwa 100 Mann ist von Jewpatoria in ein Seitental 12 km südöstlich Bia-Sala gezogen .

2.) Eine zweite Gruppe besteht im Kern aus ca. 50 Ortsansässigen von Bachtschisaraij. Als Verstärkung sind später versprengte Truppenteile dazugestossen .

3.) Eine dritte Gruppe setzt sich im wesentlichen aus roten Offizieren und NKWD-Angehörigen zusammen. Als Stärke werden etwa 80 Mann angegeben.

Die Aufenthaltsorte der zweiten und dritten Gruppe sind zwei weitere Seitentäler, die ebenfalls 12 km südostwärts Bia Sala von B. entfernt sind. Ausserdem war festgestellt, dass sich in dieser Gegend ein sehr umfangreiches Lebensmittellager befindet. Der I C des 54. AK. wurde über die bisherigen Partisanenmeldungen

 ./.

unterrichtet. Eine Aktion gegen die festgestellten Gruppen konnte noch nicht angesetzt werden, weil keine Truppen dafür zur Verfugung standen, und das Teilkommando in Stärke von 6 Mann die Tätigkeit auf die nachrichtenmässige Erfassung beschränken muss.

Am 16.11.41 wurde von der Wehrmacht ein Kommando zur Bergung von Lebensmittelvorräten der Partisanen angesetzt. Das Teilkommando schloss sich zur weiteren Erkundung und Sicherung von politischem Material an. Das Teilkommando konnte während dieser Verladearbeiten politisches Material, Listen, Lotos, Pässe, eine Fahne usw sicherstellen. Durch Feuerüberfall bei der Abfahrt nach Einziehung der Sicherung wurden sofort mehrere Soldaten getötet und verwundet. Unter den Gefallenen befindet sich von Seiten des Teilkommandos der H-Sturmmann P u e s t e r h o e f t . Insgesamt traten 7 Tote und vier Verletzte als Verluste ein. Ein Teil der Teilnehmer schlug sich während der Nacht bis Bachtschisjaraij durch und forderte sofort Verstärkung an. In der gleichen Nacht nahmen eine Pak- und eine Pionier-Kompanie die Verfolgung und Sicherung gegen die Partisanen auf. Ferner brachten sie die Verwundeten und weitere Zurückgebliebene zurück. Die Fahrzeuge waren inzwischen von den Partisanen zerstört worden.

./.

Im Anschluss an diese Aktion wurden in Bachtschisaraij 200 Geiseln festgesetzt, worunter sich eine Reihe von Personen befanden, die vom Teilkommando bereits als verdächtig erkundet waren.

Die bisherigen Vernehmungen ergaben folgendes:

Am 27.6.41 wurden in B. Männer für ein Vernichtungs-Batl. eingezogen, die zunächst lediglich für Wachdienste in der Nacht herangezogen wurden. Am 31.9.41 wurden die Angehörigen des Batl. für dauernd zusammengefasst. Am 31.10.41, also einen Tag vor der Besetzung durch deutsche Truppen, ist diese Mannschaft in der Stärke von etwa 200 Mann nach Bia Sala abgerückt. Nach mehreren Aussagen sollen 70 davon, diejenigen, die dem NKWD nicht vertrauenswürdig genug erschienen, nach Sewastopol abgegeben worden sein, während der Rest sich in den Tälern festsetzte. Am 6. und 8.11.41 hatten diese Trupps Feuergefechte mit Wehrmachtsangehörigen durchgeführt. Die weitere Bekämpfung der Partisanen kann, soweit diese bereits erkundet sind, nur durch eine grössere Aktion mit Truppeneinheiten durchgeführt werden. Rücksprachen mit den zuständigen Stellen ergaben, dass diese Truppen erst zur Verfügung gestellt werden können, wenn sie vor Sewastopol frei werden. Das Teilkommando ist mit Wirkung

./.

vom 20.11. durch weitere 8 Mann verstärkt worden, um das V-Männernetz ausbauen zu können und die Vernehmungen durchzuführen, um damit weitere Anhaltspunkte für Aktionen zu bekommen.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

- E.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 28. Nov. 1941.

BIb-140-

65 Ausfertigungen.
51. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 139.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 28.11.1941.

Höh. SS- und Pol.-Führer Nord 101
(Prützmann)
Standort: Riga,

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker)

Standort: Krasnowardeisk,
N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga,

Sonderkommando 1 a:
(Sandberger)
Standort: Reval, Narwa, Dorpat, Pernau und Ahrensburg (Ösel)

N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa,
Fernschreibverbindung Reval,
Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1b:
(Ehrlinger)
Standort: Tossno, Mjedwjed, Mestonja., Staraje-Ruska,

N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno,
Feldpost-Nr. 15 119.

Einsatzkommando 2:
(Strauch) Standort: Teile in Riga, Schaulen u.Libau,
N-Verbindungen: Funkverbindung Riga,
Fernschreibverbindung Riga u. Libau
Feldpost-Nr. 15 447.

Einsatzkommando 3:
(Jäger)
Standort: Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowice, Minsk,
N-Verbindungen: Funk- u.Fernschreibverbindung Kowno, Wilna und Minsk,
Feldpost-Nr. 15 641.

HSSPF, SS-u.Polizei-Führer Mitte (102)
(von dem Bach)
Standort: Mogilew,

Einsatzgruppe B (Naumann):
Standort: Smolensk, Vork. in Moshaisk,
Funkverbindung, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über V.D. Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7 a:
(Steimle)
Standort: Rshew und Kalinin,
N-Verbindungen: Dunkverbindung Rshew,
Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:
(Rausch)
Standort: Nachk. in Brjansk, Vork. Tula,
N-Verbindungen: Funkverbindung Orel,
Feldpost-Nr. 18 555.

Einsatzkommando 8:
(Bradfisch)
Standort: Mogilew mit Trupps in Witebsk, Gomel, Arscha und Kritschew,
Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9:
(Schäfer)
Standort: Wjasma mit Trupps in Gshatsk und Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau"
Standort: Malojaroslawez,
N-Verbindungen: Funkverbindung Malojaroslawez,

Höh. ᵸ- u.Pol.-Führer Süd (103)
(Jeckeln)
Standort: Kriwoj-Rog,
N-Verbindungen: Fernschreibverbindung Lemberg,

Einsatzgruppe C (Dr. Thomas):
Standort: K i e w ,
N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew,
Fernschreibverbindung über Lemberg, von dort aus Kurier,
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4a:
(Blobel)
Standort: Charkow,
N-Verbindungen: Funkverbindung a.d.Marsch,
Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4b:
(Braune)
Standort: Sachnowschina,
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~a.d.Marsch~~,
Feldpost-Nr. 34 310.

39

Einsatzkommando 5:
(Meyer)
Standort: Kiew, Trupps in Shitomir, Rowno, Winniza,
N-Verbindungen: Funkverbindung Nikolajew,
Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:
(Kröger)
Standort: Stalino,
N-Verbindungen: Funkverbindung Stalino,
Feldpost-Nr. 35 979.

Höh. SS-u.Polizeiführer z.b.V.:
(Korsemann)
Standort: R o w n o .

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol,
N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:
(Seetzen)
Standort: Taganrog, Nachk. in Mariupol, Melitpol und Berdjansk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Taganrog,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 b:
(Persterer)
Standort: Feodosia, Vork. in Kertsch, Teilk. in Aluschta u. Sudak,
N-Verbindungen: Funkverbindung Skadowsk,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:
(Zapp)
Standort: Jalta, Teilk. vor Sewastopol u. Bachtschisaraj u. Jewpatorija,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:
(Zapp)
Standort:
N-Verbindungen:

Teilk. in Melitopol, Dnjepr, Karpenkowo u. Jurkowo.
~~Marsch auf~~ Simferopol,
Funkverbindung Odessa,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:
(Noske)
Standort:
N-Verbindungen:

Michailowka u. Fedorowka
~~Stalino, Teilk. in Nowotscherkowsk,~~
Funkverbindung Michailowka,
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Meldungen der Einsatzgruppen A, B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort: S i m f e r o p o l .

Partisanenbekämpfung auf der Krim.

In der systematischen auf das gesamte Jaila-Gebirge ausgedehnten Nachrichtenarbeit gegen Partisanen und Durchführung von Teilaktionen konnten folgende weitere Erfolge erzielt werden:

1. Vorkommando 11 a in Jalta erkundete im Waldgebirge, 4 km nordostwärts Jalta, Partisanen, die wiederholt die Vormarschstrasse überfielen. Unterstände und Lebensmittellager der verschiedenen Gruppen konnten genau ausgemacht werden. Bei ihrer Erkundungsarbeit am 14.11. wurden 20 versprengte Rotarmisten gefangengenommen. Am 19.11. wurden 3 Felsverstecke zusammen mit einem Zug einer motorisierten rumänischen Einheit ausgehoben. 55 Partisanen wurden getötet oder gefangengenommen, darunter der Abteilungskommandeur des 14. Vernichtungs-Batl.
   Grosse Vorräte an schweren und leichten Waffen und Lebensmitteln wurden erbeutet. Eigene Verluste: gefallen SS-Oberscharführer Harry B i t t e r in einem ganz besonders vorbildlichen Einsatz, nachdem die Rumänen, als ein ernsthaftes Feuergefecht entstand, sich zurückzogen.

2. Aussenkommando Jewpatoria meldet Erfassung einer stärkeren Gruppe von Partisanen. Weitere Aushebung von Partisanenführern und NKWD-Beamten und die Ermittlung eines Waffenlagers von 163 Gewehren, 23 Kisten Munition, 80 Handgranaten usw. Ausserdem konnten Lichtbilder und Namensverzeichnisse der örtlichen

Vernichtungs-Batl. sichergestellt werden.

3. Kommando 10 a in Tagenrog hat im Laufe von Ermittlungen gegen kommunistische Aktivisten und Saboteure insgesamt 70 Führer und Angehörige von Vernichtungstrupps, NKWD usw. festgenommen und liquidiert.

4. Einsatzkommando 10 b meldet Erkundung umfangreicher Partisanenbewegungen im Raume Sudak und Stari (Krim). Stärkste Bewaffnung. Kommandostelle in Eskurjiurt. Grössere Gruppen in Artalan, Vorum, Coragaci, Ost Aivalac. Absicht der Partisanen, sich zum Meer durchzuschlagen, evtl. mit dem Ziel, Aluschta, Sudak und Feodosia anzugreifen und dann längs der Küste zu entkommen. Mit Vorausabteilung eines Panzerregiments Grossaktion in diesem Raum vorbereitet.

---

61 h

-4-

BIb- 141-

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 1.Dezember 1941.

65 Ausfertigungen.
57 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 140 .

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit der Ereignismeldung Nr. 139 vom 28.11.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort: K r a s n o w a r d e i s k .

Vollzugsbericht der vordereren Teile der

Einsatzgruppe A für die Zeit vom 6.11. bis 20.11.41.

Allgemeine Lage.

Die täglichen Angriffe der Russen an der Leningrader Einschliessungsfront haben auch in der laufenden Berichtszeit weiterhin stattgefunden. Der Schwerpunkt der russische Ausbruchsversuche liegt bei K o l p i n o (Newa-Knie). An dieser Stelle der Einschliessungsfront liegt die einzige operative Möglichkeit für einen Ausbruch aus Leningrad (entweder um Verbindung mit den nordwestlich Moskaus kämpfenden Einheiten oder den ostwärts des Ladoga-Sees kämpfenden Truppen aufzunehmen). Sämtliche derartige Versuche der Russen sind unter schweren Verlusten für den Feind zerschlagen. Ein Teil der um Leningrad stehenden schwer angeschlagenen Einheiten ist in der Berichtszeit von den Russen aus den bisherigen Stellungen herausgezogen und abgelöst worden. Die neu aufgestellten Einheiten, so z.B. die russische 189. Division, bestehen aus den letzten verfügbaren Kräften (Strafversetzten, Reservisten, Genesenden). Trotz der guten Ausrüstung (Winterkleidung) wird der Kampfwille dieser Einheit nicht besonders hoch geschätzt. Die gemeldete Durchführung von Truppenverschiebungen und Umbenennung zu Tarnungszwecken hat in der Berichtszeit ein noch grösseres Ausmass angenommen. So wurde sowohl die 90. als auch die 70. Division mit ihren Stammformationen vor dem Abschnitt des deutschen Leningrad Korps herausgezogen und an der Newa-Westfront eingesetzt. Beide Divisionen zählen zum aktiven Bestand, so dass auch diese Verschiebungen die Beibehaltung des Schwerpunktes für die Durchbruchsversuche des Feindes an der Newa-Front

erkennen lassen.

Die Stellungen der Rotarmisten um Leningrad werden täglich weiter ausgebaut. Öfen für die Unterstände und Bunker sind teilweise bereits schon vorhanden bezw. werden laufend eingebaut. Die Unterkünfte der Offiziere und Kommissare scheinen restlos mit Öfen ausgebaut zu sein.

Überläufer berichten immer wieder, dass die meisten Rotarmisten den Sinn der Verteidigung der Stadt Leningrad nicht mehr einsehen. Es wird allgemein ein deutscher Angriff erwartet, um bei dieser Gelegenheit überzulaufen. Für die allgemeine Beurteilung der Kampfkraft und des Kampfwillens des Gegners sind die immer wieder gemeldete Munitionsknappheit (besonders für Artillerie und Granatwerfer), sowie um sich greifender Disziplinmangel zu betrachten. Es kommt hinzu, dass der Gegner halbwegs intakte Kräfte aus der Leningrader Front über den Ladoga-See zu anderweitiger Verfügung abtransportiert hat. (So z.B. die früher im Küstenabschnitt eingesetzt gewesene 44. Division, die jetzt an der Wolchow-Front kämpft.) Es wird von deutscher Seite bezweifelt, ob die russische Führung mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften überhaupt noch zur Durchführung grösserer einheitlicher Operationen in der Lage ist.

Die deutschen Truppen vor Leningrad haben sich in der Berichtszeit weiterhin zum Stellungskrieg eingerichtet. Es besteht ein ausgebautes Grabensystem mit Sappen, Unterständen und Bunkern. Die Stimmung der Truppe ist durchaus gut.

Der bereits mehrfach vorhergesagte Angriff zur Zerschlagung der westlich von Leningrad stehenden eingekesselten 8. Armee ist auch in der laufenden Berichtszeit nicht durchgeführt worden. Aus der höheren Truppenführung verlautet dazu, dass auch nicht ein deutscher Soldat für einen Angriff geopfert werden soll, der nicht unbedingt kriegsnotwendig sei.

Beim Antreten in nord-ostwärtiger Richtung, zwecks Herstellung einer Verbindung mit den Finnen am Swir bezw. zur Unterbrechung der Zufuhr zum Ladoga-See hat die 16. Armee anfangs besonders schnelle Fortschritte erzielt und Tichwin genommen. Beim weiteren Angriff ist die 16. Armee jedoch auf starken Feindwiderstand gestossen und ist in heftige Kämpfe verwickelt. Eine Vorstellung von dem Umfang der Schwierigkeiten gibt die Tatsache, dass allein die 16. Armee z.Zt. rund 16.000 Kraftfahrzeuge besitzt, die in Reparatur gegeben werden müssen (18. Armee etwa 8.000). Die Fahrzeuge sollen fast ausschliesslich hinter der Front instand gesetzt werden.

Die ostwärts Nowgorod geplante Einkesselung ist infolge des ausserordentlich zähen Widerstandes der Russen auch in der Berichtszeit nicht weitergekommen. An einer Stelle mussten deutschen Einheiten zurückgenommen werden.

Tätigkeit der Einsatzgruppe A.

Aus der laufenden sicherheitspolizeilichen und sicherheitsdienstlichen Arbeit der vorderen Teile der Einsatzgruppe A werden folgende Aufgabengebiete herausgegriffen:

1. Im Zusammenwirken und zum Teil auf speziellen Wunsch der Orts- und Feldkommandanturen sowie der Truppe, wurde die sicherheitspolizeiliche Überprüfung der Bevölkerung fortgesetzt. Wenn auch infolge der durch die Kriegsereignisse hervorgerufenen unklaren Verhältnisse und des Nichtvorhandenseins von Unterlagen die sicherheitspolizeilichen Überprüfungen nicht ideal sein können, gelingt es immer wieder Personen ausfindig zu machen, die eine Gefahr für die von der Truppe sichergestellten Ordnung bedeuten. So wurde z.B. bei einer in Krasnoje Sjelo durchgeführten Streife am 8.11.41 1 Politruk festgenommen, der sich in verdächtiger Weise umhertrieb und Unterschlupf bei einem bereits exekutierten Partisanen suchen wollte. Die eingehend durchgeführten Vernehmungen ergaben, dass es sich um einen Agenten handelte, der sich bereits seit August dieses

Jahres in dem von deutschen Truppen besetzten Gebiet aufhielt. Er hatte von einem ihm namentlich nicht bekannten Juden in Leningrad den Auftrag erhalten, in der Gegend von Luga Verbindung mit versprengten Rotarmisten und V-Leuten aufzunehmen.

Bei der sicherheitspolizeilichen Überprüfung wurden fernerhin mehrfach Partisaneneinheiten aufgespürt, die mit eigenen Kräften vernichtet wurden, soweit es sich um zahlenmässig kleine Einheiten handelte, während grössere Partisanenbanden den zuständigen Wehrmachtsdienststellen gemeldet wurden. Unmittelbar hinter der Front hat die Partisanentätigkeit merklich nachgelassen.

Auf Ansuchen deutscher militärischer Dienststellen wurden zahlreiche Personen sicherheitspolizeilich überprüft, die bei diesen Dienststellen beschäftigt sind. Unzuverlässige Elemente wurden ausgeschieden und soweit eine Notwendigkeit der Exekution nicht vorlag, dem Zivilgefangenenlager überwiesen.

Es stellte sich dabei heraus, dass besonders viel unzuverlässige Russen in den Dienst der neu aufgenommenen Eisenbahn in Krasnowardeisk gestellt waren.

Insgesamt wurden in der Zeit vom 6.11. bis 20.11.41 67 Personen exekutiert. Anlässlich einer Sonderaktion am 20.11.41 wurden 855 Personen beseitigt. Vom Skdo. 1b wurden in Minsk in der Zeit vom 7. bis 11.11.41 insgesamt 6624 Juden erschossen.

Auf Wunsch der 18. Armee beteiligten sich die Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD an der Erfassung der Deutschstämmigen durch die Truppe und Ortskommandanturen in Form von sicherheitspolizeilichen Überprüfungen. Das Problem der Erfassung und Besserstellung der in Ingermanland versprengt lebenden Volksdeutschen ist an die militärische Dienststelle durch den SD herangetragen worden.

Grössere Sabotagefälle sind nicht festgestellt worden. Vereinzelt brannten aus ungeklärten Gründen russische

Holzhäuser in Städten und Dörfern ab. Auf Grund von Agentenaussagen muss angenommen werden, dass zum Teil Sabotagehandlungen vorliegen, da ausgesprochene Sabotageagenten aus Leningrad entsandt wurdenmit dem Auftrag, Häuser in Brand zu stecken, die von deutschen Stäben und Wehrmachtsteilen belegt sind. In einem Falle lautete der Auftrag dahingehend, dass auch Räumlichkeiten in Brand gesteckt werden sollen, die als Krankenstuben und Lazarette Verwendung finden.

In Ausnutzung der mehrfach gemeldeten Wege wurde wiederum umfangreiches Erkundungsmaterial über Leningrad zusammengetragen und den höheren Stäben um Leningrad in Form von Lageberichten zur Kenntnis gegeben. Wie aus Gesprächen mit Stabsoffizieren entnommen wurde, werden sowohl die Lageberichte über Leningrad, als auch sonstige zusammenfassende Berichte und Einzelmeldungen nicht nur von den zuständigen Stabsangehörigen, sondern auch von den Befehlshabern und Kommandeuren persönlich gelesen und stark beachtet.

Nachdem sowohl die Truppe als auch die Stäbe bis einschl. Gen.-Kdo. erfasste Agenten und sonstige spionageverdächtige Personen bisher fast ausschliesslich den Kommandos der E.Gr.A. zur weiteren Vernehmung und Veranlassung überstellt hatten, während die Abwehrgruppe Nord nur ganz vereinzelt Agenten überhaupt in die Hände bekam, erging vermutlich aus diesem Grunde ein Befehl des Heeres-Gruppen-Kommando Nord an die unterstellte Armee, demzufolge alle erfassten Agenten oder agentenverdächtige Personen nicht erschossen, sondern zur Verfügung des Heeresgruppenkommandos Nord zu halten sind. Die Einsatzgruppe A gelangte durch AOK 18 Ic/AO zur Kenntnis dieses Befehls, so dass eine Rücksprache des Führers der E.Gr. mit AOK. 18 erfolgen konnte. Dabei stellte sich heraus, dass die bisherigen zusammenfassenden Agentenberichte der E.Gr. A vom Oberbefehlshaber der 18 Armee persönlich gelesen und mit der Randbemerkung versehen wurden:

"Alle Agenten sind der Einsatzgruppe zur Verfügung zu stellen." Um zu verhindern, dass auf Grund des Befehls des Heeresgruppenkommandos dem SD Agenten nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, erging durch AOK. 18 erneut mündliche Weisung an unterstellte Korps, der Oberbefehlshaber wünsche die Überstellung der Agenten und agentenverdächtigen Personen an den SD. Die Einsatzgruppe A betreibt demnach die seinerzeitige Arbeit weiter mit dem einzigen Unterschied, dass Agenten nach Vernehmung und Überführung nicht mehr exekutiert werden (soweit sie nicht zur Gegenspionage Verwendung finden) sondern dem Heeres-Gruppen-Kommando Nord als "zur Verfügung stehend" gemeldet werden. Die Vernehmungsergebnisse werden nach wie vor den Stäben mitgeteilt, zumal aus den Aufträgen, welche die Agenten in Leningrad bekommen haben, Rückschlüsse auf die Unterrichtung des Feindes über die Lage auf deutschem Gebiet gezogen werden können. In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, dass durch Anwendung der verschiedenartigsten Methoden sämtliche als agentenverdächtig gemeldete Personen mit 2 Ausnahmen überführt und zum Geständnis gebracht werden konnten (insofern nicht der eindeutige Beweis ihrer Unschuld erbracht wurde). Gegen Ende der Berichtszeit wurde besonders mit Hilfe einer Agentin, die vorher 2 Jahre im Dienste des NKWD in Leningrad gestanden hatte, besondere Erfolge bei der Überführung hartnäckig leugnender agentenverdächtiger, männlicher und weiblicher Personen erreicht.

Die Einsatzgruppe A hat in der Bekämpfung russischer Agenten um Leningrad gegenüber der Wehrmachtsabwehr die Führung in der Hand. In den wenigen Fällen, in denen die Wehrmachtabwehrgruppe überhaupt Agenten in die Hand bekommt, muss sich die Abwehrgruppe der Erfahrungen bedienen, die vom SD gewonnen wurden. Im übrigen hat die 18. Armee auf einen Bericht der Einsatzgruppe hin, einen Befehl erlassen, der den gemeldeten Miss-

stand (der zum Teil völlig unverständliche Formen angenommen hatte) beseitigen soll, dass die Gutmütigkeit und Leichtgläubigkeit deutscher Soldaten den feindlichen Agenten unbewusst Vorschub leistet: "Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass aus Leningrad heraus in verstärktem Masse Frauen und besonders Kinder im Alter von 12 - 13 Jahren für Spionagezwecke angesetzt werden. Wenn Kinder oder Greise auch gut aussehende junge Frauen aufgegriffen werden, ist besondere Vorsicht geboten, da von den sowjetischen Nachrichtenstellen die Gutmütigkeit und Leichtgläubigkeit der Deutschen bewusst ausgenutzt wird."

Die Zusammenarbeit mit den militärischen Dienststellen um Leningrad hat sich ausserordentlich gut entwickelt und kann als sehr gut bezeichnet werden.

Meldungen der Einsatzgruppen B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort: S i m f e r o p o l .

In Fortsetzung der Nachrichtenarbeit gegen Partisanengruppen nördlich Michailowka ist es gelungen, durch Aushebung des Partisanenmeldekopfes, der gleichzeitig den Auftrag hatte, Lagerplätze zu sichern, rückkehrende Partisanen zu sammeln, die Moskauer Partisanenabteilung restlos zu zerschlagen. Beim Meldekopf wurde neben der Aktionskarte eine namentliche Aufstellung mit Personalien sämtlicher Angehörigen der Moskauer Partisanenabteilung, eine Aufstellung der Bewaffnung der Abteilung und jedes einzelnen Mannes, sowie Berichte von Spähtruppunternehmungen der Partisanen, Sabotage- und Terrorbefehle, aufschlussreiche Tagebuchaufzeichnungen des Kommandeurs gefunden. Auf Grund des Materials wurden 9 weitere Partisanen festgenommen. Aus den Vernehmungen hat sich ergeben, dass sich nunmehr in dem bearbeiteten Raum keine Partisanen mehr aufhalten.

64h

-2-

BIb-142 51

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 3. Dezember 1941.

65 Ausfertigungen.
57 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 141.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 3.12.1941.

Höh. SS- und Pol.-Führer Nord (101)
(Prützmann)
Standort: Riga.

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker):

Standort: Krasnowardeisk,
N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga,
Feldpost-Nr. 15 119

Sonderkommando 1 a:
(Sandberger)
Standort: Reval, Narwa, Dorpat, Pernau und Ahrensburg (Ösel)

N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa,
Fernschreibverbindung Reval,
Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1b:
(Ehrlinger)
Standort: Tossno, Mjedwjed, Mostonja, Staraje-Ruska,

N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno,
Feldpost-Nr. 15 119.

Einsatzkommando 2:
(Strauch)
Standort: Teile in Riga, Schaulen u. Libau,
N-Verbindungen: Funkverbindung Riga,
Fernschreibverbindung Riga und Libau,
Feldpost-Nr. 15 447.

Einsatzkommando 3:
(Jäger)
Standort: Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowicc, Minsk,
N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Kowno, Wilna und Minsk,
Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. SS-u. Polizei-Führer Mitte (102)
(von dem Bach)
Standort: Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann):
Standort: Smolensk, Vork. in Moshaisk,
Funkverbindung, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über V.D. Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7 a:
(Steimle)
Standort: Rshew und Kalinin,
N-Verbindungen: Funkverbindung Rshew,
Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:
(Rausch)
Standort: Nachk. in Brjansk, Vork. Tula,
N-Verbindungen: Funkverbindung Orel,
Feldpost-Nr. 18 555.

Einsatzkommando 8:
(Bradfisch)
Standort: Mogilew mit Trupps in Witebsk, Gomel, Arscha und Kritschew,
Feldpost-Nr. 37 057.

Einsatzkommando 9:
(Schäfer)
Standort: Wjasma mit Trupps in Gshatsk und Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 057.

Sonderkommando "Moskau":
Standort: Malojaroslawez,
N-Verbindungen: Funkverbindung Malojaroslawez.

Höh. SS- u. Pol.-Führer Süd (103)
(Jeckeln)
Standort: Kriwoj-Rog,
N-Verbindungen: Fernschreibverbindung Lemberg.

Einsatzgruppe C (Dr.Thomas):
Standort: K i e w ,
N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew, Fernschreibverbindung über Lemberg, von dort aus Kurier,
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4a:
(Blobel)
Standort: Charkow,
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~o.d.Marsch~~ Charkow
Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4b:
(Braune)
Standort: in ~~Sachnowtschina~~, Losowaja, Slawiansk, Kramatorskaja mit Teilen Konstantinowka, Artemowsk
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Sachnowtschina~~,
Feldpost-Nr.34 310. a. d. Heck

Einsatzkommando 5:
(Meyer)
Standort: Kiew, Trupps in Shitomir, Rowno, Winniza,

N-Verbindungen: Funkverbindung Nikolajew, Feldpost-Nr. 35 102. Rowno

Einsatzkommando 6:
(Krüger)
Standort: Stalino,

N-Verbindungen: Funkverbindung Stalino, Feldpost-Nr. 35 979.

Höh. SS-u. Polizei-Führer z.b.V.:
(Korsemann)
Standort: R o w n o .

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol,

N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol, Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:
(Seetzen)
Standort: Taganrog, Rostow mit Teilkom. in Mariupol, Melitopol u. Berdjansk,

N-Verbindungen: ~~Funkverbindung Taganrog,~~ Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 b:
(Persterer)
Standort: Feodosia mit Teilk. in Kertsch, Sudak und Stari,

N-Verbindungen: Funkverbindung Skadowsk, Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:
(Zapp)
Standort: Jalta, Teilk. vor Sewastopol u. Bachtschiseraj u. Jewpatorija,

Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:
(Zapp)
Standort: Simferopol, Teilk. in Aluschta, Tuak, Karasubar u. Juschun,
K-Verbindungen: Funkverbindung Odessa,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:
(Hoske)
Standort: Michailowka u. Fedorowka,
K-Verbindungen: Funkverbindung Michailowka,
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Besetzte Gebiete.

Generalgouvernement.

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. im Distrikt Galizien - Lemberg - meldet:

In Tatarow befindet sich z.Zt. eine ungarische Militärkommission, die der Bevölkerung erklärt, dass das Gebiet bis zum Dnjestr demnächst zu Ungarn komme. Hierüber ist die ukrainische Bevölkerung merklich niedergedrückt, während sich bei den Polen und Juden grosse Freude zeigt.

III. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Meldungen der Einsatzgruppen A, B und C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort: S i m f e r o p o l .

Partisanen im Dnjeprsumpfgebiet.

Die vom E.K.12 gegen die Partisanenbewegung am Dnjeprbogen im Raume von Popowo - Nikopol eingeleitete Aktion ist nunmehr abgeschlossen. Nach Aufreibung der drei festgestellten Partisanengruppen im Sumpfgebiet nordwestlich Popowo -über die bereits berichtet wurde - wurde die bereits festgestellte Partisanengruppe nördlich Skelka angegangen. Dort gelang es 10 Partisanen festzunehmen, während es wiederum 2 Partisanen gelang, sich in dem undurchdringlichen Sumpfgelände einer Überwältigung zu entziehen. Unter ihnen befand sich der ehemalige Bürgermeister und Parteifunktionär Pluikow.

Von den ursprünglich 15 in Balki aufhaltsamen Partisanen wurden 5 festgenommen und liquidiert. Die übrigen 10 waren bereits seit mehreren Tagen unter Hinterlassung ihrer gesamten Ausrüstung flüchtig.

Es musste daher versucht werden, der flüchtigen Partisanen, soweit sie nicht nach Norden abgezogen waren, habhaft zu werden. In systematischer Durchkämmung der angrenzenden Gebiete wurden nach und nach noch weitere 23 Partisanen festgestellt und erschossen. Unter ihnen befanden sich 4 Partisanenführer, die Funktionärstellungen in der Partei bekleidet hatten und von Moskau aus mit der Organisation des Partisanenwesens im Dnjeprgebiet beauftragt worden waren. In ihrer Vernehmung gaben sie ohne weiteres zu, Funktionäre und Partisanenführer zu sein. Zu einer Darstellung des Aufbaues und der örtlichen Organisation des Partisanenwesens fanden sie sich in keiner Weise bereit. Sie erklärten lediglich , nach einem gesetzlich begründeten Befehl gehandelt zu haben. Dabei brachten sie die Notwendigkeit einer Partisanenkriegführung zum Ausdruck.

Es ist nicht zu erwarten, dass die wenigen noch flüchtigen Partisanen gewillt oder in der Lage sind, die in diesem Raum ohnehin nur in den Anfängen begriffen gewesene Partisanenbewegung fortzusetzen.

Die Gesamtzahl der bei diesen Aktionen erschossenen Partisanen beträgt 39.

Kulturelle Lage im Raum um Mariupol.

Volkstumslage.

Während im Rayon Mariupol 242 000 Einwohner vor Beginn des Ostfeldzuges lebten, waren es in Mariupol selbst 220 000 Einwohner. Der Anteil der Volksgruppen ist dabei prozentual folgender: 47% Ukrainer, 34% Russen, 11% Griechen, 4% Juden, 1% Deutsche, 1% Weissruthenen, 2% verschiedene andere Volkstümer.

Bezüglich der volksdeutschen Siedlungen ist dabei folgendes zu sagen: Bis zum Jahre 1938 bestand in 50 km Entfernung von Mariupol nördlich ein selbständiger deutscher Rayon mit der Rayon-Stadt Grunau. Durch Liquidierung der Sowjets wurde der Rayon als deutscher Rayon annulliert und dem russischen Rayon Knibischewno angegliedert, in dem der ehemals deutsche Rayon den Namen Rosa Luxemburg erhielt. Ausser diesem nur von Volksdeutschen besiedelten Rayon befinden sich noch im Raum um Mariupol 15 deutsche Streusiedlungen. Kurz vor Eintreffen der Deutschen Wehrmacht in der Stadt von September bis Anfang Oktober 1941 wurde der grösste Teil der in diesem Raum lebenden Deutschen nach einer Sammelstelle in Mariupol gebracht, dort zu Kolonnen zusammengestellt und mit der Eisenbahn in nördlicher Richtung abtransportiert. Der Verbleib dieses Volksdeutschen ist unbekannt.

Irgendwelche Unterschiede in der Haltung der einzelnen in Mariupol lebenden Volksgruppen bestanden nicht, jedoch hielt sich die deutsche Volksgruppe, die heute nur noch aus ca. 1000 im Rayon Mariupol lebenden völlig verarmten Volksdeutschen besteht, von den anderen Volksgrup-

pen getrennt. Hierfür ist schon die geringe Anzahl der Mischehen kennzeichnend im Gegensatz zu der starken Russifizierung der anderen Volksgruppen. Eines aber haben alle Volksgruppen gemeinsam, und zwar einen ungewöhnlich starken Hass auf das Judentum.

Kirchliche Lage.

Im Rayon Mariupol bestanden 13 Kirchen und 6 Synagogen, während 90% der Einwohner der griechisch-orthodoxen Kirche angehörten, verteilte sich der Rest auf folgende Gruppen: Altgläubige, Baptisten, Adventisten, Katholiken und Evangelisch-lutherische.

Im Jahre 1925 wurde ein Teil der Kirchen und der Rest 1930 geschlossen und in Getreidelager bezw. Vergnügungsstätten umgewandelt, die Pfarrer verhaftet und eingekerkert. Während nach Schliessung der Kirchen Taufen, Eheschliessungen usw. anfangs geheim gehalten wurden, hörten diese infolge der strengen Überwachung und Bestrafung in den letzten Jahren von selbst auf.

Schon allein daraus, dass bis zum Einmarsch der deutschen Truppen nur eine Synagoge geöffnet war, ist zu ersehen, wie stark die Gottlosenbewegung gefördert wurde, und zwar besonders stark unter der Schuljugend, der ein grosser Teil dieser Bewegung angehörte.

Erziehungslage.

Im Bereich von Mariupol befinden sich 68 Schulen, davon 27 zehnklassige, 25 siebenklassige, 15 vierklassige und 1 jüdische Schule. 1937 wurde diese jüdische Schule sowie die ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt existierende deutsche Schule, in der nur deutsch unterrichtet wurde, und die 6 bestehenden griechischen Schulen in russische umgewandelt. Bei der jüdischen Schule änderte sich wie auch bei den griechischen Schulen weder das Lehrpersonal noch der Unterrichtsstoff. Insgesamt bestanden in der letzten Zeit 57 russische und 9 ukrainische Schulen.

Die Direktoren und Unterdirektoren gehörten zum gröss-

ten Teil der kommunistischen Partei an. Sie betätigten sich jedoch nicht alle als Aktivisten, sondern wurden in den meisten Fällen gezwungen, der Partei beizutreten, andernfalls sie ihrer Stellungen verlustig gingen. Insbesondere wurde nach der Umwandlung der jüdischen, deutschen und griechischen Schulen auf deren Lehrpersonal ein stärkerer Druck seitens der Sowjets ausgeübt und somit der kommunistische Einfluss hier verstärkt.

Auffallend ist, dass nur ein ganz geringer Prozentsatz des Lehrpersonals und nur 2 Direktoren jüdisch waren.

An den Feiertagen der Kommunistischen Partei wurden Vorträge über den Kommunismus gehalten, und von Zeit zu Zeit fanden antireligiöse Propagandaaktionen statt, die an der Jugend besonders in den letzten Jahren nicht wirkungslos vorübergingen. Durch Zwangsmassnahmen wurden die Schuldirektoren gezwungen, innerhalb ihrer Schulen Gottlosenbewegungen zu bilden.

Ausser diesen 66 Schulen existieren in Mariupol ein Metallinstitut für die Arbeiter der hiesigen Stahlwerke und eine Meisterschule für Werkmeister.

Die Schulen im Rayon Mariupol sind durch die Kriegseinwirkung nicht zerstört worden und werden z.Zt. vom deutschen Militär belegt. Es konnte daher eine Inbetriebnahme der Schulen und infolge der Kürze der Zeit eine Unterweisung der Lehrerschaft nicht erfolgen. Es wurde aber mit dem volksdeutschen Rechtsberater Kumorowski, der bei der hiesigen Stadtverwaltung als Leiter des Erziehungswesens und Vertreter der Volksdeutschen eingesetzt ist, Rücksprache genommen, nach welchen nationalsozialistischen Gesichtspunkten er das hiesige Schulwesen aufzubauen hat.

Bolschewistische Führungsmittel.

Im Rayon Mariupol gelangten 6 ausgesprochene Arbeiterzeitungen und eine allgemeine Zeitung für die gesamte Bevölkerung zur Ausgabe.

Sämtliche Zeitungen wurden wie gewöhnlich vom NKWD überwacht. Nach Aussagen der Bevölkerung war die Lesefreudigkeit sehr gering, zumal die Zeitungsartikel zu unglaubwürdig erschienen. Man sprach allgemein von einem "Weiberklatsch".

Eine bis 1937 erschienene griechische Zeitung wurde in eine russische umgewandelt. Ausser diesen genannten Zeitungen wurden Plakatanschläge politischen Inhalts, sogenannte Wandzeitungen, wie gewöhnlich an Bäumen und Zäunen befestigt, von der Bevölkerung aber wenig beachtet.

Die Redaktionsmitglieder der Stadtzeitung waren 1 Direktor, 1 Unterdirektor und 6 Redakteure; besonders auffallend ist es, dass sich unter diesen kein Jude befand, wie auch bei den Werkzeitungen der jüdische Personenkreis in nur recht geringem Masse vertreten war.

Weiterhin befand sich in M. eine Hauptdruckerei und vier Nebendruckereien. Die Hauptdruckerei wurde geleitet von dem jüdischen Direktor Orloff (geflüchtet) und 6 Redakteuren, davon 3 Aktivisten, die ebenfalls geflüchtet sind.

Am Orte befanden sich 1 Theater mit einem Fassungsvermögen von 800 Personen und 2 Kinos von je 300. An Filmen wurden in der Hauptsache nur solche, die der kommunistischen Propaganda dienten, gezeigt. Die Besucherzahl stieg naturgemäss im Winter an und setzte sich in dieser Zeit hauptsächlich mit Personen aus Arbeiterkreisen zusammen. Im Sommer wurde das Theater nur beschränkt aufrecht erhalten.

Ca. 7000 Rundfunkgeräte befanden sich in Mariupol im Besitz der Bevölkerung. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung war an die "Radio-Ursel" (Rundfunkanlage, an die sich mehrere Personen anschliessen konnten mit ihren Lautsprechern) angeschlossen.

4 Staatsbibliotheken sowie Bibliotheken an den zehnklassigen Lehranstalten und in den einzelnen Dörfern des

Rayons dienten der geistigen Weiterbildung der Bevölkerung und gaben zur Durchsetzung der Bolschewisierung beste Möglichkeiten.

Gesundheitswesen.

Zur ärztlichen Betreuung der Zivilbevölkerung der Stadt standen vor dem Einmarsch der deutschen Truppen 6 Krankenhäuser, 4 Polikliniken und 3 sogenannte medizinische Ambulatorien zur Verfügung.

Insgesamt lebten in Mariupol 224 Ärzte, davon die Hälfte jüdisch, 12 Griechen, 1 Deutscher, der Rest Ukrainer und Russen. Von den 250 Feldschern und 200 Schwestern, die hier tätig waren, war nur ein geringer Teil, etwa 5%, jüdischer Herkunft.

In Friedenszeiten bestanden 11 Apotheken mit ausschliesslich jüdischen Leitern. Sämtliche Apotheken wurden von den Bolschewiken zerstört und ausgeplündert. Jetzt ist es zunächst gelungen, eine notdürftig herzurichten.

Kulturelle Lage im Raum um Taganrog.

Volkstumslage.

Im Rayon Taganrog mit seinen rund 200 000 Einwohnern lebten ca. 300 deutsche Familien mit durchschnittlich 3 Kindern, die in den letzten 100 Jahren zu unbestimmten Zeiten als Ingenieure, Lehrer usw. nach hier ausgewandert waren und aus verschiedenen Teilen des Reiches stammen.

In ca. 30 km Entfernung nördlich von Taganrog liegen mehrere rein deutsche Kolonien.

Gegenwärtig leben hier fast nur mehr Frauen und Kinder, deren Männer bezw. Väter in den letzten Jahren und Monaten verschleppt wurden. Am 17. September 1941 wurden weitere Transporte der im Raum um Taganrog lebenden Deutschen zusammengestellt und mit der Eisenbahn in nördlicher Richtung abgeschoben. Bei diesem letzten Transport wurden ganze Familien ohne Rücksicht auf das Alter verschleppt. Zurückgeblieben sind nur Kranke und

solche Deutsche, die mit Russen verheiratet sind.

Das äussere Erscheinungsbild dieser volksdeutschen Gruppe ist sehr ungünstig. Bedingt durch die grosse Armut, in der die Volksdeutschen leben, sank auch allmählich das geistige Interesse und damit der Bildungsgrad. Infolge der dauernden Unterdrückungsmassnahmen durch die sowjetrussischen Behörden lockerten sich bei diesen Menschen auch allmählich die Bindungen zum Volkstum.

Von den lebendigen Volkstumselementen ist nur zum Teil die Sprache erhalten geblieben. Jede andere Gemeinschaft war unterbunden. Fast 50% der in Taganrog lebenden Deutschen haben sich mit Russen verheiratet um gegen den Zugriff der Sowjetbehörden geschützt zu sein. Ihre Kinder sprechen zum überwiegenden Teil überhaupt nicht mehr deutsch, da die Eltern keinerlei Wert mehr auf deutsche Erziehung legten. Begünstigt wurde diese Entwicklung hauptsächlich dadurch, dass die Deutschen in Taganrog ganz verstreut wohnen.

Volkstumsmässig gliedert sich die Bevölkerung von Taganrog wie folgt:

78% Russen,
17% Ukrainer,
5% Deutsche, Griechen, Armenier, Kaukasier und Juden.

Die in Taganrog lebenden Ukrainer wurden im Jahre 1785 auf Veranlassung Katharina II. aus der Saporoskje Setsch-Gebiet (am Unterlauf des Dnjepr) angesiedelt. Als Grund wurden ständige Unstimmigkeiten dieses bis dahin selbständigen Gebietes mit der Türkei angegeben.

Ebenfalls auf Veranlassung Katharina II. wurden die hier lebenden Griechen von der Insel Ochipolach, am Ufer des Mjius, nach hier umgesiedelt. Die Hauptbeschäftigung der Griechen, vornehmlich der ersten Kolonisten, wie auch die der Armenier, war der Handel mit Getreide. Die Armenier wanderten um die gleiche Zeit von

Nachitschewan ein.

Mitte des 19. Jahrhunderts siedelte Nikolai I. die Juden aus Wolhynien, Südpolen und Radolje in und um Taganrog an. Ursprünglich betrieben sie Ackerbau und beschäftigten sich mit handwerklichen Arbeiten, um sich allmählich in den Handel einzumischen und diesen später fast ganz an sich zu reissen.

Bis zu Beginn der bolschewistischen Revolution lebten die einzelnen Volksgruppen getrennt voneinander, hatten eigene Verwaltungen (Magistrate) und sprechen bis heute zum grössten Teil ihre eigene Sprache. Auffallend ist hier, dass sie ihre Sitten und Gebräuche gepflegt hatten.

Das Familienleben war hier sehr gelockert. Während vor der Revolution die Ehen kirchlich geschlossen wurden, genügte später lediglich eine Einschreibung bei einer besonderen Abteilung des NKWD.

Vor dem bolschewistischen Umsturz waren alle Privat- und Geschäftshäuser Privateigentum. Laut Gesetz der Sowjetregierung wurden später Häuser mit einem Wert von mehr als 3 000 Rubel verstaatlicht.

Kirchliche Lage.

Im Rayon Taganrog bestanden 17 Kirchen. Von der 12 griechisch-orthodoxen wurden neun in den Jahren 1922 - 1938 geschlossen, teilszerstört und teils als Getreidespeicher verwendet. Versuche der Regierung, aus Kirchen Kinos und Theater zu machen, schlugen fehl, da die Bevölkerung den Veranstaltungen in diesen Häusern fernblieb. Die restlichen 3 Kirchen wurden im Jahre 1938 zerstört. Die Kirchengegenstände verbrachte man angeblich ins Museum.

Die römisch-katholische Kirche wurde 1938 geschlossen und in ihr eine Kinderbibliothek errichtet.

In der evangl.-luth. Kirche wurde 1935 eine Schreinerei eingerichtet.

Aus der armenisch-gregorianischen Kirche entstand im

Jahre 1934 eine Bildhauerwerkstätte.

Die zwei hier vorhandenen Bethäuser für Adventisten und Baptisten wurden ebenfalls geschlossen und für andere Zwecke verwendet.

In der jüdischen Synagoge errichteten die sowjetrussischen Verwaltungsbehörden ein Technikum für Luftfahrt.

Die Bevölkerung, insbesondere die Kirchenräte, richteten aus diesen Gründen an das Zentralkomitee Gesuche, das jedoch mit Repressalien für die Gesuchsteller antwortete.

Etwa 95% der Bevölkerung gehörte der griechisch-orthodoxen Konfession an, 1% waren Juden, während sich der Rest auf die übrigen Religionsgemeinschaften verteilt.

Die Gottlosenorganisation war hier mehr eine formelle Bewegung, die nur sehr schlecht Fuss fassen konnte. Nach dem Besuch der Versammlungen wussten die Menschen meist nicht, welchen Nutzen sie aus der Ansprache ziehen sollten.

Besonders begünstigt wurde das religiöse Leben des Judentums, dem es erlaubt war, in den Privathäusern zusammenzukommen und zu beten.

---

61 h

-1-

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 5. Dezember 1941.

65 Ausfertigungen.
51. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 142.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit Ereignismeldung Nr. 141 vom 3.12.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Meldungen der Einsatzgruppen A und B liegen nicht vor.

67

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Stimmung der ukrainischen Bevölkerung in der Stadt K i e w .

Die Stimmung der ukrainischen Bevölkerung der Stadt Kiew hat sich in der Berichtszeit nicht unwesentlich verschlechtert. Die in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen festgestellte Begeisterung hat einer immer mehr zutage tretenden Gleichgültigkeit Platz gemacht. Die Ursache hierfür liegt zunächst in der ausserordentlich schlechten wirtschaftlichen Lage der Stadt. Das Volk ist enttäuscht, da es sich nach der Einnahme Kiews durch die deutschen Truppen unverzüglich eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse versprochen hatte. Die Bevölkerung beklagt sich in erster Linie über den Mangel an wirtschaftlichen Massnahmen, so insbesondere der Preisbildung und Preisüberwachung, der Zufuhr von Lebensmitteln und sonstigen Waren, sowie auch darüber, dass von deutscher Seite keine Anstalten gemacht werden, den Mangel an Geschäften abzustellen.

Andererseits bringt der Ukrainer den vorhandenen technischen Schwierigkeiten kein Verständnis entgegen. Seine Forderungen entspringen fast kindlichen Vorstellungen und zeigen deutlich, dass er das Ausmass der Gründe der aufgetretenen Schwierigkeiten nicht zu begreifen vermag. Hieraus sind auch seine Vorwürfe über "das Versagen der berühmten deutschen Organisationsfähigkeit" zu verstehen und zu werten. Die Gefahr einer Hungersnot im Winter wird ernsthaft in Erwägung gezogen.

Die inzwischen bekannt gewordene Absicht Deutschlands, der Ukraine eine andere als hier gewünschte politische Struktur zu geben, sowie die Haltung der Deutschen den Ukrainern gegenüber hat gleichfalls zur Mißstimmung Anlass gegeben. Die Ukrainer vertraten den Standpunkt, dass

die Deutschen die Ukrainer nicht als ihre Feinde, sondern als ihre Freunde freigekämpft haben. Sie sehen sich jetzt in dem Verhalten der Deutschen ihnen gegenüber enttäuscht. Sie fühlen sich von den Deutschen als Menschen minderwertigen Schlages behandelt und stellen sich die Frage, ob dieser Zustand nur ein vorübergehender oder ein dauernder sein werde. So ist z.B. das unter ihnen verbreitete Gerücht, dass eine Eheschließung zwischen Deutschen und Ukrainern nicht gestattet sei, für sie unbegreiflich und entehrend.

Ausschlaggebend für die mutlose und unzufriedene Stimmung unter den Ukrainern in Kiew ist weiterhin die Beschränkung ihrer politischen Tätigkeit. Sie sehen sich in allem, was sie anfassen, von der deutschen Polizei und der deutschen Wehrmacht behindert und in ihrer Selbständigkeit beschnitten.

Die Unzufriedenheit bei der männlichen Jugend hat durch angebliche Schwierigkeiten von deutscher Seite bei der Gründung politischer Organisationen, wie z.B. der "Sich", zugenommen.

Die Bevölkerung Kiews weist kaum eine Intelligenzschicht auf. Die Intelligenz kam früher aus den Reihen der Parteifunktionäre und des NKWD. Das herrschende und belebende Element war der Jude, dem sich der Ukrainer unterlegen und unterstellt fühlte. Aus diesem Grunde findet er auch heute noch zur Judenfrage keine rechte Stellungnahme. Er sieht in der Judenfrage nur eine religiöse Auseinandersetzung und kein Rassenproblem.

Aushebung einer illegalen Versammlung von Priestern der griechisch-orthodoxen Kirche.

Der Gemeinderat der griechisch-orthodoxen Kirche in Kiew, der sich aus Priestern und Laien zusammensetzte, hatte im ehemaligen Gebäude der NKWD-Nachrichtenzentrale eine Geschäftsstelle eingerichtet, die der Beratung

und Betreuung verschiedener Personenkreise in angeblich religiösen Dingen dienen sollte und in der Regel Versammlungen beobachtet werden konnten. Der Verdacht, dass diese Zusammenkünfte mit der Arbeit illegaler KP-Elemente und Agenten des NKWD unter dem Deckmantel religiöser Betätigung zusammenhingen, bestätigte sich. Am 7.11.1941 wurde eine Versammlung von 49 Priestern und 95 Zivilpersonen, die von einem Erzbischof geleitet wurde, ausgehoben. Zwei Priester konnten dabei einwandfrei als NKWD-Agenten festgestellt werden, die nach bestimmten Aufträgen zersetzende deutschfeindliche Arbeit zu leisten hatten. Bei dem einen dieser beiden wurde eine Proklamation des Metropoliten in Moskau gefunden, die sich an alle Gläubigen mit der Aufforderung wandte, "gegen die Banden des verfluchten Hitler zu wirken". Dieser Aufruf war auftragsgemäss in mehreren öffentlichen Gottesdiensten verlesen worden. Da sich gegen die übrigen, an der Versammlung beteiligt gewesenen Personen im Augenblick keine besonderen Belastungsmomente ergaben, wurden sie unter geeigneten Hinweisen auf die Folgen illegaler Betätigung entlassen, nachdem ihnen eine schriftliche Erklärung abgenommen worden war, nach der sie sich jeglicher deutschfeindlichen Arbeit zu enthalten hätten.

Der bei dieser Gelegenheit festgenommene Bischof war der Erzbischof von Wolhynien und Krzemieniec mit Namen Alexj G r o m a d s k i , der vor der Okkupation der ehemals polnischen Gebiete durch die Sowjets polnischer Staatsbürger und dem orthodoxen Metropoliten in Warschau unterstellt war. Später wurde er Sowjetbürger und war mit den Gläubigen der von ihm kirchlich betreuten Gebiete dem Metropoliten in Moskau unterstellt. G. sollte nach seinen Aussagen im Jahre 1939 und zuletzt im März 1941 auf besondere Aufforderung hin beim Metropoliten in Moskau zu Besprechungen und Bischofsweihen gewesen sein. Er gab weiter an, bei Ausbruch der Feindseligkeiten zwischem dem Reich und der Sowjetunion wegen seiner Eigenschaft als Erzbischof vom NKWD festgenommen, gegen Osten

zu Fuss transportiert und schliesslich, da er auf diesem Marsch liegengeblieben und aufgegeben war, durch hilfreiche Gläubige wieder zurückgeführt worden sei . Da nun die Verbindung mit Moskau abgerissen gewesen war , hätte er sich, als der höchste Würdenträger innerhalb des besetzten Gebietes der Ukraine, nach dem Recht der orthodoxen Kirche verpflichtet gefühlt, die Betreuung der Gläubigen und die Wiederbelebung des religiösen Lebens in diesen Bereichen zu organisieren. Er wäre in dieser Aufgabe durch die grosszügige Hilfsbereitschaft der militärischen Ortskommandanturen, die ihm Passierscheine und Reiseausweise ausgestellt hätten, unterstützt worden. In seiner Eigenschaft als Oberhaupt der orthodoxen Kirche in der Ukraine wäre er in Shitomir und in Berditschew gewesen, um dort neueingerichtete Kirchen einzuweihen. In Kiew hätte er sich über die Möglichkeiten einer Belebung des religiösen Lebens unterrichten lassen wollen. Er hätte die Absicht gehabt, den Bischof Panteleimon R u d ' y k , der früher Bischof von Potschajef gewesen wäre, als Erzbischof in Kiew einzusetzen.

Die beiden festgenommenen NKWD-Agenten waren der orthodoxe Priester der Salominkerkirche in Kiew, Alexander W i s c h n i a k o w , und der Priester der Baikowskakirche, Paul O s t r i n s k i , die beide exekutiert wurden, nachdem sie zugegeben hatten, als Nachrichtenträger des NKWD eingesetzt gewesen zu sein. Sie gaben zu, die Aufgabe gehabt zu haben, die Stimmung der Bevölkerung und besonders der religiösen Kreise zu erforschen und zu beeinflussen.

Einsatzgruppe D.

Standort S i m f e r o p o l .

Vom EK 11 b wurde der Bandera-Anhänger Johann Osadtschuk, zuletzt wohnhaft Kriwoj-Rog, festgenommen. Die Ermittlungen ergaben folgendes:

Die Bandera-Bewegung hat auf der Krim ihre Tätigkeit aufgenommen, treibt Propaganda und versucht, eine feste Organisation zu schaffen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind von Lemberg aus von einem gewissen Lebet 6 Sechsergruppen eingesetzt worden. Die Obenerwähnten gehörten der Sechsergruppe an, die im Raum um Simferopol tätig ist. Fahndungsmassnahmen sind eingeleitet.

Einsatz in Jewpatoria/Krim, insbesondere Partisanenbekämpfung.

Wie bisher festgestellt werden konnte, war beim Einrücken des Aussenkommandos in der 35 000 Einwohner zählenden Stadt Neu-Patoria bis zum 5.11.41 weder eine Ortskommandantur, noch überhaupt ein Truppenteil oder eine Wehrmachtsdienststelle vorhanden. Erst später erschienen einige Sonderführer vom Wiko - Abtl. Ia-, die die Geschäfte der Ortskommandantur übernahmen. Läden, verlassene Wohnungen usw. waren infolge dessen, soweit nicht zerstört, vollständig ausgeplündert. Durch den Einsatz des Kommandos konnte indessen noch sichergestellt werden:

3 Sanatorien mit vollständiger Einrichtung und medizinische Instrumenten, deren Wert nach Millionen geschätzt wurde; an öffentlichen Gebäuden das Heimatmuseum, die Post mit Funkstelle, eine grosse Apotheke, eine Bibliothek;

an Vorräten ca. 8 000 t Getreide und 15 Fässer Motorenöl, ferner eine Großschneiderei der Roten Armee mit über 1 000 Paar Handschuhe, die dem Wiko-Abtgl. übergeben wurden.

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wurde durch das

Kommando wieder hergestellt, ein Bürgermeister mit Stadtrat eingesetzt und ein Selbstschutz gebildet.

Die nach am Tage des Einrückens eingeleiteten Ermittlungen gegen Kommunisten und Partisanen führten zunächst zur Feststellung einer kleineren Partisanengruppe von 10 Mann, die mit Gewehren, 700 Schuss Munition, Handgranaten, 120 kg Sprengstoff (Ammonal), einigen Rollen Zündschnur, ferner Sprengkapseln und Signalraketen, ausgerüstet waren. Aus den einzelnen Vernehmungen ergab sich gutes Material über Bildung, Aufgaben und Ziel der Partisanengruppen.

Bereits lange vor Einzug der deutschen Truppen in Neu-Patoria war hier von den Bolschewisten mit der Bildung von Partisanengruppen begonnen worden. Zu diesem Zweck wurden zwangsweise Teile der Bevölkerung eingezogen, in kleine Gruppen eingeteilt und mit Waffen aller Art versehen. Der Leiter der bisher ausgehobenen Partisanengruppe war ein gewisser Jakob Kulik (Parteiangehöriger), dazu gehören 9 parteilose Personen. Die vorgefundenen Gewehre waren zum Teil japanischer Herkunft. Die Aufgabe der Gruppe war, lebenswichtige deutsche Versorgungslager, Munitionslager, Kommandostäbe usw. zu vernichten, Transportzüge zu überfallen und Brücken, Elektrizitäts- und Wasserwerke zu zerstören, ferner bei russischen Fliegerangriffen Truppenunterkünfte und wichtige Gebäude mit Hilfe der Raketen zu verraten. Weitere Aufgaben sollte die Einheit zu gegebener Zeit von einer ihr übergeordneten Gruppe, der gleichzeitig die Überwachung und bei Passivität die Liquidierung oblag, erhalten. Personen dieser Gruppe waren unbekannt. Fest steht lediglich, dass sie als "Diversionaja Gruppe" bezeichnet wurde. Nach den vorgeschriebenen Instruktionen sollte diese Gruppe hauptsächlich auch zur Vernichtung des deutschen Offizierskorps eingesetzt werden. Ihre Bewaffnung soll aus Handfeuerwaffen und Giften (Strychnin, Kokain usw.) bestehen. Die Gruppe soll sich ausserdem zur Erledigung ihrer Aufgaben gutaussehender und interessanter Frauen bedienen.

Nach ausgeführten Aufträgen und auf besonderen Befehl sollten sich alle Partisanen einzeln oder in kleineren Gruppen nach Baktschisaraj, dem angeblichen Hauptoperationsgebiet der Partisanen, begeben. Aus Neu-Patoria sei schon lange vor Einzug der deutschen Truppen, etwa Anfang August, mit der zwangsweisen Aufstellung und Verschickung der Partisanen in die weiteren Berggebiete von Baktschisaraj begonnen werden. Ebenfalls seien während dieser Zeit bereits Waffen, Munition, Lebensmittel, Spirituosen, ja sogar Viehherden nach dorthin weggeschafft worden. Der Führer dieser Banden soll ein gewisser Malaschnikow, gewesener Direktor des "Wodokanal" aus Neu Patoria, sein, der erst kurz vor Einzug der deutschen Truppen nach Baktschisaraj flüchtete.

Nach der Erfassung der obengenannten Partisanengruppe in Neu Patoria und ihrer Entwaffnung konnten ausserdem 3 Waffenlager in verschiedenen Stadtteilen mit insgesamt 300 Gewehren, 10 000 Schuss Munition, 2 sMG's, 3 lMG's, Handgranaten und Minen festgestellt und sichergestellt werden. Ausserdem wurde umfangreiches Foto- und Schriftenmaterial, das bisher noch nicht gesichtet ist, vorgefunden. Dieses Material gibt Aufschluss über die Ausbildung der Partisanen und insbesondere auch über die einzelnen Mitglieder.

Hinsichtlich der Erfassung der Volksdeutschen und der Registrierung der Juden, die ebenfalls gleich aufgenommen wurde, ergab sich, dass zwar die Deutschen aus den Dörfern restlos evakuiert wurden, in der Stadt jedoch ein Teil zurückbleiben konnte.

Bei der Judenerfassung war eine Klärung der Frage der nichtjüdischen Einwohner mosaischen Glaubens insofern notwendig, als hierbei Karaimen und Krimtschaken angetroffen wurden. Folgende Feststellungen wurden hierbei gemacht:

Die Karaimen haben nach ihrer eigenen Aussage mit den Juden nichts als den Glauben gemeinsam. Sie wollen blutsmässig von einer Mongolengruppe abstammen, die früher

im Gebiet des Schwarzen Meeres lebten. Zum Unterschied hatten sie im Gegensatz zu den Juden volle Bürgerrechte, worauf sie noch heute stolz sind.

Die Krimtschaken sollen nach Aussage der Juden aus Italien ausgewanderte Juden sein, die vor etwa 400 Jahren in die Krim kamen und das Tatarische als Umgangssprache annahmen. Die Krimtschaken selbst behaupten, ein Zweig des tatarischen Volksstammes zu sein. Man kann annehmen, dass beide Teile Recht haben und sie ausgewanderte Juden aus Italien sind, die sich im Laufe der Jahrhunderte mit den Tataren stark vermischt haben, deren Sprache und Sitten annahmen, aber ihren Glauben behielten.

61h

-h-

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -

Berlin, den 8. Dezember 1941.

65 Ausfertigungen.
57. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 143.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit Ereignismeldung Nr. 141 vom 3.12.1941 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

76

II. Meldungen der Einsatzgruppen- und Kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort R i g a .

Übernahme des Gebiets Estland in die Zivilverwaltung.

Laut Mitteilung des Einsatzkommandos 1 a geht am 5. Dezember das Gebiet Estland an die Zivilverwaltung über.

Vergiftungen.

Während der letzten drei Monate sind in Reval und Umgebung 40 Fälle bekannt geworden, in denen der Genuss gifthaltiger Getränke zu schweren Vergiftungen geführt hat. Bis jetzt sind 26 Todesfälle unter den auf diese Weise Erkrankten zu verzeichnen. Die gifthaltigen Getränke sind beim Falle Revals von den Bolschewisten zurückgelassen worden und in die Hände der Zivilbevölkerung geraten.

Einsatzgruppe B.

Standort S m o l e n s k .

Ausweise für Kommissare, Politruks und russische Offiziere.

Nach Mitteilung des Befehlshabers d. rückw. Heeresgebiets Mitte sollen Anfang Oktober in Kalinin im Mil.Kommissariat für Kommissare, Politruks und Offiziere Bescheinigungen ausgestellt sein, nach denen sie aus dem Militärdienst krankheitshalber entlassen werden. Da die Vermutung besteht, dass die mit diesen Ausweisen ausgestatteten Personen in die besetzten Gebiete geschickt werden, um dort Partisanenabteilungen zu organisieren, werden sie bei Antreffen in jedem Falle als äusserst verdächtig angesehen und demgemäss behandelt. Es ist damit zu rechnen, dass derartige Bescheinigungen auch von Kreis- und Armeekrankenhäusern ausgestellt werden.

Zersetzungserscheinungen in Partisanengruppen.

Nach einer Mitteilung des Befehlshabers des r[illegible] Heeresgebietes ist von anderen Teilen der Front bekanntgegeben, dass unter den Partisanengruppen Zersetzungserscheinungen wahrgenommen würden. Dies sei zum Teil auf die Witterung, zum Teil auf die schwierige Versorgungslage der Partisanen zurückzuführen. Es mehre sich die Zahl der Überläufer. Dabei werde beobachtet, dass die Partisanen versuchten, ihre Heimatdörfer zu erreichen, nachdem sie Waffen und Munition an sicheren Orten versteckt hätten. Es solle während des Winters eine intensive Werbung für die Partisanen unternommen werden, so dass im Frühjahr der Kampf auf neuer und breiterer Grundlage wieder beginnen können.

Einsatzgruppe C.

Standort K i e w .

Tätigkeit der Bandera-Bewegung im Kreise Shitomir.

Vom Ausscnposten Shitomir des EK 5 wurden vier in der Lemberger Gegend beheimatete OUN-Leute festgenommen, deren Vernehmung weiteres die Bandera-Richtung der OUN belastendes Material ergab.

Die von der OUN den Festgenommenen gestellten Aufgaben entsprachen genau den schon früher gemeldeten Bestrebungen dieser politischen Gruppe: Aufstellung von ukrainischen Milizen, Einsetzung von Bürgermeistern und Milizkommandanten, Absetzung von der Bandera-Gruppe nicht genehmen Amtspersonen und Werbung für die Sache Banderas unter der Bevölkerung. Besonderes Gewicht wird nach wie vor auf die Besetzung aller massgeblichen Posten durch unbedingt zuverlässige Anhänger Banderas gelegt.

Es wurde einwandfrei festgestellt, dass z.B. der in

Josefsstadt amtierende volksdeutsche Bürgermeister Z i e l k e, der sich nicht bereit fand, den Weisungen der OUN Folge zu leisten, von den Festgenommenen abgesetzt worden ist. Diese Massnahme beweist erneut, dass die Bandera-Gruppe nicht gewillt ist, von irgendeiner anderen Seite getroffene Anordnungen zu respektieren, soweit sie nicht in die Pläne der OUN hineinpassen.

Wie weit heute diese Pläne einen bereits eindeutig gegen das Deutsche Reich gerichteten Charakter angenommen haben, geht aus den Äusserungen eines der Festgenommenen, des Simon M a r t s c h u k , hervor. M. erklärte, dass den Anhängern der OUN aufgegeben worden sei, in den Wäldern nach russischen Gewehren und Munition zu suchen und diese sicher aufzubewahren, damit sie nicht in die Hände der Deutschen Wehrmacht fielen. Wenn der Zeitpunkt, den die Führung der OUN für günstig hält, gekommen und die erforderlichen Partisanengruppen aufgestellt sein würden (daher die Bildung banderatreuer Milizen), soll gegen die deutschen Besatzungstruppen losgeschlagen werden. M. erklärte weiter, dass nach Äusserungen führender Persönlichkeiten der Bandera-Bewegung die Deutsche Wehrmacht als der grösste Feind der Ukraine angesehen werde. Diese führenden Kreise der OUN glaubten nicht an einen Sieg Deutschlands über Sowjetrussland und England. Vielmehr sei man der Ansicht, dass Deutschland nach dem Siege über Sowjetrussland derartig geschwächt sein würde, dass es den Krieg nicht weiterführen könnte. Diese Lage ausnutzend, sollte die von den Ukrainern aufgestellte Armee den deutschen Streitkräften den Rest geben und den selbständigen ukrainischen Staat bilden, dessen Entstehung das durch die Niederlage gegen Deutschland ausgeblutete Russland nicht würde verhindern können.

Die im Zusammenhang mit der Festnahme der vier erwähnten OUN-Leute angestellten Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

-244-

Bandera-Bewegung in Saporoshje.

In Saporoshje war es gelungen, die wichtigsten Stellen der Verwaltung mit Volksdeutschen, Ukrainern und Russen zu besetzen, ehe Westukrainer dort eingetroffen waren. Etwa am 8.10.1941 tauchte die erste Gruppe der Bandera-Leute auf. Inzwischen sind etwa 15 aus der Westukraine stammende Personen festgestellt worden, von denen 9 nachweislich Angehörige oder Beauftragte der OUN sind.

Diese Leute hatten versucht, in der Verwaltung (Stadtverwaltung, Hilfspolizei usw.) leitende Stellen zu erhalten. Als dies misslang, schickten sie Strohmänner vor, die an die deutschen Dienststellen mit dem Ansinnen herantraten, Volksdeutsche, Russen usw. abzusetzen und die von ihnen benannten Kandidaten einzustellen. So wurde z.B. als Hauptschriftleiter der in Saporoshje neu zu gründenden Zeitung der Lehrer Alexander Waschtschuk, gebürtig in der Westukraine, vorgeschlagen. Die Druckerei war vorher von dem OUN-Angehörigen D y w n i t s c h - L e i t w i c h s aus Kiew eigenmächtig besetzt worden. Für den Posten des Bürgermeisters und den des Bürgermeister-Stellvertreters waren ebenfalls zwei der obengenannten Personen vorgeschlagen worden.

Wegen der augenblicklich bestehenden Transportschwierigkeiten konnte ein Abtransport der Westukrainer in ihre Heimat bisher nicht vorgenommen werden.

Allgemeine Lage in Saporoshje.

Saporoshje hatte vor dem deutsch-russischen Kriege 350 000 Einwohner. Davon waren rund 45% Ukrainer und 45% Russen, während der Rest von 10% in der Hauptsache von Juden gebildet wurde. Die Neustadt von Saporoshje ist erst unter bolschewistischer Herrschaft um den Bau des Kraftwerkes Dnjeprostroj herum entstanden. Ein grosser Teil aller grösseren Gebäude in der Altstadt wie in der Neustadt ist durch bolschewistische Brandkommandos zerstört worden.

So wurde u.a. auch eine der hiesigen Brotfabriken von den Bolschewisten mit der gesamten Belegschaft von über 300 Arbeitern und Arbeiterinnen in die Luft gesprengt. Beide NKWD-Gebäude (Gebiets- und Stadt-NKWD) sind ebenfalls ausgebrannt. Etwa 50 000 Einwohner sind mit den Roten geflüchtet. Das Hafenbecken des oberhalb des Dnjeprstaues liegenden Binnenhafens ist infolge der Sprengung eines Teiles des Staudammes und der dadurch erfolgten Senkung des Wasserspiegels völlig ausgelaufen. Die im Hafen liegenden Schiffe liegen auf Grund. Das Hafenbecken war zwar ziemlich tief, konnte jedoch nur von Schiffen mit einem Tiefgang bis zu 30 cm benutzt werden, weil der Dnjepr durch die unterhalb des Staudammes befindlichen Sandbänke einen äusserst niedrigen Wasserstand aufwies. Saporoshje war Hauptumschlaghafen für Korn, Metalle und Kohle.

Von den insgesamt 4 Kirchen der Stadt Saporoshje sind 3 von den Bolschewisten zerstört worden, eine davon ist unversehrt geblieben und wurde als Werkstatt benutzt.

Einschliesslich Kliniken und Mütterheimen sind 7 Krankenhäuser vorhanden. Ein Militärlazarett wurde in einem Technikum eingerichtet.

In Saporoshje gibt es 5 Bibliotheken, 1 Theater, 10 Kinotheater (davon 6 werkseigene), 1 Museum der Geschichte des Kraftwerkes Dnjeproges mit einer vorgeschichtlichen und einer kommunistischen Abteilung.

Erwähnenswert ist die im Dnjepr gegenüber dem deutschen Dorf Chortiza liegende Dnjepr-Insel, die als die Wiege des Kosakentums bezeichnet wird. Sie bildete infolge der sie umgebenden Stromschnellen einen Zufluchtsort der Kosaken.

Sicherheitspolizeiliche Massnahmen der Einsatzkommandos.

Die Zahl der durch das SK 4 a Exekutierten betrug am 9.11.41 57 243. -246-

Ein Teilkommando des SK 4 a erschoss in Gornostaipol am 7.11.41 385 Juden standrechtlich, die zum grossen Teil aus den umliegenden Dörfern in G. zusammengetrieben worden waren. Auf dem Rückweg nach Kiew erschoss dasselbe Kommando in Dymer 120 Juden und in Oster am selben Tage 30 Juden und Partisanen. Diese Aktion konnte in Zusammenarbeit mit den Wehrmachtsdienststellen ohne jeden Zwischenfall durchgeführt werden.

Das SK 4 b erschoss standrechtlich in der Zeit vom 31.10.41 bis 5.11.41 insgesamt 740 Personen. Darunter waren:

3 politische Funktionäre,
1 Saboteur,
137 Juden,
599 Geisteskranke.

Auch diese Aktion konnte entsprechend den getroffenen Vorbereitungen völlig reibungslos durchgeführt werden. Der durch die Erschiessung des grössten Teiles der Insassen der Irrenanstalt in Poltawa freigewordene landwirtschaftliche Betrieb steht in erster Linie den dortigen Kriegslazaretten zur Verfügung. Die angefallenen Wäsche-, Kleidungs- und sonstigen Gebrauchsgegenstände sind gleichfalls in erster Linie den Lazaretten zugeführt worden. Die 200 verbleibenden heilbaren Anstaltsinsassen werden im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt.

Ein Teilkommando des SK 4 b hat die Säuberung des Gefangenenlagers in Losovoja aufgenommen.

Die Gesamtziffer der durch das Einsatzkommando 5 standrechtlich Erschossenen betrug am 10.11.1941 [illegible].

In der Zeit vom 2. November bis einschliesslich 3. Nov. 1941 wurden vom EK 5

15 politische Funktionäre,
21 Saboteure und Plünderer,
10 650 Juden und
414 Geiseln

erschossen.

Die Erschiessung der Geiseln erfolgte im Einvernehmen mit dem Stadtkommandanten von Kiew als Vergeltung für die

zunehmenden Fälle von Brandstiftungen und Sabotage. Der Stadtkommandant gab in einem Aufruf an die Bevölkerung Kiews die Erschiessung dieser Geiseln bekannt und brachte darin u.a. auch zum Ausdruck, dass für jeden neuen Fall von Brandstiftung und Sabotage eine mehrfache Anzahl erschossen würde. Weiterhin wies er darin alle Einwohner auf die Pflicht hin, jede verdächtige Wahrnehmung unverzüglich der deutschen Polizei anzuzeigen.

In der Zeit vom 9. bis einschliesslich 15.November 1941 führte das EK 5 1 509 standrechtliche Erschiessungen durch. In dieser Zahl sind enthalten:

57 politische Funktionäre,
30 Saboteure,
1 422 Juden.

Am 6. und 7. November 1941 wurde die schon länger beplant gewesene Judenaktion in Rowno durchgeführt, bei der rund 15 000 Juden erschossen werden konnten. Die Organisation lag auf Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers in den Händen der Ordnungspolizei. Das Aussenkommando Rowno des Einsatzkommandos 5 war an der Durchführung massgeblich beteiligt.

In der Zeit vom 26.10. bis 2.11.1941 erschoss das EK 6

26 politische Funktionäre,
10 Saboteure und Plünderer,
43 Juden

standrechtlich.

In derZeit vom 26.10. bis 2.11.1941 erschoss das EK 6

26 politische Funktionäre,
10 Saboteure und Plünderer,
43 Juden

standrechtlich.

In der Zeit vom 3. - 9.11.41 wurden

20 politische Funktionäre,
3 Saboteure,
113 Juden

und in der Zeit vom 10. bis 16.11.41

4 politische Funktionäre,
10 Saboteure und Plünderer,
47 Juden

erschossen. Die Zahl der in der Zeit vom 17. bis 25.11.41 durch das EK. 6 Exekutierten beträgt insgesamt 105. Darunter waren

24 politische Funktionäre,
20 Saboteure und Plünderer,
61 Juden.

Einsatzgruppe D:

Standort: S i m f e r o p o l .

P a r t i s a n e n:

Wegen des erst spät angesetzten Angriffs auf die Krim konnte die Partisanen-Organisation dort in Ruhe und grossem Umfange vorbereitet werden. Im Gebirge sind schätzungsweise 60 bis 70 grössere und grösste Verpflegungslager eingerichtet, u.a. ein Lager südlich Karassubasar. Im Gebirge sind grosse Lebensmittelvorräte, über 3 000 t Getreide und Mehl, 900 t Kartoffeln, 5 000 ltr. Alkohol, 700 - 800 kg Fleisch und Butter, etwa 3 500 kg Hülsenfrüchte und Gemüse, 4 000 kg Käse usw. bereits festgestellt worden. Ausserdem sind zahlreiche Viehherden ins Gebirge verschleppt, die der Versorgung dienen. Ausser diesen Versorgungslagern sind grosse Munitions- und Waffenlager eingerichtet worden.

In der Süd-Krim (Jaila-Gebirge) liegt der Schwerpunkt der Partisanentätigkeit. Die Gesamtzahl der dort befindlichen Partisanen beträgt nach genauen Erkundungen mindestens 10 000. Demgegenüber ist der Nordteil wegen des ungünstigen Steppengeländes für Partisanen wenig geeignet. ./.

Die einzelnen Gruppen treten in einer Stärke von 10 bis zu 300 Mann auf. Ihre Ausrüstung besteht vorwiegend aus japanischen kleinkalibrigen Gewehren, leichten und schweren Maschinengewehren, leichten und schweren Granatwerfern sowie Artilleriegeschützen und Pak.

Die Aufstellung der Partisanengruppen erfolgte z.T. durch Übernahme geschlossener Vernichtungs- und Zerstörungsbatl., z.T. durch Auswahl der zuverlässigsten und aktivsten Kommunisten aus diesen Bataillonen. Die ganze Organisation steht unter der straffen Führung von Oberstltn. M a k r a u s o w , der bereits bewährt und bekannt ist als Partisanenführer aus der Revolutionszeit und aus dem spanischen Bürgerkrieg.

Die Tätigkeit der Partisanen bestand in der ersten Zeit vorwiegend in Überfällen in der Dämmerung und nachts. Jetzt mehren sich auch am Tage durchgeführte Überfälle , und zwar auch auf den Strassen Simferopol - Aluschta, Aluschta - Sudak, Feodosia - Karassubasar, Sudak - Karassubasar, Simferopol - Bachtschissarai, Bachtschissarai - Jalta. Dabei entstehen ständig Verluste der Wehrmacht in personeller und materieller Hinsicht.

Im Hinblick auf diese Lage erwies sich die Aufteilung der Kommandos in mehrere Teilkommandos. Feodosia, Sudak, Tuak, Aluschta, Jalta, Bachtschissarai, Jewpatoria, Simferopol, Karassubasar und Kertsch als notwendig. Von dort aus wird die umfassende Ermittlungs- und Erkundungstätigkeit durchgeführt. Die bisherige Arbeit hat nicht nur zu einer weitgehenden Feststellung der einzelnen Partisanengruppen hinsichtlich ihres Aufenthaltsortes, ihrer Stärke, Bewaffnung, Organisation, Führung und nächsten Ziele geführt, sondern sie bietet gleichzeitig die Grundlage für Aktionen zur Vernichtung verschiedener Gruppen sowie zur Aus-

./.

nahme von Verpflegungs- und Waffenlagern.

Schwierigkeiten ergaben sich bisher aus der starken zahlenmässigen Überlegenheit der Partisanengruppen. Die Wehrmacht hat bis vor kurzem nur im geringen Umfange Truppen zur Partisanenbekämpfung abgestellt, mit der Begründung, dass ein systematischer Einsatz erst nach dem Fall von Sevastopol möglich sei. Nach eingeholten Vorlegungen beim AOK 11 und den eigenen trüben Erfahrungen der Wehrmacht ist diese jetzt bereit, nach genauer Erkundung durch die Einsatzkommandos Truppenteile zur Partisanenbekämpfung zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz rumänischer Truppen führte bisher fast immer zu deren Versagen. Seit Einbruch von Kälte und Schnee ist eine verstärkte Abwanderung der Partisanen aus dem Gebirge in die Dörfer und Städte s.T. bis in die mittlere Krim zu beobachten.

61h

-1-

BIb- 145- 86

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD
- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs -.

Berlin, den 10.Dezember 1941.

65 Ausfertigungen.
51. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 144.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 10.12.1941.

Höh. SS- und Pol.-Führer Nord (101)
(Prützmann)
Standort: Riga.

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker):

Standort: Krasnowardeisk,
N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga, Feldpost-Nr. 15119.

Sonderkommando 1 a:
(Sandberger)
Standort: Reval, Narwa, Dorpat, Pernau und Ahrensburg (Ösel)
N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa, Fernschreibverbindung Reval, Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1 b:
(Ehrlinger)
Standort: Tossno, Mjedwjed, Mostonja. Staraje-Ruska,
N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno, Feldpost-Nr. 15 119.

Einsatzkommando 2:
(Strauch)
Standort: Teile in Riga, Schaulen u. Libau,
N-Verbindungen: Funkverbindung Riga,
Fernschreibverbindung Riga und Libau,
Feldpost-Nr. 15 447.

Einsatzkommando 3:
(Jäger)
Standort: Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowice, Minsk,
N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Kowno, Wilna und Minsk,
Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. SS- u.Polizei-Führer Mitte (102)
(von dem Bach)
Standort: Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann):

Standort: Smolensk, Vork. in Moshaisk,
Funkverbindung, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über V.D. Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7 a:
(Steimle)
Standort: Rshew und Kalinin,
N-Verbindungen: Funkverbindung Rshew,
Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:
(Rausch)
Standort: Nachk. in Brjansk, Vork. Tula,
N-Verbindungen: Funkverbindung Orel,
Feldpost-Nr. 18 555.

Einsatzkommando 8:
(Bradfisch)

Standort: Mogilew mit Trupps in Witebsk, Gomel, Arscha und Kritschew,
Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9:
(Schäfer)

Standort: Wjasma mit Trupps in Gshatsk und Smolensk,

N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau":

Standort: Malojaroslawez,

N-Verbindungen: Funkverbindung Malojaroslawez.

Höh. SS- u. Pol.-Führer Süd (103)
(Jeckeln)

Standort: ~~Malojaroslawez,~~ Kriwoj-Rog

N-Verbindungen: Fernschreibverbindung Lemberg.

Einsatzgruppe C (Dr. Thomas):

Standort: K i e w ,

N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew,
Fernschreibverbindung über Lemberg, von dort aus Kurier,
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4 a:
(Blobel)

Standort: Charkow,

N-Verbindungen: Funkverbindung Charkow,
Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4 b:
(Braune)

Standort: Kramatorskaja mit Teilen in Sochnowtschina, Losowaja, Slawiansk, Konstantinowka, Artemowsk

N-Verbindungen: Funkverbindung a.d.Marsch
Feldpost-Nr. 34 510.

Einsatzkommando 5:
(Meyer)
Standort: Kiew, Trupps in Shitomir, Rowno, Winniza,
N-Verbindungen: Funkverbindung Nikolajew, Fernschreibverbindung Rowno
Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:
(Kröger)
Standort: Stalino,
N-Verbindungen: Funkverbindung Stalino,
Feldpost-Nr. 35 979-

Höh. SS- u. Pol.Führer z.b.V.:
(Korsemann)
Standort: R o w n e .

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol,
N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:
(Seetzen)
Standort: Taganrog, ~~Rostow mit Teilkom.in Mariupol, Melitopol u.Berdjansk,~~
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 b:
(Persterer)
Standort: Feodosia mit Teilk.in Kertsch, Sudak ~~und Stari,~~
N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Skadowsk,~~
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:
(Zapp)
Standort: Jalta, Teilk.~~ver Sewastopol u.~~ Bachtschisaraj ~~u. Jewpatrija,~~
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:
(Zapp)

Standort: Simferopol, Teilk.in Aluschta, ~~Tuak,~~ Karasubar ~~u. Juschun~~,

N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Odessa~~,
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:
(Noske)

Standort: ~~Michailowka u.~~ Fedorowka,

N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Michailowka~~,
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort: K r a s n o w a r d e i s k .

Seit Ende November ds.Jr. ist in Minsk und anderen Orten Weißrutheniens Fleckfieber aufgetreten. Aus ursprünglich endemischen Fällen ist nun eine Epidemie entstanden.

Am 29.11. waren im Seuchenlazarett in Minsk 58 Fälle bekannt, davon bereits 7 tödlich. In ganz Weißruthenien sind bisher 2.000 Krankheitsfälle innerhalb der deutschen Wehrmacht und Zivilbevölkerung und 3.000 bei Kriegsgefangenen bekannt geworden. Vermutlich befinden sich in der Zivilbevölkerung noch eine ganze Reihe unbekannter Fälle, zumal die Erkrankungen ständig zunehmen.

Seit Anfang Dezember ist auch in Lettgallen Flecktyphus aufgetreten. Bisher sind folgende Fälle gemeldet worden: Im Landkreis Düneburg 20, in Stadt Dünaburg 1, im Kriegsgefangenenlager Dünaburg 93 sichere und 87 unsichere Fälle. Bei der Wehrmacht im Dünaburger Gebiet sind bisher 25 Fälle, darunter 2 Todesfälle aufgetreten. Als Ausgangspunkt für das in Weißruthenien aufgetrene Fleckfieber ist das Stalag Molodetschno ermittelt worden. Trotz des Vorschlags der Gesundheitsabteilung des Generalkommissariats sind die vom Fleckfieber betroffenen Gefangenen nicht sofort erschossen und das Lager auch nicht hermetisch abgeschlossen worden. Angeblich ist dies aus Gründen des Arbeitseinsatzes nicht möglich.

Der Ausgangspunkt für das Gebiet von Dünaburg ist zur Zeit noch nicht bekannt. In Dünaburg sind sofort sämtliche Schulen geschlossen worden, desgleichen alle Veranstaltungen unterbunden. Einzelne Dörfer wurden sogar gesperrt.

Angehörige der Kommandos sind bisher nicht erkrankt. Für Weißruthenien steht ein völliges Ausreiseverbot bevor und zwar für die Wehrmacht ab 13. und für die Zivilverwaltung ab 15. Dezember.

In der Bevölkerung wird hartnäckig ein Gerücht über vorsätzliches Absetzen von Fleckfieberläusen, Verkaufen verlauster Zivilkleider verbreitet. Es ist hierdurch bereits der Verdacht bewußter bakteriologischer Maßnahmen der Sowjets gegen das von der deutschen Wehrmacht besetzte Gebiet aufgetreten. Die von den Einsatzkommandos nach dieser Richtung hin inzwischen angestellten Ermittlungen haben jedoch noch keine Anhaltspunkte für die Begründung dieses Verdachtes ergeben.

Seitens der in den betroffenen Gebieten stationierten Kommandos wird alles getan, um ein Übergreifen des Fleckfiebers auf die Männer der Einsatzkommandos zu verhindern. So ist Ausgangssperre verhängt, ein Verbot über Arbeit im Gefängnis erlassen und auch das Betreten der Dienstgebäude des Kommandos durch Nichtdeutsche untersagt worden. Nach anfänglich vergeblichen Bemühungen des zuständigen Truppenarztes sind jetzt 200 Portionen Fleckfieberimpfstoff vom Institut für Fleckfieberforschung in Krakau der Einsatzgruppe zugeteilt worden. Die Abholung des bereitgestellten Impfstoffes ist in die Wege geleitet worden. Nach Eintreffen werden sämtliche Männer des EK. und die Kurierfahrer sofort geimpft werden.

Erkundung Petersburg.

Flüchtende prominente Juden nutzen die Möglichkeit aus, mit Sanitätsflugzeugen nach W o l o g d a zu entkommen.

Mitte Oktober soll es in den "Kirov"-Werken zu Unruhen gekommen sein, als bekannt wurde, daß mehrere Tausend "Kirov"-Arbeiter, die an der finnischen Front eingesetzt worden waren, bereits 2 Tage später durch einen Umfassungsangriff abgeschnitten und sämtlich in Gefangenschaft geraten wären. Die Arbeiter erklärten daraufhin, sie würden nicht mehr weiter arbeiten und verlangten, daß dem sinnlosen Kriege ein Ende gemacht würde. Die zum Schutz der "Kirov"-Werke eingesetzte NKWD-Abteilung soll daraufhin das Feuer auf die Arbeiter eröffnet haben. Es habe viele Tote gegeben. Die übrigen Aufrührer seien festgenommen und in Lastautos abtransportiert worden.

Innerhalb der Bevölkerung scheint eine passive Gleichgültigkeit um sich zu greifen. Die bei dem Bau von Befestigungsarbeiten eingesetzten Schanzkolonnen arbeiten langsam, weil sie angeben, "müde" zu sein. In Gegenwart eines hier verhafteten Agenten hatte der NKWD-Kapitän N i k o l a j e w von der besonderen Abteilung der 42.Armee einen Streit mit seinem Hauswirt über die Zwecklosigkeit der Verteidigung Leningrads. N. schritt gegen den Defaitisten nicht ein sondern beendete den Disput mit einem Fluchwort. Der in der gleichen Dienststelle tätige NKWD-Kapitän A w d e j e w erklärte einer anderen Agentin gegenüber, daß L. voraussichtlich vor Moskau fallen werde.

Die Zeitung "Leningradskaja Prawda" setzte während des Oktober für 5 Tage ihr Erscheinen aus infolge Zerstörung der Druckerei durch Artilleriebeschuß oder Bombentreffer.

Auch die Leningrader Ausgabe der "Moskauer Prawda" unterbrach wenig später (v. 18.- 25.Okt.) ihr Erscheinen und erschien fortan im Format der "Leningr.Prawda". Die Zeitung wird in Leningrad gedruckt, doch kommen die Matern dazu mit Flugzeugen aus Moskau. Die Änderung im Format lässt darauf schliessen, daß auch die Leningrader Druckerei der "Moskauer Prawda" zerstört worden ist.

Versorgungslage.

Die bisherige Lebensmittelration (400 gr. Brot für Arbeiter, 200 gr. für Familienangehörige) konnte vom September bis etwa 12. November aufrechterhalten werden. Von da ab wurde die Ration auf 300 g Brot für Arbeiter und 150 g für Angehörige gesenkt. Bereits während der Zeit der Gültigkeit der bisherigen Rationen stellte sich immer häufiger eine Unordnung in der Belieferung der Bevölkerung ein. Arbeitern, die wegen Stillegung oder Zerstörung eines Betriebes entlassen werden, wird die Lebensmittelkarte entzogen, und sie erhalten eine Anweisung an die Kartenstellen auf Ausstellung einer anderen Karte. Hierbei ergeben sich häufig Schwierigkeiten, so daß der Arbeiter überhaupt keine Karte erhält und auf die Rationen seiner Angehörigen angewiesen ist.

Ende Oktober wurden je Person 200 g Fischkonserven freigegeben. In den Läden waren noch grössere Mengen vorhanden, doch wurden sie plötzlich herausgezogen und abtransportiert, so daß die meisten Käufer, die nicht in den ersten Tagen ihre Rationen empfangen hatten, leer ausgingen. Die Fleischversorgung mit Frischfleisch ist sehr unzulänglich, doch konnten die auf den Karten vorgesehenen Fleischrationen (Arbeiter 500 g, Angehörige 200 g) im Oktober in Wurstwaren entnommen werden. Ganz allgemein ist die Lebensmittelbeschaffung im Zentrum der Stadt schwieriger als in den Vorstädten. Stammkundenkarten sind jedoch nicht eingeführt. Offene Speisehäuser gibt es seit Ende September nicht mehr. In den noch in Betrieb befindlichen Speisehäusern muß man eingeschrieben sein. In diesen Speisehäusern bezw. Werkkantinen wird ab und zu noch Kohlsuppe ausgegeben, während sonst Kohl nicht mehr zu erhalten ist.

Für Grütze müssen 25 g Abschnitte, für Fleischgerichte 100 g Abschnitte der Lebensmittelkarte abgegeben werden.

Ab 25. Oktober soll die Beheizung der zentral beheizten Wohnhäuser in beschränktem Umfange freigegeben worden sein. Erste Fälle von Hungertod sind bekannt geworden.

Tätigkeit der Partei und ihrer Organe.

Die Werbung von Agenten für eine Tätigkeit im Rücken der deutschen Front durch die Partei wird in erhöhtem Masse fortgesetzt. Über die besondere Abteilung der 55. Armee sollen täglich 6-8 Agenten in Marsch gesetzt werden, und zwar teils direkt durch die Front, in letzter Zeit aber auch durch Fallschirmabsprung. Daß ein gewisser Teil dieser Agenten es fertig bringt, sich durch die deutschen Linien nach Leningrad zurückzuschleichen, scheint sich zu bestätigen.

Aus dem Oktober wird folgender Vorfall bekannt: In einem Neubau, 300 - 400 m nördlich des Autostrasseninstituts werden NKWD-Gefangene bei Bauarbeiten beschäftigt. Zwei davon hatten sich Revolver beschaffen können, wurden jedoch bei einem Fluchtversuch festgenommen. 2 Tage später wurde aus dem gleichen Neubau auf eine marschierende Kolonne sowie auf das gegenüber untergebrachte Sanitätsbataillon der 68. Division Feuer (und zwar angeblich mittels MG oder MP) eröffnet. NKWD-Truppen mussten herangerufen werden, um die Gefangenen zu überwältigen. An dem gleichen Abend sollen während eines deutschen Fliegerangriffes aus demselben Neubau Leuchtraketen aufgestiegen sein.

Rote Armee.

Innerhalb der roten Armee wird der Benzinmangel immer fühlbarer. Ausser Sanitätsautos sind motorisierte Fahrzeuge kaum zu sehen. Auch höhere Offiziere benutzen vielfach Pferdefuhrwerke, doch soll es wenig Pferde geben und der Pferdebestand überdies durch Futtermangel äußerst geschwächt sein. Leichte Geschütze sieht man von Mannschaften frontwärts gezogen werden. Nach Aussagen einer zuverlässigen G.-Person ist der Anfall von Verwundeten in L. äußerst hoch und ist an manchen Tagen bis auf 6000 Mann von sämtlichen Fronten, einschließlich der finnischen, geschätzt worden.

Einsatzgruppe B.

Standort S m o l e n s k .

Allgemeine Lage in den neubesetzten Gebieten.

Im Zuge der Operationen der Heeresgruppe Mitte wurden die neubesetzten Städte und umliegenden Gebiete von Kalinin, Borowsk, Malojaroslawez, Orel und Karatschew SD-mässig bearbeitet.

Im Gegensatz zu den Städten Brjansk, Ordhonekidsgrad, Uritzkij, Wjasma und Rshew, die schon seit längerer Zeit planmässig evakuiert wurden, und in denen sich bei der Einnahme durch die deutschen Truppen nur noch Bruchteile der ehemaligen Bevölkerung aufhielten, ist in diesen Orten nur ein geringer Teil der Bevölkerung evakuiert oder geflohen. So halten sich z.B. in Orel von 120.000 Einwohnern zur Zeit noch etwa 100.000 auf, in Karatschew von 15.000 etwa 10.000, in Borowsk von 7.600 etwa 5.000, in Malojaroslawez von 6.000 etwa 4.000. Bei den Evakuierten handelt es sich vor allem um Facharbeiter, während die Parteifunktionäre und Beamten sich erst zuletzt dem Weichen der Roten Truppen angeschlossen haben. Es kann immer wieder festgestellt werden, dass kommunistische Parteimitglieder ohne besondere Funktion und jüngsten Eintrittsdatums zurückbleiben und den Wunsch äussern, ihre Arbeit unter der Deutschen Wehrmacht wieder aufnehmen zu können. Die jüdische Bevölkerung ist restlos geflohen. Der jüdische Bevölkerungsanteil in diesen Gebieten war sowieso sehr niedrig.

Die Zerstörung der Wohnviertel in den neu besetzten Gebieten ist verhältnismässig gering. Dagegen sind wiederum die industriellen Anlagen, soweit sie nicht auch durch direkte Kampfeinwirkung in Mitleidenschaft gezogen wurden, planmässig abtransportiert oder zerstört worden. So sind vor allem die umfangreichen Industrieanlagen in Orel zum grössten Teil nicht mehr arbeitsfähig. Hier befanden sich die Maschinenfabriken Nr.5 und Nr.9 mit 700 bezw. 500 Arbei-

tern, die Textilmaschinen, Traktorenmotoren und Einzelteile für Panzerwagen herstellten. In der Maschinenfabrik Medwedjew in Orel waren 1.500 Arbeiter beschäftigt. Die wichtigsten Maschinen wurden von den Sowjets abmontiert und forttransportiert. Die Fabrikgebäude wurden von den Zerstörungstruppen völlig unbrauchbar gemacht. Eine Anzahl der zum Abtransport vorbereiteten Maschinen befand sich beim Einzug der deutschen Truppen noch auf der Strasse zum Bahnhof. Eine Schuhfabrik, die 500 Arbeiter beschäftigte, ist völlig ausgebrannt. Ebenfalls ist eine Strickereifabrik und eine Strumpffabrik durch Brand nicht mehr betriebsfähig. In Karatschew, einem bedeutenden Zentrum der russischen Flachsindustrie, ist der Grossteil der Maschinen nach Saransk und in das Gebiet von Tadschikistan evakuiert worden.

Während das Lokomotiv-Material in Malojaroslawez - einem Lokomotivdepot für die wichtige Eisenbahnverbindung Moskau - Kiew - zum grössten Teil abtransportiert war, konnten hier grössere Kohlenbestände vorgefunden werden. In Borowsk, das wenig in Mitleidenschaft gezogen war, wurden bereits zwei Filzstiefelfabriken, Friseurgeschäfte, eine Fleischerei und ein Warenhaus eröffnet. In Vorbereitung ist die Inbetriebnahme einer Seifenfabrik, einer Schuhmacherei und einer Schneiderei. In Orel wurde mit der Wiedereinrichtung einer grösseren Seilerei, die vor dem deutschen Einzug 400 Arbeiter beschäftigte, begonnen. Die Fabrik war unversehrt geblieben aber geplündert worden. Ein kleinerer Mühlenbetrieb und das Wasserwerk konnten hier ebenfalls wieder in Betrieb genommen werden. In Karatschew wurden verschiedene Bäckereien und eine elektrische Mühle in Gang gesetzt.

Wiederholt konnte festgestellt werden, dass Industrien zur Herstellung von Gebrauchsgütern in den letzten Monaten restlos auf Rüstungsarbeiten umgestellt wurden.

Die Ernährungslage in diesen neu besetzten Gebieten ist ziemlich schwierig. In der Umgegend von Orel wurden vor

Abzug der Roten Armee umfangreiche Viehschlachtungen durchgeführt. Die hierbei gewonnenen Fleischvorräte sollen angeblich für die Versorgung von Moskau bestimmt gewesen sein. Auch in den übrigen Gebieten sind Vieh und Nahrungsmittel von den Roten fortgeschafft worden. An den Vormarschstrassen der deutschen Truppen ist die Ernährungslage besonders kritisch. So ist die Bevölkerung in diesen Gebieten bereits dazu übergegangen, ihr Vieh abzuschlachten und eingepökelt in Verstecken unterzubringen. Von der Verwaltung des Schlachthofes in Karatschew wurde durch die Bürgermeister die Anweisung an die Kolchosen gegeben, 50% ihres Viehbestandes an den Schlachthof abzuliefern. Nur in zwei Dörfern wurde dieser Aufforderung nachgekommen, während in den übrigen Dörfern die Tiere abgeschlachtet und die Vorräte versteckt wurden.

Verschiedentlich wurde beobachtet, dass in Scheunen lagerndes Saatgut herausgeworfen wurde, um Unterkünfte für die durchziehende deutsche Truppe zu schaffen. Damit wird die Frühjahrsbestellung in diesen Gebieten stark in Frage gestellt.

Trotzdem dürfte die Versorgung der Landbevölkerung für den Winter hinreichend gesichert sein. Die Versorgung der Stadtbevölkerung bleibt hingegen problematisch, umsomehr als es auch schwierig wird, den Arbeiterüberschuss der städt. Bevölkerung in den Kolchosen unterzubringen, da diese sich weigern, Zugewanderte aufzunehmen.

Immer wieder sind Plünderungen durch die deutsche Truppe festzustellen. So wurde in Karatschew eine bereits eröffnete Schuhmacher- und Schneiderwerkstätte von Soldaten geplündert. Bereits durch die Ortskommandantur beschlagnahmte Nahrungsmittelvorräte wurden durch sinnlose Plünderung der Soldaten zu einem grossen Teil unbrauchbar gemacht. Auch wurden Wohnhäuser, die nur geringe Beschädigungen wie zerschlagene Fensterscheiben aufwiesen, vollkommen durch die Truppen unbrauchbar gemacht, indem Tür- und Fensterrahmen, Dielen und Holzwände für Heizungszwecke herausgeschlagen wurden.

Die Stimmung der Bevölkerung in diesen Gebieten ist, nachdem der Einmarsch der deutschen Truppen begrüsst wurde, den Verhältnissen entsprechend gedrückt, ohne dass jedochreale Ansätze vorhanden sind, die die Stimmung in gegnerische Aktionen umwandeln könnten. Die Bevölkerung von Karatschew soll bis zu 90% antibolschewistisch eingestellt sein, obgleich die Sowjets durch umfangreiche Industrialisierungen versucht hatten, die Bevölkerung weitgehendst zu proletarisieren. Hier sind besonders Klagen in der Bevölkerung laut geworden über die angeblichen Finnen, die nach den deutschen Truppen durch die Stadt gezogen sein sollen. Nach den Schilderungen dürfte es sich hierbei um Spanier handeln, die alles mit sich fortgeschleppt haben sollen, was nicht niet- und nagelfest war. Beunruhigend wirkt sich ferner das Vorhandensein von grösseren Partisaneneinheiten in den nahen Wäldern aus.

Auf die Landbevölkerung beunruhigend wirken die Leichen russischer Gefangener, die in grösserer Anzahl auf allen Anmarschstrassen herumliegen, und die aus den Gefangenentransporten vor Erschöpfung oder wegen Krankheit ausgefallen sind.

Volkstumsmässig handelt es sich in den neubesetzten Gebieten vorwiegend um Russen.

Stimmung und allgemeines Verhalten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Im Bereich des rückw. Heeresgebietes ist eine wesentliche Veränderung in der Stimmung der Bevölkerung nicht festzustellen. Insgesamt gesehen ist ein wesentliches Stimmungsgefälle vom Westen nach dem Osten festzustellen. Das heisst: in den westlichen Gebieten, wo die Kampfhandlungen und der Durchmarsch der deutschen Armee länger zurückliegt, ist bereits eine weitgehende innere Befriedung der Bevölkerung festzustellen, die nach Osten zu

weniger fortgeschritten ist und im Aufmarschraum der Deutschen Armeen das Minimum erreicht. Der entsprechende Vorgang wiederholt sich dauernd bei dem weiteren Vormarsch des Deutschen Heeres, ohne dass sich Ansätze einer Widerstandsbewegung zeigen. Stadt und Land vergleichen ergibt sich immer wieder aus den Meldungen, dass die Stimmung unter der Landbevölkerung bedeutend zuversichtlicher ist als die der Stadtbevölkerung. Hier wirken in besonderen die Sorge um Obdach und Ernährung stimmungsdrückend.

Der kurz vor Moskau eingetretene Stillstand der Operation hat sich auch im rückwärtigen Heeresgebiet verhältnismässig schnell herumgesprochen. Es ist darum wieder der Zweifel an dem Siege der Deutschen Wehrmacht aufgetaucht und die Angst vor der Rückkehr der Bolschewiken neu genährt, nachdem schon das Gerücht verbreitet wurde, dass die Wehrmacht in Moskau einmarschiert sei und die Rote Armee endgültig vernichtet hätte. So wurde verschiedentlich geäussert, dass im Falle des deutschen Rückzuges die Bevölkerung zu Tausenden dem deutschen Heere folgen würde, um nicht in die Hände der wieder einmarschierenden Roten Armee und des NKWD zu fallen.

Propaganda.

1. Feindpropaganda.

Eine Einwirkung der direkten gegnerischen Propagerda auf die Stimmung war nicht zu beobachten. In der letzten Zeit wurde keine Verbreitung russischer Flugblätter im rückwärtigen Heeresgebiet gemeldet. Auch die Rede Stalins am Vorabend zum 24. Jahrestag der bolschewistischen Revolution vor den Sowjets in Moskau ist innerhalb der Bevölkerung nicht bekannt geworden.

2. Deutsche Propaganda.

Während der Berichtszeit nahm die Propaganda-Abteilung V beim Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes ihre Arbeit auf. Die Abteilung steht unter Führung des früheren

Berliner Rundfunkintendanten Hauptmann S t o f f r e g e n und ist in 5 Gruppen gegliedert: 1. Aktivpropaganda, unter Leitung von Sonderführer Nage, einem Referenten des Gaupropagandaamtes Sudetenland, 2. Presse, unter Leitung von Sonderführer Dr. S c h ü l e , dem bisherigen Chefkorrespondenten des Deutschen Nachrichtenbüros in Moskau, 3. Kultur, unter Leitung von Sonderführer Kaiser, dem stellvertretenden Geschäftsführer des "Ahnenerbes" (SS-Obersturmführer), 4. Film und 5. Rundfunk.

Als erste wesentliche Aufgabe hat die Propagandaabteilung die Herausgabe der in russischer Sprache erscheinenden "Smolensker Nachrichten" in Angriff genommen. Das Blatt erscheint zweimal wöchentlich in einer Auflage von 8.000 Exemplaren. Es wird beabsichtigt, die Zeitung auf eine Auflage von 10.000 Exemplaren zu bringen. Besondere Schwierigkeiten bestehen durch die mangelhaften technischen Einrichtungen und durch den Papiermangel. Der Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes beabsichtigt, die Zeitung unter anderem propagandistisch gegen das Partisanentum einzusetzen und sie auf dem flachen Lande verbreiten zu lassen. In einem Leitartikel der Nummer vom 19.11.41 brachte das Blatt auch bereits unter dem Titel: "Gegen die Diversanten und Räuber" eine Kampfansage gegen die Partisanen, die als Feinde des russischen Volkes hingestellt werden, da sie für das bolschewistische Regime kämpfen. Der Artikel fordert abschliessend zur Meldung aller Partisanen, Mießmacher und Gerüchteverbreiter auf.

In Witebsk wird ebenfalls von der Propaganda-Abteilung W eine Zeitung in weissruthenischer Sprache herausgegeben.

Die Pressegruppe der Propagandabteilung hat ferner die Aufgabe in Angriff genommen, die Vorbereitungen für die Organisation des Pressewesens im zentralrussischen Raum zu treffen. Es ist beabsichtigt, in allen grösseren Städten ein eigenes Blatt herauszugeben. Die Durchführung

dieser Aufgabe soll erreicht werden, indem geeignete Persönlichkeiten hierfür aus der russischen Bevölkerung herausgezogen werden. Die betreffenden Persönlichkeiten werden, bevor sie eingesetzt werden, durch die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD überprüft.

In Wjasma konnte die unzerstört erhalten gebliebene Druckerei der früheren Zeitung "Der bolschewistische Weg" sichergestellt werden. Es wird beabsichtigt, in absehbarer Zeit auch hier eine Zeitung für die russische Bevölkerung herauszugeben.

Bei der russischen Bevölkerung besteht ein ausserordentliches Bedürfnis nach propagandistischer Aufklärung. Die "Smolensker Nachrichten" wie die im Umlauf gesetzte Zeitschriften in russischer Sprache "Neues Leben" und "Sieg" finden reissenden Absatz. Wandzeitungen sowie die Aushänge der deutschen Wehrmachtsberichte in russischer Sprache erregen grösstes Interesse.

Im übrigen ist die Propaganda-Abteilung personell und mit technischen Hilfsmitteln recht schwach ausgerüstet.

Die Führerrede zum 9. November ist in den grösseren Orten des rückw. Heeresgebietes in russ. und weissruth. Sprache verbreitet worden. Überall wurde regstes Interesse für die Rede festgestellt. Von der Bevölkerung wurden Vergleiche mit den früheren Reden Stalins angestellt, in denen besonders die Klarheit und Eindringlichkeit der Argumentierungen der Führerrede im Gegensatz zu den Stalinschen Phrasen herausgestellt wurde. Es liegen keine Meldungen vor, nach denen die Führerrede Ablehnung in der Bevölkerung gefunden hätte.

Zum Jahrestag der Oktoberrevolution am 7.11. hat die Ortskommandantur in Wjasma eine recht erfolgreiche Propagandaaktion unternommen, indem sie eine Versammlung der Ortseinwohner einberief, in der ein Ehrenzeichenträger und Oberleutnant in russischer Sprache eine Rede hielt, in der u.a. zur Entfaltung einer eigenen Initiative der russischen Bevölkerung für den Wiederaufbau und die Neugestaltung des Landes aufrief.

Von den Eins.Gr. C und D liegen keine Meldungen vor.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin, den 12. Dezember 1941.

- B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - gRs. -

Geheime Reichssache!

65 Ausfertigungen!
52 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 145.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit Ereignismeldung Nr. ~~144~~ 145 vom ~~10.12.1941~~ 16.12.41 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen- und -kommandos.

Einsatzgruppe A ohne Meldung.

Einsatzgruppe B.
Standort S m o l e n s k .

Illegale Propaganda:

Der 7. November, der Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution, verlief im gesamten Gebiet ohne jede Störung. In der UdSSR galt dieser Tag als der größte bolschewistische Feiertag und wurde entsprechend propagandistisch vorbereitet und mit Betriebsappellen, Demonstrationen und Paraden durchgeführt. In der Bevölkerung wurde in diesem Jahr verschiedentlich geäußert, daß man froh sei, diesen Tag nicht mehr feiern zu brauchen, die Erinnerung an diesen Feiertag löste sogar häufig spöttisches und verächtliches Lächeln aus. Dagegen wurde der Wunsch geäußert, die kirchlichen Feiertage wie Weihnachten und Ostern festlich begehen zu dürfen. Es würde sich nach hiesiger Ansicht sicher stimmungsmäßig gut auswirken, wenn man im rückwärtigen Heeresgebiet die Weihnachtsruhe, soweit dieses möglich ist, einführt und eine entsprechende Verfügung propagandistisch ausgenutzt vorbereitet.

Das Bekanntwerden des Stillstandes der deutschen Operationen vor dem äußeren Verteidigungsgürtel von Moskau wird dagegen immer wieder von der illegalen Propaganda ausgenutzt, um die vorhandenen Angstkomplexe der Bevölkerung erneut zu nähren. So tauchten im rückw. Heeresgebiet die verschiedensten Gerüchte über eine angebliche Niederlage der deutschen Armeen, über den bereits eingeleiteten Rückmarsch der Deutschen, über angebliche Hilfeleistungen durch chinesische Armeen und über den angeblichen Kriegseintritt der USA auf.

Die Tätigkeit einzelner Partisanengruppen trägt diese Gerüchte auch in die Landbevölkerung hinein. Durch Drohungen mit einer baldigen Rückkehr der Roten Armee wird auch hier gewisse Beunruhigung und Unsicherheit erzeugt.

Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung dieser illegalen Propaganda, die zum weitaus größten Teil kaum bewußt entsteht sondern aus dem verbreiteten Angstgefühl der Bevölkerung vor der Rückkehr der Bolschewiken erzeugt und genährt wird, ist

immer wieder eine geschickt aufgebaute und intensiv geführte eigene Propagandatätigkeit, in die auch das flache Land mit einbezogen werden muß.

Kulturelle Angelegenheiten.

Die Propagandaabteilung W beim rückw. Heeresgebiet beabsichtigt, ein eigenständiges kulturelles Leben der russischen Bevölkerung zu organisieren. So sollen die vorhandenen öffentlichen Bibliotheken von bolschewistischem Material befreit und wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Theater-, Musik und Singgemeinschaften sollen gegründet werden mit dem Ziel, die russ. Bevölkerung geistig abzulenken und durch Hinlenkung auf ein eigenständiges kulturelles Leben immun gegen bolschewistische Einflüsse zu machen. In Smolensk werden bereits die ersten Konzerte für die russische Bevölkerung veranstaltet.

Volkstumsfragen:

1.) Allgemein.

Von der administrativen Abteilung der Stadt Smolensk liegt eine erste Statistik über die Gliederung der Nationalitäten in der Stadt Smolensk vor. Danach leben in Smolensk:

23.110	Russen	= 90,7 %
1.026	Weißruthenen	= 4,1 %
488	Polen	= 1,9 %
312	Ukrainer	= 0,8 %
189	Letten	= 0,5 %
106	Deutsche	= 0,4 %
118	Litauer	= 0,5 %
23	Zigeuner	= 0,1 %
27	Tataren	= 0,1 %
10	Esten	= 0,05 %
41	Verschiedene	= 0,2 %.

Die Verhältnisse in den um Smolensk liegenden Gebieten dürften sich diesen Verhältnissen angleichen.

2.) Russen.

Die "Smolensker Nachrichten", die von der Propagandaabteilung W beim rückw. Heeresgebiet herausgegeben werden, erscheinen allein in russischer Sprache, obgleich von ver-

schiedenen Seiten hiergegen Einwände erhoben wurden. Sonderführer Dr. S c h ü l e , unter dessen Leitung die Zeitung erscheint, hat nach eigener Erklärung jedoch vom Ostministerium die Anweisung, das Blatt einsprachig erscheinen zu lassen. Es soll die Absicht des Ostministeriums bestehen, dem russ. Volkstum im Smolensker Gebiet sogar den Rücken gegen den "weißruthenischen Chauvinismus" zu stärken. In dieser Hinsicht soll es bereits zu gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Generalkommissariat in Minsk und dem Ostministerium gekommen sein.

3.) Weißruthenen.

In Witebsk, dem Konzentrationspunkt des Weißruthenentums im gegenwärtigen Tätigkeitsbereich der Einsatzgruppe, verfolgte die zugelassene Vereinigung "Weißruthenisches Volkshaus" das Ziel, eine Konsumgenossenschaft zu gründen, in den ausschließlich Weißruthenen aufgenommen werden sollten. Es war sogar erwogen worden, die russische Bevölkerung aus der ernährungswirtschaftlichen Planung auszuschließen. Die Satzungen dieser zu gründenden Konsumgenossenschaft wurden jedoch von dem zuständigen Wirtschaftskommando der Wehrmacht nicht genehmigt. Dennoch versuchten die Weißruthenen über den Ortskommandanten durchzusetzen, daß Genossenschaften gegründet würden, um so das Verbot zu umgehen. Diese Bestrebungen sind vorläufig unterbunden worden.

4.) Polen.

Wie aus den freiwillig erfolgten Angaben eines in Gshatsk gemeldeten Polen hervorgeht, haben die Bolschewisten in den ehemaligen polnischen Gebieten wehrfähige Polen 10 Jahre in verschiedene Arbeitslager am Eismeer verschickt. Am 2. September 1941 erhielten die Polen Ausweispapiere und Geld und wurden in Bosuluk zu einer polnischen Division zusammengestellt und nach Gorki transportiert, von wo aus die Division an der Front eingesetzt werden sollte. Hier gelang es verschiedenen Polen, sich von der Truppe zu entfernen und nach Gshatsk durchzuschlagen.

5.) Volksdeutsche.

Volksdeutsche sind in den Gebieten ostwärts von Smolensk in grösseren Gruppen nicht mehr anzutreffen. Über bolschewistische Maßnahmen gegenüber Volksdeutschen in der Roten Armee konnte festgestellt werden, daß im September sämtliche Volksdeutschen aus einem roten Bau-Bataillon herausgezogen und in unbekannter Richtung abtransportiert wurden.

In Smolensk wurden vom hiesigen Kommando Vorbereitungen getroffen, um die 106 Volksdeutschen zusammenzufassen und zu betreuen.

Verwaltungswesen.

Das Auffinden geeigneter Persönlichkeiten für den einheimischen Verwaltungsapparat bereitet immer wieder Schwierigkeiten, so daß das Verwaltungswesen nur langsam Fortschritte macht. Hinzu kommen die erheblichen Schwierigkeiten, die einerseits durch die mangelnde Initiative, die immer wieder festgestellt werden muß, zum anderen durch die außergewöhnlichen Verhältnisse entstehen. Nachdem z.B. in Smolensk allein mehr als 50 vom Hundert der Einwohnerschaft zur nichtarbeitsfähigen Bevölkerung zu rechnen ist, kann man errechnen, wie schwierig allein die Frage der Invalidenversorgung ist.

Schulwesen.

Die Organisation des Schulwesens im hiesigen Bereich wird in absehbarer Zeit aufgenommen werden können, nachdem das Reichssicherheitshauptamt folgende grundsätzliche Feststellungen zu diesem Problem getroffen hat:

1. Die Wiederaufnahme des Schulwesens ist erwünscht.
2. Schulen können sowohl für die weißruthenische wie die russische Bevölkerung eingerichtet werden. In den weißruthenischen Schulen ist die weißruthenische Sprache mit Deutsch als Fremdsprache, in den russischen Schulen die russische Sprache ohne Fremdsprachen zu lehren.
3. Religionsunterricht kann in beiden Schulen erfolgen, jedoch nicht von Geistlichen sondern nur durch Lehrer geleitet werden.

4. Grundsätzlich sind nur Volksschulen, keine höheren oder private Schulen einzurichten.

5. Jüdische Kinder erhalten keinen Unterricht.

Das Ziel der vorbereitenden Maßnahmen wird sein, eine Übereinstimmung der Maßnahmen der Zivilbevölkerung und der einzuleitenden Planung im rückw. Heeresgebiet herbeizuführen, um zu verhindern, daß bei späterer Übernahme des Gebiets durch Zivilverwaltung nicht Umstellungen notwendig werden.

Schwierigkeiten bei der aufzunehmenden Organisation des Schulwesens werden vor allem auftreten in der Raumfrage für die Schulen, in der Besoldung der Lehrer und in der Schulbuchfrage.

Wirtschaft.

Die Ernährungslage der Zivilbevölkerung in den Städten ist nach wie vor stark angespannt. Die Fleischversorgung kann an verschiedenen Orten nur äußerst schwierig und durch Pferdeschlachtungen durchgeführt werden. Infolge der Ernährungsschwierigkeiten hält die Abwanderung der Stadtbevölkerung weiter an, obgleich schon verschiedene Fälle gemeldet sind, daß die Kolchosen die Zugewanderten nicht mehr aufnehmen. In Witebsk konnten die Verpflegungssätze geregelt und für Werktätige auf 1,4 Kilo Brot und 4 Kilo Kartoffeln und auf 1 Kilo Brot und 3 Kilo Kartoffeln für die Angehörigen pro Woche festgesetzt werden. Die Werktätigen werden außerdem mit einem Mittagessen versorgt, darüber hinaus werden noch etwa 1.000 Arbeitsunfähige und 3.000 Kinder sowie eine Anzahl Kranker verpflegt. Die Stadtverwaltung will versuchen, 8 bis 10.000 Einwohner auf das Land umzusiedeln, damit einerseits der von den Arbeitslosen gepflegte Schwarzhandel unterbunden wird, zum anderen Arbeitskräfte für Waldarbeiten zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus erhofft die Stadtverwaltung eine Entlastung der Ernährungslage. Die Stabilisierung der Ernährungslage ist hier möglich geworden, da die Feldkommandantur und das zuständige Wirtschaftskommando der Stadtverwaltung die Erlaubnis erteilt haben, im Rayon Witebsk Kartoffeln und Getreide aufzukaufen.

In den östlichen Gebieten wie in Wjasma ist die Ernährungslage noch bedeutend schwieriger. Infolge der im Oktober stattgefundenen Kampfhandlungen ist hier nur ein geringer Teil der Kartoffelernte eingebracht worden. Schätzungsweise sollen erst 20 % der Kartoffelernte geborgen sein. Dieser Umstand hat hier zu einer außerordentlichen Kartoffelknappheit geführt, die auch nicht mehr zu beheben ist, da der inzwischen eingesetzte Frost die Einbringung der restlichen Kartoffelernte unmöglich macht. Ebenso bestehen in diesen Gegenden erhebliche Schwierigkeiten der Fleischversorgung, da die Rote Armee vor ihrem Rückmarsch beträchliche Viehherden abtransportiert hat.

Der Markthandel nimmt überall schnelle Verbreitung, ohne daß ein vernünftiger Geld- und Warenverkehr sich daraus entwickelt. Immer wieder muß festgestellt werden, daß die Bevölkerung die Annahme von Geld, vor allem Rubel, ablehnt und sich nur auf Tauschgeschäfte einläßt. In der Umgegend der Märkte entsteht ein schwunghafter Schwarzhandel. Obgleich die Stadtverwaltungen immer wieder von den EK's darauf hingewiesen werden, durch den Ordnungsdienst eine Marktaufsicht zu führen, wird nicht mit den nötigen Mitteln durchgegriffen.

Welche Schwierigkeiten einem künftigen organisierten Arbeitseinsatz der russ. Bevölkerung entgegenstehen, zeigt die Tatsache, daß über 50 % der Bevölkerung von Smolensk arbeitsunfähig ist. Eine erste Berufsstatistik für das Stadtgebiet Smolensk zeigt folgende Berufsverteilung:
Angestellte: 4.982; Tief- und Hochbauarbeiter: 7.879; Drucker: 92; Eisenbahner: 305; Techniker: 276; Schlosser-Mechaniker: 867; Motorenschlosser: 136; Kraftfahrer: 176; Friseure: 69; Schuhmacher: 171; Schneider: 44; Köche: 368; Schulpersonal: 456; Ärzte: 76; Feldschere: 4; Krankenpflegerinnen: 309; Zahnärzte: 9; Zahntechniker: 1; Pharmazeuten: 11; Röntgenmechaniker: 1, Radiotechniker: 5; Hydrotechniker: 1; Landvermesser: 9; Agronomen: 22; Veterinärtechniker: 1; Veterinäre: 2, Gärtner: 11; Schweizer: 7; Brauer: 2, Destilliteure: 1; Förster: 21; Rechtsanwälte: 5; Geistliche: 5; andere Berufe: 1.561.

Der russische Agrarapparat hat unter dem Partisanenunwesen hier und dort gelitten. Eine Reihe von Agronomen, die verpflichtet waren, mit den deutschen Stellen zusammenzuarbeiten, wurden verschleppt bezw. erschossen. An anderen Stellen war es wiederum unmöglich, einen Agrarapparat aufzubauen, weil jeder sich weigerte mitzuarbeiten, denn bei jeder Tätigkeit setzte er sich nach den Drohungen der Partisanen schwerster Gefährdung aus. Den La-Führern ist es oft wochenlang nicht möglich, gewisse Rayons zu betreten, da die waldreichen Gebiete nur unter Lebensgefahr von Einzelfahrzeugen befahren werden können.

In Kreisen der hiesigen Wirtschaftskommandos der Wehrmacht steht man auf dem Standpunkt, daß eine Änderung der Eigentumsverhältnisse auf dem flachen Lande eine weitgehende Befriedung des russ. Raumes darstellen und grössere Kräfte, die für die Heimat nutzbar zu machen sind, auslösen würden. Nach Ansicht dieser Stellen dürfte eine Landzugabe in vorsichtigen Grenzen dazu beitragen, den russ. Bauern an seinem Grund und Boden zu interessieren. Denn wenn heute von Partisanen oder sonstigen Elementen etwas geraubt wird, ist nicht der russische Bauer der Betroffene, sondern der Kolchos, an dem er herzlich wenig interessiert ist. Dagegen wäre es durchaus denkbar, daß der russ. Bauer, wenn ihm von Partisanen etwas geraubt würde, sich nach Möglichkeit zur Wehr setzen würde, in dem Gedanken, was weggenommen werden soll, ist ja mein Eigentum. Der Einwand, wie der russische Bauer wieder an die Arbeit zu bekommen wäre, wenn er im Besitz von 12 bis 20 Morgen Land selbstgenügsam würde und nur für die Erhaltung seiner Familie arbeiten würde, wird von diesen Stellen unter dem Gesichtspunkt abgelehnt, daß es zunächst das Wichtigste ist, eine Befriedung des russ. Agrarraumes zu erreichen, und daß eine Neuplanung in Zukunft immer noch möglich ist.

Kirchenfragen.

Das OKH hat dem durch den Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes weitergeleiteten hiesigen Vorschlag der Überprüfung der Geistlichen und der Abschaffung kirchlicher Organi-

sationen - gemeint waren die vielerorts bereits gebildeten Kirchenräte, die durch Kirchenälteste zu ersetzen sind, ferner überörtliche Zusammenschlüsse der griechisch-orthodoxen Kirche usw. - zugestimmt. In Smolensk wurde bereits der fünfköpfige Kirchenrat aufgelöst und an seiner Stelle ein Kirchenältester eingesetzt. Die Überprüfung der Geistlichen wird von den Einsatzkommandos laufend durchgeführt.

Eine Statistik der Stadt Smolensk ergab folgendes Bild über die Verteilung der Glaubensbekenntnisse unter der Einwohnerschaft:
Griechisch-orthodoxe: 24.100 = 94,6 %; Katholiken: 849 = 3,4%; Lutheraner: 259 = 1 %; Mohammedaner 24 = 0,1 %; andere Religionen 272 = 1 %, keiner Kirche angehörende 201 = 0,8 %.

Auf Grund dieser Statistik wurde von hier verfügt, daß die kleine katholische Gemeinde keine eigene Kirche zu beanspruchen hätte und ihre seinerzeit mit Hilfe eines katholischen Feldgeistlichen eingerichtete Kirche an die griechisch-orthodoxe Gemeinde abzugeben hat, da hier bedeutende Raumschwierigkeiten bestehen. Um die katholische Gemeinde unter Aufsicht zu halten, wurde ihr ein Betraum zugewiesen. Ein katholischer Geistlicher ist nicht vorhanden, es werden allein regelmäßig Betstunden abgehalten.

Die von dem Wilnaer Erzbischof J a l b r z y k o w s k i, einem bekannten Vertreter des aktivistischen polnischen Nationalismus, eingeleitete Offensive zur Katholisierung des weißruthenischen Raumes konnte im hiesigen Tätigkeitsbereich noch nicht zur Auswirkung kommen. Die für Smolensk und Mogilew bestimmten Geistlichen konnten bereits in Minsk abgefangen werden.

Die Bildung griechisch-orthodoxer Gemeinden macht weitere Fortschritte. Bei Wiedereröffnungen bisher geschlossener Kirchen kommt es des öfteren zu starken Gefühlsausbrüchen der Anwesenden. In Wjasma drückte die Bevölkerung nach Schluß des ersten Gottesdienstes ihre Freude und ihren Dank gegenüber Wehrmachtsangehörigen aus. Allgemein kann festgestellt werden, daß sich die griechisch-orthodoxe Geistlichkeit, zumeist ältere Persönlichkeiten geringer Bildung, durchaus positiv zur deutschen Besetzung stellen und dieses auch in

ihren Predigten zum Ausdruck bringt. Es kann daher bereits gesagt werden, daß die griechisch-orthodoxe Geistlichkeit als ein Mittel zur inneren Befriedung des russ. Raumes angesehen werden kann und wird.

Lage in den von der Roten Armee gehaltenen Gebieten der Sowjetunion.

Aus aufgefundenen Geheimberichten über die Tätigkeit der Miliz bei dem NKWD konnte festgestellt werden, daß die bolschewistische Propaganda nicht die Entstehung eigener Urteile über den Wert und Charakter der bolschewistischen Kriegsmaßnahmen und Kriegsführung in der Bevölkerung verhindern kann. Aus zahlreichen Äußerungen der Bevölkerung würde hervorgehen, daß diese sich ihre eigenen Gedanken über die Angaben hinsichtlich der russischen Verluste, der Behandlung der Kriegsgefangenen usw. mache. In der Bevölkerung würde die Meinung vertreten, die Deutschen seien im Gegenteil ein Kulturvolk und benahmen sich höflich und gerecht. Es wäre eine Dummheit, sich vor dem Kommen der Deutschen zu fürchten und der Aufforderung der Behörden zur Evakuierung Folge zu leisten. Bezeichnend sei auch, daß deutsche Flugblätter gesammelt und ihnen Glauben geschenkt würde.

Als Folge der Evakuierung stellen die Berichte Schiebungen und Unterschlagungen auch von Juden fest. Auch asoziale Elemente, Deserteure und entlaufene Sträflinge würden sich den Umstand der Evakuierungen zu Nutze machen.

Aus den Berichten der Miliz geht weiterhin hervor, daß sämtliche Personen, ob Zivilisten oder Soldaten, verhaftet worden sind, falls sie aus deutscher Gefangenschaft oder aus den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten kamen.

Meldungen der Einsatzgruppe C liegen nicht vor.

Einsatzgruppe D.

Standort: S i m f e r o p o l !

Erschiessungen.

Weitere 2.910 Juden und 19 kommunistische Funktionäre wurden standrechtlich erschossen. Damit ist die Gesamtzahl der Exekutionen auf 54.696 gestiegen.

Kommunisten.

Wie in allen anderen Gebieten ist auch in den neubesetzten Teilen der Krim die fast ausnahmslos durchgeführte Flucht der führenden Personen festgestellt worden. Die personelle Erfassung der Flüchtigen ist im Gange. Soweit sie bisher gefaßt werden konnten, sind sie erschossen worden.

Wegen des langen Zeitablaufs bis zur Eroberung der Krim sind die Vernichtungs= und Zerstörungsaufträge in umfassendem Masse durchgeführt worden. Lebensmittel, Vieh, Getreide usw. sind zum größten Teil beseitigt oder vernichtet worden, so daß Ernährungsschwierigkeiten befürchtet werden. Seit der Besetzung der Krim sind nur selten Sabotageakte durchgeführt worden, u.a. wurde ein Gebäude in Simferopol gesprengt. Von vielen Seiten werden ausgedehnte Unterminierungen behauptet, jedoch haben sich solche Gerüchte bisher nur in einem Falle bei einem NKWD-Gebäude bestätigt.

J u d e n .

Die Judenarbeit wird wesentlich durch das Karaimen-, Krimtschaken- und Zigeunerproblem erschwert. Die Gesamtzahl der Juden beträgt schätzungsweise 40.000, davon lebt etwa ¼ in Simferopol. Die Krim-Bevölkerung ist judenfeindlich eingestellt und führt in Einzelfällen selbst den Kommandos Juden zur Beseitigung zu. Die Starosten bitten um die Erlaubnis, die Juden selbst beseitigen zu dürfen. Bisher waren Exekutionen infolge der Witterungsverhältnisse sehr erschwert.

Stimmung der Bevölkerung.

Die Bevölkerung stellt sich positiv zur deutschen Besatzung ein. Man erwartet bei dem Endsieg Deutschlands die Eingliederung ins Reich, hofft jedoch auf weitgehende Selbstverwaltung und Selbständigkeit.

Wegen der Ernährung bestehen ernste Sorgen, man erwartet jedoch Hilfe durch die deutsche Besatzung. Wegen weitgehender Vernichtung und Wegschaffung der Lebensmittelvorräte ist jedoch eine solche Hilfe nicht zu leisten. Die Krim war schon früher starkes Zuschußgebiet. Wegen der weitgehenden Zerstörungen ist der Aufbau einer Agrarwirtschaft nahezu unmöglich.

Volkstum und Religion.

Auf der Krim hat es Volksdeutsche kaum in geschlossenen Siedlungen sondern fast nur verstreut gegeben. Jetzt sind sie so gut wie restlos verschleppt.

Religiöse Aufbauarbeit der Kirchen wurde bisher nicht festgestellt, nur in Karassubasar haben sich die Rumänen auf diesem Gebiet besonders stark betätigt. Bisher sind dort durch rumänische Geistliche etwa 200.000 Menschen getauft worden, wobei rumänische Soldaten Patenschaft übernahmen. Die dadurch notwendig gewordenen Maßnahmen werden beim AOK vorbereitet.

Partisanentätigkeit!

In der Nacht zum 6.12. Landungsversuch der Russen mit 3 Schnellbooten im Hafen Jewpatoria. Partisanengruppe wurde abgesetzt, drang bis zum Stadtverwaltungsgebäude und zur Milizunterkunft vor. In J. liegen keine Truppen. 3 Milizangehörige wurden getötet, die Gebäude in Brand gesetzt. Teilkommando 11 b wurde nicht angegriffen, sicherte eigenes Gebäude und umliegendes Gelände. Partisanen vermutlich alle entkommen.

In der Nacht zum 7.12. landeten die Russen mit 3 Schiffen auf der Landzunge zwischen Jewpatoria und Ssaki und setzten vermutlich Truppeneinheiten, vielleicht auch Partisanen, ab. Der 11. Armee wurde sofort nach Eingang der Meldung des

Teilkommandos Jewpatoria fernmündlich Nachricht gegeben. Dort war die Landung noch nicht bekannt. Sie setzte schnelle Truppen gegen die Russen an. Nach Mitteilung der 11. Armee ist die Straße Simferopol - Jewpatoria bereits seit 7.12. gegen Mittag wieder frei.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
-S.Nr. IV A 1 - 1 B/41 - Rs. -

Berlin, den 15. Dezember 1941.

Geheime Reichssache!

65 Ausfertigungen.
52 Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 146.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 15.12.1941.

Höh. SS- und Pol.-Führer Nord (101)
~~(Brüttemann)~~ Jeckeln
Standort: Riga.

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker):
Standort: Krasnowardeisk,
N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga, Feldpost-Nr. 15119.

Kommandeur d. Sicherheitspolizei u. d. SD (Sandberger) Generalbezirk Estland
Standort: Reval, Narwa, Dorpat, Pernau u. Ahrensburg (Oesel)
N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa, Fernschreibverbindung Reval, ~~Feldpost-Nr. 15 119.~~

Sonderkommando 1 b:
~~(Ehrlinger)~~
Standort: Tossno, Mjedwjed, Mostonja. Staraje-Ruska,
N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno. Feldpost-Nr. 15 119.

./.

117

Kommandeur d. Sicherheitspolizei u. d. SD für den Generalbezirk Lettland

~~Einsatzkommando 2~~ ~~(Strauch)~~ (Dr. Lange)

~~(Strauch)~~

Standorte: ~~Teile in~~ Riga, Schaulen u. Libau,

N-Verbindungen: Funkverbindung Riga, Fernschreibverbindung Riga und Libau, Feldpost-Nr. 15447.

~~Einsatzkommando 9~~: K d Sipo u. SD f d Gen.Bez. Weißruthenien

(Jäger)

Standort: Minsk, Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowice, ~~Minsk~~,

N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Kowno, Wilna und Minsk, Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. SS- und Polizei-Führer Mitte (102)

(von dem Bach)

Standort: Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann):

Standort: Smolensk, ~~Verk. in Smolensk~~, Funkverbindung, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über V... Smolensk,

N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk, Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7 a:

(Steimle)

Standort: Rshew ~~und~~ Kalinin, und Sytschewka

N-Verbindungen: Funkverbindung Rshew, Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:

(Rausch)

Standort: Orel und Kursk

N-Verbindungen: ~~Nachk. in Brjansk, Verk. Tula~~, Funkverbindung Orel, Feldpost-Nr. 18 555.

./!

Einsatzkommando 8:
(Bradfisch)
Standort: Roslawl Mogilew, ~~mit Trupps in Witebsk,~~ Gomel, Orscha und ~~Smolensk~~ Brjansk
Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9:
Schäfer)
Standort: Witebsk, Wjasma mit Trupps in ~~Gshatsk~~ und Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau":
Standort: Malojaroslawez,
N-Verbindungen: Funkverbindung Malojaroslawez.

Höh. S.- u. Pol.-Führer Süd (103)
(~~Jeckeln~~) (Prützmann)
Standort: Kriwoj-Rog
N-Verbindungen: Fernschreibverbindung [illegible]

Einsatzgruppe C (Dr. Thomas):
Standort: K i e w ,
N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew, Fernschreibverbindung über Lemberg, von dort aus Kurier.
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4 a:
(Blobel)
Standort: Charkow,
N-Verbindungen: Funkverbindung Charkow,
Feldpost-Nr. 22 783.

Sonderkommando 4 b:
(Braune)
Standort: Kramatorskaja mit Teilen in Sochnowtschina, Losowaja, Slawiansk, Konstantinowka, Artemowsk
N-Verbindungen: Funkverbindung a.d.Marsch
Feldpost-Nr. 34 310

Einsatzkommando 5:
(Meyer)
Standort: Kiew, Trupps in Shitomir, Kowno, Winniza,
N-Verbindungen: Funkverbindung Nikolajew, Fernschreibverbindung [illegible]
Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:
(Kröger)
Standort: Stalino,
N-Verbindungen: Funkverbindung Stalino,
Feldpost-Nr. 35 979.

Höh. SS- u.Pol.-Führer z.b.V.:
(Korsemann)
Standort: R o w n o .

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)
==========
Standort: Simferopol,
N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol,
Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:
(Seetzen)
Standort: Taganrog.
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 b:
(Persterer)
Standort: Feodosia mit Teilk.in Kertsch u. Sudak.
N-Verbindungen: Funkverbindung, Feodosia Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:
(Zapp)
Standort: Jalta, Teilk. in Alupka u. Bachtschisaraj
N-Verbindungen: Funkverbindung Jalta Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 b:
(Zapp)
Standort: Simferopol, Teilk. in Aluschta, Karasubar, Eupatoria

N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol u. Aluschta
Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:
(Noske)
Standort: Fedorowka,
N-Verbindungen: Funkverbindung Fedorowka
Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A.

Standort K r a s n o w a r d e i s k .

1.) Am 5.12.41 fand im Schloss zu Katherinental bei Reval im Beisein hoher Vertreter der Wehrmacht, des Staates und der Partei sowie der führenden Männer der estischen Selbstverwaltung die Übernahme der Zivilverwaltung für das gesamte Gebiet der ehem. Republik Estland, neuerdings auch einschl Narva, durch den zum Generalkommissar ernannten SA-Obergruppenführer Litzmann statt.

2.) Am 5.12.41 hielt das Sondergericht in Riga seinen ersten Sitzungstag ab. Generalkommissar Dr. Drechsler umriss in einer kurzen Ansprache die Bedeutung des Tages für die deutsche Zivilverwaltung. Verhandelt wurde gegen 3 mehrfach vorbestrafte Verbrecher, die wegen schweren Diebstahls im Rückfall bzw. Hehlerei sowie unbefugten Waffenbesitzes angeklagt waren. Das Sondergericht verurteilte alle 3 zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. In seiner Urteilsverkündung führte der Vorsitzende aus, dass es sich bei den Angeklagten um Gewohnheitsverbrecher handelte, wie die erheblichen Vorstrafen und auch die zur Aburteilung stehende Straftat bewies. Auch der unbefugte Waffenbesitz habe die Angeklagten als unverbesserliche Verbrecher im Sinne der Anordnung des Reichskommissars vom 1.10.41 schuldig gemacht.

3.) Am 7.12. gegen 17 Uhr brach im Betrieb der "Stativa" AG. für Holzverarbeitung in Kauen ein Grossfeuer aus, das vor allem fertige Wehrmachtsbaracken erfasste. Nach Schätzung des leitenden deutschen Baurates beläuft sich der entstandene Schaden auf 300 000 RM. Als Brandursache ist wahrscheinlich Sabotage anzusehen. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

4.) Das EK. 3 hat 3 im Fahndungsblatt Nr. 1 des Bef.d.rückw.Heeresgebietes Nord ausgeschriebene Personen festgenommen.

5.) Laut Meldung des gleichen Kommandos ist die Aufsicht über die Gefängnisse und Strafanstalten, die bisher im Bereich der litauischen Justizverwaltung lagen, dem Generalkommissar in Kauen - Amt für Recht - übertragen worden.

6.) In Kädla (Dagö) sind 6 estn. Seeleute mit Motorsegler aus Hangö gelandet. Nach Aussagen dieser Seeleute sind im August 1941 500 mobilisierte Esten aus Reval nach Hangö transportiert worden. Hiervon sind inzwischen 90 zu den Finnen übergelaufen, 60 sind spurlos verschwunden, der Rest war in Hangö verblieben. Die Behandlung seitens der Sowjets war mehr als schlecht.

./.

Einsatzgruppe B.

Standort S m o l e n s k .

Vollzugstätigkeit.

a) Partisanen:

Mit dem Eintritt des Winters hat die bisher sehr rührige Tätigkeit der Partisanen nur unwesentlich nachgelassen. Nach den vorliegenden Meldungen lässt sich allerdings ein gewisser Unterschied in dem Auftreten und in der Betätigung der Partisanen im rückwärtigen Heeresgebiet und hinter der Front feststellen.

Das Bestreben der Partisanen im rückw. Heeresgebiet ist z.Zt. offenbar in erster Linie auf die Einrichtung von Winterquartieren gerichtet, ohne dass ein wesentliches Nachlassen ihrer Aktivität erkennbar ist. Verschiedene Meldungen lassen die Feststellung zu, dass sich einzelne Partisanen bereits nach entlegenen Wohnbezirken begeben haben und sich dort bei Gesinnungsgenossen versteckt halten. Es handelt sich [illegible] Personen wohl um Kundschafter, die geeignete Winterquartiere erkunden sollen.

./.

Überwachungsmassnahmen sind eingeleitet. Es liegen ferner Meldungen darüber vor, dass einzelne Partisanengruppen Winterquartiere in schwer passierbaren Waldgebieten bezogen haben. So wurde bei einer Aktion, die auf Grund einer Meldung des EK 9 von einem Sicherungsbataillon und einem Kommando des EK 9 im Raum um Surash durchgeführt wurde, ein Winterlager gefunden, das mit unterirdischen Wohnräumen und Stallungen ausgestattet war.

Weiter ist festgestellt worden, dass Partisanen versuchen, von ihren Lagern aus unter möglichster Vermeidung von Kampfhandlungen sich die für ihren Lebensunterhalt erforderlichen Mittel zu verschaffen. Hierbei suchen sie zum Teil nicht die ihrem Lager am nächsten liegenden, sondern weiter entfernte Ortschaften heim, um ihren Aufenthaltsort möglichst geheim zu halten. Falls ihren Forderungen auf Überlassung von Lebensmitteln, Bekleidung usw. nicht entsprochen wird, machen sie, wie auch schon früher festgestellt, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch. Darüber hinaus begehen sie auch aus anderen Gründen Terrorakte gegen die Bevölkerung. So erschienen eines Ver-

mittags auf dem Grundstück des zufällig abwesenden Bürgermeisters in Staj, Rayon Bolinitschi, drei bewaffnete Partisanen und verlasen einen mit Schreibmaschine geschriebenen Befehl des angeblichen Partisanenkommandeurs, in dem es hieß, dass sämtliche Angehörigen des Bürgermeisters zu beseitigen seien, da dieser sich durch sein Zusammenarbeiten mit den Deutschen als Verräter an der sowjetischen Macht gezeigt habe . Nachdem ein Partisan noch erklärt hatte: "Ihr seid schuld daran, dass unsere Juden von den Deutschen ermordet werden" , stach ein anderer Partisan mit einem Dolch auf die Ehefrau und zwei Kinder ein und brachte ihnen erhebliche Stichverletzungen bei. Danach steckten die Partisanen das Gebäude in Brand. Die Ehefrau konnte sich ins Freie retten und um Hilfe rufen. Dorfbewohner, die auf die Hilferufe herbeieilten und das Feuer zu löschen versuchten, wurden von den Partisanen beschossen. Seitens der Ortskommandantur in Bolinitschi ist am folgenden Tage eine Strafaktion durchgeführt worden, in deren Verlauf 7 Personen, denen eine Verbindung zu Partisanen nachgewiesen werden konnte, erschossen wurden.

Das Schwergewicht der Partisanentätigkeit hinter der Front liegt noch immer auf dem Gebiet der Störung der Nachschubwege, der Bekämpfung kleinerer Wehrmachtseinheiten und der Anlegung von Bränden in besetzten Orten, wobei in verschiedenen Fällen "Molotow-Coktails" verwendet wurden.

Es konnte weiter festgestellt werden, dass in zunehmendem Masse Juden den Partisanen Hilfe leisten und ihnen Unterstützung in jeder Beziehung gewähren. So erschienen Anfang November am hellen Tage im Dorfe Podgorje, etwa 40 km ostwärts Bobruisk, 2 mit Gewehren bewaffnete Juden, die Brot forderten und auch erhielten. Ordnungsdienstangehörige aus dem benachbarten Raswadow, die von dem Vorfall Kenntnis erhalten hatten, wurden bei ihrem Eintreffen in Podgorje von den Juden beschossen. Nach Erledigung der Juden wurde festgestellt, dass jeder von ihnen noch 200 Schuss Munition bei sich hatte. In der folgenden Nacht kamen 3 bewaffnete Juden offenbar zu Erkundungszwecken nach Podgorje, wo sie vom Ordnungsdienst festgenommen wurden. Tags darauf erschienen etwa 40 bewaffnete Juden, die 5 Dorfeinwohner festnahmen und erschossen. Die erforderlichen Massnahmen sind eingeleitet.

127

Weiter ist die Wahrnehmung gemacht worden, dass von einzelnen Partisanengruppen anscheinend Verbindungen zu örtlichen Ordnungsdiensten bestehen, und dass Angehörige des Ordnungsdienstes dem Treiben der Partisanen nicht nur passiv gegenüberstehen, sondern sie sogar aktiv unterstützen. Ob dieses Verhalten auf Einschüchterungen und Drohungen durch die Partisanen zurückzuführen ist oder ob es den Partisanen gelungen ist, Mittelsmänner in den Ordnungsdienst einzuschieben, wird untersucht.

b) Widerstandsbewegungen.

Geschlossene Widerstandsbewegungen wurden bislang nicht festgestellt, wenn auch bei einem allerdings noch recht schwachen Prozentsatz der Bevölkerung eine gewisse Opposition vorhanden ist. Es scheint sich aber mehr um Einzelerscheinungen zu handeln, wobei von Aktivität und fester Führung noch nicht gesprochen werden kann. Träger solcher Oppositionsbestrebungen scheinen in erster Linie jene Personen zu sein, die während der Sowjetherrschaft zwar nur untergeordnete Posten bekleidet (wie Kolchosvorsteher, Lagerverwalter, Aufseher von kleineren Betrieben usw.), aber immerhin eine gewisse Rolle gespielt haben und die z.Zt. entweder aus in ihrer Person liegenden Gründen oder mangels freier Stellen noch nicht wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden konnten. ./.

Zulauf und willige Mitarbeiter erhalten sie offenbar aus jenem Personenkreise, der sich in der Annahme einer baldigen Rückkehr der Sowjets noch verborgen hält, aber sich nicht entschliessen kann, sich als Partisanen zu betätigen. Wenn auch diese Gruppen bzw. Einzelgänger noch keine unmittelbare Gefahr bilden, so werden die Beobachtungen doch fortgesetzt, damit im geeigneten Zeitpunkt zugegriffen werden kann.

c) Kriminalität.

Seit Beginn der Winterzeit ist eine Zunahme der Kriminalität zu verzeichnen. Es mehren sich insbesondere die Eigentumsdelikte. Gestohlen werden vorwiegend Lebensmittel, Bekleidung und Brennmaterial. An diesen Straftaten sind Jugendliche im Alter von 10 bis 15 Jahren erheblich beteiligt. Auffallend ist die Tatsache, dass die russische Bevölkerung diesem Treiben überaus gleichgültig gegenübersteht, und dass nur in verhältnismässig wenigen Fällen von den Betroffenen Anzeige erstattet wird. Nach einzelnen Beobachtungen haben jugendliche Täter sich zu Banden zusammengeschlossen und treiben mit den gestohlenen Sachen Tauschhandel. Mit einem Nachlassen der Eigentumsdelikte

ist zunächst nicht zu rechnen. Eine Änderung wird wohl erst eintreten, wenn es im kommenden Frühjahr gelingt, die Arbeitslage zu verbessern und die Bevölkerung ausreichend auf allen Gebieten zu versorgen.

d) Juden.

Auch in dieser Berichtszeit konnte festgestellt werden, dass die Fluchtbewegung der Juden nach Osten anhält. So waren z.B. beim Eintreffen der Kommandos die Städte Orel, Medyn und Malojaroslawetz judenfrei.

Da die jüdische Bevölkerung durch ihr Verhalten trotz Anwendung strenger Strafen immer wieder die angestrebte Befriedung der besetzten Gebiete stört, müssen ihr gegenüber nach wie vor die schärfsten Massnahmen durchgeführt werden.

e) Auswirkungen des sicherheitspolizeilichen Einsatzes.

Es kann im grossen und ganzen festgestellt werden, dass sich Unruheherde grösseren Ausmasses in unmittelbarer Nähe der einzelnen Kommandos, sobald Befriedungsaktionen durchgeführt worden sind, nicht mehr gebildet haben. Äusserungen aus der friedli-

benden Bevölkerung lassen das Vertrauen zu den Massnahmen der Sicherheitspolizei erkennen. In welchem Masse die Bevölkerung Vertrauen zur Sicherheitspolizei gefasst hat, zeigt die Feststellung eines Einsatzkommandos, dass die Zivilbevölkerung nicht nur durch Anzeigenerstattung in zunehmendem Masse an der Bekämpfung des politischen Verbrechertums teilnimmt, sondern auch die Dienststellen mit persönlichen Anliegen aufsucht und dort Rat erbittet.

f) Vernichtungsabteilungen.

Wie aus den Meldungen hervorgeht, waren, wie wohl an allen Teilen der Ostfront, auch im hiesigen Bereich überall Vernichtungsabteilungen von den Sowjets aufgestellt worden. So ist über die Vernichtungsbataillone in den Städten Moszalsk und Malojaroslawetz folgendes bekannt geworden:

Bei der Besetzung der Stadt Moszalsk durch deutsche Truppen am 4.10.41 wurden durch eine Einheit namentliche Listen über einen Zerstörertrupp gefunden, in denen über 100 männliche und etwa 20 weibliche Personen verzeichnet waren. Die Frauen gehörten ausnahmslos der KP an und waren zu einer sogenannten Sanitätsgruppe zusammengefasst. Der Trupp war erst wenige Wochen vorher gebildet worden. Seine Aufgabe war, landende deutsche Fall-

./.

schirmjäger zu vernichten, sowie kleinere deutsche Spähtrupps nach Durchbrechen der sowjetischen Linien zu beseitigen. Ferner hatte der Trupp die Aufgabe, Brücken, Lager, Pumpstationen, Post- und Telegraphenanstalten, Bankgebäude, Kreis- und Stadtbehörden zu bewachen. Bei Gefahr im Verzuge sollten diese Objekte durch Sprengungen und Inbrandsetzung vernichtet werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben waren besondere Kommandos gebildet und den Behörden und Wirtschaftseinrichtungen zugeteilt.

Die Führung des Trupps lag in den Händen des NKWD-Chefs Maslow, dessen Vertreter ein gewisser Lowkij war. Als Untergliederung bestanden zwei Züge, die durch altgediente Soldaten bzw. Reserveoffiziere geführt wurden. Die Mitglieder des Trupps rekrutierten sich aus Angestellten und Arbeitern der zu schützenden Behörden und Wirtschaftseinrichtungen. Die jeweiligen Behördenchefs waren zugleich auch die verantwortlichen Leiter der Kommandos.

Mehrere Mitglieder des Trupps, darunter alle Parteimitglieder, waren mit Waffen ausgerüstet (russische und englische Militärgewehre). Drei

Tage vor Besetzung der Stadt durch die deutschen Truppen erhielten darüber hinaus fast sämtliche Mitglieder des Trupps Waffen ausgehändigt. Die ausgegebene Munition wurde in einem Gurt unter dem Rock versteckt getragen. Eine besondere Uniform wurde nicht getragen.

Weiter konnte durch V-Leute ermittelt werden, dass in Malojaroslawetz ebenfalls eine Vernichtungsabteilung bestanden hat, an deren Spitze der Chef des Kreiskomitees stand. Der Trupp war in drei Infanteriezüge und einen berittenen Zug eingeteilt. Die Bewaffnung bestand aus Karabinern. Uniform wurde nicht getragen. Kommandos befanden sich bei den Behörden und Wirtschaftseinrichtungen.

2.) Bekämpfung der Partisanen.

In der Berichtszeit konnte die Bekämpfung der Partisanen durch Sonderunternehmen nicht in dem Umfange wie sonst wegen der durch das schlechte Wetter verursachten katastrophalen Wegeverhältnisse durchgeführt werden. Meldungen über Partisanentätigkeit in entlegenen Orten, die von den Teilkommandos nicht erreicht werden konnten, musste daher den zuständigen Sicherungs-Divisionen zugeteilt werden.

Bei einer Judenaktion in Rudnja wurden 12 Partisanen ermittelt. Sie wurden erschossen.

Durch eine Heeresbaudienststelle in Witebsk wurde ein angeblicher Russe überstellt, weil seine Arbeitsleistungen schlecht waren. Er war nach seinen eigenen Angaben Rotarmist und will von einem deutschen Offizier aus der Gefangenschaft entlassen sein. Papiere hatte er nicht bei sich. Nach längeren Leugnen gab er zu, Angehöriger einer Partisanengruppe zu sein, weigerte sich aber, Einzelheiten anzugeben. Er wurde erschossen.

6 Russen, die auf der Landstrasse bei Witebsk ohne Ausweispapiere aufgegriffen waren und überführt wurden, mit Partisanen in Verbindung zu stehen, wurden erschossen.

In Surash wurde auf Grund eines sichergestellten Briefes und anderer Notizen festgestellt, dass der Rayonförster Loschkin, seine Ehefrau und seine Töchter, sowie der Veterinär Iwanow und der Veterinärgehilfe Klimowitsch mit Partisanen in Verbindung standen. Die Ermittlungen ergaben, dass sie an dem Partisanenüberfall auf Surash in der Nacht vom 12. zum 13. September beteiligt waren. Aus Aufzeichnungen ging hervor, dass Loschkin Mitglied eines Partisanentrupps war seine Ehefrau, die, wie er, beim Einmarsch der deutschen Truppen geflüchtet war,

./.

bei einem anderen Partisanentrupp wieder gefunden hatte. Loschkin und Iwanow waren Mitglied der KP. Die 5 Personen wurden erschossen.

In Surash wurden die Russen Iwan Michel w und Nikolai Kussnizow erschossen, die für eine Partisanengruppe Zubringerdienste geleistet hatten.

Es wurden ferner wegen Zugehörigkeit zu einer Partisanengruppe bzw. wegen Zuträgerdienste für Partisanen erschossen der Jude Elia Lapitzki und die Russen Iwan Matjewjew, Nikolai Sepaujenko, Gregor Skobilew und Semjon Agafanow.

Dem in Bytschicha wohnhaften Juden Bruck konnte nachgewiesen werden, dass er Partisanen mehrere Schweine gebracht hatte. Er wurde der Wehrmacht auf ihren Wunsch übergeben und öffentlich gehängt.

Auf Grund der Meldung eines V-Mannes konnte 4 km südwestlich von Pschtschebowo ein Partisanenlager gefunden werden. Da bei der daraufhin zusammen mit der Wehrmacht durchgeführten Aktion das Gebiet nicht völlig umschlossen werden konnte, gelang es einigen Partisanen zu entkommen.

16 Partisanen, unter denen sich ein politischer Kommissar befand, wurden erschossen. Grosse Mengen an Waffen und Munition wurden erbeutet.

Bei der Überholung eines Hauses in Kursk, das bis zur Einnahme der Stadt roten Offizieren und Partisanenführern als Versammlungsraum gedient haben soll, wurde ein Mann ergriffen, der sich im Besitz einer Unterleutnantsuniform der sowjetischen Armee befand. Da ihm seine Zugehörigkeit zu einer Partisanengruppe nachgewiesen werden konnte, wurde er erschossen.

Der Russe Alexej Maxinowitsch in Stich in der Nähe von Orel wurde erschossen, da er mit einer Partisanengruppe in Verbindung stand. Er befand sich bei seiner Festnahme in Besitz von Schulungsmaterial über die Betätigung von Partisanen.

Beim Eintreffen eines Teilkommandos in Ordsnonikidsegrad hatte eine Wehrmachtsabteilung gerade ein Gefecht mit Partisanen in unmittelbarer Nähe der Stadt gehabt. Die Beunruhigung unter der Bevölkerung wurde noch verstärkt durch ständig sich wiederholende Brandstiftungen. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen führten zur Festnahme des Russen Sorge Rischin, der Angehöriger der Feuerwehr war und sich nach seinem Geständnis an den Brandstiftungen in der Stadt führend

beteiligt hatte. Im Zusammenhang mit der Festnahme des Rischin gelang es, 7 Juden zu ergreifen, die überführt werden konnten, sich als Partisanen betätigt zu haben. Die 8 Personen wurden erschossen.

Einsatzgruppe D

Standort S i m f e r o p o l .

Im weiteren Verlauf der Bekämpfung der "Moskauer Partisanengruppe" im Dnjepr-Sumpfgebiet nördlich Michailowka durch das Teilkommando 12 ergab das sichergestellte Material, dass die Partisanenbekämpfung in diesem Abschnitt von vornherein so entscheidend angesetzt worden war, dass die ganze Organisation aufgerollt wurde, bevor sie ihre volle Wirksamkeit entfalten konnte.

Mit der Aushebung eines Partisanenmeldekopfes und der Vernichtung weiterer 9 Partisanen - insgesamt waren damit 51 Partisanen erledigt - ist es gelungen, die Partisanenbewegung in diesem Raum restlos zu zerschlagen. Das beim Meldekopf sichergestellte Material enthielt neben einer Aktionskarte, eine namentliche Aufstellung sämtlicher Angehöriger der Moskauer Partisanenbewegung sowie

eine Aufstellung der Bewaffnung jedes Einzelnen und der Abteilungen, Einsatzbefehle, Tagebuchaufzeichnungen ua.

Ferner konnten folgende Einzelheiten in Erfahrung gebracht werden:

Die Partisanen der Moskauer Abteilung wurden im Juli 1941 in Moskau durch das Kriegskommissariat zum Wehrdienst einberufen und als Soldaten der Roten Armee eingekleidet. Nach kurzer militärischer Ausbildung in Moskau wurden sie nach Staline und Tschaplin gebracht. Hier wurde ihnen die Uniform wieder abgenommen. An deren Stelle wurden sie mit Zivilkleidung versorgt, jedoch durch Einheitlichkeit den Partisanen die Möglichkeit gegeben, sich untereinander zu erkennen.

Die Kleidung wurde wie folgt beschrieben und auch in dieser Zusammenstellung ausnahmslos bei den Partisanen vorgefunden:

Schwarzer Rock und schwarze lange Hose, beide in der Längsrichtung durchsteppt und mit Watte gefüttert. Die Jacke weist den üblichen russischen Schnitt auf und hat keinen Kragen. Neben der gesteppten Hose war noch eine leichte Leinenhose - ebenfalls schwarz - ausgegeben worden. Beim Anlegen der Leinenhose wurde von den Partisanen unter dieser stets eine Stiefelhose der

./.

Roten Armee getragen. Jeder Partisan war ferner mit Langstiefeln der Roten Armee ausgerüstet, die unter der langen Hose getragen wurden. Die russischen Armeestiefel unterscheiden sich von den meisten Zivilstiefeln dadurch, dass der Schaft nicht mit einer einfachen Naht, sondern mit einem Lederrist zusammengehalten wird. An Hemden waren an die Partisanen 2 Sorten ausgegeben worden, und zwar ein schwarzes Hemd mit Kragen und ein weisses mit blauen Streifen. Irgendwelche Abweichungen von dieser Kleidung konnten bei den bisher erfassten Partisanen der Moskauer Abteilung nicht festgestellt werden. Die Kopfbedeckung war allerdings nicht einheitlich. Sie bestand durchweg aus Sixpenceemützen verschiedener Form und Farbe.

In Stalino und Tschaplin war der Sammelplatz, und die Partisanen sollten von hier aus erstmalig eingesetzt werden. Nach übereinstimmenden Aussagen wurden sie mit den künftigen Aufgaben bekannt gemacht und entsprechend ausgebildet. Ausser einer infanteristischen Unterweisung wurden sie hauptsächlich in der Sprengung von Brücken usw. geschult.

./.

Übereinstimmenden Aussagen zufolge wurden drei Versuche unternommen, um die Partisanen mittels Flugzeug an den Einsatzort zu bringen. Sämtliche Versuche schlugen fehl, weil die Flugzeuge stets in wirksames Flakfeuer der deutschen Wehrmacht gerieten. Daraufhin wurde von dem Transport mittels Flugzeug Abstand genommen und dieser mit Kraftwagen durchgeführt. Etwa 3 oder 4 Fahrzeuge schafften die - wie später festgestellt werden konnte - 93 Partisanen in einen kleinen Ort bei Wasiljewka, dessen Name nicht bekannt gegeben wurde. Es ist aber mit Bestimmthdit anzunehmen, dass es sich hierbei um den Ort Skelka handelt, da von dort aus der Marsch in das Sumpfgebiet angetreten wurde, Die Partisanen, die bereits mit Gewehren, Maschinenpistolen usw. ausgerüstet worden waren, empfingen hier noch Munition und erstmalig grössere Mengen Sprengstoff. Der Marsch in den Sumpf wurde angeblich nicht unter Führung eines Ortskundigen, sondern an Hand einer Karte unter Leitung des Partisanenkommandeurs durchgeführt. Diese Aussagen werden bezüglich ihrer Richtigkeit durch das inzwischen aufgefundene Tagebuch des Partisanenkommandeurs belegt. Die Hinzunahme unter Verpflichtung Ortskundiger als Partisanen ist erst im Sumpfgebiet erfolgt. ./.

Bemerkenswert ist, dass die sichergestellten Waffen einschliesslich Munition und Sprengmaterial der vorgenommenen Zuteilung entspricht. Es kann sich also in den Händen des einen oder anderen flüchtigen Partisanen kein Waffen- oder Sprengmaterial mehr befinden.

BIb - 148 -

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 -gRs.-

Berlin, den 17.Dez.1941

65 Ausfertigungen.
57. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 147.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Die mit Ereignismeldung Nr. 146 vom 15.12.41 gemeldeten Standorte und Nachrichtenverbindungen sind unverändert geblieben.

II. Meldungen der Einsatzgruppen- und -kommandos.

Von der Einsatzgruppe A liegen keine Meldungen vor.

142

Einsatzgruppe B:

Standort: S m o l e n s k .

Aktionen gegen Funktionäre, Agenten, Saboteure und Juden.

Standrechtlich erschossen wurden:

Ein Russe aus Huslitschi bei Mogilew, der überführt wurde, deutsche Soldaten erschossen zu haben, und der sich der Festnahme durch die Flucht zu entziehen suchte,

ein Russe, der als Angehöriger des Ordnungsdienstes gegen das Reich agitiert und ferner auch geplündert hatte,

ein Russe, der sich Arbeit als einfacher Arbeiter in einem Torfwerk verschafft, um seine Tätigkeit als führendes Komsomolmitglied zu verdecken und unter der Belegschaft des Werkes Propaganda gegen das Reich getrieben hatte,

2 Russen, die versucht hatten, die Dorfjugend der Ortschaft Belschoje-Sabolotje in hetzerischer Weise gegen die deutschen Besatzungsbehörden aufzuwiegeln,

der Kolchosvorsteher, 2 Arbeiter und ein Buchhalter, die als die für die ordnungsmässige Bewirtschaftung der Kolchose Suchary bei Schkloff Verantwortlichen ihre Pflicht derart vernachlässigt hatten, dass ihre Sabotageabsicht klar

./.

hervortrat. So wurden u.a. von 30 ha Kartoffeln nur etwa 3 ha geerntet, die Roggenschober nicht mit Stroh abgedeckt. Sie hatten ferner Schwarzbrennerei betrieben. Bei Babrow wurde eine Partisanenwaffe und Sprengpulver gefunden,

eine Russin, die langjährige NKWD-Agentin war und gegen die deutschen Besatzungsbehörden gehetzt hatte,

der Direktor der früheren Leimfabrik in Mogilew und ein Russe, die als NKWD-Agenten hetzerische Propaganda gegen das Reich getrieben hatten,

ein Jude, der seit 1920 Mitglied der KP sowie NKWD-Agent war und vor dem Einrücken der deutschen Truppen versucht hatte, das Dorf Zawadjejke bei Mogilew unter Verwendung von Benzin in Brand zu setzen,

6 Juden und Jüdinnen, die sich ausserhalb des Ghettos in Mogilew versteckt gehalten hatten,

62 Juden und Jüdinnen, die gegen die Anordnung über das Tragen des Kennzeichens verstossen hatten,

2 Russen, die sich wochenlang in der Umgebung von Mogilew umhergetrieben und unter der Bevölkerung das Gerücht verbreitet hatten, dass die Sowjettruppen bald wieder zurückkämen,

3 Russen, die überführt wurden, sich führend als NKWD-Agenten betätigt zu haben,

2 Russen, die die Anordnungen der deutschen Besatzungsbehörden dadurch zu sabotieren ver-

./.

suchten, dass sie ihnen übertragene Arbeiten nur widerwillig ausführten und Mitarbeiter gleichfalls zu minderwertigen Arbeitsleistungen verleiteten.

9 Juden, die die Bevölkerung in Mogilew erheblich durch Wucher terrorisiert hatten,

in Witebsk ein Russe, der führend für das NKWD tätig gewesen ist,

ein Russe, der ein Bild des Führers, das an seinem Hause angebracht war, abgerissen und dabei erklärt hatte, nur Hitler sei schuld daran, dass es den Russen so schlecht gehe,

in Wjasma ein Jude, der der KP seit 1928 angehörte und in der Roten Armee das Amt eines Politruks bekleidet hatte,

ein Russe, der seit 1920 der KP angehörte und sich hetzerisch betätigt hatte,

2 Russen, die der sowjetrussischen Armee als Politruks angehört hatten,

der Jude Naichin, seine Ehefrau und weitere 3 Juden, die sich abfällig über die deutsche Wehrmacht geäussert hatten,

in Gshatsk ein Russe, der Vertrauensmann des NKWD war und Gerüchte verbreitete, die Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen hatten,

in Orel ein Russe, der aus seinem Militärpass die Seiten entfernt hatte, die Hinweise auf seine Mitgliedschaft zur KP enthielten. Er war kommunistischer Funktionär in Orel, gehörte der KP seit 1931 an und hatte nach eigenen

145

Angaben der früheren GPU im Jahre 1918 etwa 5 Monate angehört,

in Orel die kommunistische Funktionärin Sinaida Fitowa, die sich bis zuletzt hetzerisch betätigt hatte. Sie war seit 1933 Funktionärin der KP und war äusserst fanatisch eingestellt,

ein Russe, der sich als Angehöriger eines Vernichtungsbataillons in Brjansk führend an den Brandstiftungen beteiligt hatte. Er war seit 1918 Mitglied der KP;

ein Russe, der Funktionär der Organisation "Dienst der Distanz" war. Die Organisation hatte die Aufgabe, beim Einrücken der deutschen Truppen die Eisenbahnanlagen zu zerstören.

ein Russe, der sich als NKWD-Spitzel betätigt und gegen das Reich gehetzt hatte,

der Bataillons-Kommissar des 735.Schtz.Rgts Mark Pschenitzko, der seit 1927 Mitglied der KP war und seit 1934 der Roten Armee angehörte. Während seiner Dienstzeit wurde er auf Grund seiner Parteizugehörigkeit auf die politische Schule in Mamineszt-Podolsk auf 2 Jahre zur Ausbildung geschickt. 1940 wurde er zum politischen Bataillons-Kommissar ernannt. Ihm unterstanden 9 jüngere Politruks und 3 Politruks, die ihm über Stimmung und Disziplin in der Truppe zu berichten hatten. Seine Aufgabe bestand weiter in der ständigen politischen Unterrichtung und Überwachung der ihm unterstehenden Truppen;

./.

der politische Kommissar Georgi Ruschkin, der seit 1930 Mitglied der KP und seit 1937 Angehöriger der Roten Armee war. P. war Kompanie-Politruk, Instrukteur bei der 166. Division, politischer Kommissar bei den Haubitzen-Batl. 735;

der ältere Politruk Konstantin Jeromenko, der 1930 zur Roten Armee eingezogen und 1932 der KP beigetreten ist; von 1934 bis 1935 war er Instrukteur; anschliessend besuchte er 2 Jahre eine landwirtschaftliche Schule und wurde in einem Getreidelager als Verwalter angestellt. 1939 wurde er als Unterleutnant wieder einberufen. Nach 2-monatiger Ausbildung in Gorki wurde er als Propagandist zur politischen Schulung der Truppe eingesetzt;

ein Politruk, der seit 1930 Mitglied der KP. war und 1933 zur Roten Armee eingezogen wurde. Er erhielt ohne jede Vorkenntnisse die Aufsicht über Film-, Theater- und Zeitungswesen;

ein Politruk, der Mitglied des Komsomol war und 1940 zur Roten Armee einberufen wurde. Nach 3-monatiger Ausbildung wurde er bei einem Schtz-Rgt. zum stellvertr. Politruk ernannt;

ein Politruk, der Mitglied des Komsomol und in einem Schtz-Regt. Politruk war;

ein politischer Kommissar, der schon am russisch-finnischen Krieg als Politruk teilgenommen hat;

der frühere sowjetische Gebietsstaatsanwalt Sergei Michailow in Witebsk, der seit Februar 1919 Mitglied der KP und in verschiedenen Parteidienststellen führend tätig war. Er hatte

 ./.

8 Klassen Volksschule und einen dreimonatigen juristischen Spezialkursus besucht. Bei der Ausstellung seines Passes bei der Stadtverwaltung verschwieg er die Mitgliedschaft zur Partei.

Von den Einsatzgruppen C und D liegen keine Meldungen vor.

-.-.-.-.-.-

BIb-143-

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
-B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 gRs. -

Berlin, den 19. Dezember 1941.

65 Ausfertigungen.
5. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 148.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 19.12.1941.

HSSPF und Pol.-Führer Nord (101)
(Jeckeln)
Standort: Riga.

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker):

Standort: Krasnowardeisk,
N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga, Feldpost-Nr. 15119.

Sonderkommando 1 a:
(Sandberger)
Standort: Reval, Narwa, Dorpat, Pernau u.Ahrensburg (Ösel)

N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa, Fernschreibverbindung Reval Feldpost-Nr. 15 119.

Sonderkommando 1 b:
(Ehrlinger)
Standort: Tossno, Mjedwjed, Mostonja. Staraje-Ruska,

N-Verbindungen: Funkverbindung Tossno, Feldpost-Nr. 15 119.

./.

149

Einsatzkommando 2:
(Strauch)
Standorte: Teile in Riga, Schaulen u. Libau,

N-Verbindungen: Funkverbindung Riga, Fernschreibverbindung Riga u.Libau, Feldpost-Nr.15447.

Einsatzkommando 3:
(Jäger)
Standort: Dünaburg, Kowno, Wilna, Baranowice, Minsk,

N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Kowno, Wilna und Minsk, Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. S.- und Polizei-Führer Mitte (102)
(von dem Bach)
Standort: Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann):
Standort: Smolensk, Verk.in Moshaisk, Funkverbindung, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über V.D.Smolensk,

N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk, Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7 a:
(Steimle)
Standort: Ishew und Kalinin,
N-Verbindungen: Funkverbindung Ishew, Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7 b:
(Rausch)
Standort: Nachk.in Brjansk, Verk.Kala,
N-Verbindungen. Funkverbindung Orel, Feldpost-Nr. 18 555.

./.

Einsatzkommando 8:
(Bradfisch)
Standort: Mogilew mit Trupps in Witebsk, Gomel, Arscha und Kritschew,
Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9:
(Schäfer)
Standort: Wjasma mit Trupps in Gshatsk und Smolensk,
N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma,
Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando "Moskau":
Standort: Malojaroslawez,
N-Verbindungen: Funkverbindung Malojaroslawez.

Höh. SS- u. Pol.-Führer Süd (103)
(Prützmann)
Standort: Kriwoj-Rog
N-Verbindungen: Fernschreibverbindung Lemberg.

Einsatzgruppe C (Dr. Thomas):
Standort: K i e w,
N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew,
Fernschreibverbindung über Lemberg, von dort aus Kurier.
Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4 a:
(Blobel)
Standort: Charkow,
N-Verbindungen: Funkverbindung Charkow,
Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4 b:
(Braune)
Standort: Kramatorskaja mit Teilen in Sechnowtschina, Lesowaja, Slawiansk, Konstantinowka, Artemowsk
N-Verbindungen: Funkverbindung a.d.Marsch
Feldpost-Nr. 34 310.

-/-

Einsatzkommando 5:
(Meyer)
Standort: Kiew, Trupps in Shitomir, Rowno, Winniza,

N-Verbindungen: Funkverbindung Nikolajew, Fernschreibverbindung Rowno, Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6:
(Kröger)
Standort: Stalino,
N-Verbindungen: Funkverbindung Stalino, Feldpost-Nr. 35 979.

Höh.- [illegible] und Pol.-Führer z.b.V.:
(Korsemann)
Standort Rowne.

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol,
N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol, Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 a:
(Seetzen)
Standort: Taganrog.
N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10 b:
(Persterer)
Standort: Feodosia mit Teilk.in Kertsch u.Sudak.

N-Verbindungen: Funkverbindung, Feodosia Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11 a:
(Zapp)
Standort: Jalta, Teilk. in Alu[illegible] u. Bachtschisaraj

N-Verbindungen: Funkverbindung Jalta Feldpost-Nr. 47 540.

./.

Einsatzkommando 11 b:

(Zapp)

Standort:	Simferopol, Teilk. in Aluschta, Karasubar, Eupatoria
N-Verbindungen:	Funkverbindung Simferopol u. Aluschta
	Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12:

(Noske)

Standort:	Fedorowka,
N-Verbindungen:	Funkverbindung Fedorowka
	Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Meldungen der Einsatzgruppe A liegen nicht vor.

Einsatzgruppe B:

Standort: S m o l e n s k .

Massnahmen gegen Kriminelle und Plünderer.

Es wurden standrechtlich erschossen:

Ein Russe, dem nachgewiesen werden konnte, dass er den Bürgermeister Nikita Kaslow in Pudawaja bei Mogilow ermordet hatte;

ein Unterleutnant, der in verschiedenen Fällen Unterschlagung/begangen hatte,

ein Russe, der sich monatelang vagabundierend umhergetrieben und seinen Lebensunterhalt durch Begehung von Diebstählen gefristet hatte;

2 Juden sowie 2 Russen, die wiederholt geplündert hatten,

4 weitere Russen, die ihren Lebensunterhalt aus der Begehung von strafbaren Handlungen, insbesondere von Diebstählen, bestritten hatten;

der Russe Iwan Gorloff in Gshatsk, Mitglied der KP seit 1924, dem nachgewiesen wurde, dass er an Brandstiftungen in Mühlen, Lagern und Speichern beteiligt war;

2 Russen, die nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Gshatsk Lebensmittelplünderungen und Schwarzschlachtungen durchgeführt hatten;

in Kursk 3 Russen, die geplündert hatten;

in Orel ein Russe, der bei einer Brandstiftung auf frischer Tat betroffen wurde, und weitere 12 Personen, unter ihnen mehrere Juden, die als Mittäter bei anderen Brandstiftungen überführt werden konnten. ./.

der NKWD-Angehörige Sidarow, der sich in Orel an Brandstiftungen und Plünderungen führend beteiligt hatte;

der Leiter des Ordnungsdienstes in Rudnja Korotschenko, der in keiner Weise die Anordnungen der deutschen Besatzungsbehörden befolgt hatte. In seiner Wohnung wurde in erheblichem Umfange Plünderungsgut gefunden;

in Gomel 3 Russinnen, die der Gewerbsunzucht nachgingen und mehrere deutsche Soldaten infiziert hatten.

Sonderaktionen:

Bei einer Durchkämmung des Zwangsarbeitslagers beim -Stützpunkt in Mogilew wurden 150 Juden erfasst, die sich aufwieglerisch betätigt hatten. Sie wurden erschossen.

Bei unter Hinzuziehung von Ordnungspolizei durchgeführten Kontrollen der Ausfallstrassen von Mogilew wurden insgesamt 135 Personen - zum grössten Teil Juden - ergriffen. Die Juden trugen nicht das für sie vorgeschriebene Kennzeichen, andere Personen befanden sich "auf Wanderschaft", ohne die vorgeschriebenen Papiere bei sich zu haben. 127 Personen wurden erschossen.

./.

Im Einvernehmen mit den Kommandanten wurde das Dulag in Mogilew nach Juden und Funktionären überholt. 196 Personen wurden überstellt und erschossen.

Wie aus vertraulichen Meldungen hervorging, wurden die Juden in Bobruisk, nachdem das Teilkommando wieder zurückgezogen war, sofort wieder aktiv. Zum Teil trugen sie das vorgeschriebene Kennzeichen nicht mehr, die Arbeitsverweigerungen nahmen zu, Verbindungen zu Partisanen wurden festgestellt und schliesslich auch ein herausforderndes Verhalten gegen Angehörige der deutschen Besatzung. Zur Unterbindung dieser die öffentliche Sicherheit und Ordnung schwer gefährdenden Machenschaften der Juden musste zu den schärfsten Massnahmen gegriffen werden. Es wurden daher in Durchführung einer Sonderaktion insgesamt 5 281 Juden beiderlei Geschlechts erschossen. Die Stadt Bobruisk und ihre nähere Umgebung ist judenfrei.

Da die Juden in Paritschi bei Bobruisk eine deutschfeindliche Haltung zeigten und enge Bindungen zu Partisanen hatten, wurde eine Sonderaktion durchgeführt, in deren Verlauf 1013 Juden und Jüdinnen erschossen wurden.

In Rudnja bei Smolensk war eine grössere Judenaktion erforderlich, da die Juden Partisanen weitestgehend unterstützten, Hetzpropaganda trieben, zum Teil die Arbeit ver-

./.

weigerten und auch das vorgeschriebene Kennzeichen nicht trugen. Es wurden insgesamt 835 Juden beiderlei Geschlechts erschossen.

In Gomel wurden 52 Juden ohne Ausweispapiere betroffen, die sich zum Teil als Russen zu tarnen suchten. Unter ihnen befanden sich auch kommunistische Agitatoren. Sie wurden erschossen.

Durch V-Männer wurde mitgeteilt, dass die um Gomel noch zahlreich auftretenden Partisanen in jeder Hinsicht durch Juden unterstützt wurden. Es musste daher in Gomel, Rogatschew und Kormu eine Sonderaktion durchgeführt werden. Es wurden insgesamt 2 365 Juden und Jüdinnen erschossen.

Im Anschluss an eine durch die 221. Sich.Div. in der Gegend von Klimowitsche durchgeführte Partisanenaktion, zu welcher ein Trupp des EK 9 beigezogen war, wurde die Überholung der Ortschaften Klimowitsche und Tscherikow erforderlich, da die Juden dieser Orte sich deutschfeindlich gezeigt und mit den Partisanen sympathisiert hatten. Insgesamt wurden 786 Juden beiderlei Geschlechts erschossen.

Aus den gleichen Gründen musste eine Aktion in der Ortschaft Ljubawitschi durchgeführt werden, in deren Verlauf 492 Juden beiderlei Geschlechts erschossen wurden.

In Borissow wurden auf Ersuchen des Ortskommandanten 146 im Gefängnis einsitzende Juden, die wegen Umhertreibens und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit festgenommen

 ./.

waren, erschossen.

In der Umgebung von Kritschew mussten aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mehrere Aktionen durchgeführt werden. Es wurden insgesamt 1213 Juden beiderlei Geschlechts erschossen.

Aus den gleichen Gründen waren Sonderaktionen in Roslawl und in Schumjatschi bei Roslawl durchgeführt worden. Es wurden insgesamt 510 Juden beiderlei Geschlechts erschossen.

In Schumjatschi wurden 16 geisteskranke jüdische und russische Kinder erschossen, die in einem Kinderheim untergebracht waren, das von den sowjetischen Behörden in einem vollkommen verwahrlosten Zustande zurückgelassen war. Die Kinder lagen zum Teil schon seit Wochen in ihrem Kot und hatten durchweg schwere Ekzeme am Körper. Der hinzugezogene deutsche Oberstabsarzt von Lazarett in Schumjatschi erklärte, dass das Kinderheim mit seinen Insassen einen Seuchenherd erster Ordnung darstelle, und dass daher ihre Erschiessung geboten sei.

In Witebsk wurde das Ghetto geräumt, wobei insgesamt 4090 Juden beiderlei Geschlechts erschossen wurden.

Meldungen der Einsatzgruppen C u. D liegen nicht vor.

-.-.-.-.-

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
B.Nr. IV A 1 - 1 B/41 gRS.-

Berlin, den 22. Dezember 1941

65 Ausfertigungen.
57. Ausfertigung.

Ereignismeldung UdSSR Nr. 149.

I. Standorte und Nachrichtenverbindungen.

Zeit: 22.12.1941.

Höh. SS- und Polizei-Führer Nord (101)
(Jeckeln)

Standort: Riga.

Einsatzgruppe A (Dr. Stahlecker):

Standort: Krasnowardeisk,

N-Verbindungen: Funkverbindung, Fernschreibverbindung Riga, Feldpost-Nr. 15 119.

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Estland (Dr. Sandberger).

Standort: Reval mit Dienststellen in Narwa, Dorpat, Pernau, Ahrensburg (Ösel),

N-Verbindungen: Funkverbindung Narwa, Fernschreibverbindung Reval, Feldpost-Nr. 15 119.

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Lettland (Dr. Lange).

Standort: Riga mit Dienststellen in Schaulen und Libau.

N-Verbindungen: Funkverbindung Riga, Fernschreibverbindung Riga und Libau. Feldpost-Nr. 15 447.

159

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Litauen (Jäger).

Standort: Kowno mit Dienststelle in Wilna.

N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Kowno, Wilna, Feldpost-Nr. 15 641.

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Weißruthenien (Strauch).

Standort: Minsk mit Dienststellen in Baranowice.

N-Verbindungen: Funk- und Fernschreibverbindung Minsk, Feldpost-Nr. 15 641.

Höh. SS- und Polizei-Führer Mitte (102).
(~~von dem~~ Bach)

Standort: Mogilew.

Einsatzgruppe B (Naumann)

Standort: Smolensk.

N-Verbindungen: Funkverbindung Smolensk, Kurierverbindung über Warschau und Fernsprecher über VD Smolensk Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando 7a (Steimle).

Standort: Rshew und Sytschewka.

N-Verbindungen: Funkverbindung Rshew, Feldpost-Nr. 05 607.

Sonderkommando 7b (Rausch).

Standort: ~~Orel~~ und Kursk. Brjansk

N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Orel~~, a.d. Masch. Feldpost-Nr. 18 555.

160

Einsatzkommando 8 (Bradfisch).

Standort: Mogilew, Roslawl, Orscha, Gomel ~~und Drj-mak.~~ Bobruisk

N-Verbindung: Feldpost-Nr. 37 857.

Einsatzkommando 9 (Schäfer).

Standort: Wjasma, Witebsk, Ghatsk ~~und~~ Smolensk

N-Verbindungen: Funkverbindung Wjasma, Feldpost-Nr. 37 857.

Sonderkommando Moskau.

Standort: ~~Maloj-roslawez.~~ Roslawl

N-Verbindung: Funkverbindung ~~Maloj-roslawez.~~

Höh. SS- und Polizei-Führer Süd (103) (Prützmann).

Standort: Kriwoj-Rog

N-Verbindung: Fernschreibverbindung Lemberg).

Einsatzgruppe C (Dr. Thomas).

Standort: Kiew,

N-Verbindungen: Funkverbindung Kiew, Fernschreibverbindung Lemberg, von dort Kurier, Feldpost-Nr. 32 704.

Sonderkommando 4a (Blobel).

Standort: Charkow.

N-Verbindungen: Funkverbindung Charkow, Feldpost-Nr. 22 789.

Sonderkommando 4b (Braune).

Standort: Kramatorskaja mit Teilen in Sochnowtschina, Losowaja, Slawian Konstantinowka, Artemowsk.

N-Verbindungen: Funkverbindung a.d.Marsch, Feldpost-Nr. 34 310.

Einsatzkommando 5 (Meyer).

Standort: Kiew mit Teilen in Shitomir, Rowne, Winniza.

N-Verbindungen: Funkverbindung Nikolajew, Fernschreibverbindung [illegible] Feldpost-Nr. 35 102.

Einsatzkommando 6 (Krüger).

Standort: Stalino,

N-Verbindungen: Funkverbindung Stalino, Feldpost-Nr. 35 979.

Höh. SS- und Polizei-Führer z.b.V.

(Korsemann)

Standort: Rowne.

Einsatzgruppe D (Ohlendorf)

Standort: Simferopol,

N-Verbindungen: Funkverbindung Simferopol, Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10a (Sechten).

Standort: Taganrog,

N-Verbindungen: Feldpost-Nr. 47 540.

Sonderkommando 10b (Persterer).

Standort: ~~Feodosia mit Teilen in~~ und Sudak,

N-Verbindungen: Funkverbindung ~~Feodosia~~, Feldpost-Nr. 47 540. a d Mond

Einsatzkommando 11a (Zapp

Standort: Jalta mit Teilen in Alupka und Bachtschisarai,

N-Verbindungen: Funkverbindung Jalta, Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 11b (Zapp).

Standort:	Simferopol mit Teilen in Aluschta, Karasubar, Eupatoria.
N-Verbindungen:	Funkverbindung Simferopol und Aluschta, Feldpost-Nr. 47 540.

Einsatzkommando 12 (Noske).

Standort:	Fedorowka.
N-Verbindungen:	Funkverbindung Fedorowka, Feldpost-Nr. 47 540.

II. Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.

Einsatzgruppe A:

Standort: Krasnowardeisk.

Partisanensender Krasnowardeisk,

Ein beim russischen Bürgermeister in Krasnowardeisk eingebauter V-Mann hatte gemeldet, zwei frühere Einwohner von Krasnowardeisk hätten um ihre Registrierung nachgesucht. Beide wurden festgenommen. Es stellte sich heraus, daß sie vor mehreren Tagen in der Nähe mit Fallschirm abgesprungen waren. Fallschirme, Ausrüstungsgegenstände, Lebensmittel, Waffen, Brandsätze und ein intaktes Sendegerät konnten geborgen werden.

Die beiden Agenten hatten bereits durch FT das Gelingen ihres Absprungs nach Leningrad gemeldet. Unter Anwendung aller Vorsichtsmaßnahmen und Überprüfung durch bereits erprobte russische Funker wurde am 17.12. ein erstes fingiertes FT der Einsatzgruppe nach Leningrad gegeben.

Weitere Berichte über die Angelegenheit folgen.

Sowjetrussische Spionageorganisation in Lettland.

Durch Agentenvernehmungen wurde festgestellt, daß in Leningrad systematisch lettische Matrosen für Erkundungsaufträge im Bereich des Generalkommissariats Lettland herangebildet werden. Die Matrosen müssen sich von den deutschen Truppen gefangen nehmen lassen, aus den Gefangenenlagern entfliehen und, soweit bisher festgestellt, nach Libau und Kolka (Rigaer Bucht) gehen. Dort sind Vorbereitungen getroffen, um sie mit bereits anwesenden Agenten zusammen

zu bringen. Als Aufgabe ist die Ausspähung von Bewegungen der deutschen Flotte in der Ostsee gestellt. Die Namen der Agenten in Libau und Kolka sind bekannt.

Die Angelegenheit wird weiterverfolgt.

Einsatzgruppe B:

Standort: S m o l e n s k.

S o n d e r a k t i o n e n.

Bei der Überprüfung des Kriegsgefangenenlagers in Witebsk wurden 207 Juden festgestellt. Sie wurden erschossen.

Weitere Sonderaktionen mußten in Sloboda, Polozk, Bytschicha und Biskatowo durchgeführt werden, da die Juden die Anordnungen der deutschen Besatzungsbehörden sabotierten. Es wurden insgesamt 286 Juden erschossen.

In Gorodok mußte das Ghetto wegen Seuchengefahr geräumt werden. 394 Juden wurden erschossen.

Bei der Überprüfung des Kriegsgefangenenlagers in Wjasma wurden insgesamt 117 Juden erfaßt. Sie wurden erschossen.

Beschlagnahme von Material.

In Bobruisk wurden mehrere Pakete Schriftmaterial aus dem NKWD-Gefängnis in Sluzk sichergestellt. Das Material wird z.Zt. gesichtet.

In Mogilew wurden die Photonegative aller in den letzten Jahren auf der NKWD-Schule in Mogilew ausgebildeten Agenten und Schüler erfaßt. Die Lichtbildsammlung umfaßte etwa 1000 Aufnahmen.

165

In Churawaitschi wurde eine Kiste mit Akten des Zentralkomitees der kommunistischen Jugendorganisation in Ch. ausgegraben. Die vorläufige Durchsicht hat ergeben, daß es sich um eine Kartei der Mitglieder, um Verwaltungsakten und Protokolle handelt.

In Brjansk wurde Aktenmaterial der KP sichergestellt mit Angaben über die Personen, die 1938 in die KP aufgenommen wurden.

Einsatzgruppe C:

Standort: K i e w.

Erfaßtes NKWD-Material.

Das Sonderkommando 4a hat geheime Rundschreiben der NKWD-Leitung erfaßt, die sich über einen Ausbau und eine Verstärkung der türkischen Spionage in der UdSSR auslassen.

Danach habe der türkische Generalstab den Spionageorganen den Auftrag gegeben, in kürzester Zeit Nachrichten über die Rote Armee sowie Angaben über den Stand der Eisenbahnen, Straßen und Meereshäfen zu erkunden.

Durch die Gesandtschaft in Moskau und das Konsulat in Batum seien Angaben über türkische Staatsangehörige angefordert worden, die in der Sowjetunion [illegible] in staatlichen Unternehmungen beschäftigt seien.

Der türkische Generalstab lege besonderen Wert auf folgende Angaben:

a) über die Falkartillerie: Menge und Typen der Flakgeschütze, die Orte, an denen sie aufgestellt sind, [illegible] usw.;

b) über Eisenbahnen: Länge und Zustand der Linie, vor allem der kaukasischen und der transkaukasischen, Art der Züge, deren Zustand usw.;

c) über Straßen: wichtigere strategische Straßen, die zur türkischen Grenze führen, deren Lage, Zustand und Tragfähigkeit der Brücken;

d) über Meereshäfen und Brennstoffläger: Standplätze der Schiffe in den Häfen, Vervollkommnung der Schiffe, Standplätze der Kriegsschiffe, Lage der Flakabwehr bei Erdölraffinierien.

Ein weiteres Geheimschreiben des NKWD befaßt sich mit der Mitteilung, daß in Königsberg (Ostpr.) durch deutsche Behörden im Winter 1940 eine Spionage- und Diversanten-Schule eröffnet worden sei, in der Ukrainer und Weißrussen Unterricht über Rundfunkfragen und Sprengungen erhalten hätten. Die Ausbildungszeit habe 6 Monate gedauert, die Zahl der Schüler 250 betragen. Im Frühjahr 1941 habe die Schule den Unterricht abschließen und die Absolventen mit Spionageaufträgen in die UdSSR entsenden sollen. Im Falle von Kriegshandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland sollten diese Aufträge sich auf die Erregung von Aufständen und Verschwörungen erweitern. Außerdem sollten Sabotageakte an kriegswichtigen Objekten durchgeführt werden.

Einsatzgruppe D:

Standort: S i m f e r o p o l.

Tätigkeit des Sonderkommandos 11a.

Partisanenbekämpfung.

Das Sonderkommando 11a, Vorkommando Jalta, hatte erkundet, daß sich im Waldgebirge nordostwärts Jalta, am sogenannten Krassny-Kamen, eine Bande von

etwa 100 Partisanen befindet. Diese machten die Straße, die über den Jailakamm führt, unsicher; Wehrmachtsfahrzeuge waren dort mehrfach mit ihnen in Berührung gekommen. Am 14.11.41 hatte das Kommando in Verbindung mit einem zu anderem Zwecke stattfindenden Unternehmen einer Wehrmachtseinheit einen Erkundungsvorstoß ins Gebirge gemacht und dabei einen Trupp von 20 Rotarmisten gefangen genommen. Die Erkundung ergab hierbei, daß in dem dichten Wald- und Felsgewirr eine Bekämpfung der Partisanen ohne genaue Kenntnis ihrer Schlupfwinkel unmöglich war. Es gelang dann, 2 Personen ausfindig zu machen, die genaue Angaben über Lage der Schlupfwinkel sowie Zahl und Bewaffnung der Partisanen machen konnten. Ferner wurden in einem Dorfe nordostwärts Jalta die Verbindungsmänner zu den Partisanen festgestellt. Nach den letzten Erkundungsergebnissen sollte die Bande etwa 35 Köpfe stark sein und in 3 Felsenverstecken hausen. Dazu sollte ein Lebensmittellager gehören.

Am 19.11.41 führte das Kommando ein Stoßtruppunternehmen zur Vernichtung der Partisanennester durch. Die eigene Stärke betrug 1 Führer und 8 Mann, dazu kamen 5 Mann Waffen-SS eines Sonderkommandos des Auswärtigen Amtes, ferner 20 rumänische Soldaten mit einem Feldwebel. Das Unternehmen führte in der Morgendämmerung mit 2 PKW und 3 LKW zunächst bis kurz unter den Gebirgskamm in etwa 1 100 Meter Höhe. Dort wurden die Fahrzeuge verlassen und mit 2 Gruppen der Wald durchgekämmt. Gelände- und Wetterverhältnisse waren äußerst schwierig, es herrschte starker Nebel, Eis- und Schneeglätte. Die beiden Gruppen gingen in enger Verbindung miteinander zunächst gegen die links der Straße liegenden Schlupfwinkel vor. Obwohl nach etwa einer Stunde auf einen

Kundschafter der Partisanen gestoßen wurde, gelang es, die ersten beiden Nester durch Überraschung zu nehmen. Hierbei wurden 4 Gefangene gemacht. Ein Teil flüchtete nach kurzem Feuergefecht den Berghang hinunter. Nach längerer Verfolgung konnte ein weiterer Partisan gestellt und ergriffen werden, der sich später als Führer der Abteilung herausstellte. Die Schlupfwinkel waren in die Felsen gebaute Steinhütten, die so glänzend getarnt waren, daß man sie noch aus 20 Meter Entfernung kaum ausmachen konnte.

Im weiteren Verlaufe der Aktion wurde auch das Lebensmittellager aufgespürt, das in einer Felsenhöhle versteckt war und dessen Zugang durch eine etwa einen halben Meter dicke Stein- und Erdschicht vollständig unkenntlich gemacht war. Gegen 15 Uhr stieß ein Teil des Kommandos gegen die letzte gemeldete Hütte der Partisanen links der Straße vor. Sie sollte von 11 Personen besetzt sein. Hierbei kam es zu einem heftigen Feuergefecht, in dessen Verlauf der SS-Oberscharführer B i t t e r fiel. Er wurde aus nächster Nähe, aus einer Entfernung von etwa 5 Metern von der Garbe eines glänzend getarnten MGs getroffen. Da die Rumänen sich zurückzogen, mußte der Rest des Kommandos den Kampf zunächst abbrechen und Verstärkung heranholen. Bei Einbruch der Dunkelheit wurde dann von 4 Angehörigen des Kommandos und von 5 Mann der Waffen-SS ein neuer Vorstoß gegen das Felsennest gemacht. Hierbei konnten die Bande zersprengt und SS-Oberscharführer B i t t e r geborgen werden.

Im Gesamtergebnis wurden 3 Felshütten der Partisanen genommen und durch geballte Ladungen vernichtet. 5 weitere leichte Hütten wurden ebenfalls gesprengt. Von den insgesamt 7 Gefangenen wurden 6 auf der Stelle erschossen. Die Zahl der getöteten Partisanen konnte

wegen Einbruchs der Dunkelheit nicht festgestellt werden. An Waffen wurden erbeutet oder unbrauchbar gemacht 1 MG, eine M-P, 18 Gewehre, etwa 2 500 Schuß Gewehrmunition und 2 Dutzend Handgranaten; ferner die sonstige Ausrüstung der Partisanen, warme Kleidung, Verbandkästen usw. Das erbeutete Lebensmittellager hat einen Umfang von 8-10 LKW-Ladungen. Ein Teil wurde vom Kommando bereits geborgen.

In einem gleichzeitigen Unternehmen waren die Mittelsmänner der Partisanen in dem Dorf oberhalb Jaltas festgenommen worden. Die erste Auswertung des Unternehmens ergab, daß es sich um eine Abteilung des 14. Vernichtungsbataillons in Stärke von etwa 50 Mann handelte. Unter den Erschossenen befand sich der Abteilungskommandeur A n d r e j e w, im Zivilleben Direktor eines großen Sanatoriums in Jalta und führendes Mitglied der Partei. Seine Papiere befanden sich unter der Beute.

Im Abschnitt des Krassny-Kamen ist damit die Bedrohung durch Partisanen nach der Sprengung ihrer Bande, Erschießung ihres Führers und Erbeutung ihrer Waffen und Lebensmittel sehr wahrscheinlich beseitigt.

Im Zuge der Partisanenbekämpfung im Gebiet um Bachtschisaraj wurden am 18.11.41 auf Vorschlag und mit Unterstützung des Sonderkommandos 11a seitens der Wehrmacht etwa 100 Geiseln festgesetzt, um bei weiteren Kampfhandlungen der Partisanen und deren Unterstützung durch die Bevölkerung mit wirksamen Repressalien gegen die Ortseinwohner vorgehen zu können. Als Unterlage für diese Maßnahme diente zum Teil eine vom Sonderkommando auf Grund der nachrichtendienstlichen Tätigkeit aufgestellte Liste der verdächtigen Elemente des Ortes.

175

Die sofort aufgenommene Ermittlungs- und Vernehmungstätigkeit ergab, daß sich unter den Festgesetzten eine größere Zahl von stark belasteten Personen befand. Unter ihnen befanden sich NKWD-Beamte, NKWD-Agenten, ein Kommunist, der sich an der Vernichtung der Getreidevorräte beteiligt hatte, ein Partisan, der sich mehrfach in Gefechten gegen deutsche Wehrmachtsteile betätigt hatte, führende Parteiangehörige u.a.

Von den am stärksten belasteten Personen wurden inzwischen 10 standrechtlich erschossen.

Der Ausbau des VM-Netzes in den umliegenden Ortschaften geht gut voran und erbringt ständig Einzelmeldungen über die Anwesenheit und das Verhalten der Partisanen. Zur Intensivierung der Nachrichten- und Überwachungsarbeit werden in Verbindung mit der Feldgendarmerie Kontrollen an den Ortseingängen durchgeführt.

Außer der bereits gemeldeten Erfassung einer Zehnergruppe von Partisanen und eines Waffenlagers im Gebiet um Jewpatoria wurde im Verlauf der weiteren Erhebungen ein NKWD-Beamter festgenommen, der sich als Partisanenführer und Verwalter des Waffenlagers der Partisanengruppe in J. betätigt hatte. Auf Grund der Vernehmungsergebnisse konnte ein weiteres Waffenlager ausgehoben werden, bestehend aus:

16[illegible] Gewehren verschiedenster Herkunft,
[illegible] Kisten Munition,
10 Gurten MG-Munition,
2 SMG,
1 LMG,
80 Handgranaten und
[illegible]6 Kisten Munition für Granatwerfer.

Bei Haussuchungen wurden die Lichtbilder der Führer des Jewpatoriaer Vernichtungsbataillons sowie ein Nemensverzeichnis der Angehörigen dieses Bataillons sichergestellt. Im Zusammenhang mit den hierzu durchgeführten Vernehmungen wurde ein Mittelsmann der Partisanengruppe fest-genommen, der mit besonderem Auftrag in J. zurückgelassen worden war. Es war ein Jude, der sich als Volksdeutscher ausgegeben und versucht hatte, sich maßgeblich in den neu aufgestellten Selbstschutz einzuschieben und vermutlich Spitzeldienste leisten sollte.

J u d e n.

Nach Einsetzung eines Judenrates und der Registrierung der Juden, die sich auf 750 Personen belaufen, wurde am 21.11.41 ihre Konzentration durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Judenaktion sind 6 Ortschaften und einige Kolchosen in der Umgebung von Jewpatoria zu überholen, in denen sich noch Juden-Familien befinden.

V o l k s d e u t s c h e.

Die Registrierung der Volksdeutschen ist abgeschlossen. In Jewpatoria befinden sich 74 Familien mit deutschem Bluteinschlag, von denen jedoch nur etwa 20 Personen rein deutscher Abstammung sind.

S o n s t i g e s.

In Jewpatoria wurden ein Bürgermeister und ein Stadtrat eingesetzt, die nach den Anweisungen des Sonderkommandos und der Ortskommandantur arbeiten.

Als Selbstschutz wurden 45 Mann aufgestellt. Die Bewaffnung besteht aus 5 Gewehren und einer Kleinkaliberpistole, im übrigen aus Polizei-Knüppeln. Der Selbstschutz hat die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung auf den Straßen zu sorgen, Außenposten befinden sich lediglich an einem Getreidelager.

An Wirtschaftsbetrieben wurden durch das Sonderkommando 11a gesichert:

1.) Ein Getreidelager, das etwa 30-35 t Weizen enthält. Das Lager war von den abziehenden Russen in Brand gesetzt; zur Brandbekämpfung wurden 300 Juden angesetzt, die 6000-7000 t verwertbares Getreide geborgen haben;

2.) eine Stadtbäckerei, die in Betrieb gesetzt wurde und der Versorgung der Wehrmacht und der Bevölkerung mit Brot dient;

3.) die Fischereigenossenschaft, die unter der Leitung eines Ältesten die Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des Fischfanges betreibt;

4.) das E-Werk, das die deutschen Dienststellen zur Zeit mit Strom in ausreichendem Maße versorgt.

Außerdem sind vorhanden und können wieder in Betrieb genommen werden: Eine Großmühle mit einer Tagesleistung von 150 t Mehl, eine Seifenfabrik, eine Ölmühle, eine Großmühle und eine Spinnerei, deren Gebäude zwar beschädigt sind, während die Maschinen noch vorhanden und nach geringfügigen Reparaturen betriebsfertig gemacht werden können.

Für Zwecke der Einsatzgruppe D wurde eine größere Auto-Reparaturwerkstatt beschlagnahmt und mehrere Mechaniker zur Dienstleistung verpflichtet.

III. Reich und besetzte Gebiete.

U n t e r s t e i e r m a r k.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Marburg meldet:

"Die Dienststelle Cilli der Geheimen Staatspolizei hat einen V-Mann nach Laibach entsandt, der dort feststellen konnte, daß ein Teil der nach Serbien ausgesiedelten Personen nach Laibach zurückgekehrt ist, darunter vorwiegend jüngere Leute. Einige sind bereits durch die italienische Polizei verhaftet worden. Täglich sollen bis zu 50 Personen illegal über die Grenze nach Krain gehen.

Aus weiteren Feststellungen ergibt sich die Möglichkeit von Unruhen in den Weihnachtstagen. Angemessene Vorbereitungen, um etwaigen Terrorakten vorzubeugen, sind bereits getroffen worden.

Am 17.12.41 wurde in Marburg eine kommunistische Bande in Stärke von 20 Mann beobachtet, die die Sann an einer seichten Stelle durchwatete. Eine gemeinsame Streife der Wehrmacht und Polizei wurde sofort eingesetzt, jedoch konnte die Bande in der Dunkelheit entkommen.

Am 18.12.1941 wurde der Oberlehrer E i s b a c h e r in Schleinitz, Krs. Cilli, beim Verlassen des Schulhauses von einem Unbekannten angehalten und durch einen Pistolenschuß verletzt. Eine Polizeistreife stellte einige Stunden später einen verdächtigen Mann, der jedoch auf die Streife schoß und flüchtete. Auch dieser Fall wird mit den kommunistischen Umtrieben in Verbindung gebracht.